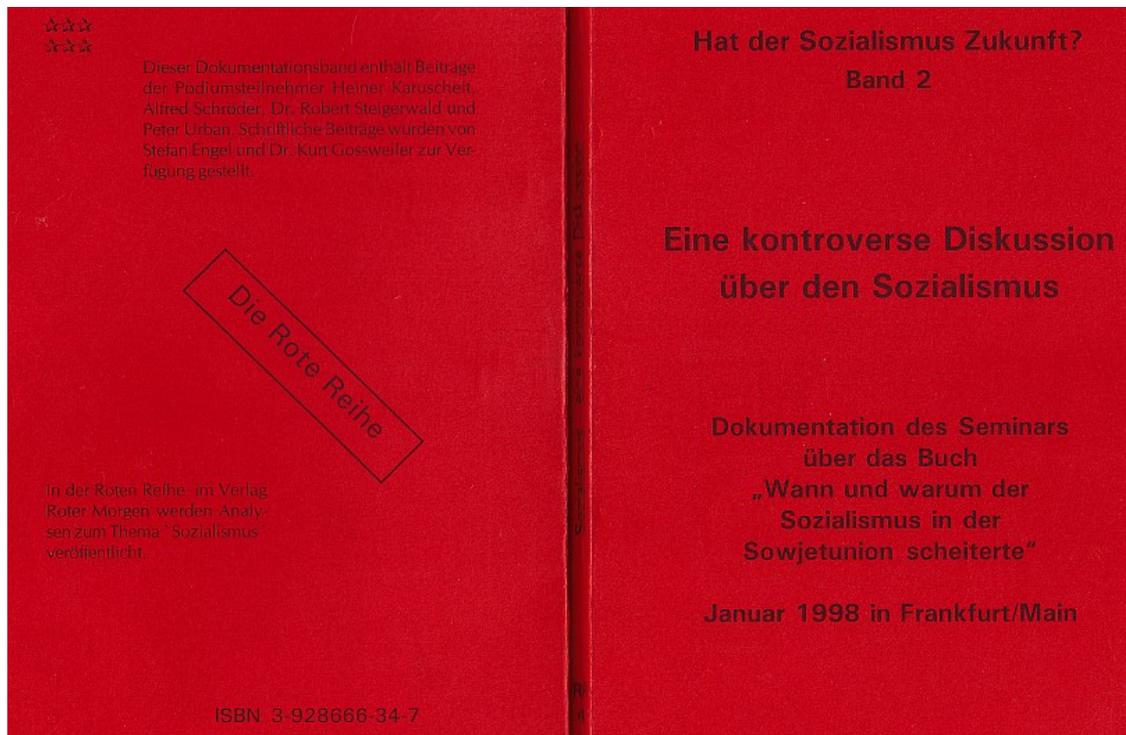


Hat der Sozialismus Zukunft?

Band 2

Eine kontroverse Diskussion über den Sozialismus

Dokumentation des Seminars über das Buch „Wann und warum der Sozialismus in der Sowjetunion scheiterte“



Januar 1998 in Frankfurt/Main

©Zeitungsverlag Roter Morgen, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht des Nachdrucks in Zeitschriften oder Zeitungen, des öffentlichen Vortrags, der Verfilmung oder Dramatisierung, der Übertragung durch Rundfunk, Fernsehen oder Video, auch einzelner Textteile

Zeitungsverlag Roter Morgen
Postfach 40 10 51, 70410 Stuttgart

April 1998
Printed in Germany
ISBN 3-928666-34-7

Inhalt

Vorbemerkung.....	7
Bericht im Roten Morgen 2/98 über das Seminar: Erfolgreiches Sozialismus-Seminar.....	9
Referat Peter Urban: Über die innerhalb einer sozialistischen Gesellschaft wirkenden sozialökonomischen Triebkräfte.....	17
Ware-Geld-Beziehungen innerhalb des staatlichen Sektors.....	18
Warum Ware-Geld-Beziehungen innerhalb des staatlichen Sektors?.....	20
Mängel der staatlichen Leitung.....	21
Schema der innerhalb des Sozialismus wirkenden Triebkräfte.....	28
Das Wesen der von den Revisionisten beherrschten Gesellschaftsordnung ...	31
Referat Dr. Robert Steigerwald: Zu einer Diskussion über den Untergang des (europäischen) und den künftigen Sozialismus.....	33
Worin sehe ich Übereinstimmungen?.....	33
Zum Kriterium des Sozialismus.....	35
In welchen Fragen stimme ich mit Euch nicht überein?.....	37
1. Zunächst über das Revenue-Problem.....	37
2. Lehren der Kommune vernachlässigt.....	39
3. Zu dem oft vorgebrachten Argument: „Stalin wußte davon nichts“	40
4. Material zum Beweis des Voluntarismus und Subjektivismus.....	42
5. Nehmen wirdas Beispiel der Kollektivierung.....	44
6. Zur Problematik der NÖP.....	45
7. Zur Problematik des Wertgesetzes und der Warenproduktion.....	45
8. Mechanischer statt dialektischem Materialismus.....	48
Ich möchte nun noch auf die von Euch im Einladungsbrief formulierten Fragen eingehen.....	49

Peter Urban:

Antwort auf die Ausführungen des Genossen Steigerwald.....	53
Zu den Ausführungen unter der Überschrift „Worin sehe ich Übereinstimmungen“	53
Zu „Zum Kriterium des Sozialismus“	57
Zu „1. Zunächst über das Revenue-Problem“ und zu „8. Mechanischer statt dialektischem Materialismus“	60
Zu „2. Lehren der Kommune vernachlässigt“	64
Zu „3. Zu dem oft vorgebrachten Argument: 'Stalin wußte davon nichts' ...	66
Zu „4. Material zum Beweis des Voluntarismus und Subjektivismus“	67
Zu „5. Nehmen wir das Beispiel der Kollektivierung“	71
Zu „6. Zur Problematik der NÖP“	72
Zu „7. Zur Problematik des Wertgesetzes und der Warenproduktion“	73
Zur Beantwortung der von uns formulierten Fragen durch Gen. Steigerwald .	82
Das Individuum nicht abschaffen, sondern wirklich emanzipieren!.....	86

Referat A. Schröder

1. Wir müssen eine Erklärung für die Niederlagen der Arbeiterbewe- gung in Westeuropa finden.....	90
2. Die Machtergreifung der „neuen Klasse“ als Erklärung für den Niedergang der SU.....	92
3. Das eigentliche Problem der sowj. Übergangsgesellschaft.....	95
Fußnoten.....	97

Peter Urban:

Antwort auf die Ausführungen von A. Schröder.....	98
Referat Heiner Karuscheit:	
Die sowjetische Schlüsselkrise der 50er Jahre.....	101
Die Klassen	101
Drei Linien.....	102
Der Sieg der „Linken“	104
Eine gescheiterte Kommunismuspolitik.....	105
Die Agrarpolitik der neuen „Rechten“	106
Fehlerhafte Erklärungen.....	107

Peter Urban: Antwort auf die Ausführungen Heiner Karuscheits.....	109
Aus einem Redebeitrag von Peter Urban: Zum Verhältnis von Wertgesetz und Gesetz der Ökonomie der Zeit.....	113
Aus einem Redebeitrag von Peter Urban: Zur Frage des eigentlich kommunistischen Keims innerhalb der sozialistischen Gesellschaft.....	116
Dr. Kurt Gossweiler: Auszug aus „Der Revisionismus - der 'Weichmacher' des Imperialismus in dessen Kampf gegen den Sozialismus“ - Referat auf der zweiten Veranstaltung der „Inhaltskonferenz der Linken“, Köln, 24./25.1.1998.....	119
Peter Urban: Antwort auf den Beitrag des Genossen Gossweiler.....	122
Brief von Stefan Engel, Vorsitzender der MLPD, an den Verlag Roter Morgen.....	124
Für das Autorenkollektiv, welches das Sowjetunion-Buch erstellt hat, antwortete Peter Urban auf den Brief von Stefan Engel:.....	127
Zum Tode Rudolf Bahros: War die DDR ein „säkularisierter Gottesstaat“?.....	136
Wie das Wertgesetz wirkt: In Westdeutschland jährlich weit mehr als 250 Millionen Mark Schaden durch Chemie auf dem Acker.....	140

Vorbemerkung

1996 erschien im Verlag Roter Morgen eine Untersuchung "Wann und warum der Sozialismus in der Sowjetunion scheiterte". Da dieses Buch auf breites Interesse stieß, fand im Januar 1998 auf Initiative des Verlags in Frankfurt/Main eine Podiumsdiskussion zu den darin vertretenen Thesen statt. Dabei ging es nicht nur um Fragen der Entwicklung der Sowjetunion, sondern darüber hinaus allgemein um Probleme des Sozialismus. Der Verlag hatte im Vorfeld des Seminars angeregt, die Diskussion vor allem an den folgenden Fragestellungen zu orientieren, was weitgehend auch geschah:

Welchen Charakter und welches Ausmaß sollte die Staatlichkeit bei der ökonomischen Planung und Leitung im Sozialismus haben, welchen Charakter und welches Ausmaß sollten Ware-Geld-Beziehungen haben, welches ist der eigentlich kommunistische Keim einer sozialistischen Gesellschaft? Welche Interessenunterschiede gibt es, in welchen politischen Formen können und sollten sie sich bewegen? Welche Lehren sind diesbezüglich aus der Geschichte der Sowjetunion zu ziehen?

Da wir glauben, daß diese Fragen für viele von Interesse sind, veröffentlichen wir in diesem Band die auf dem Seminar gehaltenen Referate sowie einige andere Ausarbeitungen und Dokumente, die im Zusammenhang mit dem Seminar bzw. den dort behandelten Problemen stehen.

Soweit auf dem Seminar Redemanuskripte verteilt wurden, unterscheiden diese sich geringfügig von den hier abgedruckten Texten, da in Abstimmung mit den Autoren noch Korrekturläufe in Bezug auf Schreibfehler stattgefunden haben.

Verlag Roter Morgen

Nachstehend dokumentieren wir den Bericht im Roten Morgen 2/98 über das Seminar.

Erfolgreiches Sozialismus-Seminar

Am 24. und 25. Januar fand in Frankfurt am Main auf Initiative des Verlags Roter Morgen ein Seminar mit ca. 60 Teilnehmern und Teilnehmerinnen statt. Thema war das im Verlag Roter Morgen erschienene Buch "Wann und warum der Sozialismus in der Sowjetunion scheiterte" und damit zusammenhängende Fragen. Als Podiumsredner nahmen teil: Dr. Robert Steigerwald (DKP), Diethard Möller (Vorsitzender des ZK der KPD), Peter Urban (Vertreter des Autorenkollektivs), Alfred Schröder und Heiner Karuscheit (Aufsätze zur Diskussion). An den beiden Seminartagen gab es zu verschiedenen mit dem Sozialismus zusammenhängenden Fragen sehr interessante Diskussionen und Redebeiträge, nicht nur unter den Podiumsrednern, sondern auch aus dem Kreis der anderen Teilnehmer und Teilnehmerinnen.

Fassen wir zunächst die Eröffnungsbeiträge zusammen, in welchen die verschiedenen grundlegenden Positionen bereits zum Ausdruck kamen:

Peter Urban

Zu Beginn stellte Peter Urban die wichtigsten Ergebnisse der theoretischen Arbeit der KPD bezüglich der mit dem Sozialismus zusammenhängenden Fragen dar. Er abstrahierte dabei von den besonderen Bedingungen der Sowjetunion und versuchte, allgemeine theoretische Schlußfolgerungen zu ziehen, die bei der Erarbeitung der Theorie der Übergangsgesellschaft zwischen Kapitalismus und Kommunismus eine wesentliche Rolle spielen.

Er führte aus:

Der staatliche Sektor der Produktion im Sozialismus darf nicht einseitig nur als Repräsentant des sich entwickelnden Kommunismus betrachtet werden. Schon die in der Sowjetunion und anderen Ländern angewandten Methoden der sogenannten wirtschaftlichen Rechnungsführung zeigen, daß es auch innerhalb des staatlichen Sektors noch Interessenunterschiede gibt. Wenn bei der Lieferung seitens eines staatlichen Betriebes an einen anderen reales Geld fließt, das dem Lieferbetrieb als Investitionsmittel dient, wenn Schlechtlieferungen zu Kürzungen der Zahlungen berechtigen, wenn der Staat seinen Betrieben entsprechend dem Grad der Planerfüllung finanzielle und materielle Mittel zuteilt, dann handelt es sich um Methoden, die darauf abzielen, eine gewisse Übereinstimmung zwischen dem gesellschaftlichen Interesse und den Sonderinteressen der Betriebe herbeizuführen. Zwar ist der Markt beseitigt: Die staatlichen Organe der Wirtschaftsplanung und -leitung geben den Betrieben im großen und ganzen sowohl die Preise der Produkte vor als auch, was sie zu produzieren haben. Dennoch werden auch innerhalb des staatlichen Sektors noch Ware-Geld-Kate-

gorien angewandt. Es handelt sich also um den Übergang von der Ware zur Nicht-Ware. Die Anwendung von Ware-Geld-Kategorien beinhaltet auch die Möglichkeit, daß das gesellschaftliche Interesse durch betriebliche Sonderinteressen durchkreuzt wird: "Weiche Pläne", "formale Planerfüllung" usw.

Warum also überhaupt diese Krücke der Ware-Geld-Beziehungen innerhalb des staatlichen Sektors? Deshalb, weil die staatliche Planung und Leitung der Wirtschaft selbst nur eine niedere Stufe der Vergesellschaftung bezeichnet. Die zentralstaatliche Verwaltung der wichtigsten Produktionsmittel ist zwar notwendig, um die Vergesellschaftung überhaupt zu beginnen, um die warenproduzierenden Verhältnisse von Grund auf zu zerschlagen. Staatlichkeit beinhaltet jedoch, daß es noch klassenmäßige Unterschiede und Interessen gibt, und so bilden sich auch innerhalb des Staates - und eben auch innerhalb des Apparats der staatlichen Wirtschaftsplanung und -lenkung - Sonderinteressen heraus, die sich gegen das gesellschaftliche Interesse stellen, auch wenn sie sich als gesellschaftliches Interesse tarnen. Die Staatlichkeit der Wirtschaftsleitung ist ihrerseits eine Krücke, ist Ausdruck eines-gemessen am entwickelten Kommunismus- relativ niedrigen Standes der Vergesellschaftung. Die von dieser Krücke ausgehende Fäulnis wäre übermächtig, würde sie nicht von einer anderen Krücke, eben von Ware-Geld-Beziehungen, gemildert.

Doch Krücken alleine könne nicht gehen. Das eigentliche kommunistische Element der Gesellschaft kommt insbesondere darin zum Ausdruck, daß immer mehr Arbeiter und Arbeiterinnen unmittelbar an der Planung und Leitung der Wirtschaft bzw. überhaupt aller gesellschaftlichen Bereiche teilnehmen. Indem Maße, wie dies geschieht, können hinsichtlich der Produktionsverhältnisse die "Warenkrücke" und die "Staatskrücke" zurückgedrängt werden. Freilich gibt es auch im entwickelten Kommunismus zentrale und dezentrale Funktionsebenen, doch die Zentralstellen werden weniger Entscheidungen zu treffen haben, weil auch die dezentralen Funktionsebenen (z.B. Betriebe) im gesamtgesellschaftlichen Sinne agieren. Dies ist dann möglich, weil alle Klassenunterschiede und klassenmäßigen Interessen weggefallen sind und weil die Gesellschaft allen in gleicher Weise ermöglicht, an Diskussionen und Beschlußfassungen über gesamtgesellschaftliche Fragen teilzunehmen. Man braucht dann keinen Überzentrismus, um zu verhindern, daß Entscheidungen vor Ort von Sonderinteressen diktiert sind.

Dieses kommunistische Element darf nicht in voluntaristischer Weise in subjektiven revolutionären Wünschen und Bestrebungen gesucht werden, sondern es wurzelt in den Produktivkräften und ist um so stärker, je entwickelter diese sind. In entwickelten kapitalistischen Ländern wie Deutschland trommeln die Manager des Kapitals selbst, man müsse das "Gold in den Köpfen der Beschäftigten" erschließen, dezentralisieren sie Entscheidungskompetenzen, führen Gruppenarbeit ein usw. Die entwickelten Produktivkräfte zwingen sie dazu. Doch diese Versuche scheitern letztlich an der Logik der Kapitalverwertung, da jeder so erzielte "Fortschritt" sich letztlich gegen die Arbeiter und Arbeiterinnen richtet. Hat aber die Arbeiterklasse die politische Macht erobert, so ermöglichen

die entwickelten Produktivkräfte sehr viel raschere kommunistische Schritte, als dies in relativ rückständigen Ländern möglich war und ist. Es hängt somit entscheidend vom Charakter der Produktivkräfte ab, wie stark die der alten Gesellschaft entlehnten Krücken noch sein müssen und wie stark das eigentlich kommunistische Element der sozialistischen Gesellschaft sein kann. Allerdings hat man es auch in entwickelten Ländern nach der Machtergreifung der Arbeiterklasse noch mit Menschen zu tun, deren Mentalität in der alten Gesellschaft geformt wurde, die durch die bürgerlichen Verhältnisse erzogen wurden, sich zunächst um ihre eigenen Angelegenheiten zu kümmern, so daß auch hier auf die beiden genannten Krücken nicht verzichtet werden kann. Sind diese Krücken aber einmal installiert, so können sie die sozialistische Gesellschaft zwar stützen, zugleich reproduzieren sich aber auf dieser Grundlage Sonderinteressen, die das Voranschreiten der Gesellschaft zum Kommunismus behindern. Die objektiven Gegebenheiten ermöglichen zwar dieses Voranschreiten, doch es gibt keinen Mechanismus dafür. Objektiv besteht auch die Möglichkeit, daß der kommunistische Keim erstickt wird, daß Staats- und Warenkrücke zur eigentlichen Daseinsform der Gesellschaft werden. Ist dies der Fall, dann hat die Gesellschaft ihren sozialistischen Charakter verloren, denn der Sozialismus ist die Übergangsgesellschaft zum Kommunismus. Dies schließt nicht aus, daß die zentralstaatliche Verwaltung der Wirtschaft noch überwiegt, doch dies ist für sich alleingegenommen noch kein kommunistisches Element. Produzieren die Staatsbetriebe z.B. eine große Menge unverkäuflicher Produkte, die ihnen von der staatlichen Handelsorganisation abgekauft und dort als Ladenhüter gelagert werden, während die Verluste der Handelsorganisation durch nicht rückzahlbare "Kredite" der Staatsbank gedeckt werden, so hat man es zwar mit verstaatlichter Produktion zu tun, doch die Interessen der Gesellschaft werden durchkreuzt, gesellschaftliche Mittel werden vergeudet. Hat die Arbeiterklasse nicht mehr die Möglichkeit, gegen solche Zustände organisiert zu kämpfen, so kann nach Auffassung der KPD trotz Verstaatlichung der wichtigsten Produktionsmittel nicht von Sozialismus die Rede sein. Daher bezeichnet die KPD die Sowjetunion, die DDR und andere Länder ab einem bestimmten Zeitpunkt Mitte der 50er Jahre als "revisionistische Länder", was heißen soll, daß sie nicht mehr sozialistisch waren. Im Gegensatz zur früheren, auf einem maoistischen Dogma beruhenden Auffassung der KPD waren diese Länder allerdings auch nicht kapitalistisch, sondern eine Übergangsgesellschaft zum Kapitalismus, während der Sozialismus eine Übergangsgesellschaft ist, die sich entweder voran zum Kommunismus oder zurück zum Kapitalismus entwickeln kann.

Welchen dieser beiden Wege eine sozialistische Gesellschaft nimmt, hängt im Rahmen der objektiven Gegebenheiten entscheidend von den subjektiven Anstrengungen der beteiligten Menschen ab. Das objektive Interesse der Arbeiterklasse liegt im Voranschreiten zum Kommunismus, doch da dies nicht auf rein spontanem Wege geschieht, kommt der Vorhutpartei des Proletariats bis zum Erreichen des entwickelten Kommunismus eine wichtige Rolle zu. Aller-

dings spiegeln sich die verschiedenen, auch die gegen das Voranschreiten zum Kommunismus gerichteten Interessen innerhalb dieser Partei wider. Diese Partei steht nicht außerhalb des komplizierten und widersprüchlichen Ensembles der Verhältnisse der Übergangsgesellschaft, sondern ist Teil davon. Strategisch gesehen muß das Wirken dieser Partei darauf abzielen, sich selbst aufzuheben, indem immer mehr arbeitende Menschen an der unmittelbaren Leitung teilnehmen. Die Arbeiterklasse benötigt zwar bis zum Absterben der Klassen und des Staates die führende Rolle ihrer Partei in allen Bereichen der Gesellschaft, doch mit dem Prozeß der Verringerung von Arbeitsteilungen der alten Gesellschaft muß diese Leitung qualitativ immer höhere Formen annehmen, muß sie in zunehmendem Maße darin bestehen, immer mehr Menschen unmittelbar in die gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse hineinzuziehen.

Heiner Karuscheit und Alfred Schröder

Heiner Karuscheit und Alfred Schröder vertraten die Auffassung, das Verhältnis zur Bauernschaft habe "das Grundproblem", und zwar ihrer Meinung nach offenbar das **einzigste** Grundproblem der Entwicklung des Sozialismus in der Sowjetunion dargestellt. Sie sprachen daher so gut wie ausschließlich über diese Frage. Logischerweise nahmen sie daher zum Versuch Peter Urbans, **unter Abstraktion von den Besonderheiten der Sowjetunion** allgemeine Schlußfolgerungen bezüglich der Bewegungsgesetze und Probleme des Sozialismus zu ziehen, gar nicht Stellung: Ihrer Auffassung nach gibt es hier nichts zu abstrahieren, da eben ausschließlich diese Besonderheit wesentliche Bedeutung gehabt habe.

Uns drängt sich dabei die Frage auf: Wenn dies so wäre, würde es sich dann überhaupt lohnen, große Anstrengungen auf die Untersuchung der Entwicklung der Sowjetunion zu verwenden? Schließlich haben wir es in Deutschland mit diesen Besonderheiten (schwach entwickelte Produktivkräfte, die Mehrheit der Bevölkerung besteht aus Bauern) nicht zu tun. Allerdings scheint uns die Annahme, der Sozialismus sei immer Übergang von der Ware zur Nicht-Ware und Übergang vom Staat zum Nicht-Staat, durchaus naheliegend und haben auch Karuscheit und Schröder auf dem Seminar keine Einwände gegen diese Annahme erhoben. Dann aber kann das Problem eben nicht auf die Bauernfrage reduziert werden.

Karuscheit und Schröder trugen zwar zu einzelnen Aspekten der Agrarfrage einige interessante Dinge vor, doch aufgrund dieses einseitigen Herangehens kamen sie zu einigen Schlußfolgerungen, die uns schlicht absurd erscheinen. So soll Chruschtschow die staatlichen Maschinen- und Traktorenstationen **deshalb** liquidiert haben, um die Kolchosen ökonomisch zu ruinieren und damit das Voranschreiten der Vergesellschaftung zu fördern, was Karuscheit und Schröder als "linksradiikal" kritisieren, da es nicht den realen Bedingungen entsprochen und das Gegenteil des von Chruschtschow angeblich verfolgten Zwecks, nämlich die Stärkung der Kolchosen bewirkt habe.

Dr. Robert Steigerwald

Robert Steigerwald arbeitete zunächst einige Punkte heraus, in denen er mit den Einschätzungen im Sowjetunion-Buch übereinstimmt, so z.B. in der vorbehaltlosen Bejahung der Oktoberrevolution, in der Notwendigkeit, nach dem Scheitern der Revolution im Westen den Sozialismus im eigenen Land aufzubauen, in der Notwendigkeit, zunächst zentralistische Leitungsmethoden aufzubauen, die aber später zum Hindernis wurden.

Eine grundlegende Differenz zu den Positionen der KPD bestand, wie zu erwarten war, in der Einschätzung der Rolle Stalins. Eine andere Differenz bestand darin, daß Steigerwald zwar einige Fäulniserscheinungen in der Sowjetunion und der DDR recht klar benannte, aber dennoch daran festhielt, diese Länder seien bis zuletzt sozialistisch gewesen. Zur Begründung führte er an, daß "die Masse des gesellschaftlich erzeugten Mehrprodukts nicht mehr privat angeeignet worden" war. "Deshalb war dies eine sozialistische Gesellschaftsordnung." Peter Urban erklärte hierzu, nach diesem Kriterium wäre auch die asiatische Produktionsweise sozialistisch gewesen, in der die erforderlichen großangelegten Bewässerungsanlagen staatlich waren und von einer hierarchischen Beamtenhierarchie verwaltet wurden. Staatliche Eigentumsformen seien nicht an sich fortschrittlich, sondern nur dann und nur solange, wenn bzw. wie sie als Mittel zur kommunistischen Vergesellschaftung genutzt würden, und dies sei eben in der Sowjetunion und anderen Ländern ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr der Fall gewesen.

Eine entscheidende Ursache der negativen Entwicklung der Sowjetunion sah Robert Steigerwald darin, daß im Zusammenhang mit der Beendigung der Neuen Ökonomischen Politik "die Orientierung an ökonomischen Gesetzen und des Wirkens ökonomischer Hebel durch politischen Dirigismus" ersetzt worden seien. Faktisch beklagt er damit, daß man sich nicht mehr entscheidend am Wertgesetz orientierte. In dieser Frage scheint uns allerdings die Position des Genossen Steigerwald nicht eindeutig. Einerseits erklärte er, im Sozialismus sei es notwendig, "einen stets wachsenden Teil ökonomischer und sozialer Aktivitäten dem Wirkungsbereich des Wertgesetzes zu entziehen". Andererseits erklärte er, das Wertgesetz müsse selbst im Kommunismus noch vorherrschend bleiben. Steigerwald zufolge sei Marx dieser Auffassung gewesen, eine Behauptung, der Urban entschieden widersprach. Ein unverrückbarer Kernpunkt der Lehre von Marx und Engels, so führte Peter Urban aus, besteht darin, daß das Wertgesetz als Gesetz der Warenproduktion im entwickelten Kommunismus beseitigt sein wird.

Diskussion über das Wertgesetz

Das Wertgesetz in der Übergangsgesellschaft war denn auch einer der größeren Diskussionspunkte. Diethard Möller und Peter Urban führten hierzu aus, daß das Wertgesetz im Kommunismus nicht etwa durch Willkür und ökonomische Gesetzlosigkeit ersetzt sein wird, sondern durch das Gesetz der Ökonomie der Zeit. Das Wertgesetz bewirkt, daß auf Dauer keine Produktion möglich ist, bei der mehr Arbeitszeit auf ein bestimmtes Produkt verwandt wird als im gesellschaftlichen Mittel, doch dies geschieht mittels verheerender Krisen und sonstiger Katastrophen; heute werden nicht selten riesige Kapazitäten aufgebaut und dann vernichtet. Vor allem aber gibt es im Kommunismus - und in wachsendem Maße bereits im Sozialismus - eine höhere Rentabilität als die kurzfristig betrachtete Rentabilität einer einzelnen gesellschaftlichen Einheit. So arbeiteten die Betriebe der Schwerindustrie in der Stalinschen Sowjetunion häufig mit Verlust, mußten also subventioniert werden, doch der gesamtgesellschaftliche Nutzen, den die Schwerindustrie erbrachte, überwog.

Das Gesetz der Ökonomie der Zeit orientiert sich am gesamtgesellschaftlichen Nutzen. Auch hier wird der einzelbetriebliche mit dem gesamtgesellschaftlichen Aufwand verglichen. Benötigt der Einzelbetrieb mehr Arbeitszeit als im gesellschaftlichen Mittel, so werden die Ursachen erforscht, und dem stehen **im Kommunismus** keine klassenmäßigen Interessen mehr entgegen. Liegt es z.B. daran, daß eine einzelne Betriebseinheit rückständige Produktionstechniken anwendet, so wird dieser Mangel abgestellt. Liegt es an schlechteren natürlichen Bedingungen, z.B. an schlechterem Boden bei landwirtschaftlicher Produktion, so kann die Gesellschaft bei Anwendung des Gesetzes der Ökonomie der Zeit eine bewußte Wahl treffen. Sie kann die Produktion an diesem Ort einstellen oder trotzdem fortführen, beispielsweise in der Erwägung, daß bei Einstellung der Produktion unter schlechteren Bedingungen nicht die gesellschaftlich gewünschte Menge der betreffenden Produkte hergestellt werden könnte. Es kann sich sogar zeigen, daß der größere Arbeitsaufwand langfristig gesehen doch mit einem größeren gesellschaftlichen Nutzen verbunden ist. Bleiben wir beim Beispiel Boden, so kann dies deshalb der Fall sein, weil die betreffende Art der Bodennutzung den Boden langfristig schont. In diesem Fall wird sich die Gesellschaft auf Grundlage des Gesetzes der Ökonomie der Zeit sogar dafür entscheiden, die anderen Betriebe, die scheinbar (nämlich kurzfristig gesehen) rentabler arbeiten, auf scheinbar (nämlich kurzfristig gesehen) unrentablere Technik umzustellen, was der Gesellschaft aber langfristig betrachtet den größeren Nutzeffekt bringt. Aus allen diesen Gründen ist das Gesetz der Ökonomie der Zeit dem Wertgesetz weit überlegen. (Zu den negativen Folgen der Wirkung des Wertgesetzes vgl. auch den Artikel auf S. 140ff. über die Schäden durch den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft.)

Da es allerdings in der Übergangsgesellschaft, im Sozialismus, noch klassenmäßige Interessen gibt, kann das Gesetz der Ökonomie der Zeit dort noch nicht

flächendeckend wirken. Peter Urban wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß eben aus diesem Grunde das Wertgesetz noch nicht vollständig beseitigt werden könne, daß es noch einen bestimmten Wirkungsbereich habe. Dieser Wirkungsbereich und die Wirkungen des Wertgesetzes in diesem Bereich, so Peter Urban, müßten allerdings noch genauer untersucht werden. Stalin habe hier Pionierarbeit geleistet, die Sache aber nicht abschließend geklärt. Zwar dürfe das Wertgesetz nicht der hauptsächliche Regulator der Produktion sein, aber bis zu einem gewissen Grade müsse es eben im Sozialismus doch noch regulierend auf die Produktion wirken. So könne man durch begrenztes Wirken des Wertgesetzes auf die Produktion dem oben geschilderten Zustand entgegenwirken, daß Betriebe unverkäufliche Produkte liefern, die von der Handelsorganisation bezahlt werden, deren Verluste dann von der Staatsbank gedeckt werden. Die Unverkäuflichkeit kann z.B. darin liegen, daß die Betriebe zwar formal den Plan erfüllen, aber Produkte herstellen, die nicht dem Geschmack der Konsumenten entsprechen. Der Umstand, daß diese Produkte keinen Gebrauchswert haben, müsse dann vom Verbraucher zum produzierenden Betrieb in der Weise durchschlagen, daß dieser dann weniger Investitionsmittel zugeteilt bekomme. In diesem Falle wirke das Wertgesetz in eingeschränktem Maße regulierend auf die Produktion, denn der betreffende Betrieb habe dann im Eigeninteresse (aufgrund seines noch bestehenden Sonderinteresses) Veranlassung, statt der betreffenden Produkte andere herzustellen, nach denen Nachfrage bestehe, freilich aber nur innerhalb des Spielraums, den der Plan lasse.

Anwendung auf heutige Probleme

Sowohl Robert Steigerwald als auch die Redner der KPD wiesen darauf hin, daß die auf diesem Seminar diskutierten Probleme bereits heute aktuelle Bedeutung haben. So sprach Steigerwald über die Frage der Normen des Parteistatuts, Rechenschaftslegung, Kontrolle und Abwählbarkeit von Funktionären der kommunistischen Partei. Peter Urban erklärte, das von ihm skizzierte Schema bezüglich der sozialökonomischen Triebkräfte innerhalb des Sozialismus sei im Mikrokosmos auf die kommunistische Partei bereits im Kapitalismus anzuwenden. Bestimmte Krücken der alten Gesellschaft wie bestimmte Arbeitsteilungen, ein bestimmter Grad auch an formaler Disziplin usw. seien nötig, müßten aber durch kommunistische Selbsttätigkeit und kommunistisches Bewußtsein der einzelnen Kollektive und Mitglieder in Grenzen gehalten werden, damit weder Bürokratismus noch Liberalismus überhand nehmen könnten.

Fazit

Alles in allem kann ein sehr positives Fazit gezogen werden. Sowohl an der Teilnehmerzahl als auch an der Beteiligung an der Diskussion zeigte sich das große Interesse am Thema Sozialismus, ebenso darin, wie die Teilnehmerinnen

und Teilnehmer sich mit großer Disziplin auf die teilweise recht schwierigen theoretischen Debatten konzentrierten.

Es erwies sich auch als richtig, mit verschiedenen politischen Kräften die Diskussion zu suchen. Gerade DKP und KPD standen sich in früheren Zeiten regelrecht feindselig gegenüber. Die Diskussion zwischen Genossen Steigerwald und den Vertretern der KPD verlief indessen bei allen, teils auch grundlegenden Differenzen sachlich, solidarisch und in angenehmem Stil.

Es sollte nicht das letzte Seminar sein, in dem in überparteilichem Rahmen über Fragen des Marxismus und der Arbeiterbewegung diskutiert wird.

Referat Peter Urban:

Über die innerhalb einer sozialistischen Gesellschaft wirkenden sozialökonomischen Triebkräfte

Die Untersuchung der Geschichte ist für uns kein Selbstzweck, sondern soll Orientierungen für die Gegenwart und die Zukunft geben. Ich will daher nicht versuchen, unser Buch über die Sowjetunion zusammenzufassen, sondern ich will die hauptsächlichsten theoretischen Überlegungen skizzieren, die diesem Buch zugrunde liegen. Und zwar eben **nicht diejenigen Überlegungen**, die sich auf die Besonderheiten der Sowjetunion beziehen. Wenn wir Lehren für die Zukunft ziehen wollen, dann kommt es ja gerade darauf an, unter Abstraktion von diesen **Besonderheiten** diejenigen Probleme des Übergangs zum Kommunismus zu untersuchen, die sich immer stellen werden, in jeder sozialistischen Gesellschaftsordnung. Wir werden ja in Deutschland ganz andere Besonderheiten haben. Wir werden es nicht mit relativ rückständigen Produktivkräften und mit einer Bauernschaft zu tun haben, die die Mehrheit der Bevölkerung ausmacht. Theoretische Überlegungen, die sich auf diese Besonderheiten der Sowjetunion beschränken, können uns daher nicht von praktischem Nutzen sein. Theorie kann sich nicht darauf beschränken, die Vergangenheit zu beschreiben und zu erklären, die sich niemals in exakt gleicher Weise wiederholen wird.

Unser Buch zur Sowjetunion war kein Zufallsprodukt, sondern ein Ergebnis von längeren Untersuchungen zur Frage des Sozialismus als Übergangsgesellschaft zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Ein Teil der Ergebnisse wurde bereits im Theoretischen Organ der KPD "Weg der Partei" 1-2/1992 dargestellt. Ein Teil ist auch in das Programm der KPD eingeflossen. Diese Untersuchungen sind noch längst nicht abgeschlossen.

Aufgrund dieser Untersuchungen hat sich unser Bild vom Sozialismus innerhalb der letzten 10 Jahre ziemlich grundlegend gewandelt, haben wir einige Vorstellungen als falsche Dogmen über Bord geworfen. Die Vorstellung vom Sozialismus, die wir vor ungefähr 10 Jahren hatten, kann man grob schematisch wie folgt skizzieren:

Die Industrie ist verstaatlicht, dort ist die Warenproduktion bereits beseitigt. Das ist hinsichtlich der Produktionsverhältnisse das eigentlich kommunistische Element der Gesellschaft. Die landwirtschaftliche Produktion ist genossenschaftlich organisiert, und folglich haben wir hier noch Warenproduktion, haben wir

Warenaustausch zwischen dem staatlichen und dem genossenschaftlichen Sektor. Das ist eines der Muttermale der alten Gesellschaft, von denen Marx gesprochen hat. Es gibt noch andere, so z.B. den Unterschied von Kopf- und Handarbeit, und es gibt auch welche im Denken der Menschen, im gesellschaftlichen Überbau. Außerdem gibt es den Druck des imperialistischen Auslands. All diese Faktoren können zum Sieg der Konterrevolution führen. Um das zu verhindern und um zum Kommunismus voranschreiten zu können, muß der Klassenkampf geführt werden. Mit der Machtergreifung der Revisionisten wurde in der Sowjetunion, der DDR und anderen Ländern Mitte der 50er Jahre der Kapitalismus restauriert.

Das war ungefähr unser Standpunkt. Aus unserer heutigen Sicht ist daran manches richtig, manches direkt falsch, insbesondere ist aber das Ganze völlig unzureichend.

Ware-Geld-Beziehungen innerhalb des staatlichen Sektors

Was uns zunächst auffiel, was nicht in dieses Schema paßte, waren die Mechanismen der sogenannten wirtschaftlichen Rechnungsführung innerhalb des staatlichen Sektors der Produktion. Diese Mechanismen wurden in der Sowjetunion und in den meisten anderen Ländern angewandt, die sozialistisch waren oder über sozialistische Sektoren der Wirtschaft verfügten.

Wenn ein staatlicher Betrieb an einen anderen lieferte, so wurde ein entsprechender Vertrag geschlossen, und der belieferte Betrieb zahlte in realem Geld. Wurde nicht vertragsgemäß, z.B. fehlerhaft oder zu spät geliefert, so konnten die Zahlungen gekürzt werden, im Zweifel entschieden Schiedsorgane, die faktisch die Funktion von Zivilgerichten ausübten. Die staatlichen Banken vergaben an Staatsbetriebe Kredite, nahmen Zinsen, in bestimmten Fällen - beispielsweise bei nicht zweckgerechter Verwendung der Kredite - wurden Strafzinsen fällig usw. Mit anderen Worten: Die Vorstellung, daß das Geld innerhalb des staatlichen Sektors nur noch Rechengeld war, war falsch, entsprach nicht den Tatsachen. Es war reales Investitionsmittel der Betriebe. Natürlich war das keine Marktwirtschaft. Die staatlichen Organe der Wirtschaftsplanung und -leitung gaben den Betrieben im großen und ganzen sowohl deren Produktionsprogramm als auch die Preise vor. Die Betriebe konnten nicht beliebige Lieferverträge schließen, sondern nur im Rahmen des Planes, die Lieferung konnte nur erfolgen, wenn die zuständigen staatlichen Stellen entsprechende Zuteilungsscheine ausgestellt hatten. Dennoch wurden auch innerhalb des staatlichen Sektors in begrenztem Maße Tauschwertkategorien, Ware-Geld-Kategorien angewandt. Orientiert sich der Betrieb nicht oder nicht in ausreichendem Maße am gesellschaftlichen Interesse, so soll er unmittelbar ökonomisch bestraft werden, indem er weniger Investitionsmittel erhält.

Ebenso teilt der Staat seinen Betrieben materielle und finanzielle Mittel zu, d.h. entweder direkt Produktionsmittel oder Gelder, mit denen der Betrieb im Rahmen des Plans Produktionsmittel kaufen kann. Die Zuteilung dieser Mittel hängt aber bis zu einem gewissen Grade davon ab, ob der Betrieb den Plan erfüllt bzw. übererfüllt hat.

Das System der wirtschaftlichen Rechnungsführung stellt bestimmte Sonderinteressen der Betriebe in Rechnung, die dem gesellschaftlichen Interesse zuwiderlaufen. Das Band zwischen den Betrieben ist noch nicht so eng, daß das Denken und Handeln in den Kategorien "mein Betrieb, dein Betrieb" entfallen ist; das gesellschaftliche Interesse fällt noch nicht weitgehend mit dem Interesse der Individuen und Kollektive zusammen. Das System der wirtschaftlichen Rechnungsführung versucht, diese Interessen weitgehend in Übereinstimmung zu bringen. Der einzelne Betrieb soll der Gesellschaft möglichst viel geben, und dann soll er auch viel erhalten. Die begrenzte Nutzung von Tauschwertkategorien entspricht dem Entwicklungsstand der Übergangsgesellschaft, dem -gemessen am Kommunismus- relativ niedrigen Grad der Vergesellschaftung. Man hat es auch innerhalb des staatlichen Sektors erst mit dem Übergang von der Ware zur Nicht-Ware zu tun. (Übrigens: Auch die genossenschaftliche Produktion ist nicht einfach Warenproduktion. Wenn der Staat den Genossenschaften die Abnahme bestimmter Produkte zu festen Preisen garantiert, dann hat man es nicht mit Produktion für einen unbekanntem Markt zu tun; ein wichtiges Element der Warenproduktion fehlt, ist bereits überwunden. Auch hier haben wir es mit dem Übergang von der Ware zur Nicht-Ware zu tun, nur sind die noch vorhandenen Ware-Geld-Beziehungen, die verbliebenen Tauschwertkategorien hier noch stärker ausgeprägt als innerhalb des staatlichen Sektors.)

Doch Tauschwertkategorien können kein Allheilmittel sein, um die Durchsetzung des gesellschaftlichen Interesses zu gewährleisten, sonst wäre die Warenproduktion die beste aller Welten. Der Versuch, Tauschwertkategorien zu nutzen, kann auch - anstatt das gesellschaftliche Interesse zu befördern - das Gegenteil bewirken, kann es nämlich durchkreuzen. Man sehe:

Die Zuteilung von materiellen und finanziellen Mitteln an den Betrieb soll wie gesagt bis zu einem bestimmten Grade von der Planerfüllung bzw. Übererfüllung abhängen. Doch die unterschiedlichen Interessen machen sich bereits bei der Aufstellung des Plans bemerkbar. Die Planbehörden sind auf betriebliche Daten angewiesen, sonst hängt der Plan von vornherein in der Luft. Der Betrieb aber- sofern er vorwiegend seinem bornierten Eigeninteresse folgt- ist bestrebt, die Planbehörde so mit Daten zu versorgen, daß die Planziele möglichst niedrig angesetzt sind. Dann ist die Planerfüllung bzw. -Übererfüllung leicht. Das ist der Kampf um den sogenannten weichen Plan. Das trat erwiesenermaßen massenhaft auf.

Oder: Man kann den Plan formal erfüllen, aber eben so, daß das gesellschaftliche Interesse bis zu einem gewissen Grad durchkreuzt wird. Bezieht sich der Plan beispielsweise auf das Gewicht der Produkte, so kann man unnötig schwe-

re Teile einbauen. Hierfür wurde eigens das Wort "Tonnenideologie" geprägt. Oder: Wurden zu produzierende Tuche in laufenden Metern gemessen, so wurden sie schmaler als wünschenswert hergestellt. Und so weiter.

Es ist wichtig, zu begreifen, daß dies **nicht etwa einzelne Auswüchse** waren. Fallen das betriebliche und das gesamtgesellschaftliche Interesse noch relativ weit auseinander, so ist es gesetzmäßig, daß "die Betriebe" - wer immer das auch sei - sich so verhalten. Sie werden die Lücken des Plans - der nicht alles regeln kann - dann zu nutzen versuchen, um ihr Interesse gegen das gesellschaftliche durchzusetzen.

Manche haben behauptet, das System der wirtschaftlichen Rechnungsführung sei erst unter Chruschtschow eingeführt worden, und das sei eben der Revisionismus gewesen, so z.B. Willi Dickhut in seinem Buch "Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion" von 1972. Das stimmt aber nicht. Das System der wirtschaftlichen Rechnungsführung wurde spätestens Anfang der 30er Jahre flächendeckend eingeführt. Da muß man einfach die Tatsachen zur Kenntnis nehmen.

Die Mechanismen dieses Systems werden im Lehrbuch der politischen Ökonomie, Moskau 1954, eingehend beschrieben, ohne daß das Lehrbuch allerdings auch nur den Versuch macht, die sozialökonomischen Triebkräfte, die zu diesem System geführt haben, marxistisch zu analysieren. Kein Wunder, denn wir haben es hier wie gesagt mit unterschiedlichen Interessen zu tun, was vom Lehrbuch gerade geleugnet wurde. Dem Lehrbuch zufolge war "das gesamte Volk - Arbeiterklasse, Bauernschaft und Intelligenz - (...) an der Errichtung der kommunistischen Gesellschaftsordnung zutiefst interessiert" (Ausgabe Dietz Berlin 1955, S. 427) Fragt sich nur, warum der Kommunismus dann nicht verwirklicht wurde, wenn alle daran zutiefst interessiert waren.

Warum Ware-Geld-Beziehungen innerhalb des staatlichen Sektors?

Nach alledem drängt sich aber die Frage auf: Warum läßt das Proletariat an der Macht so etwas wie die wirtschaftliche Rechnungsführung zu? Es könnte doch zumindest im staatlichen Sektor per Dekret ein Wirtschaftssystem beschließen, das keinerlei Ware-Geld-Beziehungen mehr enthält, in dem jedenfalls das Geld nicht mehr als betriebliches Investitionsmittel dient.

Diese Frage ist nie direkt gestellt und beantwortet worden, aber mittelbar gab Stalin 1931 folgende Antwort:

"Es ist Tatsache, daß man in einer Reihe von Betrieben und Wirtschaftsorganisationen schon längst aufgehört hat, zu berechnen, zu kalkulieren, fundierte Bilanzen der Einnahmen und Ausgaben aufzustellen. Es ist Tatsache, daß in einer Reihe von Betrieben und Wirtschaftsorganisationen die Begriffe 'Sparsamkeitsregime', 'Herabsetzung der unproduktiven Ausgaben', 'Rationalisierung der Produktion' schon längst aus der Mode gekommen sind. Offenbar

rechnen sie" sie - das sind die Betriebsleiter - "darauf, daß die Staatsbank 'uns sowieso die nötigen Summen geben wird'. Es ist Tatsache, daß in letzter Zeit die Selbstkosten in einer ganzen Reihe von Betrieben zu steigen begonnen haben. Man hat es ihnen zur Aufgabe gemacht, die Selbstkosten um zehn und mehr Prozent zu senken, sie aber erhöhen sie. Was aber heißt das, die Selbstkosten senken? Sie wissen, daß jedes Prozent Senkung der Selbstkosten eine Akkumulation von 150 bis 200 Millionen Rubel innerhalb der Industrie bedeutet. Es ist klar, daß eine Erhöhung der Selbstkosten unter diesen Bedingungen gleichbedeutend ist mit dem Verlust von Hunderten Millionen Rubel für die Industrie und die gesamte Volkswirtschaft." Und Stalin forderte entschieden: "Beseitigung der Mißwirtschaft, Mobilisierung der inneren Hilfsquellen der Industrie, Einbürgerung und Festigung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in allen unseren Betrieben, systematische Senkung der Selbstkosten, Steigerung der Akkumulation innerhalb der Industrie, in allen Industriezweigen ohne Ausnahme." (Stalin, Neue Verhältnisse - neue Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus, SW 13 S. 67 f.)

In unserem Buch schrieben wir dazu:

"Wozu also das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung? Warum mußte die Sowjetmacht Ware-Geld-Kategorien nutzen, und zwar (...) nicht nur als **Meßinstrument für Produktivität**, sondern als Steuerungsinstrument (wenn auch nur als ein Steuerungsinstrument) der Wirtschaft? Viele staatliche Wirtschaftsleiter hatten offenbar keine Achtung vor der Arbeit der Werktätigen. Man kann Material (also vergegenständlichte Arbeit) ruhig vergeuden, man braucht nicht sparsam damit umzugehen, denn 'die Staatsbank wird uns schon die nötigen Mittel zuweisen, egal, welchen Raubbau wir treiben'. Warum also Warenkategorien? Weil einerseits das kommunistische Element, die Leitung der Wirtschaft durch gesellschaftlich bewußte Produzenten, noch relativ schwach war und weil andererseits die Fäulnis, die von der notwendigen Krücke Staatlichkeit ausging, ansonsten zu stark und unerträglich geworden wäre. Die Verstaatlichung der Produktionsmittel ist unabdingbare Voraussetzung, um das System der kapitalistischen Warenproduktion von Grund auf zu zerschlagen und die Vergesellschaftung zu beginnen. Doch die Verstaatlichung ist eine niedere Form der Vergesellschaftung, und die Fäulnis, die von der Staatskrücke ausging, hätte alles verschlungen, wenn sie nicht von einer zweiten Krücke gemildert worden wäre, von der Warenkrücke." (Sowjetunion-Buch, S. 57 f.)

Vom Staat selbst geht also Fäulnis aus!

Mängel der staatlichen Leitung

Und da kommen wir zu einem weiteren Dogma, mit dem wir gebrochen haben:

Wir sind natürlich auch früher davon ausgegangen, daß der Staat im Kommunismus abgestorben sein wird; das sollte für Marxisten auch selbstverständlich sein. Faktisch aber haben wir den sozialistischen Staat **ausschließlich** als pro-

gressive, vorwärtstreibende Kraft gesehen, im Grunde genommen bezüglich der Ökonomik als das kommunistische Element der Gesellschaft, Diese Betrachtungsweise ist aber nicht marxistisch.

Der Staat ist nicht "die Wirklichkeit der sittlichen Idee", wie Hegel meinte, und auch der sozialistische Staat ist es nicht. Er ist zwar Machtinstrument des Proletariats, aber auch diese Aussage darf man nicht verabsolutieren. Auch innerhalb des sozialistischen Staates bilden sich Sonderinteressen heraus, die sich gegen das Proletariat richten; auch innerhalb des sozialistischen Staates findet Klassenkampf statt.

Wir reden hier nicht von den Unterdrückungsfunktionen des Staates, sondern wir reden vom Staat als wirtschaftendem Subjekt der sozialistischen Gesellschaft. Und da will ich zwei Beispiele anführen, die wir auch in unserem Buch angesprochen haben:

In der Sowjetunion gab es eine gewisse Zeit für Privatleute nur altmodische rote oder dunkelorangene Lampenschirme mit Troddeln zu kaufen. Zwar wurden auch moderne produziert, aber nur für öffentliche Einrichtungen und Hotels. Als deren Bedarf gedeckt war, wurde die Produktion eingestellt. Warum? Es waren keine Einzelhandelspreise festgesetzt worden. Warum nicht? Weil die verschiedenen staatlichen Behörden, die sich auf einen Einzelhandelspreis einigen mußten, das nicht taten. Anscheinend scheiterte die Sache am Kompetenzgerangel dieser Behörden. Jeder war es in erster Linie darum zu tun, ihre eigene Wichtigkeit zu betonen, und dadurch wurde in diesem Fall das gesellschaftliche Interesse durchkreuzt.

Ein anderes Beispiel:

Eine Kugellagerfabrik war direkt neben einer Automobilfabrik angesiedelt. Wenn erstere der letzteren Kugellager lieferte, setzte dies in jedem einzelnen Fall einen Zuteilungsschein voraus, der von 14 verschiedenen staatlichen Planstellen verschiedener horizontaler und vertikaler Ebenen unterschrieben sein mußte. Natürlich behinderte dieser Überzentralismus die Produktion.

Wie würde das übrigens im Kommunismus aussehen? Wir gehen davon aus, daß in einem solchen Fall die Entscheidung dezentral, vor Ort getroffen würde. Dadurch wird es auch möglich, Probleme, die bei der Planerstellung nicht vorausgesehen worden waren, flexibel zu lösen. Die Verlagerung einer großen Zahl von Entscheidungskompetenzen auf dezentrale Stellen ist im Kommunismus möglich, weil die Interessen von Individuen, Kollektiven und der gesamten Gesellschaft weitgehend zusammenfallen. Stellt sich erst kurzfristig heraus, daß eine bestimmte Menge von Kugellagern benötigt wird, so wird die Kugellagerfabrik diese nach Möglichkeit beschaffen, aber nur dann bzw. in dem Maße, wie andere Planaufgaben und damit übergeordnete gesellschaftliche Interessen dadurch nicht beeinträchtigt werden.

Warum verfügt man dann nicht von vornherein per Dekret, daß entsprechende Entscheidungen lokal in eigener Verantwortung getroffen werden, ohne Einschaltung staatlicher Planungs- und Leitungsinstanzen?

Wozu würde das führen, wenn wir es noch mit Ware-Geld-Beziehungen zu tun haben und wenn das bornierte Eigeninteresse der Kugellagerfabrik überwiegt? Die Kugellagerfabrik würde merken, daß die Automobilfabrik unter Druck steht, daß diese kurzfristig Kugellager benötigt und andernfalls mit ihrer Produktion nicht weiterkommt. Sie würde das nutzen, um außerplanmäßig Kugellager zu produzieren und der Automobilfabrik zu hohen Preisen zu verkaufen. Sie würde dabei Inkaufnehmen, daß sie andere Produkte, die sie laut Plan herstellen soll, nicht produziert und damit übergeordnete gesellschaftliche Interessen durchkreuzt. Ihr Interesse, durch den Verkauf der Kugellager einen hohen Gewinn zu erzielen, wäre ihr wichtiger.

Das kann nicht Sinn der Sache sein. Man kann also nicht beliebig, unabhängig vom gesellschaftlichen Zustand, per Dekret Entscheidungskompetenzen dezentralisieren und den staatlichen Behörden entziehen. Das Maß, in dem man das sinnvoll tun kann, hängt davon ab, wie weit die Vergesellschaftung bereits vorangeschritten ist, wie weit immer mehr Arbeiter im gesamtgesellschaftlichen Sinne denken und handeln. Soweit dies noch nicht der Fall ist, benötigt man staatliche Organe zur Planung und Leitung der Wirtschaft und muß man folglich auch die Fäulnis, den Bürokratismus, der davon ausgeht, bis zu einem gewissen Grade hinnehmen. Man kann und muß dagegen kämpfen, aber man darf nicht hoffen, den Bürokratismus zu beseitigen, solange man die Staatlichkeit braucht. So wie der Sozialismus nach einer Seite hin der Übergang von der Ware zur Nicht-Ware ist, ist er nach einer anderen Seite hin der Übergang vom Staat zum Nicht-Staat.

Ebensowenig wie weiche Pläne, formale Planerfüllung usw. nur einzelne Fälle von Mißbrauch seitens einiger Betriebsdirektoren sind, ebensowenig handelt es sich hier, beim Bürokratismus, bei der Fäulnis, die von der Staatlichkeit ausgeht, allein um Mißbrauch seitens einzelner Bürokraten, also um individuelle Probleme. Auch diese Fäulnis ist gesetzmäßig bei dem betreffenden gesellschaftlichen Zustand. Die einzelnen Apparate und Behörden entwickeln ihre spezifischen Interessen, auch wenn diese sich als das allgemeine Interesse tarnen. Jede Behörde will ihre Wichtigkeit beweisen.

Derartige Interessen bilden sich in hierarchischen Apparaten einer Klassengesellschaft gesetzmäßig heraus. Marx hat darauf bereits 1843 in seiner "Kritik des Hegeischen Staatsrechts" hingewiesen:

"Die Bürokratie gilt sich selbst als der letzte Endzweck des Staats. Da die Bürokratie ihre 'formellen' Zwecke zu ihrem Inhalt macht, so gerät sie überall in Konflikt mit den 'reellen' Zwecken. Sie ist daher genötigt, das Formelle für den Inhalt und den Inhalt für das Formelle auszugeben. Die Staatszwecke verwandeln sich in Bürozwicke oder die Bürozwicke in Staatszwecke. Die Bürokratie ist ein Kreis, aus dem niemand herauspringen kann. Ihre Hierarchie ist eine Hierarchie des Wissens. Die Spitze vertraut den untern Kreisen die Einsicht ins I in/eine zu, wogegen die untern Kreise der Spitze die Einsicht in das Allgemeine zutrauen, und so täuschen sie sich wechselseitig." "Was den einzelnen Bürokra-

ten betrifft, so wird der Staatszweck zu seinem Privatzweck, zu einem Jagen nach höheren Posten, zu einem Machen von Karriere." "{...} sein Dasein ist das Dasein des Büros. Der Staat existiert nur mehr als verschiedene fixe Bürogeister, deren Zusammenhang die Subordination (Unterordnung) und der passive Gehorsam ist." (MEW1,248f.)

Nun mag mancher einwenden, auf den proletarischen Staat dürfe man das nicht anwenden. **Warum eigentlich nicht?** Auch der proletarische Staat ist nicht Wirklichkeit der sittlichen Idee. Die betreffenden hierarchischen Strukturen bringen auf der Grundlage noch existierender Klassenunterschiede und Interessengegensätze gesetzmäßig derartige Mechanismen hervor. Das an der Macht befindliche Proletariat kann zwar solchen Entwicklungslinien entgegenwirken, es kann sie aber nicht beseitigen. Beseitigt werden sie erst dann, wenn der Staat abstirbt.

Solche Überlegungen dürften für Marxisten im Grunde genommen nicht neu sein. Marx und Engels sagen im Manifest, daß das Proletariat seine politische Macht dazu benutzen wird, alle Produktionsinstrumente in den Händen des proletarischen Staats zu zentralisieren, und fügen dann hinzu: "Es kann dies natürlich zunächst nur geschehn vermitteltst despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Lauf der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind."(MEW 4, S. 481)

Und Engels sagt im Anti-Dühring:

"Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht die Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung." (MEW 20, S. 260)

Und:

"Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt - die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft - ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat." (MEW 20,262)

Geschichtlich gesehen ist das ein letzter Akt, aber für die Personen, die diesen letzten Akt durchleben, macht er eben eine ganze Periode aus, die des Sozialismus, und es gilt, die innere Widersprüchlichkeit dieses letzten Aktes zu untersuchen. Und da grenzen wir uns nach zwei Seiten ab:

Manche wollen aus den historischen Erfahrungen die Schlussfolgerung ziehen, die zentralstaatliche Verwaltung der meisten und wichtigsten Produktionsmittel sei kein gangbarer Weg. Wir dagegen sagen: Die Verstaatlichung ist der notwendige und unvermeidliche erste Schritt der Vergesellschaftung. Ohne diesen ersten Schritt kann es keine weiteren Schritte geben. Die Arbeiterklasse braucht die Verstaatlichung durch den sozialistischen Staat, um die warenproduzierenden Verhältnisse von Grund auf zu zerschlagen.

Zum anderen wenden wir uns gegen die falsche Auffassung, die Verstaatlichung als solche zu verherrlichen. Die Vergesellschaftung erreicht ihr kommunistisches Ziel erst, wenn sie die Grenzen der Verstaatlichung durchbricht, und

das fällt nicht irgendwann vom Himmel, sondern das muß im Sozialismus als kommunistisches Element vorhanden sein. Die Menschen der sozialistischen Gesellschaft werden nicht irgend eines schönen Morgens aufwachen und verwundert feststellen, daß der Staat verschwunden ist. Das Absterben des Staates ist ein Prozeß, der durch eine soziale Bewegung innerhalb der sozialistischen Gesellschaft durchgesetzt werden muß.

In seinen Bemerkungen zu Bucharins "Ökonomik der Transformationsperiode" hob Lenin die Bemerkung hervor: *"Zerschlagung des Alten und roher Entwurf des Neuen"*. (Lenin, Bemerkungen zu Bucharins Ökonomik der Übergangsperiode, Ausgabe VTK Frankfurt/Gelsenkirchen 1981, S. 58) In der Tat: die warenproduzierenden Verhältnisse müssen von Grund auf zerschlagen werden, doch die Verstaatlichung ist erst der Rohentwurf des Neuen.

Und Lenin hebt weiter folgenden Satz hervor und kritisiert Bucharin dafür, daß er diesen Gedanken nicht weiterverfolgt hat:

"Die Eroberung der Macht im Betrieb durch proletarische Zellen ist im Kern hier eine Aufgabe des ökonomischen Kampfes: die Arbeiterklasse, als herrschende Klasse, in allen Poren des Wirtschaftslebens zu befestigen."(ebenda)

Dauerhaft geht es darum, zu erreichen, daß nicht nur der Betriebsdirektor oder die Betriebsdirektorin betriebliche Entscheidungen trifft, sondern daß in zunehmendem Maße die Belegschaft Entscheidungskompetenzen erhält. Das ist aber nur in dem Maße sinnvoll, wie die Belegschaft in gesamtgesellschaftlichem Sinne agiert. Handeln die Arbeiterinnen und Arbeiter eines Betriebes noch vorwiegend mit dem Bewußtsein von Lohnarbeiterinnen, so werden sie ihrerseits dem gesamtgesellschaftlichen Interesse entgegenwirken und allenfalls in bornierter Weise Sonderinteressen des Einzelbetriebes wahrnehmen. Da ist ein Betriebsdirektor bzw. eine Betriebsdirektorin, der oder die - wenn auch begrenzt - Interessen der Gesamtgesellschaft vertritt, eine brauchbare Krücke. Doch die Erfahrung zeigt: Auf Dauer neigten immer mehr Betriebsdirektoren dazu, borniert ihre bzw. die betrieblichen Interessen gegen die Gesellschaft zu vertreten. Strategisch kann man nur gewinnen, wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter selbst in wachsendem Maße in die Leitung einbezogen werden, aber nicht als Eigentümerinnen ihres jeweiligen Betriebes, sondern als kollektive Eigentümerinnen der Produktionsmittel der Gesellschaft.

Und **Eigentümergefühl entsteht nur durch Eigentümerstellung.**

Wer die Arbeiterinnen und Arbeiter auf Dauer von allen Entscheidungskompetenzen fernhält, der reproduziert den Zustand, daß sie sich als Lohnarbeiterinnen fühlen und auch so verhalten. In dieser Hinsicht ist bezeichnend, daß das Lehrbuch der politischen Ökonomie, Moskau 1954, lapidar feststellte, der Staat leite seine Betriebe "durch seine Bevollmächtigten, die Betriebsdirektoren" (S. 452). Wie gesagt: Es mag Situationengeben, in denen mehr nicht möglich ist. Findet man sich aber dauerhaft damit ab, dann hat der Kommunismus im Grunde schon verloren. Der proletarische Staat muß in gewisser Hinsicht von Anfang an absterbender Staat sein, und das gilt gerade auch in Bezug auf seine ökonomischen Funktionen.

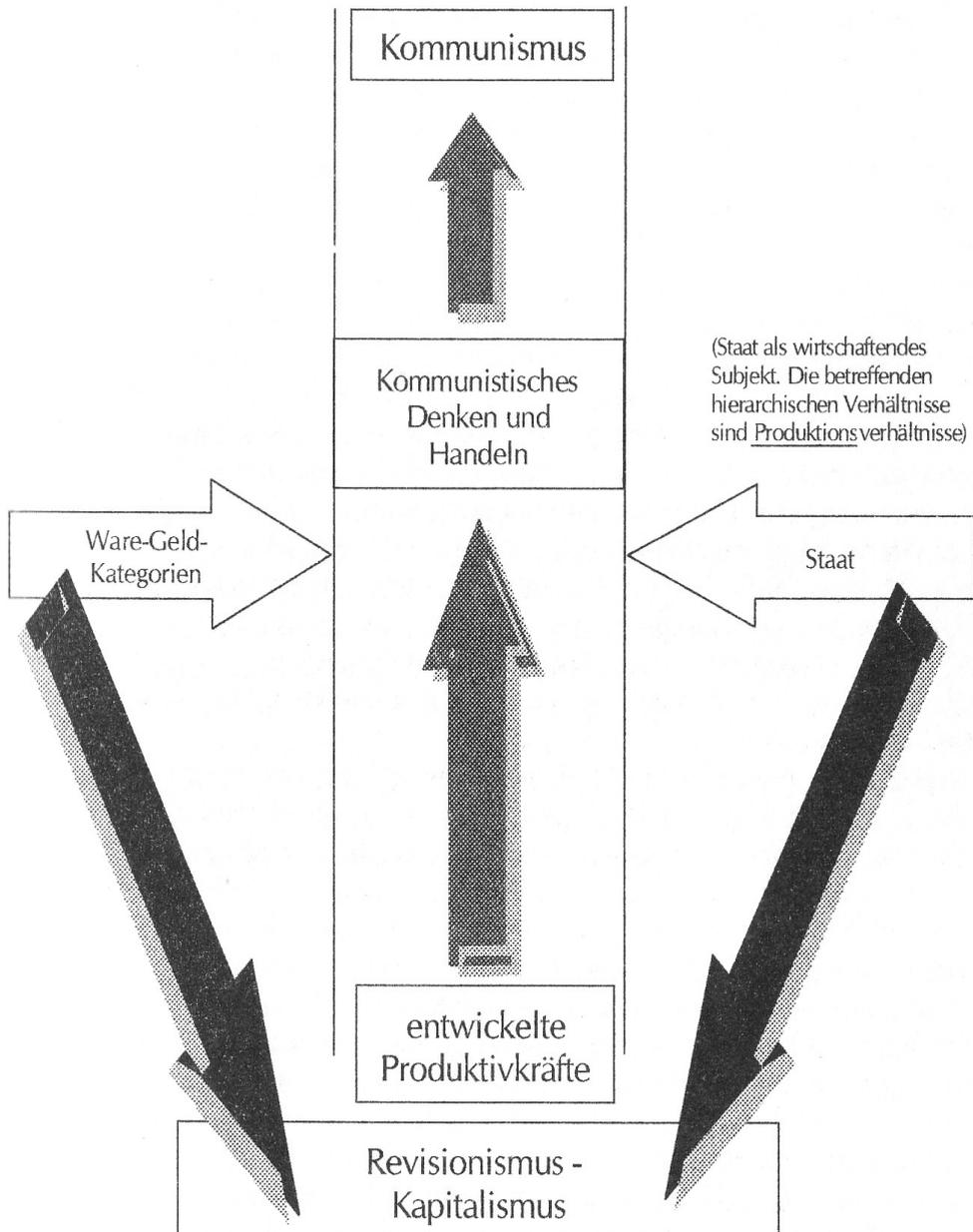
Da mag nun mancher sagen, es sei utopisch, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter real als gesamtgesellschaftlich handelnde Eigentümerinnen fungieren. Dazu sage ich: Das ist nichts anderes als die alte Spießerweisheit von der angeblichen Unmöglichkeit des Kommunismus. Als Kronzeugen gegen diese Spießerweisheit führe ich die modernen kapitalistischen Manager an. Die trommeln nämlich, man müsse das Gold in den Köpfen der Beschäftigten freischaufeln. Das heißt dann z.B., daß Entscheidungskompetenzen nach unten verlagert werden, daß Gruppenarbeit eingeführt wird usw. Die entwickelten Produktivkräfte sind es, die die kapitalistischen Manager zu solchen an sich kommunistischen Losungen zwingen. Aber im Kapitalismus, auf Grundlage der Logik der Kapitalverwertung können solche Dinge natürlich nur in perverser Form verwirklicht werden und richten sich letztlich gegen den Arbeiter, gegen die Arbeiterin. Im Sozialismus muß das in ganz anderer Weise verwirklicht werden, und hier haben wir sozialökonomische Triebkräfte, die zum Kommunismus hinweisen.

Verlagerung von Entscheidungskompetenzen nach unten, was heißt das? Wir sind und bleiben Zentralisten, die Wirtschaft soll nach einem zentralen Plan geleitet werden. Aber viele Entscheidungen können von der Sache her gar nicht sinnvoll von Zentralstellen getroffen werden, sondern müssen sinnvoll "unten" getroffen werden. Kommunismus, das setzt Kollektive und Individuen voraus, die gesamtgesellschaftlich denken und handeln, und dieses kommunistische Element muß im Sozialismus vorhanden sein und sich entwickeln, sonst wäre es eben kein Sozialismus.

Doch andererseits hat man dieses Element zunächst nur in Keimen. Der Kapitalismus erzieht die Menschen und auch die Arbeiterklasse nicht so, daß sie flächendeckend in der Lage sind, auf einen Schlag gesamtgesellschaftlich zu agieren. Deshalb brauchen wir staatliche Apparate der Leitung von Wirtschaft und Gesellschaft, deshalb müssen wir auch einen gewissen formalen Zentralismus, einen gewissen Überzentralismus in der Übergangsgesellschaft hinnehmen und auch die Mängel und Probleme und den Bürokratismus, die davon ausgehen, hinnehmen, zugleich aber zurückdrängen.

Die Notwendigkeit eines staatlichen Apparats zur Planung und Leitung der Wirtschaft ist also alles andere als eine sowjetische Besonderheit oder die Besonderheit von Ländern, in denen die Arbeiterklasse bei Übernahme der Macht relativ rückständige Produktivkräfte vorfindet. Diese Notwendigkeit besteht in der Übergangsgesellschaft zwischen Kapitalismus und Kommunismus, also im Sozialismus, immer. Man braucht die Staatskrücke, und das kommunistische Element ist noch zu schwach, um die von dieser Krücke ausgehende Fäulnis in Grenzen zu halten. Man braucht also eine zweite der alten Gesellschaft entlehnte Krücke, nämlich Ware-Geld-Beziehungen, auch innerhalb des staatlichen Sektors. Sozialismus ist sich entwickelnder Kommunismus, doch der Kommunismus ist noch zu schwach, um ohne diese beiden Krücken zu laufen. Er braucht diese Krücken, aber gleichzeitig bedrohen sie ihn, bedrohen diese beiden Krücken den kommunistischen Keim, weil sie der alten Gesellschaft entstammen.

Grobes Schema der sozialökonomischen
Triebkräfte innerhalb des Sozialismus



Schema der innerhalb des Sozialismus wirkenden Triebkräfte

Wir wollen versuchen, die verschiedenen innerhalb des Sozialismus wirkenden Triebkräfte in folgendem Schema (vergleiche vorstehendes Schaubild) darzustellen. Dem Sozialismus äußerliche Kräfte wie der Druck des Imperialismus von außen und der Widerstand der zerschlagenen Ausbeuterklassen sind hierbei wegabstrahiert.

Das eigentlich kommunistische Element der Gesellschaft ist das gesellschaftlich verantwortliche Denken und Handeln der Produzenten, v.a. der Arbeiterinnen und Arbeiter, wobei freilich im Verlaufe der Entwicklung zum Kommunismus die klassenmäßigen Unterschiede sich nach und nach verwischen. Dieses kommunistische Element kann nicht durch bloße Willensakte geschaffen oder beliebig verstärkt werden, sondern es entspringt letztlich den mehr oder minder entwickelten **Produktivkräften**. Je entwickelter sie sind, desto stärker die objektive Notwendigkeit und Möglichkeit **gesellschaftlicher** Planung und Leitung der Produktion und überhaupt aller gesellschaftlichen Angelegenheiten. Wie stark also dieses Element ist, ob es - um auf unser Schaubild zurückzugreifen - schon ein relativ starker Baum mit festen Wurzeln ist (die Wurzeln sind eben die Produktivkräfte) oder ein noch sehr zartes Pflänzchen mit schwachen Wurzeln, das hängt entscheidend vom Entwicklungsstand der Produktivkräfte ab.

Davon hängt dann auch entscheidend ab, wie stark die Stützen sind, die dieser Baum noch braucht. Diese Stützen sind unsere beiden Krücken, die der alten Gesellschaft entlehnt sind, eben die Ware-Geld-Beziehungen und die Staatlichkeit. (Da wir hier von der Ökonomik sprechen, betrachten wir den Staat in seiner Eigenschaft als **wirtschaftendes Subjekt**. Die hierarchischen Verhältnisse im Bereich der staatlichen Wirtschaftsplanung und -leitung sind **Produktionsverhältnisse**.)

Sind diese Stützen schwächer, als sie bei einem gegebenen Stand sein müssen, so wird die Produktion nachhaltig gestört, die sozialistische Gesellschaft gerät nachhaltig in Gefahr. So gesehen sind es **Stützen des Sozialismus**, auch wenn sie der alten Gesellschaft entlehnt sind. Sind diese Stützen, diese Krücken aber einmal eingerichtet, so reproduzieren sich auf dieser Grundlage Sonderinteressen, die das Voranschreiten der Gesellschaft zum Kommunismus behindern. **Diese Krücken, die den Sozialismus stützen und damit zur Erhaltung des kommunistischen Keims beitragen, behindern also andererseits in gewisser Weise die Entwicklung des kommunistischen Keims der sozialistischen Gesellschaft.**

Hier zeigt sich deutlich, daß der Sozialismus **keine eigenständige sozialökonomische Formation ist**. Unter einer sozialökonomischen Formation verstehen wir eine Gesellschaftsordnung, in der sich die verschiedenen Elemente des Ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse gegenseitig stützen und reproduzieren. Eigenständige sozialökonomische Formationen sind die Urgesellschaft, die Sklavenhaltergesellschaft, die asiatische Produktionsweise, der Feudalismus,

der Kapitalismus und der Kommunismus, nicht aber der Sozialismus. **Der Sozialismus ist die Übergangsgesellschaft vom Kapitalismus zum Kommunismus.**

Die objektiven Gegebenheiten ermöglichen diesen Übergang, doch es gibt keinen Mechanismus dafür. Objektiv besteht auch die Möglichkeit, daß der kommunistische Keim erstickt wird, daß Staatskrücke und Warenkrücke zur eigentlichen Daseinsform der Gesellschaft werden. Ist dies der Fall, dann hat die Gesellschaft ihren sozialistischen Charakter verloren, unabhängig davon, ob der Kapitalismus bereits unmittelbar wiederhergestellt worden ist.

Der Übergang zum Kommunismus kann nicht allein durch Willensakte der revolutionären Subjekte herbeigeführt werden; der Handlungsspielraum dieser Subjekte ist stets durch die objektiv gegebenen Bedingungen beschränkt. Andererseits besteht dieser Handlungsspielraum innerhalb des jeweils gegebenen Rahmens. Aufgabe der revolutionären Subjekte ist es, diesen Spielraum in jeder Situation maximal zu nutzen, um das gesamte Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse in größtmöglichem Tempo in Richtung Kommunismus zu bewegen, d.h. das kommunistische Element zu stärken, damit die Möglichkeiten zu schaffen und zu nutzen, den Wirkungsbereich der beiden Krücken zurückzudrängen. Dabei muß auch den Sonderinteressen entgegengewirkt werden, die durch diese Krücken geschaffen und reproduziert wurden.

Das revolutionäre Subjekt ist vor allem die Arbeiterklasse. Sie ist es, die sich auch innerhalb des Sozialismus auf Dauer nicht mit den der alten Gesellschaft entlehnten Krücken, mit überkommenen Arbeitsteilungen abfinden kann, da die Entfaltung ihrer schöpferischen Fähigkeiten dadurch behindert wird. Doch diese Feststellung ist nicht absolut. Solange es Klassenunterschiede gibt, wird es auch unter Arbeitern und Arbeiterinnen mehr oder minder stark das Bestreben geben, sich in diesen und jenen rückständigen Verhältnissen einzurichten, wird es z.B. Lohnarbeitermentalität geben. Dies kann sich z.B. auch in der Mentalität ausdrücken "die Kommunisten machen das schon ganz gut für uns" - dem entspricht die Einstellung von Funktionären, Sozialismus sei "Fürsorge für die Menschen". So werden unter dem Deckmantel, den Sozialismus zu verteidigen, gerade solche Bestandteile des Sozialismus reproduziert, die der alten Gesellschaft entlehnt sind, was bei einer gewissen quantitativen Anhäufung zu einem solchen qualitativen Umschlag führen kann, der den kommunistischen Keim und damit den Sozialismus liquidiert.

Die Arbeiterklasse ist es in erster Linie, die den Weg zum Sozialismus bahnen muß, doch sie kann es nicht spontan und unorganisiert. Sie braucht auch hierfür ihre bewußte und organisierte Vorhut-Partei.

Diese Partei muß ihre klassenmäßigen Wurzeln vor allem in der Arbeiterklasse haben, muß diejenigen Bestrebungen der Klasse bewußt machen und organisieren, die sich mit den der alten Gesellschaft entlehnten Krücken auf Dauer nicht abfinden können. Diese Partei muß im Interesse ihrer Klasse planmäßig und organisiert auf alle gesellschaftlichen Bereiche einwirken und muß hierzu in allen diesen Bereichen präsent sein. So müssen Kader der Partei Betriebsleiter

sein, verantwortliche Positionen im Staatsapparat bekleiden usw. Strebt die Partei das nicht an, so werden diese Positionen anderen überlassen, die andere Klasseninteressen vertreten oder zumindest nicht bewußt und planmäßig das kommunistische Interesse der Arbeiterklasse vertreten. Ist die Partei aber in all diesen Bereichen präsent, so ist sie auch den negativen Wirkungen unterworfen, die von der Warenkrücke und der Staatskrücke ausgehen.

Die Parteimitglieder in diesen Bereichen haben die Aufgabe, den betreffenden Sonderinteressen strategisch entgegenzuwirken, zugleich aber darauf hinwirken, daß die taktischen Aufgaben der jeweiligen Krücken wahrgenommen werden. Letzteres kann sich verselbständigen, kann sich von der strategischen, kommunistischen Zielrichtung loslösen, kann dazu führen, daß Kommunisten ihre strategische Aufgabe "vergessen" und anfangen, andere Interessen zu vertreten, daß sie nach und nach aufhören, Kommunisten zu sein, ohne es überhaupt zu merken. Auch können sich Leute das Parteibuch verschaffen, die von vornherein gar nicht vom proletarischen Interesse und vom kommunistischen Ziel ausgehen, sondern unter dem Deckmantel des Parteibuchs ganz andere Interessen vertreten.

Die Partei muß die realen Gegebenheiten der Übergangsgesellschaft, die Existenz von Klassenunterschieden, die Trennung von Kopf- und Handarbeit, von leitender und ausführender Tätigkeit, das teilweise Auseinanderfallen von individuellen und gesellschaftlichen Interessen, zur Kenntnis nehmen und taktisch damit rechnen. Sie muß gleichzeitig eine Strategie verfolgen, die darauf gerichtet ist, all diese sozialökonomischen Triebkräfte zu überwinden. Dies ist der Widerspruch, den die Partei immer wieder theoretisch und praktisch lösen muß und der leicht zu Zerreißproben für einzelne Mitglieder und Kollektive und für die Partei insgesamt führen kann.

Diese Partei steht also nicht außerhalb des komplizierten und widersprüchlichen Ensembles der Verhältnisse der Übergangsgesellschaft, sondern sie ist Teil davon. Die Widersprüche der Übergangsgesellschaft kommen innerhalb der Partei in konzentrierter Form zum Ausdruck, und die Partei muß stets darum kämpfen, ihren proletarischen und kommunistischen Charakter zu bewahren. Die Partei muß strategisch anstreben, sich selbst als Avantgarde aufzuheben. Die Arbeiterklasse benötigt zwar bis zum Absterben der Klassen und des Staates die führende Rolle ihrer Partei in allen Bereichen der Gesellschaft, doch mit dem Prozeß der Verringerung von Arbeitsteilungen der alten Gesellschaft muß diese Leitung qualitativ immer höhere Formen annehmen, muß sie in zunehmendem Maße darin bestehen, immer mehr Menschen unmittelbar in die gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse hineinzuziehen. Eine Schule dafür besteht darin, daß immer mehr Arbeiterinnen und Arbeiter es erlernen, an der Leitung ihres Betriebes in gesamtgesellschaftlichem Sinne teilzunehmen, doch damit darf es nicht sein Bewenden haben. Ziel ist, daß sie nicht nur an der Leitung ihres Betriebs, sondern an der Leitung aller gesellschaftlichen Angelegenheiten teilhaben.

Gerade auch in dieser Hinsicht ist Marx' 3. Feuerbach-These genial:

"Die materialistische Lehre" - Marx meint den vorherigen mechanischen oder objektivistischen Materialismus - "von der Veränderung der Umstände und der Erziehung vergißt, daß die Umstände von den Menschen verändert und der Erzieher selbst erzogen werden muß. Sie muß daher die Gesellschaft in zwei Teile - von denen der eine über ihr erhaben ist - sondieren. Das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung kann nur als revolutionäre Praxis gefaßt und rationell verstanden werden." (MEW 3 S. 5 f.)

Und zwar - wohlgemerkt! – als revolutionäre Praxis immer breiterer Massen von Produzentinnen und Produzenten. Innerhalb des Sozialismus muß darauf Kurs genommen werden, daß immer mehr Menschen in die Debatte und Beschlußfassung über wichtige gesellschaftliche Fragen einbezogen werden. Geschieht dies nicht, so kann der Kommunismus nicht angesteuert und erreicht werden, und die Vernichtung des kommunistischen Keims ist gleichbedeutend mit dem Untergang des Sozialismus.

Das Wesen der von den Revisionisten beherrschten Gesellschaftsordnung

Das krasse Gegenteil einer derartigen, von Marx geforderten revolutionären Praxis haben wir in der DDR erlebt, wo Befehle von oben nach unten "durchgestellt" wurden, wie es im Jargon hieß. Letztlich entschied noch nicht einmal das Politbüro als Kollektiv, sondern zuletzt Honecker, Mielke und Mittag, und die Beschlüsse wurden über Politbüro, ZK, Partei in die Gesellschaft "durchgestellt". Dieser Zustand wurde nicht etwa als ein besonderen Umständen geschuldetes Provisorium betrachtet, sondern die ganze Machtausübung war darauf ausgerichtet, diesen Zustand zu verewigen. Damit aber war das kommunistische Element entfallen. An dieser Machtausübung war nichts Emanzipatorisches mehr, sie war nicht im Interesse des Proletariats. Die Vorstellung, die Verstaatlichung und zentralstaatliche Verwaltung der Produktionsmittel sei an sich schon emanzipatorisch, hat mit dem Marxismus nichts gemein.

Tatsache ist aber auch:

Der Kapitalismus war damit keinesfalls restauriert. Die Produktion wurde in weiten Bereichen zentralstaatlich verwaltet. Unsere frühere Auffassung, in der Sowjetunion, der DDR und anderen Ländern sei Mitte der 50er Jahre der Kapitalismus restauriert worden, war ein vom Maoismus herkommendes Dogma. Mao Tse-tung hatte gesagt, der Machtantritt des Revisionismus sei der Machtantritt der Bourgeoisie, doch das stimmte nicht.

Das Vorherrschen der Staatskrücke aber war am Ende für die Menschen besonders unerträglich, wurde als Paternalismus und persönliche Bevormundung empfunden und war es auch. So kam es, daß Ware und Kapital als Freiheit erschienen. Natürlich war das eine Illusion, aber das Wirken dieser Illusion war objek-

tive Tatsache und beruhte darauf, daß die Staatskrücke keinen fortschrittlichen Charakter mehr hatte.

Marx unterschied in den "Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie" zwischen drei Entwicklungsstufen der Menschheit. Zunächst persönliche Abhängigkeitsverhältnisse, erst ganz naturwüchsig, weil die Menschheit sich erst aus dem Tierreich herausarbeitet, dann innerhalb der entsprechenden Klassengesellschaften: Sklavenhaltergesellschaft, asiatische Produktionsweise und Feudalismus. Warenproduktion und Kapitalismus sind die zweite Stufe: es gibt auf dieser Stufe sicher noch persönliche Abhängigkeiten, doch das grundlegende sozialökonomische Element ist die sachliche Abhängigkeit, die Unterwerfung des Menschen unter die blindwirkende sachliche Gewalt der Marktes bzw. der Kapitalverwertung. Die dritte Stufe ist der Kommunismus: die frei assoziierten und universell entwickelten Individuen verwalten die von ihnen hergestellten Sachen und richten die gesellschaftlichen Verhältnisse bewußt ein. Doch der Übergang zu dieser dritten Stufe erfordert die gründliche Zerschlagung der warenproduzierenden Verhältnisse, und dazu bedarf es der Staatlichkeit, also persönlicher Abhängigkeitsverhältnisse. Marx: "Raubt der Sache diese gesellschaftliche Macht, und ihr müßt sie Personen über die Personen geben." (Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, MEW 42 S. 91) Doch dies ist nur als Krücke zum Übergang zur dritten Stufe fortschrittlich. Entfällt die Möglichkeit dieses Übergangs, dann sind diese persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse als vorherrschendes sozialökonomisches Element reaktionärer als Warenproduktion und Kapitalismus. Die so entstandene Gesellschaftsordnung ist auf Dauer nicht lebensfähig, da persönliche statt sachlicher Abhängigkeitsverhältnisse dem hochentwickelten Stand der Produktivkräfte nicht entsprechen. Es handelt sich nicht um eine sozialökonomische Formation, sondern um eine Übergangsgesellschaft, und zwar um eine Übergangsgesellschaft zum Kapitalismus. Beim Ausbleiben einer erneuten proletarischen Revolution war dieser Übergang gesetzmäßig.

Referat Dr. Robert Steigerwald:

Zu einer Diskussion über den Untergang des (europäischen) und den künftigen Sozialismus

Ich habe Eure Einladung zur Diskussion sofort angenommen, weil ich meine, daß, bei allen vergangenen Auseinandersetzungen wir, soweit wir Kommunisten sind oder sein wollen, nicht das Recht haben, dieser Debatten wegen den Blick dafür zu verlieren, daß größtmögliche Anstrengungen nötig sind, um die ohnehin geschwächten marxistischen Kräfte zusammenzuführen.

Ich habe die Aufsatzsammlung "Wann und warum der Sozialismus in der Sowjetunion scheiterte" gelesen, die Ihr zur Vorbereitung auf die Diskussion verschickt habt. Ich denke, es ist angebracht, bevor ich auf jene Fragen eingehe, die gemäß Eurem Einladungsbrief hier diskutiert werden möchten, erst einiges zu dem zugesandten Buch zu sagen.

Es gibt darin viele Grundsatzpositionen, die ich nicht nur teile, sondern die ich ebenfalls so veröffentlicht habe, z. B. in dem Beitrag in den "Marxistischen Blättern" Heft 5/1992: "War der Oktober ein Fehler?" Oder jetzt erst wieder in den Vorträgen, die ich zum vergangenen Jahrestag der Oktoberrevolution hielt. Es gibt aber auch eine Reihe von grundsätzlichen Feststellungen bzw. Positionen in dem erwähnten Material des "Roten Morgen", mit dem ich nicht übereinstimme.

Worin sehe ich Übereinstimmungen?

In der vorbehaltlosen Bejahung der Oktoberrevolution. In der Meinung, daß die allein gelassene junge Sowjetrepublik keinen anderen Weg gehen konnte als den des Aufbaus des Sozialismus im eigenen Land. Im Wissen, daß dazu und zum Zweck der Sicherung der Verteidigungsfähigkeit des Landes ein rascher Aufbau der Schwerindustrie unvermeidlich war. Darin, daß diese äußerst schweren, auf keinerlei vorheriger Erfahrung aufbauenden Anstrengungen einen hohen Grad an Zentralisation und Diszipliniertheit erforderten. Ebenso darin, daß nicht nur die Industrie, sondern auch die Landwirtschaft auf sozialistische Grundlagen zu stellen war. Wir stimmen darin überein, daß diese Prozesse Wirtschaftsplanung nötig machten. Dabei muß freilich betont werden, daß zu dieser Zeit eine wirkliche Proportionalität der Wirtschaftsentwicklung - also eine wirkliche Planung - nicht möglich war. Dieser damals nicht aufhebbare Mangel hat später zu negativen Auswirkungen, insbesondere zu ungenügender Entwicklung im Konsumgüterbereich mit nicht unerheblichen Folgen geführt. Wir wissen gemeinsam, daß in

diesem Zeitabschnitt in der Sowjetunion, unter der Führung durch die KPdSU, deren erster Mann Stalin war, die Arbeiterklasse und die Bauernschaft des Landes Leistungen erbracht haben, die historisch ohne Vergleich sind und Grundlage dafür waren, dem Hitlerfaschismus das Genick zu brechen. Gemeinsam sind wir der Ansicht, daß in der Zeit wenigstens nach dem zweiten Weltkrieg die zunächst nötigen, nun aber zum Hindernis gewordenen zentralistischen Leitungsmethoden hätten ersetzt werden müssen.

Schließlich wohl auch darin, daß es innerhalb der sozialistischen Entwicklung Faktoren ökonomischer und sozialer Art gab, die zur Herausbildung mafiosiartiger Strukturen führten - diese sind nicht erst das Werk der jüngeren Vergangenheit. Wahrscheinlich gibt es auch noch Übereinstimmung dahingehend, daß es auf wichtigen Gebieten theoretischen Rückstand gab. Es gilt das zumindest in den Fragen der Klassenanalyse. Man denke etwa an die Ausführungen Stalins zur Begründung der Verfassung oder im Schlußwort auf dem XVIII. Parteitag, wo er behauptete, es existierten nun in der Sowjetunion keine antagonistischen Klassen und folglich kein Klassenkampf mehr - das war hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse sicher richtig, aber nicht hinsichtlich der Überreste der zerschlagenen Ausbeuterklassen. Es gilt dies auch in Fragen der Staatstheorie. Ich erinnere an die beiden gleichen Texte. Darin leugnete er, daß der sowjetische Staat noch nach Innen gerichtete Repression benötige, und das zum Zeitpunkt der Moskauer Prozeßwelle (die ich allerdings nicht unter die Rubrik "Klassenkampf" einordnen möchte!). Ebenso gab es schwere Mängel hinsichtlich der Theorie sozialistischer Ökonomie, was sich u. a. aus der Ersetzung der NÖP und damit ökonomisch orientierter Entwicklungsmethoden durch politischen Dirigismus, mit dem darauffolgenden Voluntarismus und Subjektivismus ergab - aber in dieser Einschätzung stimmen wir sicher nicht mehr überein. Nach meinem Dafürhalten gab es auch Zurückbleiben hinsichtlich der theoretischen Analyse des heutigen Kapitalismus - der war doch am Verfaulen und in seiner allgemeinen Krise, wozu sich dazu noch umfangreiche theoretische Arbeit auf den Hals laden?! Es wären auch sorgfältige Analysen der recht vielseitigen Revolutionsprozesse unseres Jahrhunderts nötig gewesen, was jedoch daran scheiterte, daß man - entgegen mancher Formulierung in offiziellen Texten - letztlich doch das sowjetische Modell der Revolution und des sozialistischen Aufbaus für verbindlich hielt.

Ich stimme mit Euch überein, daß zu den Gründen der Niederlage das Zurückbleiben der Demokratie, das Überhandnehmen des Zentralismus gehört. Der von Euch beschriebene hierarchische Aufbau des Leitungssystems in der gesamten Gesellschaft hat tatsächlich sukzessive zur Entmündigung der Klasse, zu deren Ausschaltung aus den Entscheidungsprozessen und damit zu ihrer Entfremdung vom sozialistischen Eigentum und auch von der Staatsmacht geführt. Und nur auf diesem Boden war es möglich, daß sich solche Erscheinungen herausbilden konnten, die Ihr beschreibt: das Entstehen einer schmarotzenden Manager und Politikerschicht, der es nicht um den Sozialismus, sondern um das jeweilige eigensüchtige Interesse ging. In der Tat liegt hier einer der Gründe -vielleicht

der Hauptgrund für das Scheitern des Sozialismus. Folglich muß die Frage der Demokratie, des demokratischen Elements im Organisationsprinzip des demokratischen Zentralismus mit aller Schärfe gestellt werden. Und der von Euch geschilderte Prozeß bestätigt die Richtigkeit des alten lateinischen Wortes: Wehret den Anfängen! Goethe übersetzte das Problem im "Faust", als er sagte: Beim ersten (Schritt) sind wir frei, beim zweiten Knechte! Wer die Gegenwehr zu Beginn verpaßt, hat es später schwerer, wenn es dann überhaupt noch gehen soll, den Demokratieabbau zu bekämpfen. Entwicklung der sozialistischen Demokratie - natürlich, keiner anderen, eine irgendwie allgemeine, abstrakte Demokratie gab und gibt es nirgends, darin stimmen wir überein - wäre auch das entscheidende Mittel gegen jene geschilderten Zustände im Bereich der Betriebsleiter, der Kader allgemein gewesen. Hätten die Werktätigen der Betriebe aufgrund von Transparenz der betrieblichen und allgemein-gesellschaftlichen Prozesse wirkliche Mitbestimmungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten besessen, so hätten sie dafür sorgen können, daß die dem Betrieb, seiner Leitung zustehenden ökonomischen Mittel nicht für Sonderinteressen etwa des Leiters, der Schicht der Leiter genutzt werden konnten. Wozu auch gehört, daß - da bin ich anderer Meinung als ihr - in dieser Phase der Entwicklung des Sozialismus das Wertgesetz als ökonomisches Instrument der Planung der Volkswirtschaft unverzichtbar war. Ich verweise auf das, was ich als Ansicht von Marx und Lenin dazu noch einführen werde.

Damit stellt sich die Frage, ob es zu der Art und Weise, wie die Zentralisierung vorgenommen wurde, keine Alternative gab. Ich rede nicht von der Zentralisierung, sondern von ihrer Art und Weise. Es geht um die Dialektik von Zentralismus und Demokratie, um die Einheit beider Elemente im Organisationsprinzip des demokratischen Zentralismus. War die Auflösung dieser Dialektik zugunsten eines alleinigen Zentralismus unvermeidbar? Welche Kontrollmöglichkeiten müssen unsere Organisationsprinzipien enthalten, um zentralistische Exzesse zu verhindern?

Was die Positionen der Nichtübereinstimmung angeht, so muß ich mich dazu ausführlicher äußern. Das geschieht in anderem Zusammenhang.

Zum Kriterium des Sozialismus

Das Thema unserer Debatte veranlaßt mich zu folgender einleitender Bemerkung: Ich hielte es für arrogant, wenn wir, von unserem Boden aus und bei notwendig ungenügender Sachkenntnis, andere belehren wollten, was sie zu tun gehabt, was sie falsch gemacht hätten - wenn wir das nicht zumindest auch mit einem selbstkritischen Herangehen an unser eigenes Verhalten verbänden. Dies kann jedoch aus Zeitgründen heute nicht geschehen.

Nach dieser Vorbemerkung möchte ich die These formulieren: Die gesellschaftlichen Verhältnisse im realen Sozialismus waren - trotz aller Probleme - sozialistisch. Vielleicht hilft uns die Einschätzung der Konterrevolution der achtziger und neunziger Jahre in Mittel- und Osteuropa durch deren

ideologische Bänkelsänger in dieser Frage etwas weiter. Ich habe vor mir die Wochenendbeilage zur "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 31.12.97. Dort gibt es ein Interview Krisztina Koenens mit Janos Kornai, einem aus Ungarn stammenden Harvard-Professor, dessen Hauptbeschäftigung der Kritik des sozialistischen Systems galt und gilt.

Nach seiner Einschätzung hatte "absolute Priorität...der Abbau der politischen Institutionen", war ein "fundamentales Kriterium...die....Zerstörung des antikapitalistischen ideologischen Monopols und seine Ablösung durch eine prokapitalistische Ideologie". "Die Frage nach den Eigentumsverhältnissen ist das zweite grundsätzliche Kriterium des Wechsels...Was also die Eigentumsverhältnisse betrifft, ist das Ziel fast erreicht. Die dritte fundamentale Frage ist, durch welchen Mechanismus die gesellschaftlichen Tätigkeiten koordiniert werden." Er kommt auf die Frage des Markts zu sprechen, der zwar nicht der einzige Mechanismus, aber gegenüber anderen Übergewichtig sei. Lobend sagt er, es sei innerhalb einer sehr kurzen Zeit gelungen, die Gesellschaft in eine solche umzuwandeln, "die auf dem Privateigentum basiert." Dies eben sei entscheidend, "daß sich die politischen Institutionen, die Eigentumsverhältnisse und die Mechanismen der Koordination geändert haben."

Darin unterscheide ich mich von Eurer Position, daß ich - die Ihr das höchstens für die Zeit bis zum Tode Stalins akzeptiert - die dort untergegangenen Regime für dem Wesen nach sozialistisch halte. Auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums und davon abgeleitet ist für mich das entscheidende Kriterium, eine Gesellschaftsordnung zu beurteilen, die Aneignung des Mehrprodukts. Diese erfolgt im Sozialismus gesellschaftlich, nicht mehr privat. Im realen Sozialismus war die Masse des gesellschaftlich erzeugten Mehrprodukts nicht mehr privat angeeignet worden. Deshalb war dies eine sozialistische Gesellschaftsordnung. Marx hat das, was die ausbeutende Klasse privat konsumiert, da es nicht zum Mehrwert dienen dient, nicht als das Wesensmerkmal des Kapitalismus angesehen. Über das Problem, das unter sozialistischen Bedingungen hierzu analog wäre, nämlich über den privaten Verbrauch und die Privilegien der führenden Kräfte, gab und gibt es eine längere und teils heftige (und sicher auch vom Gegner angeheizte) Debatte.

Gab es darin und, wenn ja, in wie weit Gefahren für den Charakter der Gesellschaft als einer sozialistischen?

Ogleich die Aneignung der Masse des gesellschaftlich erarbeiteten Mehrprodukts nicht mehr privat erfolgte, traten ernste Gefahren für den Charakter der Gesellschaftsordnung als einer sozialistischen auf. Es fand - nach guten Anfängen, die sich sogar paradoxer Weise inmitten von notwendigen, recht zentralistischen Führungsformen herausbildeten - leider keine wirkliche Weiter- und Höherentwicklung der sozialistischen Demokratie statt.

Im Gegenteil: die zentralen Elemente wurden sukzessive verstärkt. Auf die Gründe hierfür ist noch einzugehen, ebenso auf die Frage, ob diese Gründe während der ganzen Geschichte der Sowjetunion fortbestanden oder ob es nicht möglich und nötig gewesen

wäre, zur Verbindung des demokratischen und zentralen Elements des demokratischen Zentralismus zurückzufinden. Hinweise auf die Bedeutung äußerer Bedingungen entkräften diese Kritik nicht. Gerade unter den Bedingungen eines unvermeidlichen Zentralismus hätte man die Bindung zu den Werktätigen des eigenen Landes intensivieren müssen! Durch diese allein zentralistische Gestaltung des sozialen Lebens wurden die Bindungen der Werktätigen zur Gesellschaft geradezu geschwächt. Das betraf auch die Bindungen der Werktätigen an das sozialistische Eigentum, das immer weniger als ein solches empfunden wurde. Es führte dies zu der oft erwähnten Entfremdung der Werktätigen vom sozialistischen Eigentum. Dies war eine aus den inneren Bedingungen der Gestaltung des realen Sozialismus selbst sich ergebende Gefährdung des Sozialismus. Ohne Zweifel haben wir es hier mit einer wesentlichen Art des Zusammenhangs von Eigentum und Demokratie, von Ökonomie und Politik, ökonomischer Basis und ideologisch-politischem Überbau unter sozialistischen Bedingungen zu tun. Die Nicht- oder falsche Lösung dieses Problems war einer der inneren Gründe für den Zusammenbruch des Sozialismus. Aus ihr ergab sich, daß die Werktätigen in der Stunde der Gefahr für den Sozialismus nicht bereit waren, ihn zu verteidigen.

In welchen Fragen stimme ich mit Euch nicht überein?

1. Zunächst über das Revenue-Problem.

Es handelt sich um das, was Marx im "Kapital" die zweite Wortbedeutung von Revenue bezeichnet hat, um den Teil des Mehrprodukts, den der Kapitalist sich zwar aneignet, aber für den privaten Konsum nutzt, also nicht in sich weiter verwertenden Wert verwandelt, nicht akkumuliert. Von diesem Teil heißt es bei Marx ausdrücklich, die Entscheidung darüber erfolge allein durch den Kapitalisten, sei also "ein Willensakt" (Band 1, Berlin 1947, S. 621). Wie spielt dieses Problem in unserer Debatte eine Rolle? Ihr kommt mehrere Male darauf zu sprechen, wie es sich unter den Bedingungen der sozialistischen Ökonomie herausgebildet hat. Zuerst in einer Auseinandersetzung mit Varga, dann in der Wiedergabe einer Passage aus dem Buch der Allilujewa und schließlich in Eurer Ableitung dessen, was Ihr neue Klasse nennt. Dabei ist Eure Position jedoch innerlich widersprüchlich. 1. In der Auseinandersetzung mit Varga (S. 10 ff), der sich kritisch äußerte zu dem, was im Sozialismus, bezogen auf seine Kader, unter dem Gesichtspunkt der Politischen Ökonomie der Revenue der Kapitalisten entspricht, antwortet Ihr mit einem Zitat aus der Marx'schen Einleitung zu den "Grundrissen". Er stellt dort den theoretischen Zusammenhang zwischen Produktion und Konsumtion dar und verweist darauf, daß die Konsumtion von der Produktion abhängig sei. Dies dient Euch als Argument gegen Vargas Kritik am Konsum-

verhalten der Kader. Ihr weist diese Kritik mit dem Argument zurück: dieses Verhalten habe der ökonomischen Gesetzmäßigkeit zwischen Produktion und Konsumtion entsprochen, sei also nicht kritikwürdig gewesen.

2. Ihr zitiert (S. 21 f) ausführlich die Allilujewa hinsichtlich dessen, was Stalin und andere Funktionäre als Revenue zur Verfügung stand.

3. Später bildet diese Revenue hinsichtlich der Betriebsleiter einer der Gründe, die Euch dazu dienen, die Herausbildung einer neuen Klasse abzuleiten. Schaut man sich das genauer an, so besteht eine Diskrepanz zwischen dem Argument Nr. 3 und den beiden vorhergehenden, die von Euch vorgebracht werden.

Worin sehe ich den Fehler Eurer ersten Argumentation, jener zu Varga?

Zunächst darin, daß Ihr nicht das Problem selbst analysiert, sondern aus einer diesem Problem gar nicht gewidmeten theoretischen Abhandlung zitiert. Das ist kein materialistisches Herangehen an das Problem.

Ich betone ausdrücklich, daß auch wir in analogen Fällen uns dieser falschen, nicht-materialistischen Methode bedienen.

Auf diesen Fehler zu verweisen ist notwendig, weil er immer wieder auftaucht. Immer wieder entzieht Ihr Euch etwa der Analyse eines realen Problems durch Zitate Stalins. Es gibt z. B. völlig zutreffende Aussagen Stalins - ich denke an den Anfang des "Kurzen Lehrgangs" oder an sein Interview mit Emil Ludwig - gegen den Personenkult. Nur, sein wirkliches Verhalten stand dazu in eben so krassem Gegensatz, wie etwa seine Ausführungen zur Begründung der sowjetischen Verfassung oder seine Worte im Schlußwort auf dem XVIII. Parteitag kraß der realen Klassenlage und Staatsfrage in der Sowjetunion widersprachen. Was er jedoch damals sagte, rechtfertigte die spätere These Chruschtschows, in der Sowjetunion existiere nunmehr ein Staat des ganzen Volkes! Solche Widersprüche gibt es auch hinsichtlich der beiden Hauptelemente der Schlußansprache an den XIX. Parteitag, der Frage der Demokratie und der Nation. Habt Ihr noch nie etwas davon gehört, daß es auch das Problem eines Widerspruchs zwischen Wort und Tat gibt?

Marx ging es bekanntlich in seinen ökonomischen Analysen darum, die grundlegenden, die objektiven Gesetze des Kapitalismus zu erforschen. Ihm war doch klar, daß der Verkauf der Ware Arbeitskraft an den Kapitalisten in der Realität vielfach von diesen Gesetzen abweicht. Ebenso war ihm klar, daß die konkreten Beziehungen zwischen den Kapitalisten sich nicht genau gemäß der zugrundeliegenden Gesetze gestalten. Es wäre ihm deshalb nie eingefallen, einen nichtäquivalenten Kaufvertrag zwischen einem Kapitalisten und einem Arbeitskraftbesitzer mit dem Hinweis als "den objektiven Gesetzen entsprechend" einzuschätzen. Aber genau das tut Ihr im Falle der von Varga kritisierten Formen des Konsums von Sowjetfunktionären: Ihr "erledigt" Vargas Kritik durch Hinweis auf die den Oberflächenerscheinungen zugrundeliegenden Gesetze der Beziehungen zwischen Produktion und Konsumtion.

Dabei "überseht" Ihr auch noch, daß Marx im "Kapital" ausdrücklich sagt, die Gestaltung dieses Problems sei "eine Willensentscheidung", also relativ unabhängig von zugrundeliegenden objektiven ökonomischen Gesetzen.

2. Lehren der Kommune vernachlässigt

Ihr ignoriert etwas, was bei Marx bereits in der Adresse an den Generalrat über die Pariser Kommune eine wichtige Rolle spielte. Es wurde später von Lenin aufgegriffen. Leider ignoriert Ihr das da, wo Ihr über Klassenbildung im Sozialismus spricht (allerdings meine ich, daß Ihr die Klassen- mit der Managertheorie verwechselt).

Ich zitiere aus Lenins Vorarbeiten zu "Staat und Revolution":

"Gegen diese, in allen bisherigen Staaten unumgängliche Verwandlung des Staates und der Staatsorgane aus Dienern der Gesellschaft in Herren der Gesellschaft wandte die Kommune zwei unfehlbare Mittel an. Erstens besetzte sie alle Stellen, verwaltende, richtende, lehrende, durch Wahl nach allgemeinem Stimmrecht der Beteiligten, und zwar auf jederzeitigen Widerruf durch dieselben Beteiligten. Und zweitens zahlte sie für alle diese Dienste, hohe wie niedrige, nur d.en Lohn, den andere Arbeiter empfangen. Das höchste Gehalt, das sie überhaupt zahlte, war 6 000 Franken. Damit war der Stellenjägerei und dem Strebertum ein sicherer Riegel vorgeschoben, auch ohne die gebundenen Mandate bei Delegierten zu Vertretungskörpern, die noch zum Überfluß hinzugefügt wurden." (W. I. Lenin, Marxismus und Staat, Dietz 1970, S. 75)

Lenin zitiert hier, was Engels, Marx' Position zusammenfassend, in der Einleitung zum "Bürgerkrieg in Frankreich" schrieb. Ich denke, ich muß hier nicht weiter auf Marx, Engels und Lenin eingehen. Fest steht, daß diese Worte nach der Erarbeitung des ersten Bandes des Kapitals, erst recht nach den "Grundrissen" geschrieben wurden. In den Adressen an den Generalrat zur Kommune hat Marx ausdrücklich die große Bedeutung hervorgehoben, die solche Maßnahmen, wie die genannten, haben, um die Moral der Organe der proletarischen Diktatur zu sichern, um das Eindringen von Karrieristen usw. zu verhindern.

Es war also völlig abwegig, die Kritik Vargas zurückzuweisen, völlig abwegig, dies mit einem Zitat aus den "Grundrissen" zu tun.

Aber es ist notwendig, dieses Problem, zusammen mit dem der Demokratie (im Engels'schen Text wird sie ja als eine Voraussetzung zu den anderen Mitteln genannt), heranzuziehen, wenn wir den Prozessen der Entartung der proletarischen Staatsmacht nachgehen und die Verantwortung hierfür klären wollen.

Ihr habt Vargas Kritik - unzutreffend - zurückgewiesen. Später kommt Ihr in Eurem Text auf die Revenue zu sprechen. Dabei benutzt Ihr (ohne dies allerdings analytisch zu tun) den Doppelsinn des Wortes, den Marx hervorhob und annahm, weil er so in der ökonomischen Literatur Tradition habe. Revenue bedeutet dann sowohl Konsumtions- wie auch Akkumulationsfonds. Es geht um diese Revenue - also im Doppelsinn - wenn Ihr auf die Betriebsleiter im Sozialismus zu sprechen kommt. In Ihr seht Ihr eine - vielleicht sollte man sogar sagen: die

entscheidende-sozialökonomische Grundlage für die Herausbildung einer neuen Klasse.

Ich könnte Euch zustimmen, wenn damit gemeint wäre, daß sich die heute zutage tretenden mafiosiartigen Strukturen in Rußland schon seit längerem herausgebildet haben. Es ist angebracht, in diesem Zusammenhang zu betonen, daß es dergleichen in der DDR nicht oder nicht in "sowjetischem Ausmaß" gab. Was dort heute an Mafiosiartigem existiert, ist importiert. Schon ein Blick auf das ehemalige Führungspersonal läßt das erkennen: Während es sich in der Sowjetunion als ein Haufen politisch charakterloser Lumpen vom Schlage Jelzins, Schewardnadses, Gorbatschows, Jakowlews entpuppte, gilt das für die DDR - von der Kreatur Schabowski abgesehen - nicht! Mit Eurem Klassenbegriff hätte ich meine Probleme, weil er günstigstenfalls drei oder vier von Lenin in der "Großen Initiative" herangezogenen Merkmale betrifft. Stellung im Produktionsprozeß, Art der Erlangung und Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, nicht jedoch die entscheidende, die Eigentumsfrage. Aber hinsichtlich der Größe des erlangten Reichtums habt Ihr ja Eure eigene Position bereits erledigt, als Ihr Vargas Kritik zurückgewiesen habt!

3. Zu dem oft vorgebrachten Argument: "Stalin wußte davon nichts".

Ich verweise auf das Buch der Allilujewa. Ich lasse offen, in wie weit man sich an diesem durch und durch unehrlichen Buch orientieren kann, denn nach Eurer Meinung komme ihm "...ein relativ hoher Wahrscheinlichkeitsgehalt zumindest wahrscheinlich" zu. (S. 21 bei Euch - übrigens: Seit wann ist Wahrscheinliches wahrscheinlich!). Die Allilujewa zählt die Namen vieler Verwandter und Freunde auf, die mit Wissen und Billigung ihres Vaters verhaftet und erschossen wurden. Das war ihr so ungeheuerlich, daß sie nicht an die Schuld ihres Vaters glauben möchte. Sie sucht nach Erklärungen für das, was ihr unfaßbar schien und meint: "Ich bin der Meinung - und davon kann mich niemand abbringen -, daß Berija schlauer, treuloser, heimtückischer, unverschämter, zielbewußter, härter und infolgedessen stärker war als Vater." (in: Zwanzig Briefe an einen Freunde, Frankfurt a. M., 1960, 102).

Stalin hatte der Verhaftung seiner ersten Frau, einer geborenen Swanidse zugestimmt, ebenso der zweiten Frau, Nadeshda Allilujewa, die 1932 Selbstmord beging - sie war die Mutter der Allilujewa. Diese stellt nicht die Existenz des Despotismus in Frage, sondern ersetzt nur den einen Despoten durch einen anderen. Allerdings war der noch gar nicht aktiv, als z. B. die weiter unten genannten, von Stalin (und Molotow) unterschriebenen Listen angefertigt wurden.

An Stalin gingen Dokumente mit Namenslisten von Personen, deren Fälle dem Militärgericht vorlagen. Solche Listen umfaßten mehrere Kategorien, z. B.: Allgemeine Fälle, Frühere Militärs, Früheres NKWD-Personal, Ehefrauen von Volksfeinden. Ein Urteil ersten Grades hieß: Erschießen. Die Listen wurden mit "genehmigt" von Stalin und Molotow unterzeichnet. Es existieren etwa vierhun-

dert solcher Listen mit diesen Unterschriften, auf denen die Namen von 44.000 Personen stehen. Diese Dokumente sind in Moskau einsehbar.

Nehmen wir den Fall Tuchatschewski. Heydrich hat die Provokation nicht allein erfunden! Er arbeitete mit einem emigrierten ehemaligen sowjetischen General zusammen: Nikolai Skoblin. Dieser hatte Kontakt sowohl zum NKWD als auch zur Gestapo. Es wäre also durchaus möglich gewesen, sich genauer über die angebliche Affäre zu informieren - übrigens spielten im Prozeß gegen Tuchatschewski die "Dokumente" des angeblichen Verrats keine Rolle. Und man hätte auch damals herausfinden können, was man heute weiß, wer nämlich der Graveur der angeblichen Unterschrift Tuchatschewskis unter den "Dokumenten" war.

Aber selbst wenn man hinsichtlich Tuchatschewskis keine andere Möglichkeit des Verhaltens gesehen hätte, so wäre der anschließende Aderlaß im Kommandeurbereich der Roten Armee nicht aus dem "Fall" ableitbar gewesen. Aus Schukows späteren Interviews wissen wir, daß auch er auf der Hinrichtungsliste stand, nur darum verschont blieb, weil er zufällig am Chalchin Gol die Rote Armee in ihrem siegreichen Kampf gegen die Japaner befehligte. (Ich gehe jetzt nicht ein auf die bekannten Fälle Rudsutak, Eiche, Eberlein, Bucharin, ihre persönlichen Briefe an Stalin bzw. der Widerruf ihrer "Geständnisse" im Prozeß mit dem Hinweis auf erlittene Folterungen. Wie verhielt sich Stalin dazu!)

Was den Aderlaß in der Roten Armee nach der Tuchatschewski-Affäre angeht, so liegen die Zahlen vor. Tuchatschewski selbst wurde zusammen mit sieben weiteren Generälen und drei der fünf Sowjetmarschälle erschossen. Insgesamt wurden von fünf Oberbefehlshabern ersten Ranges der Armee drei, von zehn Oberbefehlshabern zweiten Ranges der Armee alle, von 57 Regimentskommandeuren 50, von 186 Divisionskommandeuren 154, von sechzehn Armeekommissaren ersten und zweiten Ranges alle, von 28 Korpskommissaren 25, von 64 Divisionskommandeuren 58 und von 456 Obristen 401 erschossen! Stalin soll diese Enthauptung seiner Armee entgangen sein?. Stalin, der sich bis in Einzelheiten etwa des KPD-Programms der nationalen Wiedervereinigung von 1952 einmischte, unserer damals bereits weitgehend isolierten Partei den "revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes" ins Programm diktierte, aber gleichzeitig der englischen Partei ins Programm den "parlamentarischen Weg zum Sozialismus" (wie ich aus dem Munde von Palme Dutts weiß, einem englisch-indischen Genossen, altem Komintern-Funktionär, damals Mitglied des Polit-Büros der britischen Partei), dieser Stalin, der in den Politbürositzungen selbst relative Kleinigkeiten ökonomischer, sozialer und politischer Art behandelte, der soll von der Vernichtung des Hauptes seiner Armee nichts gewußt haben? Das ist bis zur Idiotie lächerlich! Aber wenn dem wirklich so gewesen wäre, so müßte man gerade darum das unter seiner Verantwortung entstandene System der Leitung als eines schlimmster Verantwortungslosigkeit in Grund und Boden verdammen!

(Es wäre nicht unwichtig, die Entwicklung des Verhältnisses Lenins zu Stalin einzuführen - da gab es ja nicht nur die beiden Teile des Briefes an den Parteitag,

sondern auch einen direkten Lenins an Stalin selbst - aber auch das Schurkenstück, das Trotzki und Stalin gemeinsam zur Täuschung Lenins in der georgischen Frage aufführten!

Eine speziell zur Täuschung Lenins angefertigte, nur wenige Exemplare starke Ausgabe der "Prawda", die einen völlig anderen Inhalt hatte als die normale Nummer desselben Tages - es ist sicher auch nicht allgemein bekannt, daß man sogar zur Fälschung von Lenin-Werken übergegangen war: die roten Lenin-Bände der Rjasanow-Ausgabe enthalten noch jene Worte Lenins aus den beginnenden zwanziger Jahren, daß in der isolierten Sowjetrepublik der Aufbau des Sozialismus nicht möglich sei - dies wurde ab der Mitte der dreißiger Jahre in den entsprechenden Werken gestrichen, aber ohne dies deutlich zu machen oder zu sagen!)

4. Material zum Beweis des Voluntarismus und Subjektivismus.

Zu den Problemen, die zwar nicht zum Zeitpunkt ihres Aufkommens, dafür aber viele Jahre später ihre negativen Auswirkungen zeitigen sollten, gehören die immer wieder zu verzeichnenden voluntaristischen und subjektivistischen Vorgehensweisen. Sie haben einen nicht geringen Anteil daran, daß solche Methoden immer mehr an die Stelle nüchternen Erarbeitung politischer oder strategischer Zielsetzungen traten - das bekannteste Beispiel hierfür ist wohl das sog. Programm des XXII. Parteitags. Aber dieser Voluntarismus war früher "geboren" worden.

Nehmen wir das Beispiel der Erarbeitung von Fünfjahresplänen. Der XV. Parteitag (Dezember 1927) beschloß Direktiven des ersten Fünfjahresplans. Stalin hat diese sehr sorgfältig erarbeiteten Direktiven eigenmächtig verletzt. Auf dem XVI. Parteitag (Juni 1930) forderte er energisch die Erhöhung der Planziele für den Plan 1929-32. "Wir benötigen am Ende des Planjahrfünfts nicht, wie der Fünfjahrplan fordert, 10 Millionen Tonnen Roheisen, sondern 15 -17 Millionen Tonnen." (Werke, Band 12, Berlin 1940, S. 290). Die amtliche Statistik weist jedoch für das Jahr 1932 nur 6,2 Millionen Tonnen Roheisen aus. Also selbst das ursprüngliche Ziel war nicht real, Stalins Draufsatteln entsprach reinstem Voluntarismus. Nachfolgend eine Tabelle, die zeigt, wie sich dieser Voluntarismus auswirkte:

Industrielle Produktion und Planziele 1928 - 1932

	tatsächliche Produktion 1928	ursprünglich für 1932 geplant	nachträglich für 1932 erhöht	tatsächliche Produktion 1932
Elektroenergie (Mrd KW)	5,0	22	-	13,5
Kohle (Mio t)	35,5	75	-	64,4
Erdöl (Mio t)	11,6	22	45 - 46	21,4
Roheisen (Mio t)	3,3	10	17	6,2
Traktoren (1000 Stück)	1,3	53	170	48,9
Kraftfahrzeuge (1000 Stück)	0,8	100	200	23,9

Die erhöhten Planziele wurden erst wesentlich später erreicht, bei KFZ 1937, bei Roheisen 1950, bei Erdöl 1952 und bei Traktoren 1956.

Genau genommen war das jeweils Erreichte - einschließlich der erreichten Wachstumsraten - selbst im internationalen Vergleich eine Großtat, es wurde nur durch den voluntaristischen Unsinn herabgewürdigt.

Dies zeigt sich auch auf dem Gebiet der Landwirtschaft:

Die folgende Tabelle zeigt die Folgen für die Agrarproduktion

	tatsächlicher Stand 1928	Plan für 1932/33	tatsächlicher Stand 1932
Getreideproduktion (Mio t)	73,3	105,8	69,69
Viehbestand (Mio St)	114,2	153,7	70,9

Während der Viehbestand um fast 38 % steigen sollte, sank er.

5. Nehmen wir das Beispiel der Kollektivierung

Es gibt keinen Zweifel für mich, daß die Kollektivierung nötig war. Die Versorgung der Stadt, auch die Erwirtschaftung der nötigen Akkumulationsquellen für die rasche Industrialisierung war auf dem Boden kleiner, zumeist nur sich selbst versorgender Bauernwirtschaft nicht zu sichern. Es ist zutreffend, daß die NÖP zur Entwicklung und Stärkung kapitalistischer Elemente im Land führte. Ebenso ist es richtig, daß Bauern dazu übergingen, Getreide in der Absicht zurückzuhalten, höhere Preise zu erzielen und daß dies zu Versorgungsproblemen in der Stadt führte. Und daß alle diese Probleme zu Widersprüchen zwischen Stadt und Land, Arbeiterklasse und Bauernschaft (deren Bündnis jedoch die tragende Säule der Staatsmacht war) führen mußte, ist auch unbestritten. Es gab schon Gründe für den Übergang zu einer verstärkten Kollektivierungsbewegung. Das Problem ist aber, wie dieser Übergang vor Einbruch eines (russisch-sibirischen) Winters und mit den Mitteln politischer Gewalt vollzogen wurde. Es darf aber auch nicht übersehen werden, daß es eine Politik des "Hinüberpumpens" von Mitteln aus dem Dorf in die Industrie gab, welche so sehr verschärft worden war, daß die Bauern den Anreiz zur Steigerung der Produktion verloren hatten. Und das, obwohl die Bauern Gewinner der Revolution und der NÖP gewesen waren und bei Fortsetzung der NÖP keinen Grund gehabt hätten, sich gegen die Sowjetmacht zu stellen. Aber statt einer Änderung der Politik des "Hinüberpumpens" setzte Ende 1929 ein solches Tempo der Kollektivierung ein, das völlig den Planzielen entgegengesetzt war. Nicht nur das. Auch in mengenmäßiger Hinsicht wurden die ursprünglichen Ziele weit überspannt.

Nach offiziellen sowjetischen Angaben existierten 1927 noch 900 000 Kulakenwirtschaften, 1929 noch etwa 600 000 bis 700 000, insgesamt aber wurden 1,1 Millionen Bauernhöfe beseitigt. Diese Zahlen beweisen, daß der Stoß nicht nur gegen Kulakenwirtschaften geführt wurde, sondern eine große Masse auch mittel bäuerlicher Betriebe - also Betriebe des wichtigsten Verbündeten der Arbeiterklasse und damit die soziale Basis der Staatsmacht - erfaßte. Daß darauf Bauern mit vielfältigen, auch bewaffneten Formen des Widerstands reagierten, Vieh abschlachteten, Getreide vernichteten, wurde als Hinweis auf den sich verschärfenden Klassenkampf hingestellt, aber der war doch von der sowjetischen und Parteiführung provoziert! Genau genommen handelte es sich um die Einleitung eines Bürgerkriegs gegen das Dorf, der die Grundlagen der Staatsmacht betraf und mit Notwendigkeit dazu führte, die politischen Gewaltmittel maximal zu konzentrieren und sie so auch einzusetzen. Einer der Gründe für die sukzessive Abschwächung des demokratischen Elements im Organisationsprinzip des demokratischen Zentralismus, der immer mehr wuchernden Zentralisierung, die, zusammen mit den ökonomischen Folgen des Abgehens von der NÖP eben auch zum gewaltigen Wachsen eines hierarchisch gegliederten massenhaften Bürokratismus führte.

Zunächst jedoch brach erst einmal eine schwere Hungersnot aus, der etwa zwei Millionen Menschen zum Opfer fielen. Zugleich wurden einige Hunderttausend Bauernfamilien mitten im Winter nach Sibirien umgesiedelt, andere Bauern in rasch errichtete Lager eingewiesen.

6. Zur Problematik der NÖP

Im Februar 1928 stellte Stalin in einem Rundschreiben kategorisch an alle Parteiorganisationen klar: "Das Gerede darüber, daß wir angeblich die NÖP aufheben, die Ablieferungspflicht einführen, die Enteignung der Kulaken betreiben usw., ist konterrevolutionäres Geschwätz...Die NÖP ist die Grundlage unserer Wirtschaftspolitik und wird es für eine lange geschichtliche Periode bleiben." (Band 10, S. 265). Aber auf dem XVI. Parteitag (Juni/Juli 1930), hieß es plötzlich: "Ende 1929 ging die Sowjetmacht von der Politik der Einschränkung des Kulakentums zur Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse auf der Grundlage der durchgängigen Kollektivierung über." (Die KPdSU in Resolutionen, Band VIII, S. 78). Warum diese Änderung erfolgte, ist nicht geklärt.

Hans Kalt, österreichischer Kommunist, Polit-Ökonom, der Russisch spricht, schreibt dazu: "Es stimmt auch nicht, daß die sowjetische Führung zu irgendeinem Zeitpunkt sich zwischen NÖP und sozialistischer Industrialisierung entscheiden mußte. Als ich bei Sichtung des Materials zur Geschichte der sowjetischen Ökonomie die Protokolle der Parteitage und ZK-Sitzungen der Zwanzigerjahre durchnahm, mußte ich zu meiner Überraschung nicht nur das Ausmaß der wirtschaftlichen Erfolge der NÖP-Periode feststellen, sondern auch, daß zu keiner Zeit die Frage stand, NÖP oder sozialistische Industrialisierung, sondern daß der Anfang dieser Industrialisierung in die Zeit der NÖP fiel und die dazu erforderlichen staatlichen Großinvestitionen nur dank dem Erfolg der NÖP möglich waren. Dagegen haben die der Abkehr von der NÖP folgenden Hungersnöte die Industrialisierung sicher erschwert." (Hans Kalt, Sozialismus und Warenproduktion, in "Marxistische Blätter", Heft 4/97, S. 88 - für unser Thema insgesamt bedeutend ist Hans Kalts Buch "Stalins langer Schatten. Das Scheitern des sowjetischen Modells", Verlag PapyRossa, Köln 1994)

Das Abgehen von der NÖP, die Ersetzung der Orientierung an ökonomischen Gesetzen und des Wirkens ökonomischer Hebel durch politischen Dirigismus hatte vielfältige Konsequenzen. Auf einige davon werde ich im Absatz über das Wertgesetz eingehen.

7. Zur Problematik des Wertgesetzes und der Warenproduktion.

Meines Erachtens zeugen Eure Darlegungen zu diesem Problem einerseits von einer unexakten Wahrnehmung dessen, was Marx und Lenin dazu sagten - aber da könnte man ja der Meinung sein, die Entwicklung habe neue Fragen aufgeworfen, die anders als von Marx und Engels zu beantworten seien. Zweitens deuten Eure Texte auf ungenügende Beachtung polit-ökonomischer Zusammenhänge und Gesetze hin. Ich habe den Eindruck, daß dies besonders hinsichtlich

des Unterschieds zwischen den beiden Entwicklungsstufen der kommunistischen Gesellschaft gilt, den Ihr, vorsichtig formuliert, nicht immer genügend beachtet.

In einer Gesellschaft mit Arbeitsteilung auf der Grundlage unterschiedlicher Eigentumsformen können die Produkte nur gemäß dem Gesetz gleich viel Arbeit gegen gleich viel Arbeit, also äquivalent, also gemäß dem Wertgesetz getauscht werden. Den Produktaustausch anders zu regeln bedeutete, politisch ohne Beachtung ökonomischer Gesetze zu entscheiden. Oder aber man muß sich an Moral oder Gerechtigkeitsphrasen orientieren, also an jenem Lassalleanismus, den Marx in seiner "Kritik des Gothaer Programms" geißelte. Vergessen wird dann, daß Moral und Gerechtigkeit letztlich den Produktionsverhältnissen entsprechen müssen, und es nicht umgekehrt ist. Vergessen wird, daß wir Materialisten und nicht Idealisten sind.

Dies führt notwendig zu einigen Konsequenzen:

Erstens ist es eine Illusion zu glauben, auf Dauer könne ein Wirtschaftsprozeß bei Mißachtung seiner eigenen Gesetze gedeihen, der schließliche Kollaps ist darin vielmehr eingeschlossen.

Zweitens muß Mißachtung objektiver Gesetze zum Voluntarismus und Subjektivismus führen, ich habe Beispiele dafür genannt.

Drittens erfordert diese Vorgehensweise, vor allem bei Höherentwicklung der Produktion, ihrer Ausweitung und Differenzierung, einen stets wachsenden Leitungs- und Entscheidungsapparat, der nicht anders als hierarchisch organisiert sein kann.

Viertens liegt darin auch die Gefahr, daß immer mehr leitendes Personal Entscheidungen treffen muß, die nicht ausreichend auf Sachkenntnis gegründet sind.

Alle diese Folgen sind tatsächlich eingetreten. Mit dem überwuchernden Zentralismus einher ging der Verlust von Informationsquellen, von Signalen aus der arbeitenden Bevölkerung, folglich die Zunahme lebensfremder Entscheidungen. Notwendig bildete sich so eine im Laufe der Zeit stets weiter werdende Kluft zu den werktätigen Massen heraus, deren Mitwirkungsmöglichkeiten sich in gleichem Maße verringerten mit der sich daraus ergebenden Entfremdung der Massen von der Ökonomie und Politik. Da war eine stets wuchernde Pflanzstätte der Bürokratie geschaffen worden. War schon in der NÖP die Gefahr der Herausbildung kapitalistischer Elemente angelegt, gegen die es Barrieren zu errichten galt, so war die Möglichkeit des Entstehens eines wuchernden bürokratischen Apparates mit den Begleiterscheinungen der Korruption, des Entstehens von vom Volk abgetrennten, also von Sonderinteressen, geradezu ins Leben gerufen worden.

Es bildete sich ein Problem heraus, das sich nicht nur - nicht einmal der Hauptsache nach - aus dem Abgehen von der NÖP ergab. Insgesamt führte das Überhandnehmen des Zentralismus, dessen Verbindung mit der These der zunehmenden Verschärfung des Klassenkampfes, deren Zuspitzung zu der weiteren These, nunmehr entfalte der Feind sein Wirken in den Zentren der Partei und des Staats, dazu, daß Widerspruch gegen das "Zentrum des Zentrums", eben gegen Stalin, als Ausdruck klassenfeindlichen Wirkens gedeutet werden konnte

und auch gedeutet wurde (mit den bekannten repressiven Maßnahmen). Hier ist einer der Gründe nicht nur für politische, sondern auch für ideologische und theoretische Stagnation zu sehen: Wo der Meinungsstreit in das Odium klassenfeindlichen Wirkens gerät, ist Entfaltung von Wissenschaft nicht mehr möglich.

Die Nichtbeachtung des Wertgesetzes hat besonders dramatisch in den außenwirtschaftlichen Beziehungen sozialistischer Staaten gewirkt. Diese Wirkungen wurden noch durch die Nichtbeachtung des Wertgesetzes in der innerwirtschaftlichen Aktivität etwa der Sowjetunion verschärft. Da z. B. das Wertgesetz hinsichtlich der Produktionsmittel nicht angewendet wurde - dabei auch das Problem des moralische Verschleißes solcher Produktionsmittel - wie er etwa infolge wissenschaftlich-technischer Neuerungen auftritt, nicht beachtet wurde - wurde das fixe Kapital in der Sowjetunion weit langsamer erneuert als im Kapitalismus. Die Folge war, daß die auf dieser Grundlage erzeugten Produkte, wenn sie auf dem Weltmarkt umgesetzt werden sollten, einerseits in der Sowjetunion einen höheren Arbeitsaufwand erforderten als im Kapitalismus, aber andererseits auf dem Weltmarkt nur gegen Produkte eingetauscht werden konnten, die im Kapitalismus mit einem wesentlich geringeren Arbeitsaufwand hergestellt worden sind. Hier handelt es sich also um enorme Verluste an gesellschaftlicher Arbeit infolge der Nichtbeachtung des Wertgesetzes.

Prüfen wir die Meinung von Marx, der sich Lenin anschloß.

In seiner "Kritik des Gothaer" Programms macht Marx darauf aufmerksam, daß in der ersten Stufe des Kommunismus, also im Sozialismus, die Verteilung der individuellen Konsumgüter an dasselbe Prinzip gebunden ist wie beim Austausch von Warenäquivalenten, es wird gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer anderen ausgetauscht. Hier also herrscht das Wertgesetz.

Und wie sah Marx die Verteilung der Produktionsmittel in dieser Stufe des Kommunismus? Auch die Verteilung der Reproduktionsmittel band er an das Wertgesetz. Er schrieb, daß auch hier nur nach den Normen der "ökonomischen Notwendigkeit" verfahren werden kann. Mit Moral und Gerechtigkeitsphrasen lassen sich ökonomische Probleme eben nicht lösen. Er geht das Problem im dritten Band des "Kapitals", bei der Analyse des gesellschaftlichen Gesamtprodukts und der gesellschaftlichen Gesamtarbeit, gründlich an. Wie sei das auf die einzelnen Teilbereiche des Reproduktionsprozesses aufzuteilen? Expressis verbis kommt bei Marx das Wertgesetz zum Zug:

"Es ist in der Tat das Gesetz des Werts, wie es sich geltend macht, nicht in bezug auf die einzelnen Waren oder Artikel, sondern auf die jedesmaligen Gesamtprodukte der besonderen, durch die Teilung der Arbeit verselbständigten gesellschaftlichen Produktionssphären..." (Band 25, S. 648)

Und weiter, ebenfalls im dritten Band des "Kapitals" äußert er sich über diese Frage für die Zeit nach der Überwindung des Kapitalismus, was doch einschließt, daß diese Antwort auch für den Sozialismus gilt! Es betont, daß "... nach Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise, aber mit Beibehaltung gesellschaft-

licher Produktion, die Wertbestimmung vorherrschend in dem Sinn" (bleibt), "daß die Regelung der Arbeitszeit und die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit unter die verschiedenen Produktionsgruppen, endlich die Buchführung hierüber, wesentlicher denn je wird." (Band 25, S. 859) Und als Bucharin in seiner "Ökonomik der Transformationsperiode" meinte, im Sozialismus verschwänden die Probleme des Werts, des Preises, des Profits usw., merkte Lenin an: "Falsch. Sogar im reinen Kommunismus zumindest das Verhältnis $lv + m$ zu llc ? Und die Akkumulation?"

Ist es denn anders möglich in einer Gesellschaft, in der es unterschiedliche Eigentumsformen und gesellschaftliche Arbeitsteilung gibt? "Bei Existenz unterschiedlicher Kollektiveigentümer und sogar noch kleiner Privateigentümer, die keine fremde Arbeitskraft ausbeuten, sowie gesellschaftlicher Arbeitsteilung, sind aber Warenproduktion, Austausch zwischen den Warenproduzenten und damit auch Wirkungen des Wertgesetzes (einschließlich der damit verbundenen Widersprüche) unvermeidlich", schreibt Willi Gerns in derselben Nummer der "Marxistischen Blätter" (S. 89), wobei er zugleich darauf verweist, wie diese Wirkung zurückgedrängt werde.

8. Mechanischer statt dialektischem Materialismus

Ich stimme auch nicht mit der von Euch gern benutzten Methode überein, die alles auf Notwendigkeiten, auf ein objektives Müssen zurückführt. Immer dann, wenn durchaus zu fragen wäre, ob es nicht Alternativen gegeben hätte, ob man nicht wenigstens ein Experiment anderer Art hätte versuchen können, tritt bei Euch die eiserne Notwendigkeit, das Muß auf - das ist kein dialektisch-materialistisches, sondern ein mechanisch-materialistisches Herangehen. Ihr erweckt etwa den Eindruck, das Industrialisierungstempo sei bei Beibehaltung der NÖP nicht möglich gewesen, und ein Zurückbleiben wäre tödlich gewesen (dem stimme ich zu). Ihr nehmt ganz einfach das als Tatsache hin, was Stalin in seiner Auseinandersetzung mit Bucharin (den "rechten") in die Welt gesetzt hat. Warum nehmt Ihr das als Tatsache hin, während Ihr die Thesen anderer gar nicht erst prüft? Das hat doch mit einer objektiven Prüfung der realen Problematik nichts gemein. Die von Kalt erwähnten Materialien des ZK der KPdSU widersprechen dem, was Stalin öffentlich verkündete!

Die Ursachen der Niederlage sehe ich in vier Hauptgruppen von Gründen:

Erstens ist eine Ursache das vorrevolutionäre Erbe (das ist eine vielschichtige Frage, sie betrifft ökonomische, soziale, politische und kulturelle Aspekte)

Zweitens handelt es sich um die Qualität der nach der Revolution geschaffenen politischen Strukturen.

Drittens geht es um konkrete historische Bedingungen.

Und viertens kommt schließlich das Problem der Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte hinzu.

Ich möchte nun noch auf die von Euch im Einladungsbrief formulierten Fragen eingehen. Ich bin hinsichtlich von Aussagen dazu, wie Sozialismus künftig aussehen könnte oder sollte, sehr vorsichtig, um nicht zu sagen: skeptisch. Marxens Wort aus den "Grundrissen", wir seien nicht dazu da, die Rezepte für die Garküchen der Zukunft auszuarbeiten, hat doch insoweit auch heute noch seine volle Gültigkeit, daß wir gar nicht wissen können, wie diese Garküche der Zukunft aussehen wird, welchen Herd, welches Kochgeschirr und welche Zutaten sie zum Kochen haben wird. Wie wird die Welt aussehen, wenn dereinst das Thema Sozialismus auf der Tagesordnung stehen wird? Wie werden die Produktivkräfte, wie wird der subjektive Faktor beschaffen, von welcher Art wird die revolutionäre Krise sein, aus welcher der revolutionäre Bruch mit dem Imperialismus erfolgen kann? Es gibt noch mehr solcher Fragen, die wir heute nicht beantworten können.

Dennoch habe ich mich davon überzeugen lassen, daß wir wenigstens aus vier Gründen auch heute die Sozialismus-Diskussion führen müssen:

1. Weil in den sog. Tagesfragen immer auch die Grundsatzprobleme enthalten sind - wer nicht darüber diskutieren will, wie wir den Kapitalismus überwinden können, kommt mit der Problematik der Arbeitslosigkeit nicht klar.
2. Weil wir noch lange im Reformkampf stecken werden und folglich im Reformismus ersticken, wenn wir nicht unser sozialistisches Ziel festschreiben und dazu sagen, daß dies nicht durch eine Summe von Reformen erreichbar sein wird.
3. Weil es nötig ist, dem Gegner, der jeglichen Dreck gegen die Idee und die Realität des Sozialismus verbreitet, entgegenzutreten.
4. Weil es inzwischen siebzig Jahre positive und negative Erfahrungen mit einem Sozialismus-Modell gibt und wir diese Erfahrungen aufarbeiten müssen.
5. Weil es, gerade angesichts unserer schweren Niederlage, nicht möglich sein wird, der Idee des Sozialismus neue Anziehungskraft zu verleihen, wenn wir nicht über sie in ernsthaftester Weise diskutieren.

Vor diesem Hintergrund wende ich mich also Euren Fragen zu. Ihr fragt:

Welchen Charakter und welches Ausmaß sollte die Staatlichkeit bei der ökonomischen Planung und Leitung im Sozialismus haben?

Welches ist der eigentliche kommunistische Keim einer sozialistischen Gesellschaft?

Welche Interessenunterschiede gibt es?

In welchen politischen Formen können und sollten sie sich bewegen?

Welche Lehren sind diesbezüglich aus der Geschichte der Sowjetunion zu ziehen?

Zu einigen dieser Fragen oder ihrer Aspekte habe ich in dem, was schon gesagt wurde, Stellung bezogen.

Ich gehe von folgendem aus: Zum Zeitpunkt des Ringens um den Sozialismus werden die objektiven, die sachlichen Produktivkräfte im Gefolge der wissenschaftlich-technischen Revolution eine verglichen mit heute zumindest erheblich andere Qualität erreicht haben. Unter diesen Bedingungen wird der Einsatz zumindest einer Reihe solcher Produktivkräfte unbedingt die gesamtgesellschaftliche Kontrolle erfordern. Andernfalls sind Gefahren gesamtgesellschaftlich äußersten Ausmaßes nicht vermeidbar. Es sind also gesamtgesellschaftliche Strategien ökonomischer, ökologischer und sozialer, wahrscheinlich auch politischer Art, Analysen, Planungen und Aktivitäten gesamtgesellschaftlichen Charakters nötig. Das bedeutet nicht, daß alles und jedes Problem der Regelung durch gesamtgesellschaftliche Strategie unterworfen werden muß oder auch nur kann. Um eine Ahnung von der Größe des Problems zu vermitteln, hier ein paar Zahlen:

1957 gab es in der Sowjetunion 200 000 Großbetriebe, 100 000 Baustellen, 85 000 Kolchosen, 5 000 Sowchosen, mußten für die Industriebetriebe acht Millionen Kennziffern und etwa 25 Milliarden Materialwege beachtet werden! (Angaben nach Hans Kalts Buch "Stalins langer Schatten")

Das zumindest hat die schließlich in der Bürokratie erstickende, immer mehr in Stagnation geratende dirigistische Leitungsmethode in der Sowjetunion eindeutig bewiesen. Nicht bewiesen hat es die Unmöglichkeit der geplanten Wirtschaft - der moderne Kapitalismus plant, und er tut es teilweise, wenn man etwa an Japan denkt, weitaus gründlicher und effektiver als der ganze RGW. Aber Dutzende von Millionen Einzelprobleme ökonomischer oder wirtschaftspolitischer Art können nicht auf zentralistische Weise gelöst werden. Aber die Produktivkräfte der Mikroelektronik machen schon heute dezentrale Lösungen im Rahmen gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen möglich. Ein solches gesamtgesellschaftlich kontrolliertes Wirken von Produktivkräften setzt aber voraus, daß diese auch gesamtgesellschaftliches Eigentum sind. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Produktivkräfte dieser Qualität sich nicht in gesamtgesellschaftlichem Eigentum befinden. Einer der Gründe hierfür ist leicht einzusehen.

Es wird auf dieser Entwicklungsstufe - soweit wir das heute beurteilen können - landwirtschaftliche oder handwerkliche Produktionsgenossenschaften geben. Ihr kollektives Eigentum wäre nicht gesamtgesellschaftlicher Art. Das wird zu Problemen und Widersprüchen führen. Wenn sich solche Produktivkräfte im Eigentum des jeweiligen Produzentenkollektivs befänden und folglich das im Betrieb erarbeitete Mehrprodukt ganz oder teilweise von ihnen angeeignet würde, kommt es notwendig zu Sonderinteressen, zu Formen des Konkurrenzkampfes zwischen diesem Produzentenkollektiv und anderen etwa der gleichen Produktionspalette. Unter diesen Bedingungen treten Widersprüche hinsichtlich z. B. der Solidarität der Klasse, also die Betriebskollektive übergreifend, auf.

Auf diesem Niveau der Produktion dürfte das nicht das gesellschaftliche Gesamtinteresse berühren bzw. dürfte es leichter sein, die Probleme mit ökonomischen und politischen Mitteln anzugehen. Doch bei jenen Produktivkräften, die

eine gesamtgesellschaftlich notwendige Rolle spielen, die für den gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß lebenswichtig sind, kann der Sozialismus sich solche Widersprüche nicht erlauben, wenn er sich halten soll.

Zur Lösung der hier angedeuteten Probleme sind dann auch gesamtgesellschaftliche Organe nötig. Ob man diese als staatliche Organe bezeichnet oder anders, ist völlig gleichgültig. Wenn ich hier verbal differenziere, so deshalb, weil m. E. ein solches gesamtgesellschaftliches Organ, wenn es zentrale und demokratische Aspekte in sich vereinigt, nach einem Wort der Klassiker schon kein Staat im alten Sinne mehr ist.

Die Frage läuft also gar nicht in Richtung ob staatliche Aktivität oder nicht hinaus, sondern darauf, wie dieses Gebilde namens Staat beschaffen sein soll. Ein Staatstyp, wie er sich - insbesondere nach dem Abgehen von der NÖP - in der Sowjetunion (und nicht nur in ihr) herausgebildet hat, wäre zur Lösung der angesprochenen Problematik nicht geeignet. Das ist eine der Lehren aus der Geschichte.

Wenn man es genau nimmt, so geht es darum, das Organisationsprinzip des demokratischen Zentralismus nicht nur in der Partei, nicht nur allgemein im gesellschaftlichen Leben des Sozialismus, sondern vor allem auch in der Wirtschaftspolitik anzuwenden.

Aber es müßte zugleich geklärt sein, daß selbst dann die Entwicklung auf Dauer ins Abseits führen wird, wenn nicht die "staatlichen" Aktivitäten an den objektiven ökonomischen Gesetzen, und dazu gehört das Wertgesetz, orientiert werden.

Was ist der eigentlich kommunistische Kern einer solchen Gesellschaftsordnung, fragt Ihr?

1. das gesellschaftliche Eigentum!
2. die Festlegung: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen - was natürlich bedeutet, daß Gesellschaftsmitglieder, die aus gesundheitlichen oder Altersgründen aus der arbeitsaktiven Bevölkerung herausfallen, nicht unter dieses Gebot fallen.
3. das Ringen um die Durchsetzung solidarischer Verhaltensweisen der Gesellschaftsmitglieder und der gesellschaftlichen Einrichtungen - wofür es viele Entfaltungsmöglichkeiten in der Arbeit, auf dem Gebiet der Bildung und Gesundheitspolitik usw. gibt.
4. die sukzessive Ersetzung staatlicher Aktivitäten durch die unmittelbare Selbstregelung sozialistischer Kollektive- Beispiele können Organe der Selbstverwaltung im Wohnbereich, Formen der Regelung leichter Rechtsverstöße durch nicht-staatliche Instanzen, etwa Arbeits- oder Wohnkollektive sein.
5. die Anstrengungen, einen stets wachsenden Teil ökonomischer und sozialer Aktivitäten dem Wirkungsbereich des Wertgesetzes zu entziehen.
6. besondere Maßnahmen, die dazu führen - etwa infolge der Beseitigung des Bildungsprivilegs, der Gestaltung des Bildungs- und Berufsbildungssystems, auch durch materielle Anreize dazu, solche Möglichkeiten für die eigene Qua-

lifikation zu nutzen - die Unterschiede zwischen Hand- und Kopfarbeit, zwischen Stadt und Land u. dgl. zu verringern.

Es gibt sicher weitere solche Bereiche. Von besonderer Wichtigkeit scheint mir alles, was dazu beiträgt, das Bewußtsein von der Arbeit als erster Lebenstätigkeit des Menschen zu wecken, zu stärken. Das wird ein langfristiger Prozeß sein, aber ohne Erfolge auf diesem Gebiet ist an einen Übergang zur höheren Entwicklungsstufe des Kommunismus nicht zu denken.

Zu den Fragen, wie die unvermeidlich auftretenden Interessengegensätze ausgetragen werden können, fallen mit nur jene Antwortelemente ein, die sich im Zusammenhang mit den Organisationsvorstellungen der Kommunisten ergeben.

Ausgangspunkt ist dabei für mich das, was Marx in seiner Analyse der Pariser Kommune hervorhob und was Lenin aus dieser Analyse besonders betont. Ich bin darauf schon eingegangen. Mag sein, daß dabei hoch qualifizierte Kräfte nicht in Funktionen gelangen, da sie mit einer solchen materiellen Bedingung nicht einverstanden sind. Dafür aber bliebe der "Apparat" des Staates und der Partei leichter "sauber" zu halten (leichter, denn selbst unter solchen Bedingungen ist die Herausbildung von Strebertum nicht völlig auszuschließen!). Doch wer unter solchen Bedingungen ein "Amt" annimmt, tut es eher aus Treue zur Sache, aus Idealismus als wenn Pfründen und Ähnliches wirken können.

Des weiteren halte ich für nötig die unbedingte Einhaltung der Normen des Parteistatuts (z. B. Sicherung der Perioden für Rechenschaftslegung und Wahlen). In der KPdSU z. B. vom Sommer 1939 bis Herbst 1952 nicht beachtet! Das schließt ein die regelmäßige und nicht nur formale Rechenschaftslegung und Kontrolle, die Abwählbarkeit von Funktionären, die sich etwas zu schulden kommen ließen, sich nicht parteimäßig, nicht solidarisch, sich selbstherrlich verhalten. Unbedingt erforderlich sind die Einhaltung der Kollektivität in der Erarbeitung der Politik, der Beschlußfassung und Führung und - natürlich - die Beschlußtreue. Ohne ehrliche - nicht spießhaft-kleinbürgerlich verbogene - Kritik und Selbstkritik ist an einen richtigen Umgang mit Fehlern nicht zu denken.

Soweit meine Überlegungen zu einem Thema, das uns zwar noch nicht als aktuelle Aufgabe gestellt ist, doch ergeben sich aus ihnen durchaus auch bereits Lehren für unser Handeln, insbesondere dafür, wie unsere eigenen Organisationengestaltet sein sollten- und wie nicht.

Nachfolgend dokumentieren wir eine schriftliche Antwort Peter Urbans auf vorstehendes Referat Dr. Robert Steigerwalds.

Peter Urban:

Antwort auf die Ausführungen des Genossen Steigerwald

Die schriftliche Form der Antwort bietet die Möglichkeit, auf die Argumente des Genossen Steigerwald Punkt für Punkt einzugehen, was auf dem Seminar nicht nur aufgrund des zeitlichen Rahmens nicht möglich war, sondern auch deshalb, weil es uns dort vorrangig darum ging, unsere eigenen Auffassungen in ihrem inneren Zusammenhang vorzustellen.

Zu den Ausführungen unter der Überschrift "Worin sehe ich Übereinstimmungen"

Es ist gut, wenn - wie Genosse Steigerwald das getan hat - nicht nur die Differenzen, sondern auch die Übereinstimmungen herausgearbeitet werden. Dennoch gibt es auch in diesem Abschnitt Punkte, denen wir widersprechen müssen.

Beinhaltete das mit Beendigung der NÖP eingeführte Wirtschaftssystem "wirkliche Planung"? Für Genosse Steigerwald ist die Antwort einfach. Er sagt: nein. Uns scheint diese Antwort nicht dialektisch. Das Neue kann nicht mit einem Schlage fix und fertig vorhanden sein, sondern es muß sich entwickeln. War nicht allein schon der in Rekordzeit erfolgte Aufbau der Schwerindustrie Ausdruck und Ergebnis der Planung? Ganz sicher, denn durch spontanes Wirken der Gesetze des Marktes wäre es dazu nicht gekommen.

Der Aufbau der Schwerindustrie erfolgte aufgrund einer bewußten Willenssetzung der herrschenden Klasse, einer Willenssetzung, die als solche allerdings nicht voluntaristisch war, sondern sich grundsätzlich an den objektiv gegebenen Möglichkeiten orientierte. Denn andernfalls wäre es zu den gewaltigen Erfolgen, von denen auch Genosse Steigerwald sagt, daß sie "historisch ohne Vergleich" sind, nicht gekommen. Konnten diese Erfolge ohne "wirkliche Planung" Zustandekommen? Wenn die Planung nicht wirklich war, so wirkte sie nicht, war also gar keine Planung. Doch die Wirkung war offensichtlich, was auch Genosse Steigerwald einräumt.

Später, als es nicht mehr in erster Linie um extensives, sondern um intensives Wirtschaften ging, als es nicht mehr darum ging, in großangelegten Kampagnen neue Wirtschaftszweige aus dem Boden zu stampfen, als es statt dessen z.B. darum ging, die Feinabstimmung zwischen verschiedenen Wirtschaftszweigen zu verbessern, da versagten Leitungsmethoden, die vorher erfolgreich waren. Das spricht aber keineswegs dagegen, daß sie vorher angewandt wurden. Und es

spricht eben auch nicht gegen die These, daß es Wirtschaftsmethoden einer "wirklichen Planung" waren. Sicherlich einer Planung, die in vielem die Feinabstimmung noch nicht enthielt, noch nicht enthalten konnte und somit vieles der Spontaneität, dem Zufall oder der Willkür einzelner Funktionäre überließ. Es war noch keine hochentwickelte Planung und konnte es noch nicht sein, aber es ist falsch, deshalb zu behaupten, es wäre keine "wirkliche", also gar keine Planung gewesen. Eine solche Betrachtungsweise verkennt den Keim des sich entwickelnden Neuen.

Später hätten die "zunächst nötigen Leitungsmethoden" durch andere ersetzt werden müssen - da sind wir mit Genossen Steigerwald einer Meinung. Dann paßt aber in diesem Zusammenhang auch das von Genossen Steigerwald angerührte Zitat aus Goethes Faust nicht, wonach wir beim ersten frei, beim zweiten Knechte sind. Die Bolschewiki waren eben beim ersten nicht so besonders frei, der von den schwach entwickelten Produktivkräften gesetzte Spielraum war vielmehr verdammt eng. Ohne die hochzentralistischen Leitungsmethoden, die in vielerlei Hinsicht schon zu diesem Zeitpunkt als Überzentrismus erscheinen mußten, wären die genannten Erfolge nicht möglich gewesen, Erfolge bei der Entwicklung der Produktivkräfte, die auch nach unserer Meinung historisch ohne Vergleich sind.

Woran lag es, daß die ursprünglichen Leitungsmethoden später, als der Stand der Produktivkräfte andere erforderte, nicht verändert wurden? Nun waren es ja nicht mehr die Produktivkräfte, die diese Änderung verhinderten, nun waren sie es, die diese Änderung erheischten. Es waren klassenmäßige Interessen, die sich dieser Änderung nun entgegenstellten. Klassenmäßige Interessen, die Genosse Steigerwald aber leider nicht analysiert.

"Nur auf diesem Boden", so meint Genosse Steigerwald, nämlich auf dem Boden des spezifischen Leitungssystems in der Sowjetunion, sei es möglich gewesen, daß sich eine schmarotzende Manager- und Politikerschicht herausentwickelt habe, der es nur um ihre eigenen Interessen ging. Nur aufgrund der sowjetischen Besonderheiten also sei dies möglich gewesen. Da müssen wir widersprechen. Sozialismus ist eine Gesellschaft, in der die Klassenunterschiede noch nicht abgestorben sind, Sozialismus ist der Prozeß des Absterbens aller Klassenunterschiede, und solange sie noch nicht abgestorben sind, machen sich gesetzmäßig klassenmäßig bedingte Sonderinteressen geltend und besteht die Möglichkeit, daß sie sich wieder aufblähen anstatt weiter abzusterben.

Wohlgemerkt: Wenn wir von klassenmäßigen Unterschieden sprechen, dann meinen wir nicht nur die Unterschiede zwischen den Klassen. Die Bourgeoisie gibt es im Sozialismus als Klasse ohnehin nicht mehr, da die Produktionsmittel ihr entrissen sind; es gibt nur Überreste der zerschlagenen Bourgeoisie. Mit klassenmäßigen Unterschieden meinen wir alle gesellschaftlichen Unterschiede, die auf unterschiedlicher Stellung zu den Produktionsmitteln beruhen. Gibt es noch gesonderte Managerinnen und gesonderte Politikerinnen (im Kommunismus wird es das nicht mehr geben!), so haben diese eine spezielle Stellung zu den

Produktionsmitteln, die sie von den Arbeiterinnen und Arbeitern unterscheidet. Der ideale kommunistische Funktionär, die ideale Funktionärin, der bzw. die solche Positionen bekleidet, tut das in dem Bestreben, die klassenmäßigen Unterschiede weiter abzubauen.

Doch da das Sein das Bewußtsein bestimmt, bringen diese Arbeitsteilungen, solange sie nicht aufgehoben sind, gesetzmäßig besondere Interessen hervor. Diese klassenmäßigen Unterschiede sind subtiler und schwerer zu analysieren als solch klare Klassengegensätze wie der zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Man darf aber nicht hoffen, die Widersprüche und Gesetzmäßigkeiten der Übergangsgesellschaft zwischen Kapitalismus und Kommunismus wirklich zu begreifen, wenn man nicht das Augenmerk gerade auf diese klassenmäßigen Unterschiede legt, die schon keine Unterschiede von Klassen mehr sind. Da Sozialismus der Prozeß des Verschwindens der Klassenunterschiede ist, benötigt man entsprechende theoretische Kategorien, um diesen Prozeß adäquat zu erfassen. Die bisherige Analyse des Sozialismus krankt eben daran, daß diese klassenmäßigen Unterschiede, die schon keine Unterschiede von Klassen mehr waren, nicht oder nicht adäquat untersucht wurden. Gerade diese klassenmäßigen Unterschiede spielten im übrigen beim Prozeß der revisionistischen Entartung eine entscheidende Rolle.

Stalin war zwar keineswegs - wie Genosse Steigerwald behauptet - der Auffassung, es gebe keinen Klassenkampf mehr, Stalin ging vielmehr von der Verschärfung des Klassenkampfes aus. (Das sagt Genosse Steigerwald unter Punkt 7 übrigens selbst, er widerspricht sich also.) Die Wurzeln des Klassenkampfes sah Stalin jedoch allein in den Überresten der zerschlagenen Ausbeuterklassen, in deren Unterstützung seitens des imperialistischen Auslandes sowie im Zurückbleiben des Bewußtseins hinter der ökonomischen Lage. Das war einseitig.

Diejenigen Wurzeln des Klassenkampfes, die in noch nicht überwundenen Arbeitsteilungen der alten Gesellschaft liegen, sah er nicht, (vgl. z.B. "Weg der Partei", theoretisches Organ der KPD, 1-2/92, S. 43 f.) Diese überkommenen Arbeitsteilungen rufen aber auch entsprechendes Bewußtsein hervor: So weit sie die Arbeiterinnen und Arbeiter an realer Eigentümerstellung hindern, rufen sie z.B. Lohnarbeiterbewußtsein hervor, ein Bewußtsein, das dann im übrigen gar nicht hinter der ökonomischen Lage einherhinkt, sondern ihr entspricht.

Der Trotzismus hingegen weist zwar auf solche Widersprüche hin, aber nur, um den Blick auf ihre sozialökonomischen Wurzeln zu verstellen. So benutzt z.B. Mandel den Begriff der Bürokratie als rein politischen Begriff und beraubt ihn ausdrücklich jedes sozialökonomischen und damit klassenmäßigen Inhalts. (vgl. Sowjetunion-Buch S. 194 f.)

Damit wird scheinbar das Bedürfnis befriedigt, diesem von der Theorie bisher nicht oder nicht adäquat beachteten Widerspruch Rechnung zu tragen, in Wirklichkeit werden die Wurzeln der betreffenden Erscheinungen in den Produktionsverhältnissen geleugnet. Damit wird auch der Blick darauf verstellt, wie sich aus dem Sozialismus heraus eine neue Ausbeuterklasse entwickeln konnte.

Was wäre nun das entscheidende Mittel gegen die Herausbildung spezieller klassenmäßiger Interessen der Betriebsleiter und der Kader allgemein gewesen?

Genosse Steigerwald meint, die Entwicklung der sozialistischen Demokratie. Da müssen wir ihm widersprechen: So wichtig die Frage der sozialistischen Demokratie zweifellos ist, das entscheidende Mittel wäre das nicht gewesen.

Demokratie ist eine Staatsform, und deshalb wird sie im Kommunismus abgestorben sein, weil es eben keinen Staat mehr geben wird. Sozialistische Demokratie ist wichtig, so lange es klassenmäßige Interessen gibt, die sich den Interessen der Arbeiterklasse entgegenstellen. Wir wissen heute z.B., daß sich auch innerhalb des sozialistischen Staates Sonderinteressen entwickeln, die sich gegen die Arbeiterklasse richten, und daraus folgern wir unter anderem, daß die Garantie von Freiheitsrechten, die sich gegen den Staat richten, mit der Machtergreifung der Arbeiterklasse keinesfalls gegenstandslos geworden ist.

Aber: Demokratie ist immer ein Mittel, klassenmäßige Interessen durchzusetzen. Solange Demokratie existieren muß, gibt es diese Interessen also, besteht folglich auch stets die Tendenz zur Herausbildung von Interessen, die sich gegen das Proletariat richten. Folglich kann die sozialistische Demokratie nicht das entscheidende Mittel des Proletariats zur Überwindung dieser Sonderinteressen sein. Solange das Proletariat dieses Mittels noch bedarf, ist der Kampf eben nicht entschieden. Die "Mitbestimmungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten" der Arbeiter, von denen Genosse Steigerwald spricht, verhindern nicht die Herausbildung von Sonderinteressen der Leiter, sondern bieten nur Möglichkeiten, sich gegen die Betätigung dieser Sonderinteressen zur Wehr zu setzen. Diese Sonderinteressen können sich erst dann nicht mehr herausbilden, wenn die entsprechenden Arbeitsteilungen beseitigt sind, wenn die Gesellschaft jedem Gesellschaftsglied die gleichen Möglichkeiten bietet, an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen teilzuhaben.

Die Rede ist hier nicht von bloßen Rechten. Das bloße Recht nutzt gar nichts, wenn die Menschen nicht vorhanden sind, die es ausüben. Wer nicht die Chance hat, das Regieren zu erlernen, der wird nicht regieren können, so sehr man ihm auch das "Recht" zum Regieren zuspricht. Es ist also eine gründliche Umgestaltung des Ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse erforderlich, bis die Herausbildung der genannten Sonderinteressen nicht mehr möglich ist. Dann aber wird von Rechten genauso wenig mehr die Rede sein wie von Demokratie: die assoziierten Produzenten werden den von ihnen geschaffenen sachlichen Reichtum verwalten und die gesellschaftlichen Verhältnisse bewußt einrichten. Man braucht dann weder Rechte noch Demokratie, um sich das zu erkämpfen, was das gesellschaftliche Kollektiv jedem Individuum als Selbstverständlichkeit gewährt.

Warum also bestehen wir so entschieden darauf, daß die Entfaltung der sozialistischen Demokratie nicht das entscheidende Mittel bei der kommunistischen Umgestaltung der Gesellschaft sein kann? Weil sie ein politisches Instrumentarium der Übergangsgesellschaft ist, diese Übergangsgesellschaft aber ebenso überwunden, nämlich in den Kommunismus aufgelöst werden muß, wie die Politik überwunden werden muß. Weil die sozialistische Demokratie als politisches Instrumentarium der Übergangsgesellschaft, so wichtig sie ist, nicht über den

Übergangszustand hinausweist, weil folglich die Beschränkung der Aufgabenstellung auf die Entfaltung der sozialistischen Demokratie keine kommunistische Strategie ist.

"Der politische Verstand ist eben politischer Verstand, weil er innerhalb der Schranken der Politik denkt." (Marx, MEW 1 S. 402) Der Verstand von Marxisten darf sich keinesfalls darauf beschränken, politischer Verstand zu sein, sonst könnte dieser Verstand den Kommunismus nicht begrifflich erfassen. Der Kommunismus nämlich ist eine Gesellschaft, in der die Schranken der Politik gesprengt sind, weil es keinerlei klassenmäßige Unterschiede und auf ihnen basierende Interessenunterschiede mehr gibt, eine Gesellschaft, in der folglich die politische Durchsetzung von Interessen entfallen ist und stattdessen klare und durchsichtige Beziehungen zwischen den Menschen bestehen.

Genosse Steigerwald wirft uns an anderer Stelle vor, wir würden nicht genügend zwischen Sozialismus und Kommunismus unterscheiden. Wir unterscheiden sehr wohl, aber nicht metaphysisch. Wir errichten keine chinesische Mauer zwischen beiden, denn der Sozialismus ist die Übergangsgesellschaft zum Kommunismus, ist der Prozeß des Übergangs. Es ist also gar nicht möglich, "den Sozialismus" als statischen Zustand zu beschreiben, denn er ist die Bewegung zum Kommunismus. Theoretisch besteht somit vor allem die Aufgabe, die kommunistischen Elemente des Sozialismus herauszuarbeiten, damit gerade diese Elemente im praktischen Kampf gestärkt und ausgebaut werden können. Es waren in der Vergangenheit gerade die Apologeten der Sonderinteressen, die sich dem widersetzt haben, die versucht haben, den Sozialismus als etwas Statisches und vom Kommunismus durch eine chinesische Mauer Getrenntes darzustellen.

Zu "Zum Kriterium des Sozialismus"

Wir sind durchaus mit dem Genossen Steigerwald einer Meinung, daß die Restauration der kapitalistischen Ordnung in der Sowjetunion, der DDR und anderen Ländern erst Ende der 80er bzw. Anfang der 90er Jahre erfolgte und daß dabei:

- 1.) die kapitalistische Eigentumsordnung durchgesetzt wurde,
- 2.) eine prokapitalistische Ideologie als herrschende Ideologie durchgesetzt wurde,
- 3.) der Markt als übergewichtiger Mechanismus der Steuerung der Wirtschaft durchgesetzt wurde (so weit wir es im monopolistischen Kapitalismus noch mit "Marktwirtschaft" zu tun haben), daß also diese drei Dinge: kapitalistische Eigentumsordnung, prokapitalistische Ideologie und Markt vorher nicht gesellschaftlich vorherrschend waren. Und dennoch bestreiten wir, daß die vorherige (Gesellschaftsordnung sozialistisch war. Wir haben an anderen Stellen, auch innerhalb dieses Buches, dargelegt, welchen Charakter die vorher in diesen Ländern existierenden Gesellschaftsordnungen unserer Meinung nach hatten und wollen dies hier nicht wiederholen. An dieser Stelle sei insoweit nur folgendes gesagt:

Man kann doch ganz sicher nicht behaupten, jegliche Gesellschaftsordnung, in der das Mehrprodukt nicht privat angeeignet werde, sei sozialistisch. Ent-

scheidend für den Sozialismus ist, daß es sich um den **Beginn der unmittelbaren Vergesellschaftung der Produktion handelt**, um den Beginn dessen, daß **die Gesellschaft kollektiv über die Produktionsmittel verfügt**. Das ist doch ganz sicher nicht der Fall, wenn faktisch eine kleine Gruppierung über die Produktionsmittel verfügt und das nicht etwa im Auftrag der herrschenden Klasse tut, um die Vergesellschaftung unter schwierigen Verhältnissen zu beginnen, sondern dies im Eigeninteresse tut und bestrebt ist, ihre privilegierte Stellung zu den Produktionsmitteln für immer und ewig zu konservieren. Es geht dabei in der Tat nicht in erster Linie um das Ausmaß des privaten Konsums dieser Leute, sondern um ihre Stellung zu den Produktionsmitteln, um ihre Macht, im Eigeninteresse über diese Produktionsmittel zu verfügen. Haben sie diese unumschränkte Macht, so ist die Arbeiterklasse diesbezüglich ohne Macht, und hier haben wir die einfache Lösung des von Genossen Steigerwald gestellten, aber nicht aufgelösten Rätsels, wie es kam, daß das "sozialistische Eigentum" von immer weniger Werktätigen als solches empfunden wurde (wo doch das Sein das Bewußtsein bestimmt!):

Es **war** kein sozialistisches Eigentum! Die Leute waren keine Eigentümer und hatten **deshalb** nicht das Bewußtsein von Eigentümern! Eigentümerbewußtsein kommt von Eigentümerstellung.

Doch der Übergang vom Lohnarbeiter zum sozialistischen Eigentümer erfolgt ebenfalls nicht von heute auf morgen - ein wesentlicher Grund, warum zunächst noch Arbeitsteilungen erforderlich sind, die Berufsmanager und Berufspolitiker hervorbringen. Wären allein die Funktionäre das Übel, so könnte man sich ihrer leicht entledigen. (Das wäre die "Lösung" a la Mao Tse-tung: Die "guten" Funktionäre setzen den "bösen" Schandmützen auf; ca. alle 10 Jahre kommen die "Drachen und Teufel" an die Oberfläche und werden dann geschlagen.) Doch das Übel sind nicht die Berufspolitiker, Berufsmanager usw., sondern das Übel ist der gesellschaftliche Zustand, der die betreffenden Formen der Arbeitsteilungen noch erforderlich macht. Die Berufsfunktionäre und -funktionärinnen sind aufgrund der relativen Rückständigkeit von Arbeitern und Arbeiterinnen erforderlich, können aber dazu beitragen, diese Rückständigkeit zu konservieren. Die an der Macht befindliche Arbeiterklasse braucht ihre Berufsmanagerinnen und Berufspolitikerinnen noch, aber der entsprechende gesellschaftliche Zustand, die entsprechenden Arbeitsteilungen reproduzieren sich selbst, wenn sie nicht nach und nach durch bewußte Anstrengungen überwunden werden. Und hier kommen wir zurück zu den klassenmäßigen Unterschieden im Sozialismus, die schon keine Unterschiede von Klassen mehr sind. Gibt es z.B. Berufsmanagerinnen und Berufspolitikerinnen, so haben diese spezielle Stellungen zu den Produktionsmitteln und stellen somit spezielle Schichten dar.

Es sind keine Klassen, weil und so lange die Kontrolle der Arbeiterklasse überwiegt, stärker ist als die Sonderinteressen dieser Schichten. Es sind Schichten, die im Dienste der Arbeiterklasse stehen, auch wenn sie daneben bzw. dagegen Eigeninteressen verfolgen. Es sind schon deshalb keine Klassen, weil dieses Eigeninteresse nicht alle Angehörigen dieser Schichten auszeichnet: Die Kommunistinnen und Kommunisten (das ist allerdings bei weitem nicht jeder mit Parteibuch!) in leitenden Funktio-

nen bzw. mit besonderen Aufgaben sind bestrebt, sich am proletarischen Klasseninteresse zu orientieren und üben diese Funktionen **mit dieser Zielsetzung** aus, doch die Übergänge sind wie immer fließend.

Was geschieht nun, wenn die proletarische Kontrolle, die proletarische Herrschaft über die Gesellschaft **verloren geht** ? Dann eben verwandeln sich diese Schichten in eine neue Klasse, eine Klasse, die freilich sehr inhomogen ist, wie wir gerade in unserem Sowjetunionbuch gezeigt haben, deren gemeinsames Interesse aber in der Niederhaltung der Arbeiterklasse besteht. Und dann ist die Gesellschaft nicht mehr sozialistisch, da die Orientierung auf den Kommunismus verlorengegangen ist.

Genosse Steigerwald aber meint: "trotz aller Probleme - sozialistisch".

Wie reimt sich das damit zusammen, daß er an anderer Stelle, nämlich unter Punkt 2.) von der "Entartung der proletarischen Staatsmacht" spricht? Ist diese Staatsmacht entartet, dann hat man es ja sicherlich nicht mehr mit einer Diktatur des Proletariats zu tun. Man hätte also einen Sozialismus ohne Diktatur des Proletariats!? Damit wäre man bereits weit jenseits von Marx: "Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als **die revolutionäre Diktatur des Proletariats**." (Kritik des Gothaer Programms, MEW19 S. 28)

Ist dieser Staat entartet, ist er nicht mehr die revolutionäre Diktatur des Proletariats, so haben wir es eben auch nicht mehr mit Sozialismus zu tun, auch wenn der Kapitalismus noch nicht restauriert ist. Seine Restauration ist dann eine Frage der Zeit - es sei denn, die revolutionäre Diktatur des Proletariats würde auf dem Wege einer erneuten Revolution, eines erneuten politischen Umsturzes wiederhergestellt.

Nehmen wir die bekannten Erscheinungen, daß nämlich Produkte hergestellt werden, die nicht verkäuflich sind, daß aber der produzierende Betrieb trotzdem die entsprechenden Finanzmittel für "Planerfüllung" zugewiesen bekommt und die Gesellschaft den Schaden trägt. Beispiel: Laut Plan sollen Damenhandtaschen produziert werden. Das geschieht auch, aber lauter gleiche Handtaschen. Es wird also außer acht gelassen, daß der Gebrauchswert von Damenhandtaschen beinhaltet, daß sie sich voneinander unterscheiden. Die Handtaschen bleiben in den Regalen der staatlichen Handelsorganisation liegen. Den produzierenden Betrieben ist das egal, da ihr Interesse auf Zuweisung entsprechender Mittel befriedigt ist. Ist das gesellschaftliche Produktion?

Nein, und zwar noch nicht einmal in dem Maße, wie die Warenproduktion gesellschaftliche Produktion ist. Warenproduktion ist zwar nicht unmittelbar, aber mittelbar gesellschaftliche Produktion, weil nicht für Bedürfnisse des Produzenten, sondern für gesellschaftliche Bedürfnisse produziert wird. Die Wareneigenschaft eines Produkts setzt unter anderem voraus, daß es einen Gebrauchswert hat. Das ist hier nicht der Fall, und trotzdem weist die Gesellschaft den Produzenten finanzielle Mittel zu.

Der Sozialismus kann zwar derartige Erscheinungen **noch nicht ausschließen, sondern nur einschränken**. (Das ist der Preis dafür, daß persönliche Abhängigkeitsverhältnisse als Krücke zur Zerschlagung der warenproduzierenden Verhältnisse genutzt werden müssen, damit **die unmittelbar gesellschaftliche Produktion** sich entwickeln kann: bewußte Regelung durch Personen anstelle der sachlichen Gewalt des Marktes.)

Nehmen solche Erscheinungen aber überhand und kann kein wirksamer Kampf mehr dagegen geführt werden, so ist das ein Indiz dafür, daß die Arbeiterklasse die politische Macht verloren hat und der Sozialismus beseitigt ist, auch wenn Warenproduktion und Kapitalismus noch nicht restauriert sind. Die Warenproduktion erscheint dann sogar als Fortschritt, weil die sachliche Abhängigkeit des Marktes eine größere Orientierung am Gebrauchswert ermöglicht als die persönlichen Herrschaftsverhältnisse der revisionistischen Regimes. (Inwieweit der verfallende Imperialismus Entwicklung der Warenproduktion noch zuläßt, steht freilich auf einem anderen Blatt.)

Zu "1. Zunächst über das Revenue-Problem" und zu "8. Mechanischer statt dialektischem Materialismus"

Genosse Steigerwald hat recht: Marx sagt, welchen Teil des Mehrwerts der Kapitalist konsumiert und welchen er der Akkumulation zuführt, darüber entscheidet er in einem "Willensakt". (Kapital I, MEW 23 S. 618) Blicke zu klären, wodurch der Wille bestimmt wird.

Genosse Steigerwald hätte weiterlesen sollen. Im gleichen Kapitel, ja auf der gleichen Seite findet sich bereits etwas dazu. Der Kapitalist fungiert als "personifiziertes Kapital", er ist folglich nur "ein Triebrad" innerhalb "des gesellschaftlichen Mechanismus". Sicher hat er einen Willen, doch der wird durch die Verwertungslogik des Kapitals bestimmt. Und weiter: "Außerdem macht die Entwicklung der kapitalistischen Produktion eine fortwährende Steigerung des in einem industriellen Unternehmen angelegten Kapitals zur Notwendigkeit, und die Konkurrenz herrscht jedem individuellen Kapitalisten die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise als äußere Zwangsgesetze auf. Sie zwingt ihn, sein Kapital fortwährend auszudehnen, um es zu erhalten, und ausdehnen kann er es nur vermitteltst progressiver Akkumulation." (ebenda) Akkumulieren aber kann er nur, was er nicht konsumiert. Freier Wille?

Doch die Zeiten ändern sich. "Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, der Akkumulation und des Reichtums, hört der Kapitalist auf, bloße Inkarnation des Kapitals zu sein. Er fühlt ein 'menschliches Rühren' für seinen eignen Adam und wird so gebildet, die Schwärmerei für Askese als Vor-

urteil des altmodischen Schatzbildners zu belächeln. Während der klassische Kapitalist den individuellen Konsum als Sünde gegen seine Funktion und 'Enthaltung' von der Akkumulation brandmarkt, ist der modernisierte Kapitalist imstande, die Akkumulation als 'Entsagung' seines Genußtriebs aufzufassen. 'Zwei Seelen wohnen, ach! in seiner Brust, die eine will sich von der andren trennen!'

In den historischen Anfängen der kapitalistischen Produktionsweise - und jeder kapitalistische Parvenü (Emporkömmling. P.U.) macht dies historische Stadium individuell durch - herrschen Bereicherungstrieb und Geiz als absolute Leidenschaften vor. Aber der Fortschritt der kapitalistischen Produktion schafft nicht nur eine Welt von Genüssen. Er öffnet mit der Spekulation und dem Kreditwesen tausend Quellen plötzlicher Bereicherung. Auf einer gewissen Entwicklungshöhe wird ein konventioneller Grad von Verschwendung, die zugleich Schaustellung des Reichtums und daher Kreditmittel ist, sogar zu einer Geschäftsnotwendigkeit des 'unglücklichen Kapitalisten'. Der Luxus geht in die Repräsentationskosten des Kapitals ein." (ebenda S. 619 f.)

Freier Wille? Gewiß, ebenso wie jeder Arbeiter den freien Willen hat, zu entscheiden, ob er am nächsten Tag zur Arbeit geht oder lieber zur Spielbank. Niemand hindert ihn, die Arbeit Arbeit sein zu lassen, stattdessen seine Spargroschen zu greifen und sie in Monte Carlo zu verjuxen. Die wenigsten tun's, weil sie halt - freier Wille hin oder her - die Folgen nicht tragen wollen. Die können sie nämlich nicht frei bestimmen.

Und so viel besser ist unser Kapitalist da auch nicht dran. Wie das angeführte Marx-Zitat eindrucksvoll zeigt, kann er noch nicht einmal frei darüber entscheiden, in welchem Ausmaß Verschwendungssucht und in welchem Ausmaß Geiz und Knauserie gegen sich selbst seine Persönlichkeit bestimmen. Darüber entscheidet das jeweilige Entwicklungsstadium der kapitalistischen Produktionsweise, in welchem er als "personifiziertes Kapital" fungiert.

Doch immerhin: Flotter als seine Arbeiter wird der Kapitalist auch in der Knauserperiode leben. Wie kommt das wohl? Der Arbeiter kann nur von seinem Lohn zehren. Da im Gegensatz hierzu der Kapitalist über den Mehrwert verfügt, hat er den freien Willen (wie weit dessen Freiheit reicht, haben wir gesehen), darüber zu entscheiden, wie groß der Anteil des Mehrwerts ist, den er zu seiner Konsumtion nutzt. Warum aber kann er über den Mehrwert verfügen? Weil er die Produktionsmittel besitzt, also aufgrund seiner Stellung zu den Produktionsmitteln. Und damit sind wir bei dem von uns angeführten Zitat aus der Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie, in welchem Marx sagt, "daß die bestimmte Art der Teilnahme an der Produktion die besondern Formen der Distribution, die Form, worin an der Distribution teilgenommen wird, bestimmt." (MEW 13, S. 627) Genosse Steigerwald meint nun, das hätte mit dem von uns untersuchten Problem gar nichts zu tun. Warum nicht? Das verstehe, wer kann.

Marx sagt übrigens auch in der Kritik des Gothaer Programms ausdrücklich dasselbe. Marx sagt dort, es sei "überhaupt fehlerhaft, von der sog. Verteilung Wesens zu machen und den Hauptakzent auf sie zu legen. Die jedesmalige Verteilung der Konsumtionsmittel ist nur Folge der Verteilung der Produktions-

bedingungen selbst; letztere Verteilung aber ist ein Charakter der Produktionsweise selbst." (MEW 19 S. 22)

Genosse Steigerwald nimmt auf den Willen bezüglich der Zuteilung der Revenue Bezug. Die Freiheit dieses Willens ist im Sozialismus zwar etwas größer als im Kapitalismus, aber so groß auch wieder nicht. Die Arbeiterklasse hat die politische Macht, aber die alleine reicht nicht aus, um das gesamte Ensemble der Verhältnisse einschließlich aller alten Arbeitsteilungen sofort umzuwälzen. Was tun, wenn die Manager aufgrund ihrer Sonderinteressen nur bei Zuteilung eines bestimmten Quantum an Revenue funktionieren? So lange man diese Manager, diese Arbeitsteilungen braucht, kann man dem zwar entgegenwirken, aber nur bis zu einem bestimmten Grade, weil andernfalls das Funktionieren der Wirtschaft insgesamt infrage gestellt ist. Das ist ja die vertrackte Dialektik der Übergangsgesellschaft, daß die revolutionäre Arbeiterklasse bestimmte Zustände der alten Gesellschaft verteidigen muß, solange die Bedingungen ihrer Beseitigung nicht geschaffen sind!

Genosse Steigerwald liegt neben der Sache, wenn er behauptet, wir hätten das maßlose Konsumstreben bestimmter Manager und Funktionäre für "nicht kritikwürdig" erklärt. Die Sache ist vielmehr die, daß die beste Kritik die praktische Kritik ist, die praktische Umstürzung kritikwürdiger Verhältnisse, aber ob das möglich ist, das hängt nicht allein vom freien Willen ab. Wir haben in der Tat wenig dazu gesagt, was die revolutionären Kräfte in der damaligen Sowjetunion diesbezüglich hätten tun sollen. Das liegt daran, daß wir die Umstände, die realen Kräfteverhältnisse nicht gut genug kennen, um Konzepte zu entwickeln, die nicht vorwiegend auf frommen Wünschen basieren, was hätte geschehen sollen.

Wichtiger ist, welche Lehren für die Zukunft zu ziehen sind, und da ließe sich schon einiges sagen.

Ab einem bestimmten Zeitpunkt wurde das Problem enorm hoher Einkünfte für leitende Kader gar nicht mehr als Problem betrachtet. Übrigens stellt sich gerade Genosse Steigerwald in diese theoretische Tradition, indem er sagt: Hauptsache kein Privateigentum. So lange nämlich kein Privateigentum existiere, handle es sich noch um Sozialismus. Doch die Beibehaltung hoher Einkommensunterschiede über einen langen Zeitraum hinweg ist ein sicheres Indiz dafür, daß auch die überkommenen Arbeitsteilungen der alten Gesellschaft nicht abgebaut werden, und wenn kein betreffender Prozeß der Umwälzung der Produktionsverhältnisse stattfindet, handelt es sich eben nicht um Sozialismus.

Wir sagen: Die Verteilungsverhältnisse sind hauptsächlich Folge der Produktionsverhältnisse, haben aber letzteren gegenüber eine gewisse Eigenständigkeit. Es kommt darauf an, das gesamte Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse in kommunistischer Richtung voranzutreiben. Man kann nicht ein einzelnes Element dieses Ensembles willkürlich herausgreifen und losgelöst von den anderen Elementen in kommunistischer Richtung bewegen.

Die Einkommensunterschiede können also nicht wesentlich schneller abgebaut werden als die der alten Gesellschaft entlehnten Arbeitsteilungen, da es

sonst zu Störungen der Produktion kommt. Sie dürfen natürlich - und darum ist ein Kampf zu führen - auch nicht größer sein, als es dem jeweils gegebenen Charakter der Produktionsverhältnisse entspricht. Aufgrund der relativen Eigenständigkeit der verschiedenen Glieder des Ensembles ist es allerdings möglich, in einzelnen Bereichen zeitweilig ein wenig weiter voranzugehen als in anderen. Der Kampf gegen hohe Lohnunterschiede ist also immer sinnvoll und notwendig, aber ab einer gewissen Überspitzung können hier verhängnisvolle Fehler auftreten. Man sollte materialistisch an die Frage herangehen, da geben wir Genossen Steigerwald durchaus recht. Er selbst tut es leider nicht, wenn er die Frage der Entlohnung willkürlich aus dem Ensemble objektiv wirkender Triebkräfte herausnimmt und sie in einem ominösen Reich des freien Willens ansiedelt, das es so gar nicht gibt: Auch da, wo der Wille von Subjekten tatsächlich materiell wirkt, auch da ist dieser Wille seinerseits durch objektiv wirkende Triebkräfte determiniert.

Übrigens: In Albanien versuchte man, aus den negativen Erfahrungen der Sowjetunion zu lernen, indem man den größtmöglichen zulässigen Einkommensunterschied recht gering ansetzte. Die Folge war, daß die Kader reichlich andere Möglichkeiten fanden, sich gegenseitig Vorteile zuzuschancen. Allein die negativen Erfahrungen der Sowjetunion und der Wille der revolutionären Kräfte, nicht in die gleichen Fußstapfen zu treten, reichte hier ganz offensichtlich nicht aus. Objektive Kräfte wirkten, die wiederum andere Willensbetätigungen hervorbrachten, was die revolutionären Kräfte theoretisch offenbar nicht ausreichend in Rechnung gestellt hatten.

Zum Thema freier Wille noch ein Lenin-Zitat:

"Die Idee des Determinismus, die die Notwendigkeit der menschlichen Handlungen feststellt und die unsinnige Fabel von der Willensfreiheit zurückweist (Lenin meint eine von den objektiven Bedingungen angeblich unabhängige Willensfreiheit, P.U.), verwirft damit keineswegs die Vernunft, das Gewissen des Menschen oder eine Bewertung seines Handelns. Ganz im Gegenteil, nur die deterministische Auffassung gestattet eine strenge und richtige Bewertung und schließt aus, daß alles mögliche auf den freien Willen abgewälzt wird. Desgleichen schmälert die Idee der historischen Notwendigkeit auch die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte nicht im mindesten: alle Geschichte stellt sich gerade als die Gesamtheit der Handlungen von Personen dar, die zweifellos Handelnde sind. Die eigentliche Frage bei der Beurteilung der öffentlichen Tätigkeit einer Persönlichkeit lautet: Unter welchen Bedingungen ist dieser Tätigkeit ein Erfolg gesichert?

Wodurch wird garantiert, daß diese Tätigkeit kein einzelner Akt bleibt, der in einem Meer entgegengesetzter Akte untergeht?" (Lenin, Was sind die Volksfreunde und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?, LW 1 S. 152)

Wir leugnen keineswegs, wie Genosse Steigerwald andeutet, die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte. Wir bemühen uns allerdings, die objektiven Triebkräfte zu bestimmen, die die Persönlichkeiten hervorbringen.

Damit wird auch deutlich, warum zwischen unserer Kritik an Varga und unserer Analyse, welche Umstände das Entstehen einer neuen Klasse ermöglichten, entgegen der Auffassung von Genossen Steigerwald kein Widerspruch besteht:

Der niedrige Entwicklungsstand der Produktivkräfte erzwang ein Führungs- und Leitungssystem, welches noch in hohem Maße auf der alten Gesellschaft entnommene Arbeitsteilungen zurückgreifen mußte. Da bestand wenig Spielraum für andere Entscheidungen, wenn man die erforderliche Entwicklung der Produktivkräfte in Angriff nehmen wollte. Als die Produktivkräfte andere, höhere Leitungsmethoden nicht nur ermöglichten, sondern erforderten, waren allerdings klassenmäßige Interessen erstarkt, die sich dem in den Wege stellt, da diese höheren Formen den Abbau von Privilegien der Leitenden beinhaltet hätten. Die Produktivkräfte ermöglichten nun das Voranschreiten in Richtung Abbau der Klassenunterschiede, doch dazu mußte ein klassenmäßig determinierter Widerstand überwunden werden. Ob dies gelingen konnte, war eine Frage des Kräfteverhältnisses. Es gab eine Reihe von Faktoren, die dazu führten, daß dieses Kräfteverhältnis für die Arbeiterklasse ungünstig war, und hier spielte insbesondere der Krieg eine verheerende Rolle. Eine negative Rolle spielte allerdings auch, daß das betreffende Wirken von klassenmäßigen Interessen theoretisch gar nicht begriffen wurde. (Vgl. hierzu insbesondere "Weg der Partei", theoretisches Organ der KPD, 1 -2/92, S. 42 ff.) Das wiederum beruhte unter anderem darauf, daß es kein historisches Material gab, auf das man hätte zurückgreifen können, und daß die theoretische Analyse der betreffenden Triebkräfte inmitten des Kampfes selbst zumindest ungeheuer schwierig war. Um so wichtiger ist es, zumindest heute, im Nachhinein, diese Analyse vorzunehmen, um künftig besser gerüstet zu sein.

Die Determiniertheit alles Seienden ist absolut - wir denken, daß Genosse Steigerwald uns hier zustimmen wird. Als Dialektikergehen wir dabei freilich davon aus, daß subjektive Zielsetzungen - einmal hervorgebracht - ihrerseits objektiv wirken. Es kommt aber beim Übergang zum Kommunismus nicht nur darauf an, daß sie irgendwie wirken, sondern daß die subjektiven Zielsetzungen der Revolutionäre tatsächlich in Richtung auf das gewünschte Ziel wirken, und hierzu bedarf es einer möglichst genauen theoretischen Analyse aller in der Gesellschaft wirkenden Triebkräfte. Das jeweils gegebene Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse bietet für das Handeln der Revolutionäre immer nur einen ganz bestimmten - mitunter sehr knapp bemessenen - Spielraum. Es gilt, genau diesen Spielraum zu erkennen und mit aller Kraft daran zu arbeiten, ihn optimal zu nutzen.

Zu "2. Lehren der Kommune vernachlässigt"

Von "zwei unfehlbaren Mitteln" der Pariser Kommune gegen die "in allen bisherigen Staaten unumgängliche Verwandlung des Staats und der Staatsorgane aus Dienern der Gesellschaft in Herren der Gesellschaft" sprachen die Klassiker (vgl. z.B. Engels, MEW 22 S. 198): Wahl aller verwaltenden, richtenden und

lehrenden Stellen nach allgemeinem Stimmrecht der Beteiligten und auf jederzeitigen Widerruf durch dieselben Beteiligten sowie Zahlung des allgemeinen Arbeiterlohns für diese Dienste, seien es hohe oder niedrige. Damit scheint für Genossen Steigerwald alles geklärt. Man wende diese Mittel an, und man bekommt keine Probleme hinsichtlich des sozialistischen Staates. Warum hat man sie in der Sowjetunion nicht angewandt? Fehlte es auch hier am Willen?

Etwas komplizierter ist es denn schon. Die Pariser Kommune war ein sehr kleines Gemeinwesen, welches nur recht kurze Zeit existierte, bevor es von außen durch die Konterrevolution zerschlagen wurde. In dieser kurzen Zeit warder revolutionäre Enthusiasmus eine vorherrschende Triebkraft. Aus diesen Gründen konnten bestimmte typische Probleme der Übergangsgesellschaft gar nicht in Erscheinung treten, Probleme, die eben damit zusammenhängen, daß bestimmte Arbeitsteilungen der alten Gesellschaft nur sehr schwer zu überwinden sind.

Das betreffende Zitat ist - zurückhaltend formuliert - reichlich überinterpretiert, wenn man daraus folgern will, die Klassiker seien der Meinung gewesen, hier handele es sich in dem Sinne um "zwei unfehlbare Mittel", daß man diese Mittel bloß anzuwenden brauche (aufgrund der Betätigung des freien Willens?), um alle Probleme des Übergangs zum Kommunismus in ein Kinderspiel zu verwandeln. Gerade Marx wußte sehr gut, wie schwierig diese Probleme sind: "Die Arbeiterklasse weiß, daß dieses Erneuerungswerk immer wieder aufgehoben und behindert werden wird durch die Widerstände erworbener Anrechte und Klassenegoismen. Sie weiß, daß das gegenwärtige 'spontane Wirken der Naturgesetze des Kapitals und des Grundeigentums' nur im Verlauf eines langen Entwicklungsprozesses neuer Bedingungen durch das 'spontane Wirken der Gesetze der gesellschaftlichen Ökonomie der freien und assoziierten Arbeit' ersetzt werden kann (...)." (Marx, Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17 S. 546)

Das Recht auf jederzeitige Abwahl von Deputierten ist beispielsweise eine sehr schöne Sache, doch was ist es wert, wenn man es mit gesellschaftlichen Zuständen zu tun hat, die bewirken, daß dieses Recht nicht oder nicht ausreichend ausgeübt wird? Und weiter: Ein großes und hochentwickeltes Gemeinwesen wird auch im Sozialismus eine verhältnismäßig umfangreiche Verwaltung benötigen (wenn sie auch weit kleiner sein kann als in Ausbeutergesellschaften). Nicht jede Funktion in der Verwaltung kann durch Wahlen besetzt werden, sonst wären die Leute nur noch mit Wahlen beschäftigt, und die Wahlen würden somit zur Farce. Man braucht also eine wirksame Kontrolle der Verwaltung, und zwar von zwei Seiten: Von "oben", seitens der gewählten Abgeordneten, und von "unten", seitens der Wählerinnen und Wähler. Ist die Kontrolle von unten - aus welchen Gründen auch immer zu schwach, so kann dieser Mangel durch Kontrolle von oben nicht ausgeglichen werden; die Verwaltung verselbständigt sich bis zu einem gewissen Grade.

Wir verweisen auf eine doppelte Warnung Lenins aus dem Jahr 1918. Lenin warnte einerseits vor der Gefahr der "Verwandlung der Mitglieder der Sowjets in 'Parlamentarier', andererseits vor der Gefahr ihrer Verwandlung in "Bürokraten". (Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, LW 27 S. 264) Was

meinte er damit? Mit der Gefahr der Verwandlung in Parlamentarier meinte er die Tendenz, daß sie zwar Gesetze beschließen, sich aber um die Ausführung nicht kümmern, die Verwaltung nicht wirklich kontrollieren. Mit der Gefahr der Verwandlung in Bürokraten meinte er, daß sie mit der Verwaltung verschmelzen und sie somit ebenfalls nicht im Interesse ihrer Wählerinnen und Wähler kontrollieren: "Die Abteilungen der Sowjets verwandeln sich an vielen Orten in Organe, die nach und nach mit den Kommissariaten verschmelzen." (ebenda)

Was schlug Lenin als Mittel gegen solche Tendenzen vor? "Unser Ziel ist die ausnahmslose Heranziehung der armen Bevölkerung zur praktischen Teilnahme an der Verwaltung, und alle Schritte zur Verwirklichung dieses Ziels - je mannigfaltiger sie sind, desto besser - müssen sorgfältig registriert, studiert, systematisiert, durch größere Erfahrungen erprobt und gesetzlich verankert werden." (ebenda) Das ist - wenn man so will - ein unfehlbares Mittel. Doch die vollständige Umsetzung dieses Mittels fällt faktisch mit dem Erreichen des Kommunismus zusammen. (Abgesehen davon, daß es dann keine "arme Bevölkerung" mehr geben wird und daß man dann gesetzlich verankerte Normen nicht mehr benötigen wird.)

Zu "3. Zu dem oft vorgebrachten Argument: 'Stalin wußte davon nichts'"

Dieses Argument ist nicht unser Argument.

Natürlich wußte Stalin vieles, was in der Sowjetunion geschah. Er kann nicht alles gewußt haben. Auch wenn er Todesurteile bestätigte, wurde er von anderen informiert, die die Untersuchung geführt hatten und mitunter auch nur vorgaben, sie hätten eine Untersuchung geführt.

Was den Schlag gegen die Armeeführung betrifft, so scheint uns manches darauf hinzudeuten, daß diese Teile der Armeeführung zur "linken" Opposition gehörten und daß von dieser Seite zu diesem Zeitpunkt ein Militärputsch in der Luft lag, dem Stalin zuvorkam.

Bezüglich unzähliger Einzelheiten werden heute diese und jene Behauptungen aufgestellt, die gar nicht mehr objektiv überprüfbar sind. Wir wollen hier nicht unsererseits diese und jene Spekulationen anstellen. Wir wollen uns auf eine der Behauptungen des Genossen Steigerwald beschränken, die wir objektiv überprüfen können. Genosse Steigerwald behauptet, Bucharin habe in seinem Prozeß seine Geständnisse "mit dem Hinweis auf erlittene Folterungen" widerrufen. In Wirklichkeit erklärte Bucharin in seinem Schlußwort:

"Oft erklärt man die Reue mit verschiedenen vollständig unsinnigen Sachen wie etwa mit tibetanischen Pulvern usw. Von mir will ich sagen, daß ich im Gefängnis, in dem ich etwa ein Jahr gesessen habe, arbeitete, studierte, den Kopf bewahrte. Das ist eine tatsächliche Widerlegung aller Märchen und unsinnigen konterrevolutionären Dummheiten.

Man spricht von Hypnose. Aber ich habe vor Gericht auf dem Prozeß auch juristisch meine Verteidigung geführt, habe mich an Ort und Stelle orientiert, mit dem Staatlichen Ankläger polemisiert, und jeder auch nicht besonders in den entsprechenden Zweigen der Medizin erfahrene Mensch wird zugeben müssen, daß es eine solche Hypnose überhaupt nicht geben kann.

Sehr oft erklärt man diese Reue mit Dostojewskitum, mit spezifischen Eigenschaften der Seele (...), was man über Typen (...) Dostojewskis sagen kann, die auf die Straße hinaustreten und schreien: 'Schlagt mich, Rechtgläubige, ich bin ein Missetäter.' Aber hier liegt die Sache ganz und gar nicht darin.

(...)

Natürlich muß man sagen, daß auch die Beweisstücke eine sehr große Rolle spielen. Ich habe ungefähr drei Monate geleugnet. Dann begann ich Aussagen zu machen. Warum? Die Ursache lag darin, daß ich im Gefängnis meine ganze Vergangenheit umgewertet habe. Denn, wenn man sich fragt: wenn du stirbst, wofür stirbst du?, dann ergibt sich plötzlich mit erschütternder Deutlichkeit eine absolut schwarze Leere. (...) Und umgekehrt, nimmt all das Positive, das in der Sowjetunion leuchtet, nimmt all dies im Bewußtsein des Menschen andere Ausmaße an. Dies hat mich letzten Endes endgültig entwaffnet, dazu getrieben, meine Knie vor der Partei und dem Land zu beugen." (Prozeßbericht über die Strafsache des antisowjetischen Blocks der Rechten und Trotzisten, Moskau 1938, S. 846)

Auch wenn letzteres geheuchelt sein mag: Es klingt nicht gerade danach, als hätte Bucharin sein Geständnis mit dem Hinweis auf Folterungen widerrufen, wie Genosse Steigerwald behauptet.

Zu "4. Material zum Beweis des Voluntarismus und Subjektivismus"

Wir streiten mit Genossen Steigerwald nicht über die Frage, ob es Voluntarismus und Subjektivismus gab. Zweifellos gab es Voluntarismus und Subjektivismus, und zwar in beträchtlichem Maße. Die Frage ist aber doch, welches die sozialökonomischen und sozialpsychologischen Wurzeln dafür waren. Dazu sagt Genosse Steigerwald leider nichts, jedenfalls nichts, was die Sache weiterbringen könnte.

Genossen Steigerwald zufolge war im wesentlichen Stalin die Quelle von Voluntarismus und Subjektivismus. Dieser umgestülpte Personenkult wird die Frage nicht lösen können. Selbst wenn Stalin auf unrealistische Manier bei den Planzielen "draufgesattelt" haben sollte, stützte er sich dabei auf Apparate, die ihn informierten.

Worin liegen die Wurzeln des Voluntarismus und Subjektivismus?

Die blindwirkenden Gesetze des Marktes sind durch bewußte Regelungen ersetzt, die von Personen getroffen werden. Dennoch gibt es nach wie vor objektiv wirkende ökonomische Gesetze. Diese Gesetze können bewußt angewandt

werden, dann gibt es positive Resultate. Oder sie werden nicht adäquat erkannt und angewandt, dann wirken sie zerstörerisch.

Wie kann es dazu kommen, daß Gesetze nicht adäquat erkannt und angewandt werden? Dafür kann es sehr unterschiedliche Gründe geben:

Zum einen müssen die handelnden Personen die Handhabung dieser Gesetze erst erlernen, und dabei kommen Fehler vor. Auch der Wunsch, schneller voranzugehen, als die Umstände es erlauben, kann hier eine Rolle spielen. Wichtiger ist es jedoch, diejenigen Gründe zu untersuchen, die sich aus der spezifischen Klassenstruktur der Übergangsgesellschaft ergeben:

Da - wie in unserem Buch gezeigt - ein gewisses Ausmaß an formalem Zentralismus zwar nicht wünschenswert, vorübergehend aber unvermeidlich ist, müssen Zentralstellen Entscheidungen treffen, die sie sinnvoll gar nicht treffen können. Da ist zum einen das Informationsproblem: Diese Zentralstellen können bestimmte ins Detail gehende Informationen, die sie für bestimmte Entscheidungen haben müßten, gar nicht haben. Da ist weiter das Interessenproblem. Aufgrund des vorerst niedrigen Standes der Vergesellschaftung verfolgen sowohl zentrale als auch dezentrale Funktionsebenen nicht nur gesellschaftliche, sondern daneben bzw. dagegen auch Sonderinteressen, unabhängig davon, ob und in welchem Ausmaß sie sich dessen bewußt sind.

Hierher gehört auch das Problem des Hinterherhinkens des Bewußtseins hinter dem gesellschaftlichen Sein. Stimmt denn die These von diesem Hinterherhinken überhaupt?

Wie man's nimmt:

Einerseits fehlt es am gesellschaftlichen Eigentümerbewußtsein der Produzentinnen und Produzenten ja gerade deshalb, weil sie - bzw. so weit sie - noch gar keine reale Eigentümerstellung haben. So gesehen haben wir durchaus weitgehende Identität von Sein und Bewußtsein.

Andererseits ist der Ausspruch von Marx zu beachten, daß sich "mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage" "der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher" umwälzt. (Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie, Vorwort, MEW 13 S. 9) Bis zu einem gewissen Grade haben wir es durchaus auch mit einem zeitlichen Auseinanderfallen zu tun. Durch den Übergang zur zentralstaatlichen Verwaltung sind die warenproduzierenden Verhältnisse von Grund auf zerschlagen, unabhängig davon, was in den Köpfen ist. Gibt es keinen freien Markt mehr, so wirkt das Wertgesetz nicht mehr elementar als Regulator der Produktion. Doch es sind die gleichen Menschen, die auch vorher da waren und deren psychische Mentalität vorher produziert wurde. (Die Revolution selbst hat da zwar einiges verändert, sie hat aber selbstverständlich nicht auf einen Schlag den neuen, kommunistischen Menschen hervorgebracht.) Und auf dieser Grundlage kommt es z.B. zu folgendem:

Mit dem freien Markt ist die ökonomische Konkurrenz zwischen den Produzenten beseitigt. Das Konkurrenzdenken der Menschen ist nicht beseitigt, denn sie haben ihr ganzes vorheriges Leben in einer Gesellschaftsordnung verbracht,

die in enormem Ausmaß Konkurrenzdenken erzeugte. Das verbliebene Konkurrenzdenken in den Köpfen äußert sich jetzt in anderer Weise.

So will z.B. ein Funktionär (bzw. eine Funktionsebene) erfolgreicher dastehen als andere und setzt daher in seinem bzw. ihrem Gebiet oder Arbeitsbereich Planziele durch, die unrealistisch sind. Man zeigt, wie "revolutionär" man ist, indem man "mit aller Kraft nach vorne marschieren will", unabhängig von den realen Gegebenheiten. "Ehrgeiz" ist hier ein treffendes Wort, denn es beinhaltet ja den Geiz, aber einen Geiz, der in erster Linie auf Ansehen gerichtet ist, nicht auf Besitztum. "Prahlsucht" bezeichnet viel leicht eine andere Nuance der betreffenden sozial psychologischen Erscheinungen.

Oder: Hierarchisch untergeordnete Stellen wollen "oben" gut dastehen und füttern deshalb die übergeordneten Stellen mit geschönten Informationen, die letztere wiederum zur Festsetzung unrealistischer Planziele veranlassen.

So (zumindest unter anderem so) entsteht Voluntarismus. Es ist das alte Konkurrenzdenken, welches sich aber in neuen Formen betätigt, unter Verhältnissen nämlich, in denen die sachlichen Abhängigkeiten des Marktes durch persönliche Abhängigkeiten ersetzt worden sind. (Dieses in neuen Formen wirkende Konkurrenzdenken äußert sich auch in Seilschaftsverhältnissen, die man eingeht, um Karriere machen zu können, doch das ist ein anderes Kapitel.)

Was folgt aus alledem?

Voluntarismus und Subjektivismus sind in einer Übergangsgesellschaft unvermeidlich. Um einem etwaigen Einwand des Genossen Steigerwald vorzubeugen: Damit rechtfertigen wir sie nicht, ebensowenig wie das Konsumverhalten der Kader in der Sowjetunion. Man muß Voluntarismus und Subjektivismus bekämpfen. Doch um sie adäquat bekämpfen zu können, muß man sie begreifen. (Ebenso wie das Konsumverhalten der Kader.)

Genossen Steigerwald zufolge waren die Dinge in der DDR längst nicht so schlimm wie in der Sowjetunion. Mag sein, aber das sind graduelle Unterschiede. Man betrachte z.B. folgende Episode, die sich 1986 in der DDR abgespielt haben soll. Mittag berichtete Honecker von der Leipziger Frühjahrsmesse, die Generaldirektoren der volkseigenen Kombinate hätten sich zu einer zusätzlichen überplanmäßigen Mehrproduktion im Umfang von einer Milliarde Mark verpflichtet. Was Mittag verschwie: Er hatte diese Selbstverpflichtungen den Generaldirektoren aufs Auge gedrückt, obwohl die betreffende Mehrproduktion weder durch Rohstoffe und Vormaterial noch durch Fertigungskapazitäten gedeckt war. Honecker fragte auch nicht nach, wie eine so enorme zusätzliche Leistung überhaupt möglich war, sondern quittierte Mittags prahlerische "Information" mit der Bemerkung, daß dann ja das Kindergeld um eine Milliarde erhöht werden könne. Was auch geschah. (Wochenpost 11.3.93)

Das allerdings sind nicht mehr voluntaristische Fehler. Das ist gewohnheitsmäßiges Verhalten von Funktionären, denen es in keiner Weise mehr darum geht, an der Realität orientiert gesellschaftliche Ziele zu verfolgen, sondern denen es vorwiegend darum geht, sich selbst zu beweihräuchern. Mittag hatte den Generaldirektoren seine Macht demonstriert und hatte bei Honecker gegläntzt.

Honecker konnte sich als "Wohltäter der Kinder" sonnen. Die Folgen: Der Staat gab Geld aus, für das kein Gegenwert produziert worden war. Das mußte zum einen zur Verschärfung des chronischen Problems des Geldüberhangs beitragen: Das Angebot an Konsumgütern entsprach nicht dem in privaten Händen befindlichen Geldvermögen. Zum anderen mußte es zur Verschärfung der Schuldenkrise des Staates beitragen. Wie Honecker und seinesgleichen letztere zu lösen versuchten, ist bekannt. Es genügt, hier den Namen Schalck-Golodkowski zu erwähnen. Und die Strauß und Konsorten gaben gern Kredite, um die DDR zu "stützen", aber so, wie der Strick den Gehängten "stützt".

Im übrigen ist es egal, ob die von der Wochenpost geschilderte Episode sich wirklich so abgespielt hat. Wenn nicht, ist sie jedenfalls gut erfunden. (Die Dinge lagen in der DDR aber so, daß die westliche Bourgeoisie es kaum nötig hatte, solche Geschichten zu erfinden.) Tatsache ist, daß die Leute an der Spitze der DDR in Abweichung von der objektiven ökonomischen Logik willkürlich niedrige Preise festsetzten, Subventionen festsetzten usw. und sich dabei vermutlich subjektiv noch als "Wohltäter der Werktätigen fühlten". Die Zeche aber mußten nicht sie, sondern die Werktätigen zahlen.

Auf Anweisung Honeckers wurde im März 1974 bei der Deutschen Handelsbank AG, der Hausbank von Schalcks KoKo, das "Konto 628" eingerichtet, wobei Honecker sich die persönliche Entscheidung über Verfügungen bezüglich dieses Kontos vorbehielt. Honecker wies an, daß auf diesem Konto stets mindestens 100 Millionen DM flüssig zu halten waren, das Volumen des Kontos stieg aber in dem Maße, wie die Verschuldung der DDR zunahm. (Przybylski, Peter, Tatort Politbüro, Berlin 1991, Bd. 1 S. 129 f.)

Wohlgemerkt: Honecker entnahm diesem Konto keine Gelder für persönliche Zwecke (wie mitunter fälschlich behauptet wurde), sondern er traf mittels dieses Kontos nach seinem Gutdünken wirtschaftspolitische Maßnahmen. Insbesondere ging es um den Versuch, die Zahlungsfähigkeit der DDR im Hinblick auf ausländische Finanzkredite zu sichern - angesichts der von Honecker und Co. betriebenen Wirtschaftspolitik ein verzweifelt und hoffnungsloses Unterfangen, wobei das reale Problem der wachsenden Verschuldung der DDR jeglicher gesellschaftlichen Diskussion und jeglicher Einflußnahme seitens der offiziell zuständigen staatlichen Stellen entzogen war. Ist das gesellschaftliche Verfügung über gesellschaftlichen Reichtum? Wohl kaum. Diese Episode kennzeichnet treffend, daß nicht mehr gesellschaftliche bzw. gesellschaftlich kontrollierte Organe über den von der Gesellschaft geschaffenen Reichtum verfügten, sondern in wachsendem Maße einzelne Funktionäre nach Gutdünken. Ist es erst so weit gekommen, dann sind Voluntarismus und Subjektivismus nicht mehr zu bekämpfende, aber bis zu einem gewissen Grade unvermeidliche Übel der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus.

Dann sind sie unvermeidliche Erscheinungen einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der zwar nicht die sachliche Gewalt des Marktes herrscht, sondern persönliche Herrschaftsverhältnisse, in der diese aber in keiner Weise mehr der Machtausübung des Proletariats dienen, sondern Selbstzweck sind.

Zu "5. Nehmen wir das Beispiel der Kollektivierung"

Genosse Steigerwald sagt hier zunächst ganz richtig: "Es ist zutreffend, daß die NÖP zur Entwicklung und Stärkung kapitalistischer Elemente im Land führte. Ebenso ist es richtig, daß Bauern dazu übergingen, Getreide in der Absicht zurückzubehalten, höhere Preise zu erzielen und daß dies zu Versorgungsproblemen in der Stadt führte." Es muß allerdings hinzugefügt werden, daß diese "Bauern" eben die Kulaken (also Großbauern, die fremde Arbeitskraft ausbeuteten) sowie andere unter deren Einfluß stehende Bauern waren und daß es bei alledem nicht nur um höhere Gewinne ging, sondern daß das auch ein politischer Kampf war: Die Versorgungsprobleme in der Stadt sollten die Sowjetmacht unterhöhlen, um sie schließlich stürzen zu können.

Genosse Steigerwald sagt weiter, daß "die Bauern (...) bei Fortsetzung der NÖP keinen Grund gehabt hätten, sich gegen die Sowjetmacht zu stellen". Statt "die Bauern" müßte es richtig wieder heißen: die Kulaken und die unter ihrem Einfluß stehenden Bauern. Dann enthält der Satz etwas Richtiges: Hätte die Sowjetmacht die NÖP unbefristet weitergeführt, dann hätte sie ihre eigene Existenz untergraben, und damit wären die Kulaken zufrieden gewesen. Eben deshalb war die Politik Bucharins konterrevolutionär.

Genosse Steigerwald klagt über das Hinüberpumpen von Mitteln aus dem Dorf in die Industrie. Aber dieses Hinüberpumpen war erforderlich, um die Industrialisierung voranzutreiben und damit unter anderem auch moderne landwirtschaftliche Produktionsmittel (z.B. Traktoren) herzustellen, die materielle Grundlage für die Kollektivierung und damit auch für die Beendigung der NÖP und für die Offensive gegen die Kulaken waren. Ohne dieses Hinüberpumpen hätte man all dies nicht vorbereiten können, hätte man die NÖP verewigt, die Perspektive auf den Sozialismus beseitigt und die Sowjetmacht untergraben.

Im weiteren behauptet Genosse Steigerwald dann, der Widerstand der Kulaken gegen die Sowjetmacht sei durch die Offensive der Sowjetmacht gegen die Kulaken provoziert worden. Damit widerspricht er sich selbst, denn zu Beginn dieses Abschnitts hatte er selbst eingeräumt, daß die Kulaken aufgrund ihres Klasseninteresses Widerstand gegen die Sowjetmacht leisteten. Daß die Offensive gegen die Kulaken auch deren Widerstand verstärken mußte, versteht sich von selbst und gehört zum 1 x 1 des Klassenkampfes.

Die Auflösung nichtkulakischer Wirtschaften beruhte in hohem Maße ja doch darauf, daß die betreffenden Bauern freiwillig in die Kolchosen eintraten. Daß der Stoß nicht nur gegen die Kulaken, sondern auch gegen eine Reihe mittelbäuerlicher Betriebe geführt wurde, stimmt allerdings. Das ist im wesentlichen auf zwei unterschiedliche Gründe zurückzuführen. Zum einen ist klar, daß es den Kulaken gelungen sein muß, bestimmte Mittelbauern in ihr Schlepptau zu nehmen. Sie hatten auf dem Dorfe ja lange Zeit das Sagen gehabt und sich mit entsprechenden Leuten umgeben. Wenn diese Leute sich auf die Seite der Kulaken

stellten, wurden sie entsprechend bekämpft. Andererseits gab es bekanntlich in der bolschewistischen Partei stets eine sehr starke "linke" Opposition, die in der Tendenz das Dorf insgesamt angreifen wollte und zu diesem Zeitpunkt die Offensive gegen die Kulaken nutzte, um entgegen der Parteilinie auch die Mittelbauern anzugreifen. Stalin kämpfte gegen diese "linke" Opposition mit aller Entschiedenheit. Der Mord an Kirow war eine Reaktion der "Linken", denn Kirow war Parteigänger Stalins (also Vertreter des "Zentrums", welches gegen die rechte und gegen die "linke" Opposition kämpfte), und eben dieser Kirow war nach Leningrad gegangen, traditionell eine Hochburg der "Linken", um den Löwen in seiner eigenen Höhle anzugreifen. Dies wurde von der "Linken" als Provokation aufgefaßt, und deshalb wurde Kirow ermordet. Das "Zentrum" um Stalin beantwortete den Terror der "Linken" seinerseits mit Terror, und eben dies beklagt Genosse Steigerwald. Hätte die "Linke" sich aber durchgesetzt, so wäre die Folge in der Tat eine Kriegserklärung an das Dorf gewesen. Das hätte zum Untergang der Sowjetmacht geführt.

Zu "6. Zur Problematik der NÖP"

Wir wollen an dieser Stelle nicht darüber streiten, ob diese oder jene Statistiken richtiger sind, ob die NÖP zu diesem oder jenem Zeitpunkt hätte beendet werden sollen. Wie im vorherigen Abschnitt gezeigt, hätte die unbefristete Fortsetzung der NÖP in jedem Falle früher oder später zum Untergang der Sowjetmacht führen müssen. Die Behauptung Kalts, zu keiner Zeit habe die Frage gestanden, NÖP oder sozialistische Industrialisierung, ist daher absurd.

Die NÖP beinhaltete nicht nur eine bestimmte Politik gegenüber dem Dorf, sondern auch eine bestimmte Politik gegenüber der Industrie. Sie beinhaltete einen staatskapitalistischen Sektor der Industrie: Die betreffenden Betriebe waren Staatseigentum, mußten aber unter den Bedingungen eines freien Marktes weitgehend auf eigene Rechnung wirtschaften. Die Fortführung einer solchen Politik war mit dem Übergang zum Sozialismus unvereinbar.

Genosse Steigerwald aber beklagt ausdrücklich, daß die Beendigung der NÖP "die Ersetzung der Orientierung an ökonomischen Gesetzen und des Wirkens ökonomischer Hebel durch politischen Dirigismus" bedeutete. Das wäre nur dann richtig, wenn es keine anderen ökonomischen Gesetze gäbe als das Wertgesetz. Auch im Sozialismus und Kommunismus wirken ökonomische Gesetze, muß sich die Praxis der Wirtschaftsführung an der objektiven ökonomischen Logik orientieren, das Wertgesetz aber ist im Kommunismus beseitigt und im Sozialismus bereits eingeschränkt. Genosse Steigerwald sieht das anders. Ihm zufolge ist das Wertgesetz ewig. Darauf wollen wir im nächsten Abschnitt eingehen.

Zu "7. Zur Problematik des Wertgesetzes und der Warenproduktion"

Es entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, daß uns ausgerechnet Genosse Steigerwald, dem zufolge die Verhältnisse durch einen nicht weiter hinterfragten Willen bestimmt werden, nun über die objektive Wirkung ökonomischer Gesetze aufklären will. Er trägt damit freilich Eulen nach Athen, denn die objektive Wirkung ökonomischer Gesetze ist uns bewußt. Wir sind uns mit Genossen Steigerwald auch durchaus darüber einig, daß das Wertgesetz in einer Gesellschaft mit unterschiedlichen Eigentumsformen noch wirken muß. Uneinig sind wir uns über die Frage, ob das Wertgesetz hier als alleiniger oder doch hauptsächlichlicher Regulator der Produktion wirkt oder ob es diese Funktion im Sozialismus nicht ausüben soll. Genosse Steigerwald ist offenbar der Meinung, daß das Wertgesetz als alleiniger Regulator der Produktion wirken soll: Ihm zufolge können Produkte in einer Gesellschaft mit unterschiedlichen Eigentumsformen "nur gemäß dem Gesetz gleich viel Arbeit gegen gleich viel Arbeit, also Äquivalent, also gemäß dem Wertgesetz getauscht werden". Entscheidend ist hier das "nur". "Nur" kann hier nur heißen, daß das Wertgesetz als **alleiniger Regulator der Produktion** wirken soll.

Auf Grundlage dieser Position ist es freilich konsequent, wenn Genosse Steigerwald das Hinüberpumpen von Mitteln aus der Landwirtschaft in die Industrie beklagt. Die Konsequenz einer solchen Position wäre es allerdings gewesen, daß die Entwicklung der Schwerindustrie in Rußland 100 bis 150 Jahre länger gedauert hätte, daß sie auf dem normalen kapitalistischen Wege erfolgt wäre.

Doch wohlgemerkt: Es geht nicht nur um den Austausch zwischen den Sektoren mit unterschiedlichen Eigentumsformen, sondern auch um den Austausch innerhalb des staatlichen Sektors. Genosse Steigerwald bezieht sein "nur" ja nicht etwa allein auf den Austausch zwischen den verschiedenen Sektoren, sondern auf alle Austauschaktionen einer Gesellschaft mit unterschiedlichen Eigentumsformen.

Wir glauben auch nicht, daß wir das "nur" des Genossen Steigerwald hier überinterpretiert haben. Genosse Steigerwald nimmt nämlich ausdrücklich Bezug auf einen Aufsatz des Genossen Kalt, und in dem heißt es, die sozialistische Gesellschaftsformation könne "gar nichts anderes als ein durch Warenaustausch reguliertes Reproduktionssystem sein"; so mache z.B. China in diesem Sinne derzeit "positive Erfahrungen". (Kalt, Hans, Sozialismus und Warenproduktion, Marxistische Blätter 4/97 S. 84) (Kalt spricht zwar von der "ersten Phase" des Sozialismus, nimmt dabei aber ausdrücklich auf Marx' Ausführungen in der Kritik des Gothaer Programms Bezug, in denen dieser von der ersten Phase des Kommunismus spricht, die gemeinhin als Sozialismus bezeichnet wird. Kalt geht also eindeutig davon aus, in dieser Phase, also im Sozialismus, könne es **gar nichts anderes als ein durch Warenaustausch reguliertes Reproduktionssystem geben.**)

Allerdings sagt Genosse Steigerwald gegen Ende seiner Ausführungen bei der Beantwortung der Frage, welches der eigentlich kommunistische Keim einer sozialistischen Gesellschaft ist, unter Punkt 5: "die Anstrengungen, einen stets wachsenden Teil ökonomischer und sozialer Aktivitäten dem Wirkungsbereich des Wertgesetzes zu entziehen". Von "nur" ist nun nicht mehr die Rede - offenbar ein Widerspruch zu den vorherigen Ausführungen. Hier ist jedenfalls noch Klärungsbedarf bezüglich der Position des Genossen Steigerwald. Auch verweist Genosse Steigerwald am Ende von Punkt 7 auf einen Aufsatz des Genossen Gerns, in welchem dieser erklärt, im Laufe der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft müßten "immer mehr Bereiche (...) aus der Warenproduktion (ausscheiden) und werden der Wirkung des Wertgesetzes entzogen". Damit stimmen wir natürlich überein. Doch zum einen ist das weder mit dem Steigerwaldschen "nur" noch mit dem Kaltschen "gar nichts anderes" vereinbar, zum anderen verschiebt auch Gerns die "vollständige Überwindung" "von Warenproduktion und Wirkung des Wertgesetzes" faktisch auf den St. Nimmerleins-Tag und spricht insoweit ausdrücklich von "fernen Generationen". (Gerns, Willi, Den Sozialismus in seiner Entwicklung sehen, in: Marxistische Blätter 4/97 S. 89)

Wir möchten dazu an dieser Stelle nur bemerken, daß der Sozialismus keine eigenständige sozialökonomische Formation ist, sondern eine Übergangsgesellschaft, daß er also nicht beliebig lange existieren kann, sondern sich relativ rasch (dies freilich in historischen Maßstäben bemessen) entwickeln muß: entweder nach vorne, zum Kommunismus, oder zurück, zum Kapitalismus.

Was die Wirkung des Wertgesetzes betrifft, so möchte ich daran erinnern, daß ich Genossen Steigerwald bereits auf dem Seminar zwei Fragen gestellt habe, die er dort nicht beantwortet hat:

- 1.) Wer soll im Sozialismus im großen und ganzen das Produktionsprogramm der Betriebe festlegen? Die Betriebe selbst oder staatliche Planungsbehörden?
- 2.) Wer soll die Preise festsetzen? Die Betriebe oder staatliche Planungsbehörden?

Legen die Betriebe ihr Produktionsprogramm fest und verkaufen sie die Produkte auf einem freien Markt, so haben wir es mit Warenproduktion, auf dem gegebenen Stand der Produktivkräfte folglich mit kapitalistischer Produktion zu tun.

In der Tat, was geschieht, wenn - wie Genosse Steigerwald es fordert -, die Produkte nur gemäß dem Wertgesetz ausgetauscht werden?

Jedem Betrieb werden im gleichen Maße, wie er Werte an die Gesellschaft liefert, die für diese auch Gebrauchswert haben (also verkauft werden bzw. zur Verteilung kommen), von der Gesellschaft Werte zugewiesen. Anders ausgedrückt: Die Mittel, die dem Betrieb zugeteilt werden, benötigen zu ihrer Produktion das gleiche Quantum an gesellschaftlich notwendiger Arbeit, wie der Betrieb zur Produktion der Güter braucht, die er der Gesellschaft zur Verfügung stellt. Und da die Periode der einfachen Warenproduktion unwiederbringlich vorbei ist, da die Gesellschaft und folglich auch die einzelnen Betriebe akkumulieren, bedeutet dies, daß jeder Betrieb bei Strafe des Untergangs gehalten ist, den gesellschaftlichen Durchschnittsprofit zu erwirtschaften. Konsequenterwei-

se erklärt daher Genosse Kalt, der Sozialismus müsse die Kategorien "Warenaustausch, Wertgesetz und Kapitalverkehr" sowie die mit ihnen verbundenen Gesetzmäßigkeiten ausnutzen, und weiter: "Dabei gebe ich jenen Recht, die das Wirken des Wertgesetzes als untrennbar verbunden mit Mehrwert und der Tendenz zu (richtiger: Zwang zu, P.U.) Profiterzielung sehen."(Kalt, a.a.O. S. 84 f.) Nur daß diese Konsequenz eine gegen die Arbeiterklasse gerichtete Konsequenz ist.

Wie soll sich die Wirkung des Wertgesetzes vollziehen? Über den Markt und den entsprechenden Kampf um Marktanteile? Dann stellt sich allerdings die Frage, warum wir am bestehenden gesellschaftlichen Zustand überhaupt etwas ändern sollen. Diesen Zustand haben wir heute.

Oder möchte Genosse Steigerwald vermeiden, daß blind wirkende Kräfte des Marktes darüber entscheiden, ob und in welchem Ausmaß eine betriebliche Produktion als gesellschaftlich nützlich anerkannt wird? Sollen doch Planbehörden darüber entscheiden, wieviel Arbeitsstunden zur Herstellung eines Produkts gesellschaftlich erforderlich waren und zu welchem Quantum dem Betrieb im Austausch Produktionsmittel sowie Konsumtionsmittel zur Verteilung unterdessen Arbeiter zugewiesen werden sollen? Dazu sagen wir: Der Versuch, das Wertgesetz künstlich nachzubauen, muß kläglich scheitern. Wenn es schon als bestimmender Regulator der Produktion wirken soll, kann es seiner Natur nach nur elementar wirken.

Wirkt es aber elementar, so bedeutet das, daß es sich nur über Krisen und Katastrophen durchsetzen kann. Unser obiger Satz, jeder Betrieb dürfe dann (nämlich bei Wirken des Wertgesetzes als vorherrschendem Regulator der Produktion) nur im gleichen Maße Produkte erhalten, wie er Produkte an die Gesellschaft gegeben hat, darf dann nicht absolut genommen werden: Dieses Prinzip kann sich nur blind wirkend im gesellschaftlichen Mittel durchsetzen. Will Genosse Steigerwald das etwa dadurch verhindern, daß eine gesellschaftliche Instanz über die "richtige", "unverfälschte" Wirkung des Wertgesetzes wachen soll, daß der Preis nicht um den Wert schwanken, sondern mit dem Wert unmittelbar zusammenfallen soll? Elementare Wirkung des Wertgesetzes bedeutet weiter, daß die Kleinen unter dem Druck der Großen zermalmt werden, da sie nicht so billig produzieren können wie die Großen. Will Genosse Steigerwald das etwa dadurch verhindern, daß der Wert nicht durch die gesellschaftlich erforderliche, sondern durch die individuell angewandte Arbeitsmenge gebildet werden soll?

Über derartige Versuche, das Wertgesetz künstlich nachzubauen und dabei sozusagen "rein" zu verwirklichen, schrieb bereits Engels in Abgrenzung zu Rodbertus, einem preußisch-junkerlichen Staats-"Sozialisten", vernichtend:

"In der heutigen kapitalistischen Gesellschaft produziert jeder industrielle Kapitalist auf eigne Faust, was, wie und wieviel er will. Der gesellschaftliche Bedarf aber bleibt ihm eine unbekannte Größe, sowohl was die Qualität, die Art der bedurften Gegenstände, wie deren Quantität angeht. Was heute nicht rasch genug geliefert werden kann, mag morgen weit über Bedarf ausgebaut werden."

Trotzdem wird schließlich der Bedarf so oder so, schlecht oder recht, befriedigt, und die Produktion richtet sich im ganzen und großen schließlich auf die bedurften Gegenstände. Wie wird diese Ausgleichung des Widerspruchs bewirkt? Durch die Konkurrenz. Und wie bringt die Konkurrenz diese Lösung fertig? Einfach, indem sie die nach Art und Menge für den augenblicklichen gesellschaftlichen Bedarf unbrauchbaren Waren unter ihren Arbeitswert entwertet und es auf diesem Umwege den Produzenten fühlbar macht, daß sie entweder überhaupt unbrauchbare oder an sich brauchbare Artikel in unbrauchbarer, überflüssiger Menge hergestellt haben. Es folgte hieraus zweierlei:

Erstens, daß die fortwährenden Abweichungen der Warenpreise von den Warenwerten die notwendige Bedingung sind, unter der und durch die allein der Warenwert zum Dasein kommen kann. Nur durch die Schwankungen der Konkurrenz und damit der Warenpreise setzt sich das Wertgesetz der Warenproduktion durch, wird die Bestimmung des Warenwerts durch die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit eine Wirklichkeit. Daß dabei die Erscheinungsform des Werts, der Preis, in der Regel etwas anders aussieht als der Wert, den er zur Erscheinung bringt, dies Schicksal teilt der Wert mit den meisten gesellschaftlichen Verhältnissen. Der König sieht meist auch ganz anders aus als die Monarchie, die er vorstellt. In einer Gesellschaft austauschender Warenproduzenten die Wertbestimmung durch Arbeitszeit herstellen wollen, dadurch, daß man der Konkurrenz verbietet, diese Wertbestimmung durch Druck auf die Preise in der einzigen Weise herzustellen, in der sie überhaupt hergestellt werden kann, heißt also nur beweisen, daß man die übliche utopistische Mißachtung der ökonomischen Gesetze sich wenigstens auf diesem Gebiete angeeignet hat.

Zweitens: Indem die Konkurrenz innerhalb einer Gesellschaft austauschender Warenproduzenten das Wertgesetz der Warenproduktion zur Geltung bringt, setzt sie eben dadurch die unter den Umständen einzig mögliche Organisation und Ordnung der gesellschaftlichen Produktion durch. Nur vermittelt der Entwertung oder Überwertung der Produkte werden die einzelnen Warenproduzenten mit der Nase daraufgestoßen, was und wieviel davon die Gesellschaft braucht oder nicht braucht. Gerade diesen einzigen Regulator aber will die von Rodbertus mitvertretene Utopie abschaffen. Und wenn wir dann fragen, welche Garantie wir haben, daß von jedem Produkt die nötige Quantität und nicht mehr produziert wird, daß wir nicht an Korn und Fleisch Hunger leiden, während wir im Rübenzucker ersticken und im Kartoffelschnaps ersaufen (als preußischer Junker wußte Rodbertus über Rübenzucker und Kartoffelschnaps gut Bescheid, deshalb griff Engels entgegenkommenderweise auf diese Beispiele zurück, P.U.), daß wir nicht Hosen genug haben, um unsere Blöße zu bedecken, während die Hosenknöpfe millionenweise herumwimmeln - so zeigt uns Rodbertus triumphierend seine famose Rechnung, wonach für jedes überflüssige Pfund Zucker, für jedes unverkaufte Faß Schnaps, für jeden unannähbaren Hosenknopf der richtige Schein ausgestellt worden ist, eine Rechnung, die genau 'aufgeht', nach der 'alle Ansprüche befriedigt werden und die Liquidation richtig vermittelt' ist. Und wer's nicht glaubt, der wende sich an den Regierungs-Hauptkassen-Rentamtskalkulator

X in Pommern, der die Rechnung revidiert und richtig befunden und der als noch nie im Kassendeffekt ertappt durchaus glaubwürdig ist.

Und nun betrachte man die Naivetät, mit der Rodbertus die Industrie- und Handelskrisen vermittelt seiner Utopie beseitigen will. Sobald die Warenproduktion Weltmarkts-Dimensionen angenommen hat, erledigt sich die Ausgleichung zwischen den für Privatrechnung produzierenden Einzelproduzenten und dem ihnen nach Quantität und Qualität des Bedarfs mehr oder weniger unbekanntem Markt, für den sie produzieren, durch ein Weltmarktungewitter, eine Handelskrise. Verbiestet man nun der Konkurrenz, den Einzelproduzenten durch Steigen oder Fallen der Preise mitzuteilen, wie der Weltmarkt steht, so verbindet man ihnen die Augen vollständig. Die Warenproduktion so einrichten, daß die Produzenten gar nichts mehr erfahren können über den Stand des Markts, für den sie produzieren - das ist allerdings eine Kur für die Krisenkrankheit, um die der Doktor Eisenbart Rodbertus beneiden könnte."

(Engels, Vorwort zu Karl Marx: Das Elend der Philosophie, MEW 4 S. 565 ff.)

Und letzteres gilt natürlich nicht nur in Bezug auf den Weltmarkt, sondern auch in Bezug auf den nationalen Markt.

Wenn Genosse Steigerwald also das Wertgesetz als den bestimmenden Regulator der Produktion beibehalten will, so muß er sich entscheiden: Entweder sollen sich die Preise auf einem freien Markt bilden, und über diese Preisbildung sollen die Produzenten erfahren, ob ihr Produkt brauchbar ist bzw. in der produzierten Menge brauchbar ist.

Diese Lösung schließt ein: die Konkurrenz zwischen den "sozialistischen" Betrieben, ihren Kampf um Marktanteile, verheerende Krisen, die Vernichtung der Kleinen unter dem Druck der Großen usw. Eine Veränderung der Gesellschaft brauchen wir dann nicht mehr anzustreben, denn diesen Zustand haben wir bereits. Oder aber eine "gesellschaftliche" Instanz vom Schlage des Rodbertusschen Regierungs-Hauptkassen-Rentamtskalkulators soll den Produzenten einen Schein über die geleistete Arbeit ausstellen und eine Gesamtrechnung aufstellen, die "genau aufgeht" und in der "alle Ansprüche befriedigt und die Liquidation richtig vermittelt ist". In diesem Fall würde Genosse Steigerwald freilich in einer Utopie a la Rodbertus stranden.

Wir ziehen eine dritte Lösung vor: Die Menschheit überwindet den Zustand, in welchem die Produzenten von ihrem Produkt beherrscht werden. Die Gesellschaft wird dann "den Produktionsplan einzurichten haben nach den Produktionsmitteln, wozu besonders auch die Arbeitskräfte gehören. Die Nutzeffekte der verschiedenen Gebrauchsgegenstände, abgewogen untereinander und gegenüber den zu ihrer Herstellung nötigen Arbeitsmengen, werden den Plan schließlich bestimmen. Die Leute machen alles sehr einfach ab ohne Dazwischenkunft des vielberühmten 'Werts'." (Engels, Anti-Dühring, MEW 20 S. 288) Von einem Austausch gleicher Werte ist dann schon deshalb nicht mehr die Rede, weil die einzelnen betrieblichen Einheiten nicht mehr auf eigene Rechnung handelnde Subjekte des Wirtschaftens sind, sondern nur noch Gesellschaftsglieder, die Gesellschaft als Ganzes aber ökonomischer Agent ist. In einer Fußnote weist Engels noch auf die Selbstverständlichkeit hin, daß dann die "Abwägung von Nutzef-

fekt und Arbeitsaufwand bei der Entscheidung über die Produktion alles ist, was in einer kommunistischen Gesellschaft vom Wertbegriff der politischen Ökonomie übrigbleibt (...)." (ebenda, S. 288 f.)

Welchen Stellenwert das Wertgesetz während des Prozesses des Übergangs zum entwickelten Kommunismus haben soll, diese komplizierte Frage muß freilich noch so genau wie möglich untersucht werden. Doch nicht hierüber haben wir mit Genossen Steigerwald zu streiten, denn er bestreitet überhaupt die Notwendigkeit des Übergangs zu einer Gesellschaft, in der das Wertgesetz nicht mehr wirkt. Ihm zufolge soll das Wertgesetz auch im entwickelten Kommunismus Regulator der Produktion sein. Und wer dient ihm als Kronzeuge für diese absurde Auffassung? Ausgerechnet - Marx und Lenin!

Sehen wir uns das im einzelnen an.

Genosse Steigerwald beruft sich zunächst auf die Kritik des Gothaer Programms. Hier habe Marx erklärt, in der ersten Stufe des Kommunismus, also im Sozialismus, würden die Produktionsmittel gemäß dem Wertgesetz verteilt: "In seiner 'Kritik des Gothaer Programms' macht Marx darauf aufmerksam, daß in der ersten Stufe des Kommunismus, also im Sozialismus, die Verteilung der individuellen Konsumgüter an dasselbe Prinzip gebunden ist wie beim Austausch von Warenäquivalenten, es wird gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer anderen ausgetauscht. Hier also herrscht das Wertgesetz. (Das stimmt, P.U.) Und wie sah Marx die Verteilung der Produktionsmittel in dieser Stufe des Kommunismus? Auch die Verteilung der Reproduktionsmittel band er an das Wertgesetz. Er schrieb, daß auch hier nur nach den Normen der 'ökonomischen Notwendigkeit' verfahren werden kann." Was letzteren Satz betrifft, so ist es nicht das Problem Marxens, sondern das Problem Steigerwalds, daß Genosse Steigerwald sich keine ökonomische Notwendigkeit außerhalb des Wertgesetzes vorstellen kann und daher ganz einfach "ökonomische Notwendigkeit" mit "Wertgesetz" gleichsetzt.

Die Behauptung, Marx habe in der Kritik des Gothaer Programms erklärt, in der ersten Stufe des Kommunismus, also im Sozialismus, würden auch die Produktionsmittel entsprechend dem Wertgesetz verteilt, teilt Genosse Steigerwald mit Kalt. (Kalt, a.a.O. S. 84) Dadurch wird diese Behauptung freilich nicht richtiger. Für Marx kommt das Wertgesetz hinsichtlich dieser Verteilung schon deshalb nicht in Betracht, weil Marx als selbstverständlich voraussetzt, daß hier kein Austausch stattfindet: "Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebensowenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit **als Wert** dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren. Das Wort 'Arbeitsertrag', auch heute wegen seiner Zweideutigkeit verwerflich, verliert so allen Sinn." Und das sagt Marx wohlgermerkt ausdrücklich in Bezug auf die niedere Form der kommunistischen Gesellschaft, "nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage entwickelt hat, son-

dem umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft **hervorgeht**, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt." (MEW19 S. 19 f.)

Das Wirken des Wertgesetzes bezieht Marx hier ausdrücklich **allein** auf die Verteilung der *"individuellen Konsumtionsmittel"*: *"Was aber die Verteilung der letzteren unter die einzelnen Produzenten betrifft, herrscht dasselbe Prinzip wie beim Austausch von Warenäquivalenten, es wird gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer andern Form ausgetauscht."* (ebenda S. 20) Marx bezeichnet dies aber ausdrücklich als **bürgerliches Recht**, als **Mißstand**, der *"unvermeidbar"* ist *"in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist."*

Und weiter: "In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen - erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!" (Marx, MEW 19 S. 21)

Marxens analytische Voraussicht, daß die Übergangsgesellschaft zum entwickelten Kommunismus **hinsichtlich der Verteilung der Konsumtionsmittel** noch zur Nutzung von Wertkategorien gezwungen sein würde, war genial genug. Er konnte so verwickelte Verhältnisse wie die so genannte wirtschaftliche Rechnungsführung, die in eingeschränktem Maße Wertkategorien auch hinsichtlich der Zuteilung von Produktionsmitteln nutzt, nicht voraussehen. Die Behauptung aber, er habe das Wertgesetz zum Regulator der Verteilung der Produktionsmittel auf die vergesellschafteten Betriebe erklärt, ist geradezu absurd.

Genosse Steigerwald beruft sich weiter auf den 3. Band des Kapitals, zunächst auf MEW 25 S. 648. Aber Marx spricht hier von kapitalistischer Produktion. Von Sozialismus und Kommunismus ist hier keine Rede. Übrigens geht es hier um die Grundrente, also um den Tribut, den die Gesellschaft im Kapitalismus den Grundeigentümern zu zahlen hat. Möchte Genosse Steigerwald auch diesen Tribut für alle Zeiten verewigen, weil Marx die Gesetze der kapitalistischen Grundrente analysiert hat?

Aber MEW 25 S. 859! Nun hat Genosse Steigerwald uns doch noch ein Marx-/it.it übergeben, in dem es ausdrücklich um den Zustand "nach Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise" geht und in dem Marx sagt, daß "die Wertbestimmung vorherrschend bleibt". Müssen wir nun kapitulieren? Sehen wir näher zu.

Genosse Steigerwald erklärte in der Diskussion auf dem Seminar ausdrücklich, "Wertbestimmung" sei hier gleichbedeutend mit "Wertgesetz". Doch nach

Marx bleibt die Wertbestimmung nur "in dem Sinn" (!) "vorherrschend", "daß die Regelung der Arbeitszeit und die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit unter die verschiedenen Produktionsgruppen, endlich die Buchführung hierüber, wesentlicher denn je wird." Kann uns das verwundern? Es handelt sich eben um das, was - wie oben zitiert - auch nach Engels im Kommunismus vom Wertbegriff übrigbleiben wird, nämlich "die Abwägung von Nutzeffekt und Arbeitsaufwand bei der Entscheidung über die Produktion." Will man da sachgerecht abwägen, muß man selbstverständlich genauestens wissen, wieviel Arbeitszeit die Herstellung eines bestimmten Produkts die Gesellschaft kostet. Deshalb ist die Buchführung über diese Arbeitszeit *"wesentlicher denn je"*. Weiß man, wie viel Arbeitszeit man braucht, dann kann man frei entscheiden, ob einem das die Sache "wert" ist. Darüber hinaus bleibt vom Wertbegriff im entwickelten Kommunismus buchstäblich nichts mehr übrig.

Es ist also ein Spiel mit Worten, das Genosse Steigerwald hier treibt. Wir könnten ihm für die Fortsetzung dieses Spiels auch ein Zitat aus dem 1. Band des Kapitals anbieten. Da die bürgerliche politische Ökonomie - wie Marx spottet - Robinsonaden liebt, betrachtet Marx den schiffbrüchigen Robinson auf seiner Insel. Robinson hat verschiedene Bedürfnisse und muß daher verschiedene Arbeiten verrichten. Er führt genau Buch über seine jeweiligen Arbeitszeiten, und Marx sagt, daß hier "alle wesentlichen Bestimmungen des Werts enthalten" sind. (MEW 23 S. 91) Wäre das nicht ein Zitat für Genossen Steigerwald? Man denke nur: Von Warenproduktion, geschweige denn von Kapitalismus kann keine Rede sein, und dennoch sind "alle wesentlichen Bestimmungen des Werts enthalten". Sagt Marx hier nicht klipp und klar, daß der Wert eine allgemeine Kategorie menschlicher Arbeit ist?

Kaum. Marx spricht hier - ebenso wie im zuvor angeführten Zitat aus dem 3. Band - offenkundig von der Werts substanz, nämlich von der Arbeit, die den Wert hervorbringt. Auch beim Verschwinden des Werts bleibt die gesellschaftliche Arbeit bestehen, die dann nach einem bestimmten Plan auf die verschiedenen Zweige der Produktion verteilt werden muß - ebenso wie Robinson seine Arbeitskraft auf seine verschiedenen Tätigkeiten verteilte. Warum beruft sich Genosse Steigerwald nicht auf dieses Zitat?

Vielleicht deshalb, weil zu offenkundig ist, daß hier kein Warenaustausch und somit kein Wertgesetz zugrundeliegt, weil der einzig vorhandene Robinson das wirtschaftlich handelnde Subjekt ist - wie im Kommunismus die geeinte Gesellschaft das wirtschaftlich handelnde Subjekt sein wird, was einen Warenaustausch zwischen unterschiedlichen ökonomischen Agenten und somit das Wertgesetz ebenfalls ausschließen wird.

Schließlich muß noch Lenin herhalten, um die Ewigkeit des Wertgesetzes zu "beweisen": In seinen Bemerkungen zu Bucharins Schrift Ökonomik der Transformationsperiode nimmt Lenin Bezug auf die Reproduktionstheorien im 2. Band des Marxschen Kapitals. Diese Reproduktionstheorien gelten nicht nur für den Kapitalismus, sondern auch für Sozialismus und Kommunismus, doch Marx - der sich hier mit der Analyse des Kapitalismus befaßt - bezieht sich der Form nach

unmittelbar auf den Kapitalismus. Deshalb spricht er auch der Einfachheit halber von c , v und m (konstantes Kapital, variables Kapital und Mehrwert), obwohl es diese Kategorien im Sozialismus und Kommunismus nicht mehr geben wird. Auch dann wird es aber einen Teil des gesellschaftlichen Produkts geben, der zum Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel dient, einen Teil, der zum Ersatz der verbrauchten Konsumtionsmittel dient, und einen Teil, der akkumuliert wird, c und v und m sind daher sinngemäß zu lesen, wenn man die Wirkung der betreffenden ökonomischen Gesetze bei vergesellschafteter Produktion berachtet.

Marx zeigte nun, daß bei erweiterter Reproduktion I ($v + m$) größer sein muß als II c . Erweiterte Reproduktion heißt, daß es Wachstum gibt, Akkumulation. Abteilung I ist diejenige "Abteilung" gesellschaftlicher Produktion, in der die Produktionsmittel, Abteilung II diejenige "Abteilung" gesellschaftlicher Produktion, in der die Konsumtionsmittel produziert werden.

Warum erweiterter Reproduktion nur möglich ist, wenn I ($v + m$) größer ist als II c , braucht uns an dieser Stelle nicht zu interessieren. (Leserinnen und Leser, die mehr darüber wissen wollen, können wir auf Heft 18/19 der Grauen Reihe "Die Welt begreifen und verändern" verweisen, welches demnächst erscheinen wird.) Uns interessiert hier folgende Argumentation des Genossen Steigerwald: *"Und als Bucharin in seiner 'Ökonomik der Transformationsperiode' meinte, im Sozialismus verschwänden die Probleme des Werts, des Preises, des Profits usw., merkte Lenin an: 'Falsch. Sogar im reinen Kommunismus zumindest das Verhältnis I ($v + m$) zu II c ? Und die Akkumulation?'"*

Es muß gesagt werden, daß Genosse Steigerwald hier - nun, sagen wir einmal - sehr "frei" zitiert. Im Original heißt es bei Bucharin: *"das Ende der kapitalistischen Gesellschaft ist auch das Ende der politischen Ökonomie."* Und Lenin bemerkte dazu: *"Unrichtig. Selbst wenn es im vollendeten Kommunismus ein Verhältnis von I $v + m$ zu II c gäbe? Und die Akkumulation?"* (Lenin, Bemerkungen zu Bucharins Ökonomik der Übergangsperiode, VTK-Verlag, Frankfurt/Gelsenkirchen 1981, S. 26)

Entscheidend ist die Verfälschung des Bucharinschen Textes bei Genossen Steigerwald. Lenin wandte sich in Wirklichkeit gegen die Auffassung Bucharins, mit dem Ende der kapitalistischen Gesellschaft gäbe es keine politische Ökonomie mehr, und er wandte ein, daß es im vollendeten Kommunismus z.B. noch das ökonomische Gesetz gibt, wonach erweiterter Reproduktion voraussetzt, daß I ($v + m$) größer ist als II c . Genosse Steigerwald ersetzt das von Bucharin behauptete "Ende der politischen Ökonomie" ganz einfach durch das Verschwinden der Probleme des Werts, des Preises und des Profits, und es kommt so heraus, als habe Lenin Wert, Preis und Profit verewigen wollen. Für Lenin war aber - offenbar im Gegensatz zu Genossen Steigerwald - politische Ökonomie keineswegs identisch mit Wert, Preis und Profit.

Genosse Steigerwald wirft uns eine "unexakte Wahrnehmung dessen" vor, "was Marx und Lenin" zur Frage des Wertgesetzes und der Warenproduktion sagten. Das bedarf nach dem Vorstehenden wohl keines Kommentars mehr.

Zur Beantwortung der von uns formulierten Fragen durch Genossen Steigerwald

Rezepte für die Garküche der Zukunft können und wollen wir nicht geben - darüber sind wir mit Genossen Steigerwald einig. Allerdings sollte es aufgrund der mittlerweile vorliegenden historischen Erfahrungen möglich sein, die Gesetze der Übergangsgesellschaft etwas präziser zu formulieren, als dies zuvor möglich war. Dies setzt freilich konsequenteste Handhabung der Marxschen Methode voraus, (vgl. hierzu Heft 12/13 der Grauen Reihe "Die Welt begreifen und verändern" S. 118 - 145) Es setzt weiter voraus, daß man nicht hinter bereits gesicherte Erkenntnisse zurückfällt; z.B. hinter die Erkenntnis, daß die menschliche Emanzipation ohne Überwinden des Wirkungsbereichs des Wertgesetzes nicht möglich ist.

Jetzt zu den Antworten des Genossen Steigerwald, und da zunächst zur Frage des Staates.

Ob man gesellschaftliche Organe zur Leitung der Produktion als Staat bezeichnet, ist nach Auffassung des Genossen Steigerwald "völlig gleichgültig". Bei ihm kommt es so heraus, als komme es nur auf die soziologische Struktur dieser Leitungsorgane an, und wenn diese stimmt, sei es eben - gerade auch nach Auffassung der Klassiker- kein Staat im vollen Sinne mehr. Daran stimmt lediglich, daß der sozialistische Staat - den Klassikern zufolge - kein Staat im vollen Sinne mehr ist, ansonsten findet sich bei den Klassikern hier etwas völlig anderes als bei Genossen Steigerwald:

Lenin nimmt auf Engels Bezug, der über den Begriff "freier Staat", über die Verbindung der Worte "Freiheit" und "Staat" spottete. Lenin: "Solange es einen Staat gibt, gibt es keine Freiheit. Wenn es Freiheit geben wird, wird es keinen Staat geben." (Staat und Revolution, LW 25 S. 482) Doch wann wird dies der Fall sein?

Lenin zitiert hierzu Marx, Kritik des Gothaer Programms; wir haben das Zitat oben bereits angeführt. Was sind also die Bedingungen für das Absterben des Staates? Die "knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit" ist beseitigt, die Arbeit ist "das erste Lebensbedürfnis geworden", "allseitige Entwicklung der Individuen" ist vom Programm zur Wirklichkeit geworden. In dem Maße, in dem dieser Prozeß voranschreitet, stirbt mit den Klassenunterschieden auch der Staat ab, und die Leitungsorgane, die dann verbleiben werden, werden freilich eine andere soziologische Struktur haben als die staatlichen Organe, die vorher bestanden.

So wird ein Schuh draus. Man kann nicht willkürlich nach eigenem Gutdünken die soziologische Struktur der Leitungsorgane ändern und irgendwann beglückt ausrufen, jetzt sei die Sache schon so prächtig geworden, daß es keine Rolle mehr spiele, ob man diese Organe Staat nennt oder nicht. Man muß vielmehr die überkommenen Arbeitsteilungen der alten Gesellschaft nach und nach beseitigen, dann nimmt die Arbeit zunehmend schöpferischen Charakter an, wird zum ureigenen Lebensbedürfnis der

nun allseitig entwickelten Individuen, verliert jeglichen Zwangscharakter, und im Laufe dieses Prozesses verändern sich dann auch die soziologischen Strukturen der Leitungsorgane; der Staat stirbt ab. (Man beachte, daß vor Abschluß dieses Prozesses, also im Sozialismus, der von der proletarischen Staatsgewalt ausgeübte Zwang sich "auch auf die herrschende Klasse selbst" erstreckt, also auf die Arbeiterklasse; vgl. Lenin, Bemerkungen zu Bucharins Ökonomik der Übergangsperiode, a.a.O. S. 68)

Mit dem Verschwinden der alten Arbeitsteilungen verschwinden auch die Berufspolitiker und damit auch der Staat. *"Mit einem Wort, sofern die werktätigen Massen selbst die Sache der Staatsverwaltung und der Schaffung einer bewaffneten Macht, die die gegebene Staatsordnung stützt, in Angriff nehmen, insofern verschwindet der besondere Apparat für die Verwaltung, verschwindet der besondere Apparat für eine bestimmte staatliche Gewaltanwendung(...)."* (Lenin, LW 27 S. 113 f.)

Deshalb ist der proletarische Staat kein Staat im alten Sinne mehr, weil nämlich diese Entwicklung im Sozialismus im Keime bereits **angelegt** ist. Aber insofern sie vorerst nur im Keime angelegt ist, hat er in gewisser Weise doch noch Staatscharakter, ist er "Halbstaat".

Freilich wird eine solche Entwicklung nicht irgendeines schönen Tages unverhofft über den Sozialismus hereinbrechen, sondern der Sozialismus **ist** - so es sich wirklich um Sozialismus handelt - diese **Entwicklung**. Eine Entwicklung kann man aber nur dann bewußt vorantreiben, wenn man weiß, wo man hinwill. In diesem Zusammenhang ist dann unter anderem wichtig, daß man weiß, wie der proletarische Staat eingerichtet sein muß, daß er von Anfang an den Keim des Absterbens in sich trägt. Wir wissen andererseits aus der Geschichte, daß diese Tendenz nicht absolut ist, daß auch der proletarische Staat - einmal Hervorgebracht - Tendenzen zu seiner Verewigung hervorbringt, die **überwunden** werden müssen, wenn die Gesellschaft sich in kommunistischer Richtung entwickeln soll.

Es ist daher eben **keine** Lösung des Problems, wenn Genosse Steigerwald sagt: Der sowjetische Staat war halt der falsche **"Staatstyp"**. Zwar spricht alles dafür, daß wir in einem sozialistischen **Deutschland** insoweit einen anderen, einen fortgeschritteneren "Staatstyp" erhalten werden, als wir entwickeltere Produktivkräfte übernehmen können und von daher der Prozeß der Beseitigung der überkommenen Arbeitsteilungen sehr viel schneller erfolgen kann als in der Sowjetunion. Doch die Probleme, daß der Staat des Proletariats auch klassenfremde, gegen den Kommunismus gerichtete Tendenzen hervorbringen wird, diese Probleme wird auch der fortgeschrittenste proletarische Staat stets aufweisen.

Wie steht es nun mit der Antwort des Genossen Steigerwald auf die Frage, welches der eigentlich kommunistische Kern einer sozialistischen Gesellschaftsordnung ist?

Unter **Punkt 1** sagt Genosse Steigerwald: *"das gesellschaftliche Eigentum!"*

Doch das gesellschaftliche Eigentum ist im Sozialismus noch eine **Abstraktion!** Das zeigen doch gerade die geschichtlichen Erfahrungen. Sicher, es ist eine notwendige, eine wissenschaftlich richtige Abstraktion, denn nur diese Abstraktion vermittelt den Blick auf die ungeheuer wichtige Wahrheit, daß mit der

sozialistischen Verstaatlichung die unmittelbare, die kommunistische Vergesellschaftung real begonnen hat. Doch dieses Vergnügen ist getrübt durch die Tatsache, daß die Gesellschaft hier noch in hohem Maße vom Staat vertreten wird und daß sich im staatlichen Handeln oftmals Sonderinteressen durchsetzen, die sich zwar als allgemeines Interesse tarnen, in Wirklichkeit aber im Widerstreit mit dem allgemeinen Interesse stehen. Dieses Vergnügen ist weiter getrübt durch die Tatsache, daß in der Form der "wirtschaftlichen Rechnungsführung" Sonderinteressen mehr oder minder offen zum Ausdruck kommen. Man darf sich also nicht mit dieser notwendigen Abstraktion begnügen, sondern muß vom Abstrakten zum Konkreten aufsteigen, um sich der Wirklichkeit anzunähern. (Zur Methode des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten vgl. "Die Welt begreifen und verändern" Heft 12/13 S. 132 -143)

Was ist der kommunistische Keim in erster Linie? Das Bestreben des revolutionären Proletariats, der Klasse für sich, die alle klassenmäßigen Unterschiede beseitigen will. Dieses Bestreben kommt im Bereich der Planung und Leitung der Wirtschaft vor allem so zum Ausdruck: Diese Klasse kämpft unter Führung ihrer Partei dafür, daß aller von der Gesellschaft geschaffene Reichtum auch im Interesse der Gesellschaft verwandt wird, daß Sonderinteressen - die teils noch geduldet werden müssen - zurückgedrängt werden.

Zu diesem Zweck benutzt das Proletariat seinen Staat und kämpft innerhalb des Staates gegen klassenfremde Bestrebungen, die dieser Staat hervorbringt. Im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten kämpft es um den Ausbau nichtstaatlicher Formen der Planung und Leitung gesellschaftlicher Angelegenheiten. All dies setzt insbesondere voraus - und das ist die materielle Grundlage aller kommunistischer Bestrebungen - daß diese Klasse für den Abbau der überkommenen Arbeitsteilungen im jeweils möglichen Maße kämpft, daß sie sich in jeder Hinsicht qualifiziert und entwickelt, um Spezialistentum mit Sonderinteressen nach und nach den Boden zu entziehen.

(Wohlgemerkt: Dem Spezialistentum mit Sonderinteressen, nicht nur den einzelnen derartigen Spezialisten. Es geht nicht darum, innerhalb der bestehenden Form der Arbeitsteilung Personen auszutauschen, sondern die bestehende Form der Arbeitsteilung als solche ist zu beseitigen.)

Wie entwickelt sich der kommunistische Keim? Als "Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung", und dies "kann nur als revolutionäre Praxis gefaßt und rationell verstanden werden", wie Marx in der 3. Feuerbach -These genial formulierte. Welche Initiativen und Maßnahmen die bewußten kommunistischen Kräfte ergreifen können, um diesen umwälzenden Prozeß maximal zu fördern, darüber muß auf der Grundlage des vorliegenden geschichtlichen Materials intensiv nachgedacht werden. Diese Frage hat viele Aspekte, unter anderem den Aspekt der maximalen ökonomischen, politischen, sozialen, kulturellen Förderung von Arbeiterinnen und Arbeitern, um möglichst große Teile der Klasse auf die Höhe der geschichtlichen Aufgaben zu heben. Es betrifft die Frage der Vermittlung von Wissen, um der Hierarchie des Wissens entgegenzuwirken: sowohl Wissens bezüglich der Produktion innerhalb des jeweils gegebenen Zweiges, bezüglich der Verwaltung

innerhalb des jeweils gegebenen Bereiches, als auch übergreifenden Wissens, Studium des Marxismus-Leninismus, aber nicht in formalistischer Weise, wie es z.B. in der DDR geschah, als Vermittlung toter Lehrsätze, sondern als Vermittlung der wissenschaftlichen Anschauung und Methode zur Erkenntnis und Veränderung der Welt. Es betrifft die Frage der Rechtsnormen, die so festgelegt werden müssen, daß sie die kommunistische Umgestaltung so weit wie möglich fördern und möglichst wenig behindern. Es betrifft insbesondere auch die kommunistische Partei, darunter auch ihre Strukturen, Arbeitsmethoden und Statuten, die sich im Verlauf des Kampfes ändern müssen, wobei stets dafür eingetreten werden muß, daß sie den kommunistischen Keim maximal fördern und ihn nicht etwa einengen und ersticken. Diese Frage stellt sich bereits hinsichtlich der kommunistischen Partei im Kapitalismus.

Zu Punkt 2: Die Festlegung "wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen" ist gerade **keine** kommunistische Norm. Im entwickelten Kommunismus, wo die schöpferische Arbeit elementares Lebensbedürfnis ist, würde derjenige, der eine solche Norm verkündet, als Spinner verlacht werden. Wenn die Übergangsgesellschaft eine solche Norm noch benötigt, so vor allem deshalb, weil der Zwangscharakter der Arbeit noch nicht vollends beseitigt ist. Dies wiederum liegt letztlich an den noch nicht überwundenen Arbeitsteilungen der alten Gesellschaft.

Zu Punkt 3: *"das Ringen um die Durchsetzung solidarischer Verhaltensweisen der Gesellschaftsmitglieder"*. Ja, aber wie? Durch Propaganda, durch Moral? Sicherlich auch, doch wenn das die Hauptform eines solchen Ringens ist, dann haben die Ringer schon verloren. In erster Linie durch den Kampf für die kommunistische Umgestaltung der Produktionsverhältnisse! In dem Maße, wie dieser Kampf erfolgreich ist, werden die Menschen solidarische Verhaltensweisen als selbstverständlich begreifen und muß nicht mehr darum gerungen werden.

Aus eben diesem Grunde sind wir auch skeptisch, wenn Genosse Steigerwald von der Notwendigkeit spricht, "das Bewußtsein von der Arbeit als erster Lebenstätigkeit des Menschen zu wecken, zu stärken". Dieses Bewußtsein entsteht in erster Linie dadurch, daß die Arbeit real zum Bedürfnis wird, nicht in erster Linie durch Propaganda, und schon gar nicht durch die Propaganda seitens objektivistischer Ideologen, die keine Subjekte und subjektiven Interessen kennen und die "die Zwecke der Geschichte vollstrecken" wollen.

Zu Punkt 4: "die sukzessive Ersetzung staatlicher Aktivitäten durch die unmittelbare Selbstregelung sozialistischer Kollektive - Beispiele können Organe der Selbstverwaltung im Wohnbereich, Formen der Regelung leichterer Rechtsverstöße durch nicht-staatliche Instanzen, etwa Arbeits- oder Wohnkollektive sein."

Hier stimmen wir überein, doch Grundlage ist die Selbsttätigkeit der Gesellschaftsglieder innerhalb der Produktion - eine Selbsttätigkeit **im gesellschaftlichen Sinne**. Das fällt weitgehend mit der Beseitigung überkommener Formen der Arbeitsteilung zusammen.

Zu Punkt 5: "die Anstrengungen, einen stets wachsenden Teil *ökonomischer und sozialer Aktivitäten dem Wirkungsbereich des Wertgesetzes zu entziehen.*"

Das begrüßen wir sehr, doch das steht im krassen Widerspruch zu vorherigen Ausführungen des Genossen Steigerwald.

Zu Punkt 6: "besondere Maßnahmen, die dazu führen - etwa infolge der Beseitigung des Bildungsprivilegs, der Gestaltung des Bildungs- und Berufsbildungssystems, auch durch materielle Anreize dazu, solche Möglichkeiten für die eigene Qualifikation zu nutzen - die Unterschiede zwischen Hand- und Kopfarbeit, zwischen Stadt und Land u. dgl. zu verringern." Hier stimmen wir überein.

Das Individuum nicht abschaffen, sondern wirklich emanzipieren!

Eine kommunistische Bewegung ist in einem Land mit hochentwickelten Produktivkräften nicht denkbar, wenn sie nicht die Emanzipation des Individuums auf ihre Fahnen schreibt - das gilt sowohl für eine kommunistische Bewegung innerhalb einer sozialistischen Gesellschaft als auch für eine kommunistische Bewegung als vorwärtstreibenden Bestandteil der Arbeiterbewegung in einem entwickelten kapitalistischen Land. Hier gilt es, ohne Abstriche an dem Satz des Kommunistischen Manifests festzuhalten, daß *"die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist"*. (MEW 4 S. 482)

Zwar wird auch in einem Land mit entwickelten Produktivkräften dieses kommunistische Programm nach der Machtergreifung des Proletariats nicht von heute auf morgen zu verwirklichen sein, aber bereits in der Übergangsgesellschaft namens Sozialismus können und müssen weit mehr Elemente der "freien Entwicklung eines jeden" vorhanden sein, als dies in einem rückständigen Land möglich ist. Wir haben keinerlei Veranlassung, mit spießerhaftem Dünkel auf die heroischen Anstrengungen zum Aufbau des Sozialismus in unterentwickelten Ländern herabzublicken, wo aufgrund der Rückständigkeit der Produktivkräfte "die freie Entwicklung eines jeden" weitgehend auf der Strecke bleiben mußte. Wir haben aber auch keine Veranlassung, Formen und Verhältnisse zu kopieren, die dort der Rückständigkeit geschuldet und damit unvermeidlich waren.

Die bürgerliche Gesellschaft hat innerhalb eines gewissen Rahmens Emanzipation des Individuums gebracht, insofern nämlich persönliche Abhängigkeitsverhältnisse bis zu einem bestimmten Grad durch sachliche ersetzt wurden. Der Sozialismus darf von der einmal erreichten Emanzipation des Individuums nichts zurücknehmen, hat aber sehr wohl ihre bürgerliche Borniertheit zu sprengen. Die im Sozialismus handelnden Kommunistinnen und Kommunisten müssen sich der Probleme bewußt sein, die sich daraus ergeben, daß vorübergehend persönliche Abhängigkeitsverhältnisse als Mittel genutzt werden müssen, um die sachlichen zu durchbrechen, und sie müssen Mittel finden, um zu verhindern, daß diese Probleme übermächtig werden.

Hierhin gehört als ein - allerdings recht bedeutendes - Teilproblem auch das oben bereits angesprochene Problem der Freiheitsrechte gegenüber dem sozialistischen Staat.

Hierhin gehört auch das Problem, daß die Arbeits- und Leitungsmethoden der kommunistischen Partei in einem entwickelten Land stärker auf die Entfaltung der Selbsttätigkeit der Mitglieder und die Entwicklung ihrer positiven individuellen Eigenschaften, Fähigkeiten und Neigungen gerichtet sein müssen, als dies in einem Land mit weniger entwickelten Produktivkräften möglich ist. So haben wir bereits im theoretischen Organ der KPD "Weg der Partei" 2/1993 (S. 55 f.) geschrieben:

"Selbstverständlich muß gerade die Arbeiterbewegung diesen Veränderungen (der Produktivkräfte, P.U.) Rechnung tragen. Mehr denn je müssen ihre Organisationen in ihrer Tätigkeit nach außen und nach innen dem Streben des Individuums entsprechen, durch kommunistische Eingliederung in das Kollektiv 'freie Individualität, gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen', zu erlangen. Mehr denn je müssen die Organisationen der Arbeiterbewegung den kommunistischen Keim verkörpern, der den modernen Produktivkräften innewohnt. Diese Organisationen müssen so beschaffen sein, daß das Individuum entsprechend den gegebenen Bedingungen maximale Möglichkeiten hat, seine schöpferische Kraft zu entfalten und solidarische Beziehungen zu anderen Individuen zu entwickeln und daß die Individuen auf dieser Grundlage zu einem schlagkräftigen Kollektiv zusammengeschlossen werden, welches für eine neue gesellschaftliche Ordnung kämpft. Dies gilt auch und gerade für die Kommunistische Partei, die höchste Form der proletarischen Klassenorganisation. Nicht umsonst sind alle Versuche, kommunistische Organisationen in erster Linie auf der Grundlage einer formalen Disziplin, von Unter- und Überordnungsverhältnissen aufzubauen, in der Vergangenheit gescheitert. Sie werden auch in der Zukunft scheitern. Betrachtet und behandelt man die Partei als Manövriermasse der Führer und die Arbeiterbewegung als Manövriermasse der Partei, so nimmt man der Partei geradezu ihren kommunistischen Charakter."

Zugleich haben wir darauf hingewiesen, daß man nicht der Illusion unterliegen darf, die Organisationen der Arbeiterbewegung könnten ausschließlich den kommunistischen Keim verkörpern, haben wir darauf hingewiesen, daß die kommunistische Partei gezwungen ist, auch Triebkräfte und Formen zu nutzen, "die den alten, noch nicht überwundenen Verhältnissen entsprechen", daß beispielsweise ohne ein gewisses Maß auch an formaler Disziplin nicht auszukommen ist.

All dies setzt unter anderem voraus, daß - wie von Genossen Steigerwald mit Recht gefordert -, auf strikte Einhaltung der Normen des Parteistatuts geachtet wird. "Das schließt ein die regelmäßige und nicht nur formale Rechenschaftslegung und Kontrolle, die Abwählbarkeit von Funktionären, die sich etwas zu schulden kommen ließen, sich nicht parteimäßig, nicht solidarisch, sich selbstherrlich verhalten. Unbedingt erforderlich sind die Einhaltung der Kollektivität in der Erarbeitung der Politik, der Beschlußfassung und Führung und - natürlich die Beschlußtreue. Ohne ehrliche - nicht spießbürgerlich kleinbürgerlich verbogene Kritik und Selbstkritik ist an einen richtigen Umgang mit Fehlern nicht zu denken." Damit stimmen wir voll überein.

Leider aber ist Genosse Steigerwald von den bekannten Mängeln der Versuche, die sachliche Abhängigkeit zu überwinden, derart beeindruckt, daß er dazu

tendiert, das Wertgesetz als Regulator der Produktion zu verewigen (wenn auch seine Äußerungen zu dieser Frage widersprüchlich sind). Das liefe auf die Verewigung der Warenproduktion hinaus, auf die Verewigung dessen, daß die Produzenten von ihrem Produkt beherrscht werden. Doch Warenproduktion ist nur bornierte, historisch längst überholte Freiheit. Es geht darum, diese Borniertheit zu überwinden, um zu einer höheren Form der Freiheit als der bürgerlichen überzugehen.

Die bürgerliche Gesellschaft bietet selbst diese bornierte Form der Freiheit immer weniger, denn Imperialismus ist das Streben nach Herrschaft statt nach Freiheit. Die entwickelten Produktivkräfte setzen das Ende sachlicher Abhängigkeiten auf die Tagesordnung, und innerhalb des Rahmens der bürgerlichen Ordnung vollzieht sich das in der pervertierten Form monopolistischer Machtausübung. Das zeigt sich auch in der Form der Aktiengesellschaft, heute die weitaus vorherrschende Form kapitalistischer Unternehmen.

Die Aktiengesellschaft ist "die Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst". (Marx, Kapital III, MEW 25 S. 452)

Die Aufhebung des Privateigentums durch die Aktiengesellschaft kündigt das Ende der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt an. Konkurrenz wird ersetzt durch gesellschaftliche Zusammenarbeit - aber freilich nur in der engen, bornierten, kümmerlichen Form, den die kapitalistische Produktionsweise ermöglicht. Dieser Prozeß beinhaltet, daß bis zu einem gewissen Grad persönliche Abhängigkeitsverhältnisse entstehen, die es im Kapitalismus vorher nicht gab: Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank oder der Allianz übt seine Macht nicht aufgrund seines Aktienbesitzes aus, sondern aufgrund seiner Funktion. Selbstverständlich gehören diese Herren nicht nur der Monopolbourgeoisie an, sondern sie stehen an der Spitze der Finanzoligarchie.

Genosse Steigerwald verkennt diese gesellschaftliche Entwicklung, wenn er uns unter Punkt 2 seiner Ausführungen vorhält, wir würden die "Klassen mit der Managertheorie" Verwechseln.

Was die Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank und der Allianz betrifft, so üben diese ihre persönliche Macht allerdings nur als fleischgewordene Repräsentanten des von ihnen vertretenen Kapitals aus. Letztlich sind die sogenannten Sachzwänge, ist die sachliche Gewalt der Notwendigkeiten der Kapitalverwertung immer noch vorherrschend, dienen die persönlichen Herrschaftsverhältnisse nur dazu, diese sachlichen Notwendigkeiten noch reibungsloser durchzusetzen. Etwas anderes ist es im Sozialismus, wo Funktionsträger ihre persönliche Stellung zwar bis zu einem gewissen Grade zur Durchsetzung von Sonderinteressen nutzen können, aber eben von persönlichen Sonderinteressen, die nicht von der sachlichen Gewalt der Verwertungslogik von Kapital diktiert sind. Legt man hier einen Klassenbegriff an, der sich ausschließlich am Privateigentum orientiert, so kann man einen solchen gesellschaftlichen Zustand noch viel weniger erfassen als den fortgeschrittenen Kapitalismus, in dem die Aktie das Privateigentum bereits bis zu einem gewissen Grade verdrängt hat. Ebensowenig kann man dann den gesellschaftlichen Zustand eines entarteten ehemaligen Sozialismus erfassen.

Sen, der zwar das Privateigentum und den Markt noch nicht als vorherrschende Regelungsinstrumente wiedereingeführt hat, in welchem aber die betreffenden Sonderinteressen die gesellschaftlich herrschenden geworden sind.

Doch die möglichst präzise begriffliche Erfassung derartiger gesellschaftlicher Zustände ist erforderlich, um bewußt und zielklar entgegen allen Widerständen und Hemmnissen die dritte große Entwicklungsstufe der menschlichen Gesellschaft anzusteuern, die den Stufen der persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse und der sachlichen Abhängigkeitsverhältnisse folgen wird:

"Freie Individualität, gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen und die Unterordnung ihrer gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Produktivität als ihres gesellschaftlichen Vermögens, ist die dritte Stufe."

(Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, MEW 42 S. 91)

Referat A. Schröder

Im folgenden werde ich zu drei Punkten Stellung nehmen:

1. Warum es m. E. unzureichend ist, auf die Fragestellung Eurer Publikationsreihe (Hat der Sozialismus Zukunft?) nur mit einer Untersuchung der sowjetischen Geschichte zu antworten.
2. Warum m. E. die Erklärungen zum Niedergang der Sowjetunion in Eurem Buch unbefriedigend und falsch sind.
3. Wo lag das eigentliche Problem der sowjetischen Übergangsgesellschaft der 50er Jahre?

1. Wir müssen eine Erklärung für die Niederlagen der Arbeiterbewegung in Westeuropa finden

Theorie und Politik der Kommunisten im 20. Jahrhundert hatten ihren Ursprung in der russischen Oktoberrevolution. Die siegreiche Revolution von 1917 war die faktische Geburtsstunde der kommunistischen Bewegung. Bis zum August 1914 hatte die deutsche Sozialdemokratie das politische und theoretische Gesicht der marxistischen Bewegung in Europa bestimmt. Mit ihrer Zustimmung zu den Kriegskrediten und der Unterstützung von Junkertum und Bourgeoisie im I. Weltkrieg hatte die deutsche Sozialdemokratie ihre Rolle als Führerin dieser Bewegung ausgespielt. Mit der Oktoberrevolution von 1917 übernahm ein Flügel der russischen Sozialdemokratie, die Bolschewiki, die Rolle der theoretischen und politischen Führung des revolutionären Proletariats.

Wenn wir heute - achtzig Jahre später - die Siege und die noch bedeutsameren Niederlagen der Arbeiterbewegung in diesem Zeitabschnitt verstehen wollen, müssen wir uns - so meine ich zumindest - mit der Ausformung der marxistischen Theorie auseinandersetzen, die im russischen Oktober politische Gestalt gewonnen hat. Mit dem russischen Oktober wird der Leninismus, wird der russische Bolschewismus zu einer in ganz Europa wirksamen Theorie und Politik des revolutionären Flügels der Arbeiterbewegung; der russische Oktoberumsturz wird zum Katalysator der Gründung kommunistischer Parteien im Westen Europas. Alle diese Parteien blickten nach Osten, zur ersten siegreichen proletarischen Revolution im 20. Jahrhundert. Mit der Gründung der III. Internationale gewinnt diese auf der siegreichen Oktoberrevolution fußende theoretisch-politische Hegemonie der russischen Kommunisten über die europäische Arbeiterbewegung organisatorische Gestalt.

Ende 1997 jährte sich zum 80sten Male der Jahrestag der Oktoberrevolution. Das publizistische Echo war diesmal deutlich geringer als bei den vergangenen Dezenienfeiern. Das deutlich gesunkene publizistische Interesse spiegelt nur wider, in welchem Umfang das politische und theoretische Interesse an der Oktoberre-

volution abgenommen hat. Dietrich Geyer verkündete dazu passend in der FAZ, „daß die Große Sozialistische Oktoberrevolution ... aus der Geschichte... nahezu verschwunden ist.“¹ Was sich hier ausdrückt, ist nicht in erster Linie die Mißachtung der historischen Bedeutung der siegreichen Revolution von 1917 für die Geschichte des 20. Jahrhunderts, sondern die Tatsache, daß ein Produkt dieser Revolution, der Marxismus-Leninismus und die kommunistischen Gruppierungen in ihrer heutigen theoretischen und politischen Gestalt keinen Bezugspunkt mehr für die Arbeiterklasse der industriell entwickelten Länder und die revolutionären Bewegungen der dritten Welt bilden. Wie konnte es zu einer solchen Entwicklung kommen?

Für Europa liegt die Antwort offen zutage: In der politischen Praxis der kommunistischen Parteien im Westen Europas wurde der Marxismus-Leninismus zu einer Theorie der Niederlagen der Arbeiterbewegung in Westeuropa. Alle Revolutionen des europäischen Proletariats in diesem Jahrhundert scheiterten - außer der russischen -, und mit ihnen scheiterten notwendig die politischen Bewegungen (die Kommunisten) und theoretischen Begründungen (der Marxismus-Leninismus der Komintern und des osteuropäischen Sozialismus). Der Zerfall der Sowjetunion und das Ende der DDR haben dieses Kapitel politisch abgeschlossen, theoretisch aufgearbeitet ist es noch nicht.

Wenn wir heute Lehren aus den Niederlagen der Arbeiterbewegung ziehen wollen, können wir uns nicht damit begnügen, die Niederlage des Sozialismus in der Sowjetunion aufzuarbeiten. Wir müssen vielmehr ebenso zu einer wissenschaftlich haltbaren Erklärung der Niederlagen des westeuropäischen Proletariats in seinem Kampf gegen Kapital und Faschismus gelangen. Insofern reicht es gerade für uns im Westen Europas und speziell in Deutschland nicht, das Scheitern des Sozialismus im Osten zu erklären ohne zugleich auch an einer Erklärung des Scheiterns unserer "eigenen" kommunistischen Parteien in den vergangenen fast 80 Jahren zu arbeiten.²

Wer sich heute, nach dem vollständigen Niedergang und Zerfall des osteuropäischen Sozialismus und der Verwandlung der verschiedenen "Volksrepubliken" Asiens in Richtung auf kapitalistische Gemeinwesen, noch mit den jahrzehntelang in der kommunistischen Bewegung üblichen Verweisen auf Verräter und Renegaten in der Arbeiterbewegung begnügt, hat den Umfang und die Schwere der Niederlage noch immer nicht realisiert. Folgen wir der jahrzehntelang vorherrschenden „marxistischen“ Geschichtsschreibung, so haben wir es mit einer endlosen Kette von „Verrat“ zu tun.

Angefangen vom "Verrat" der sozialdemokratischen Führung im August 1914, über ihren „Verrat“ an der Novemberrevolution 1918, ihrer Schuld an der nationalsozialistischen Machtergreifung 1933, bis hin zur Inszenierung des 17. Juni 1953 und der Entspannungspolitik der siebziger und achtziger Jahre, die den Boden für das Ende der DDR bereitet haben. Zur Erklärung des Scheiterns des revolutionären Marxismus im internationalen Maßstab treffen wir auf dieselbe Theorie, nur mit anderem Namen versehen. Hier "verrät" dann Chruschtschow den weiteren Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion, lockt Deng Tsiao Ping die Volksrepublik China auf den

kapitalistischen Weg und Gorbatschow verkauft die sozialistische DDR an die imperialistische BRD. So finden wir am Ende eines ganzen Jahrhunderts, angefüllt mit verheerenden Niederlagen der Arbeiterbewegung, zur Erklärung dieser Niederlagen nur eine armselige Liste von Verrätern, die, getarnt im marxistischen Gewande, fortwährend nur ein Sinnen und Trachten hatten, die revolutionäre Arbeiterbewegung im Interesse des Kapitals zu meucheln.

Eine solche „Theorie“ sagt uns gar nichts über die gesellschaftlichen Kräfte und politischen Kämpfe des 20. Jahrhunderts, aber sehr viel über den Zustand der marxistischen Theorie und über den Charakter der Organisationen, die eine solche Theorie verfechten. Wer sich mit solchen „Antworten“ zufrieden gibt, hier eine Liste von Revisionisten und Renegaten - dort die unbefleckte und ewig siegreiche Theorie des Marxismus-Leninismus, der hat nicht nur den Marxismus nicht verstanden; er hat, was viel schlimmer ist, aus einer Theorie, die Anleitung zum Umsturz der bestehenden Verhältnisse sein soll, ein totes, der Religion verwandtes Dogma gemacht. Ohne eine wissenschaftliche Erklärung der Niederlagen der Vergangenheit und zwar sowohl der sowjetischen wie der westeuropäischen, gibt es keine Siege in der Zukunft.

2. Die Machtergreifung der "neuen Klasse" als Erklärung für den Niedergang der SU

Das von dem Verlag "Roter Morgen" vorgelegte Buch versucht einen Bruch mit dieser Praxis "marxistischer" Geschichtsschreibung. Die Autoren stellen sich die Aufgabe, den Niedergang der SU aus den gesellschaftlichen Verhältnissen zu erklären. Für sie ist der Machtantritt Malenkows und Chrustschows der Machtantritt einer Klasse von Bürokraten, die sich bereits in den 30er Jahren in der Sowjetunion in der Partei und im Staatsapparat entwickelt haben. Das Entstehen dieser Klasse habe seine spezielle Ursache in der Zurückgebliebenheit der gesellschaftlichen Verhältnisse Rußlands und hier besonders in der konkreten Gestalt des russischen Proletariats, das in den 30er Jahren im Zuge der stalinschen Industrialisierung aus der Bauernschaft entstanden sei. Dies erkläre zum einen die starke Rolle der Partei und des Staatsapparates und zum anderen die zum Teil recht drastischen Gesetze, die Arbeitsdisziplin und Produktivität des neu entstandenen Proletariats sichern sollten.

Dieser "Krücke", wie die Genossen die starke Stellung von Partei und Staatsapparat gegenüber der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft bezeichnen, hätten sich die Kommunisten ebenso bedienen müssen, wie einer zweiten "Krücke", der Zulassung der Warenproduktion, um unter den russischen Verhältnissen den Sozialismus aufbauen zu können. Stalin erscheint auf dem Boden dieser Geschichtsbetrachtung als Garant der proletarischen Macht gegenüber einer stetig an Einfluß gewinnenden Bürokratie, die dann nach seinem Tod die

Macht ergreift und den Klassencharakter des sowjetischen Staates grundlegend ändert. Ich bin mit dieser Interpretation der sowjetischen Geschichte gleich in mehrfacher Hinsicht unzufrieden.

Zum einen erklärt sie unzureichend, weshalb Stalin nicht den Kampf gegen die zur politischen Herrschaft drängende Bürokratie organisierte, deren führende Köpfe ja sämtlich aus seinem engsten politischen Umfeld kamen und vielfach auch von ihm persönlich gefördert (Beispiel Malenkov) worden waren. Wohlgedenkt, hier ist nicht vom Kampf gegen einzelne Bürokraten, nicht vom Kampf gegen eine wachsende "Bürokratisierung" die Rede, sondern von der Auseinandersetzung gegen die entstehende "neue Klasse".

Werfen wir einen Blick in Stalins Veröffentlichungen von Anfang der 50er Jahre, speziell in "Marxismus und Fragen der Sprachwissenschaft" und in die "Ökonomischen Probleme des Sozialismus", so finden wir dort nichts über die Gefahren, die von Seiten des Staatsapparates und der Partei für die Zukunft des Sozialismus ausgehen würden, wir finden dort nichts, was vor einer Machtergreifung der "neuen" Klasse warnen würde.

Ganz im Gegenteil verweist Stalin gerade in "Marxismus und Fragen der Sprachwissenschaft" auf die revolutionäre Rolle des Staatsapparates in der Sowjetunion, verweist er darauf, daß es dieser Staatsapparat und die Partei waren, die in einer "Revolution von oben", wie er es formuliert, den "Übergang von der bürgerlichen, auf Einzelbauernwirtschaften beruhenden Ordnung zur sozialistischen Kollektivwirtschaft vollzogen" haben. Für Stalin war der sowjetische Staatsapparat in der Hauptseite eine "Reserve der proletarischen Revolution" (Fragen des Leninismus) und nicht der eigentliche Hort der Konterrevolution, wie er bei den Genossen vom RM erscheint.

Ein zweiter Grund, weshalb ich mit der Theorie von der Machtergreifung der Bürokratie als "neuer Klasse" unzufrieden bin, besteht in der mangelhaften Definition dieser "neuer Klasse". Wie definiert sich diese "neue Klasse" gegenüber den Produktionsmitteln? Worin besteht ihr materielles und worin ihr politisches Interesse an der Eroberung der Staatsmacht? Auf welche sozialen Kräfte kann sich diese neue Klasse stützen? Auf alle diese Fragen sind Eure Antworten unbefriedigend. Ihr könnt diese "neue Klasse" nicht aus ihrer Stellung zu den Produktionsinstrumenten bestimmen. Weder Malenkov noch Chruschtschow oder Breschnew führen das Privateigentum an den Produktionsinstrumenten wieder ein.

Auch das materielle Interesse an einem gegenüber den Arbeitern und Bauern gehobenen Lebensstandard begründet eine bürokratische Konterrevolution, wie Ihr unterstellt, unzureichend. Die Partei- und Staatsfunktionäre verfügten zu Beginn der 50er Jahre bereits seit längerem über ein deutlich höheres Einkommen und einen besseren Lebensstandard als die Masse der sowjetischen Bevölkerung. In Eurem Buch führt ihr dazu selbst eine Fülle von Belegen an. Beides, Einkommen und Stellung in der Gesellschaft waren aber abhängig von der Fortexistenz und der Lebensfähigkeit der sowjetischen Gesellschaftsordnung. Die

"Bürokratie" in der Staats- und Wirtschaftsverwaltung, in der Polizei und Armee, hatte mit dem Ende dieser Ordnung am meisten zu verlieren und hat auch - in ihrer großen Masse - bei dem Auseinanderfallen der Sowjetunion am meisten "verloren".

Betrachten wir in diesem Kontext die Politik von Malenkow und Chruschtschow, so besteht ihr Inhalt ja gerade nicht in einer verschärften Ausplünderung der Arbeiter und Bauern. Ganz im Gegenteil, sowohl Malenkow als auch Chruschtschow betreiben eine Politik der Senkung des ökonomischen Drucks auf die Massen, eine Politik der Erhöhung der Einkünfte von Arbeitern und Bauern bei gleichzeitiger Liberalisierung der Arbeitsgesetze und Senkung der Leistungsnormen. Nach ihrem Machtantritt steigen z.B. für die Bauernschaft bis 1958 "die Erfassungspreise für Weizen auf mehr als das 6fache und für Rindvieh fast auf das 12 fache". (Geschichte der UdSSR Bd. 3, S. 101) Und dasselbe bezeugen auch bürgerliche Quellen zur chruschtschowschen Sozialpolitik, wenn sie schreiben: "Ohne Zweifel erhöhte sich unter Chruschtschow der Lebensstandard. Neue Mindestlöhne wurden eingeführt, die direkten Steuern gesenkt und die Sozialleistungen verbessert." (Torke, Einführung in die Geschichte Rußlands, S. 231) Von einer verschärften Ausplünderung der Arbeiter und Bauern zugunsten der neuen Klasse kann nicht die Rede sein. Ganz im Gegenteil bedeutet der Machtantritt der Malenkows und Chruschtschows eine Verbesserung ihrer materiellen Lebenssituation und eine z.T. deutliche Verringerung des ökonomischen Leistungsdrucks, den der Staat auf die Arbeiter und Bauern zur Stalinzeit ausübte.

Als dritten Grund, weshalb ich Eure Einschätzung von der konterrevolutionären Machtergreifung der Bürokratie nicht teilen kann, möchte ich auf die unterschiedlichen Interessen der Bürokratie verweisen, die aus diesem Grund zu einem einheitlichen "Klassenhandeln" gar nicht fähig sein konnte. Der "Parteibürokrat" hat ein Interesse an der Vorherrschaft der Partei über die Wirtschaft und den Staat. Der "Staatsbürokrat" aus dem Maschinenbauministerium hat ein Interesse an der Vorherrschaft der staatlichen Lenkung des Produktionsapparates, während die Direktoren der jeweiligen Maschinenfabriken ein möglichst großes Maß an Selbständigkeit anstreben. Nehmen wir noch die Armee dazu, die regionalen und die Unionssowjets mit allen ihren Institutionen, wie soll sich hier ein einheitliches "Klasseninteresse" und ein halbwegs koordiniertes, politisch zielstrebiges Handeln der "neuen Klasse" herausbilden können?

So sicher, wie es in der Sowjetunion eine sozial privilegierte Bürokratie gab, so sicher besaß dieselbe kein gemeinsames ökonomisches oder politisches Programm, so wenigwar sie zu koordiniertem politischem Handeln fähig, sowenig konnte sie "herrschen", ohne die materiellen Interessen der Arbeiter und Bauern zu befriedigen.

3. Das eigentliche Problem der sowjetischen Übergangsgesellschaft

Was die Entstehung dieser Bürokratie betrifft, so verweist ihr in Eurem Buch auf die unentwickelten russischen Verhältnisse und die große Bedeutung, die dem Staat und seinen Organen bei der Aufrichtung der sozialistischen Ökonomie zukam. Dort liege die Ursache für die Entstehung dieser neuen Schicht und für ihre Bedeutung in Partei und Staat. Ihr verweist darauf, daß das russische Proletariat die ihm eigentlich zukommende Rolle bei dem sozialistischen Aufbau nicht spielen konnte, da es in den 30er Jahren faktisch aus der Bauernschaft neu geschaffen wurde. Hier nähern wir uns dem eigentlichen Problem. Lenin schreibt am Ende des russischen Bürgerkrieges und zu Beginn der NEP: "Die Kapitalisten werden aus unserer Politik Vorteile ziehen und werden ein Industrieproletariat schaffen, das bei uns durch den Krieg und die furchtbare Verwüstung und Zerrüttung deklassiert, d.h. aus seinem Klassengeleise geworfen **ist und aufgehört hat, als Proletariat zu existieren. Proletariat heißt die Klasse, die mit der Produktion materieller Güter in Betrieben der kapitalistischen Großindustrie beschäftigt ist.**"

Soweit die kapitalistische Großindustrie zerstört ist, soweit die Fabriken und Werke stillgelegt sind, ist das Proletariat verschwunden. Es wurde wohl manchmal der Form nach als Proletariat gerechnet, aber es hatte keine ökonomischen Wurzeln." (LW Bd. 33, S. 46. Oktober 1921. Hervorhebung von mir, A.S.)

In Rußland hat mit dem Ende des Bürgerkrieges das Proletariat aufgehört, als Proletariat zu existieren, das "Proletariat ist" - so Lenin - weitgehend "verschwunden". Lenins Hoffnung geht dahin, daß das Proletariat durch die Entwicklung des Kapitals in der NEP wiederentstehen werde.

Dies geschah auch, aber es geschah weitestgehend ohne das Kapital und statt dessen durch den Staat. Das neue russische Proletariat entstand damit nicht nur aus der Bauernschaft, sondern es entstand auch ohne seinen natürlichen Gegenpart, das Kapital: Das neue russische Proletariat entstand in den Staatsbetrieben, die während der stalinschen Industrialisierungsperiode gebaut wurden. Es war kein vom Kapitalismus geprägtes, im Klassenkampf gegen das Kapital entstandenes Proletariat, sondern ein Proletariat, das von Seiten des Staates geschaffen wurde und dem der Staat - und nicht das Kapital - mit Strafen und Sanktionen drohte, wenn es seine Arbeit unzureichend verrichtete.

Dies ist das eigentliche Problem des sowjetischen Sozialismus: Er verfügt über kein revolutionäres Proletariat, das die Gesellschaft nach seinem Bild umgestalten will. Damit aber ist die Fortentwicklung von Gesellschaft und Staat, die weitere Entwicklung vom Sozialismus hin zum Kommunismus, an die Partei und an den Staatsapparat gebunden. Konsequenterweise definiert Stalin deshalb die sozialistische Revolution auf dem Land, die Kollektivierung, als eine "Revolution von oben". Konsequenterweise tritt deshalb Stalin für eine weitere Stärkung von Partei und Staatsapparat ein, obwohl er innerhalb der Gesellschaft keinerlei antagonistische Klassen mehr sieht. Für ihn sind deshalb die Partei und

der von ihr geführte Staatsapparat notwendige Instrumente, um den weiteren Aufbau des Sozialismus vorantreiben zu können.

Bringen wir es zum Schluß noch einmal auf den Punkt. Das Proletariat und die werktätige Bauernschaft in der Sowjetunion besaßen zweifelsfrei unterschiedliche sozialökonomische Interessen. (Beispielsweise die Höhe des Getreidepreises) Zwischen ihnen existierten allerdings keinerlei antagonistischen Klassengegensätze.

Ihr gemeinsames Interesse bestand in einem weiteren Auf- und Ausbau der sozialistischen Gesellschaft. Überhaupt wies die sowjetische Gesellschaft, wie Stalin ausführt, keine überlebten Klassen (auf), die einen Widerstand (gegen die sozialistische Gesellschaft) organisieren könnten." Aber - so führte Stalin weiter aus, es gab "auch im Sozialismus zurückbleibende, träge Kräfte, die die Notwendigkeit von Veränderungen in den Produktionsverhältnissen nicht begreifen". (Ökonomische Probleme, SW 15, S. 342).

Ihr zitiert diese Stelle Stalins, um sie zu kritisieren. Für Euch gibt es diese "überlebten Kräfte" in der Bürokratie, die zu einer "neuen Klasse" heranreifen. Stalin schildert m.E. in obigem Zitat die Verhältnisse richtiger. Es gab in der Sowjetunion keine dem Sozialismus feindlichen Klassen. Aber es gab, und dies massenweise, "zurückbleibende, träge Kräfte". Dazu gehörten in den 50er Jahren sowohl die große Masse des sowjetischen Proletariats und erst Recht die werktätige Bauernschaft. Beide Klassen, geprägt und erschöpft von den gewaltigen Anstrengungen der Industrialisierung und Kollektivierung einerseits und der Zerschlagung des Nazifaschismus andererseits, waren aus sich selbst heraus weder fähig noch bereit, einen neuen Ansturm in Richtung auf den Kommunismus zu organisieren. Beide Klassen wollten in den 50er Jahren die Früchte ihrer Arbeit und ihrer Leiden ernten und nicht erneut gewaltige Anstrengungen in eine "permanente Revolutionierung der Gesellschaft" investieren. Sowenig sie dem Sozialismus feindlich gegenüberstanden, sowenig gehörten sie zu den Triebkräften, die die Revolution weitertreiben wollten. Deshalb weist Stalin diese Aufgabe der Partei und dem von ihr geführten Staatsapparat zu.

Die Nichtexistenz einer revolutionären Klasse, die spezielle Existenz des russischen Proletariats als "Staatsproletariat", als einem Proletariat, das künstlich von einer revolutionären Staatsmacht erschaffen wurde, das von ihr beschäftigt, bezahlt und diszipliniert wurde, ist das eigentliche Problem der sowjetischen Übergangsgesellschaft. So bekommt diese Gesellschaft ein völlig anderes Gesicht, als Karl Marx es in seinen wenigen Aussagen über die künftige Gesellschaft umrissen hat. Und so wird es möglich, daß eine Reihe von ökonomischen und politischen Fehlentscheidungen an der Spitze des Staates und der Partei - ganz ohne subjektiv konterrevolutionäre Absichten - den weiteren Aufbau der sozialistischen Gesellschaft scheitern ließen. Wie dies konkret geschah und mit welchen Absichten die politischen Akteure ihre jeweiligen Programme entwickelten, das wird der Gen. Karuscheit in seinem Referat ausführen.

Fußnoten

1 FAZ vom 08.11.1997. Geyer bezieht seine Aussage speziell auf das heutige Gesicht Rußlands. Die in der FAZ gewählte Überschrift verallgemeinert diese Aussage nicht ohne Absicht. Unabhängig von dieser Verallgemeinerung ist diese Aussage auch für das heutige Rußland falsch, wie beispielsweise die Nichtexistenz einer "bürgerlichen Gesellschaft" trotz sich stetig entwickelnder kapitalistischer Produktionsverhältnisse oder die Schwierigkeiten der Etablierung von Privateigentum an Grund und Boden belegen.

2 Über den Anteil der kommunistischen Politik an den Niederlagen der europäischen Arbeiterbewegung siehe Kommunistische Presse Nr. 28, S. 2-7, sowie Nr. 29, S. 3-21 über den Zusammenhang mit einer fehlerhaften Interpretation der Oktoberrevolution von 1917.

Über dasselbe Thema erscheint im März 1998 eine Broschüre. Alle Publikationen können bei folgender Adresse bestellt werden: Kommunistische Zeitung, Postfach 10 02 29,45802 Gelsenkirchen.

Nachstehend dokumentieren wir eine schriftliche Antwort Peter Urbans auf vorstehendes Referat von A. Schröder

Peter Urban:

Antwort auf die Ausführungen von A. Schröder

Auch wir sind keineswegs der Auffassung, auf die Fragestellung unserer Publikationsreihe "Hat der Sozialismus Zukunft?" könne allein mit einer Untersuchung der sowjetischen Geschichte geantwortet werden. Deshalb erschien das betreffende Buch ja als Band 1 einer solchen Reihe.

Teilweise gibt Schröder unsere Auffassungen falsch wieder. So haben wir gerade nicht die Auffassung vertreten, in den 30er Jahren sei in der Sowjetunion eine Klasse von Bürokraten entstanden. Wir haben vielmehr vertreten, daß damals bestimmte Schichten, die bereits vorher bestanden, bedeutend erstarkten. Im übrigen keineswegs nur Schichten von "Bürokraten", also von Funktionären im Staats- und Parteiapparat, sondern auch von Wirtschaftsleitern. Wir haben weiter vertreten, daß sich aus diesen recht unterschiedlichen Schichten erst in den 50er Jahren eine Ausbeuterklasse entwickelte, und wir haben selbst darauf hingewiesen, daß diese Klasse aufgrund der recht unterschiedlichen Interessen dieser Schichten keineswegs homogen sein konnte. Wir haben gezeigt, daß teils rechte heftige Kämpfe innerhalb dieser sich formierenden Klasse stattfanden; zugleich haben wir gezeigt, worin das gemeinsame Klasseninteresse bestand. Mit alledem setzt sich Schröder nicht auseinander. Er behauptet nur, das könne nicht sein.

Die Darstellung Schröders, nach unserer Auffassung habe das Entstehen der betreffenden Schichten (wenn er von den 30er Jahren redet, ist Klasse eben nicht unsere Auffassung!) seine "spezielle Ursache in der Zurückgebliebenheit der gesellschaftlichen Verhältnisse Rußlands", ist zumindest ungenau. Die Besonderheiten des betreffenden Prozesses in der Sowjetunion haben ihre Ursache selbstverständlich in den speziellen sowjetischen Verhältnissen, doch der Umstand, daß eine sozialistische Ordnung der alten Gesellschaft entlehnte Formen der Arbeitsteilung nutzen muß, daß sie Berufspolitiker, Berufsmanager usw. benötigt, ist für jede sozialistische Gesellschaft allgemeingültig. Dies haben wir im Sowjetunion-Buch dargelegt und verweisen im übrigen auf die entsprechenden Ausführungen im Eingangsreferat von Peter Urban sowie in der Antwort auf Genossen Steigerwald. Was ist eine Theorie wert, die es nicht vermag, unter Abstraktion von den Besonderheiten allgemeingültige Bewegungsgesetze herauszuarbeiten?

Falsch ist es auch, wenn Schröder die Sache so darstellt, als sei der sowjetische Staatsapparat für uns lediglich "Hort der Konterrevolution", nicht aber eine

"Reserve der proletarischen Revolution". Er war, wie wir an verschiedenen Stellen ausgeführt haben, aus unserer Sicht **beides**.

Neben der Sache liegt unserer Meinung nach Schröders Einwand, Chruschtschow und Malenkov hätten eine Politik der Senkung des Drucks auf die Massen betrieben. Darauf haben wir selbst hingewiesen (vgl. Sowjetunion-Buch S. 131), doch bei Schröder kommt es so heraus, als könne deren Politik folglich nicht gegen die proletarischen und bäuerlichen Massen gerichtet gewesen sein. Sie war aber faktisch darauf gerichtet, es den Vertretern der privilegierten Schichten zu ermöglichen, ungehemmt ihre spezifischen Interessen zu vertreten und sich damit zur Klasse zu emanzipieren, wie wir gezeigt haben.

Die entwickelten Produktivkräfte hätten es ermöglicht und erfordert, Änderungen in den Produktionsverhältnissen, im Planungs- und Leitungsapparat vorzunehmen, die auf eine stärkere Beteiligung der proletarischen Massen an der Planung und Leitung der Produktion und aller gesellschaftlichen Angelegenheiten hinausgelaufen wären. Während die neue Klasse diesen Weg endgültig versperrte, gewährte sie zur Beruhigung der Massen eine vorübergehende Abschwächung des unmittelbaren Druckes. Wenn Schröder sich damit beruhigt, "von einer verschärften Ausplünderung" zugunsten der neuen Klasse könne zu diesem Zeitpunkt keine Rede sein, zeigt er damit bestenfalls, daß er nicht begriffen hat, worum es ging.

Schröder entgegnet uns, wir hätten unzureichend erklärt, *"weshalb Stalin nicht den Kampf gegen die zur politischen Herrschaft drängende Bürokratie organisiere"*.

Nochmals sei gesagt, daß wir keineswegs vertreten, **allein die Bürokratie** habe damals zur politischen Macht gedrängt. Wir haben im Gegenteil gezeigt, daß zu diesem Zeitpunkt andere privilegierte Schichten (Betriebsleiter usw.) die aktivere konterrevolutionäre Rolle spielten. Wir haben auch gezeigt, daß Stalin ihre Bestrebungen bekämpfte und daß er zugleich eine bestimmte Frontstellung gegen bürokratische Kräfte einnahm. Weiter haben wir gezeigt, daß er den konterrevolutionären Prozeß in seiner Gesamtheit nicht theoretisch erfaßte, weil er davon ausging, daß es "keine überlebten Klassen" gab, die "Widerstand organisieren könnten", sondern lediglich "träge Kräfte", die Dinge "nicht begreifen", aber offenbar kein klassenmäßiges Interesse hätten, sich dem Fortschritt in den Weg zu stellen.

Wir haben gezeigt, warum diese Einschätzung unserer Meinung nach falsch war. Der Blick durfte nicht allein auf die "überlebten Klassen" gerichtet werden, die in der Tat zerschlagen und nur noch in Überresten vorhanden waren. Er mußte vor allem auf die **der alten Gesellschaft entnommenen Formen der Arbeitsteilung** gerichtet werden, die beim Voranschreiten zum Kommunismus überwunden werden mußten und die - wenn sie nicht nach und nach überwunden wurden - zur Verstärkung der klassenmäßigen Interessen bestimmter Schichten führen mußten und tatsächlich auch geführt haben. Auf diese unsere Ausführungen geht Schröder nicht ein. Er behauptet lediglich, Stalin habe mit seiner diesbezüglichen Einschätzung recht gehabt.

Es ist **eine** Sache, wenn Stalin inmitten des verwickelten Kampfes den Klassencharakter der sozialökonomischen Triebkräfte des Revisionismus nicht voll er-

kennen **konnte**. Es ist **eine völlig andere Sache**, wenn man heute, wo der Verfallungsprozeß der revisionistischen Länder abgeschlossen und als Ganzes der Analyse zugänglich ist, die Augen davor verschließt, welches der gesellschaftliche Inhalt und die Triebkräfte der Entwicklung zum und der Entwicklung des Revisionismus waren.

Das führt unvermeidlich zu einer Apologie des Revisionismus, wie z.B. bei Karuscheit und Schröder, denen zufolge Chruschtschow und Konsorten das Land zum Kommunismus führen wollten, aber leider an ihren Irrtümern scheiterten.

Referat Heiner Karuscheit:

Die sowjetische Schlüsselkrise der 50er Jahre

Das Referat stützt sich auf das Buch von Karuscheit/Schröder „Von der Oktoberrevolution zum Bauernsozialismus“, geht in einer Reihe von Punkten jedoch darüber hinaus und korrigiert einige Thesen. Wegen des unbefriedigenden Forschungsstands stehen die hier gezogenen Schlußfolgerungen weiterhin unter Vorbehalt und müssen viele Fragen gänzlich offenbleiben.

Die Klassen

Ende der 40er Jahre, erheblich früher als in den kapitalistischen Staaten Westeuropas, war in der Sowjetunion die Rekonstruktionsphase nach dem 2. Weltkrieg beendet. Um die sich entwickelnde „Schlüsselkrise“ zu verstehen, werden vorab die Produktionsverhältnisse skizziert, beginnend mit der Bauernschaft - nicht hauptsächlich, weil sie immer noch die Mehrheit der Bevölkerung umfaßte, sondern vor allem, weil sich im Verhältnis zu ihr das Grundproblem des sozialistischen Aufbaus stellte.

Die Bauernschaft produzierte in Form des Kolchos, der in den 30er Jahren durch die Vernichtung der Kulaken aus der obschina, der altrussischen Umteilungsgemeinde ohne Privateigentum an Land, hervorgegangen war. Der Kolchos war keine staatliche Betriebsform, sondern eine bäuerliche Produktionsgenossenschaft, die den Genossenschaftsmitgliedern gehörte. Nur die Maschinen-Traktor-Stationen (MTS) mit ihrer Agrarmaschinerie und ihren Beschäftigten waren staatlich. Sie verrichteten die maschinellen Feldbauarbeiten für die Genossenschaften und stellten „Stützpunkte des Proletariats“ auf dem Land dar. Außerdem besaß jede Kolchosfamilie ihr eigenes Stück Hofland, worauf sie privat Vieh hielt sowie Obst und Gemüse anbaute, teils für den persönlichen Verbrauch, teils für den freien Verkauf auf den städtischen Märkten.

Zusammengenommen stellte der Kolchos eine Spielart der einfachen, nichtkapitalistischen Warenproduktion in Kombination mit sozialistischen Elementen (MTS, Plan) dar. In seiner bestehenden Form war er nicht in der Lage, mehr Getreide zu liefern. Seit Ende der 40er Jahre stagnierten die Ernten. Ein steigendes agrarisches Mehrprodukt war aber notwendig, um die wachsende städtische Bevölkerung zu ernähren.

In der Industrie ging es nicht allein um neue Fabriken. Vor allem ging es um die Weiterentwicklung des menschlichen Arbeitsvermögens, denn die wichtigste Produktivkraft ist der Mensch selber. Die sowjetischen Arbeiter stellten aber keine entwickelte Arbeitsbevölkerung dar, die durch Generationen hindurch,

von der kapitalistischen Produktionsweise geformt, den Rhythmus der Industrie zu ihrem eigenen gemacht hatte. Das Proletariat war bäuerlich geprägt und mußte durch Zwangsmaßnahmen am Arbeitsplatz gehalten werden. Seit den 30er Jahren war der Kampf gegen die aus der obscura-Tradition resultierende Trägheit und Gleichmacherei geführt worden. Stück - anstelle von Zeitlöhnen wurden eingeführt und die Akkordarbeit insbesondere durch die bei den Arbeitern unbeliebte Stachanow-Bewegung forciert.

Um die Leistung und das Interesse an Qualifizierung anzuspornen, gingen die Tarif/Lohnunterschiede zwischen ungelerten und qualifizierten Arbeitern bis auf 1:4 hoch.

Wenn die untersten Gruppen der Ungelernten (Boten, Putzfrauen etc.) mit einbezogen werden, stieg der Unterschied bei den Effektivlöhnen (mit Anrechnung der Prämien) sogar bis auf 1 :12. Gesellschaftspolitisch war das Grundproblem, daß diese Arbeiterschaft nicht als revolutionäre Klasse im Widerspruch zum Kapital, sondern mit der Industrialisierung als Staatsproletariat großgeworden war. Weil sie keinen revolutionären Charakter trug, mußte die Weiterführung der Revolution erneut als „Revolution von oben“ erfolgen, durch die Stärkung des Staats.

Die Intelligenz stellte eine unselbständige Zwischenschicht dar und wird hier nicht behandelt. Ihre Rolle muß im Zusammenhang mit der Entwicklung der beiden Hauptklassen untersucht werden.

Drei Linien

Im Kampf um die künftige Orientierung entwickelten sich drei Linien, in deren Zentrum wie 1917, 1920/21 und 1929 die Agrarfrage stand. Daneben ging es um die internationale Revolutionsstrategie und die sowjetische Außenpolitik. Die Behandlung dieser Punkte ist für ein umfassendes Verständnis der Auseinandersetzungen unumgänglich, erfolgt hier aber aus Gründen der Konzentration nicht.

Der rechte Parteiflügel knüpfte an die Neue Ökonomische Politik an, die Bucharin bis zuletzt verfochten hatte. In den 20er Jahren war der Austausch mit dem Land zusammengebrochen, weil die Städte nicht genügend billige Industrieprodukte liefern konnten. Mittlerweile war eine umfangreiche Schwerindustrie vorhanden und waren die Kulaken untergegangen. Auf diesem Boden wollten die „Rechten“ erneut durch den Austausch mit dem Land sowohl die Agrarproduktion als auch die Ökonomie insgesamt entwickeln. Folgerichtig traten sie für den Vorrang der Leichtindustrie ein, wie das auch die NEP getan hatte.

Objektiv-d.h. unabhängig vom eigenen Selbstverständnis-verfochten sie die Interessen der Kolchosbauernschaft. Sie waren vor allem in der zentralen staatlichen Wirtschaftsverwaltung stark. Ihr Repräsentant war Malenkow, 1953 der Nachfolger Stalins als Ministerpräsident, d.h. als Regierungschef.

Auf dem entgegengesetzten Flügel standen die „Linken“. Nach den Erfahrungen der Industrialisierung und des Siegs im Weltkrieg waren sie der Auffassung, daß der sozialistische Wirtschaftsplan, gepaart mit Willenskraft, alles vermochte. Sie leugneten das Vorhandensein objektiver ökonomischer Gesetze und gin-

gen davon aus, daß der Kommunismus unmittelbar bevorstand. Mit den Versprechungen des (Gulasch-) Kommunismus und einer Lohnpolitik der Gleichmacherei verfochten sie unter Führung Chruschtschows die spontanen Interessen der unentwickelten Masse der Arbeiterschaft. Soweit das zu beurteilen ist, hatten sie die Mehrheit nicht nur in der Partei, sondern auch im ZK hinter sich. Ihre Stärke kam indes kaum zur Wirkung, weil von 1939 bis 1952 kein Parteitag stattfand (gegen das Statut), das ZK, solange Stalin lebte, jahrelang nicht zusammentrat, und die Kräfteverhältnisse im Politbüro anders aussahen.

Gegenüber der Bauernschaft trat der „linke“ Parteiflügel für die schnellstmögliche Verstaatlichung des Kolchos als Vorbedingung für den Kommunismus ein. Chruschtschow forderte 1951 in der Prawda, die bisherigen Kolchosdörfer durch den Bau einer Vielzahl von Agrostädten zu ersetzen.

Das „Parteizentrum“ bildete die dritte Richtung. Stalin als dessen Vertreter nahm in den 1952 erschienenen „Ökonomischen Problemen des Sozialismus“ zu der Schlüsselkrise Stellung. Die Schrift ließ vieles offen und hatte einige Mängel, war jedoch die einzige, die in Grundzügen ein Programm für den weiteren Aufbau des Sozialismus entwickelte.

Grundsätzlich warnte Stalin vordem subjektivistischen Glauben an die Allmacht der Sowjetordnung und verwies auf die Geltung objektiver ökonomischer Gesetze. Er stellte fest, daß im Kolchos Warenproduktion stattfand, und verlangte auf diesem Boden die Anerkennung des Wertgesetzes gegenüber der Bauernschaft. Was das im einzelnen bedeutete, erläuterte er nicht. Unübersehbar ist aber, daß die Unterwerfung unter die Gesetze der Warenproduktion die Bauern größerem Druck ausgesetzt hätte, die Produktivität weiterzuentwickeln, ohne den Kolchos zu verstaatlichen. Darüber hinaus forderte Stalin den weiteren Vorrang der Schwerindustrie. Sie sollte eine neue Generation von Agrarmaschinerie für die MTS liefern, um die Technisierung voranzutreiben. Dadurch wurde zugleich die Rolle des Staats gegenüber der Bauernschaft gestärkt. Durch höhere Steuern wollte Stalin ein größeres agrarisches Mehrprodukt abschöpfen.

Auf der anderen Seite trat er dafür ein, den Warentausch mit der Bauernschaft schrittweise durch Produktentausch zu ersetzen und das bäuerliche Kolchos- mit dem staatlichen Industrieigentum in einer noch zu diskutierenden, neuen Form zu verschmelzen. Den Kommunismus erklärte er erst für eine fernere Zukunft als realistisch.

Zunächst müßten die Produktivkräfte gewaltig anwachsen und der Produktentausch den Warentausch ablösen. Der Arbeitstag müßte auf höchstens sechs Stunden verkürzt, der Reallohn mindestens verdoppelt und die Wohnungsverhältnisse grundlegend verbessert sein. Alle Mitglieder der Gesellschaft müßten genügend freie Zeit zur allseitigen Bildung haben und umfassend polytechnisch ausgebildet sein, so daß niemand mehr lebenslang an einen einzigen Beruf gefesselt wäre. Erst „nach Erfüllung aller dieser Vorbedingungen in ihrer Gesamtheit“ könne man hoffen (!), daß die Arbeit aus einer Bürde zum „ersten Lebensbedürfnis“ geworden sei, und erst auf dieser Grundlage könne man zur kommunistischen Verteilung der Güter nach den Bedürfnissen übergehen.

Der Sieg der „Linken“

Mit seiner Politik vertrat Stalin nur eine fortgeschrittene Minderheit aus der Arbeiterklasse, am ehesten vielleicht mit den „Stachanow-Arbeitern“ und den MTS-Beschäftigten zu erfassen. Zwar war er sowohl Regierungschef als auch Generalsekretär der KP, hatte aber keine Mehrheiten für seine Politik hinter sich und mußte zwischen den Flügeln lavieren. Er trat für die Fortführung der Revolution „von oben“ ein, begründete die notwendige Stärkung des Staats allerdings nur mit der Bedrohung der Sowjetunion von außen. Als er im März 1953 starb, ging faktisch das Parteizentrum unter. Rechte und „Linke“ schlossen einen Kompromiß über die Machtverteilung, der Malenkov die Regierungsgewalt und Chruschtschow den Parteivorsitz übertrug. Dritter im Bunde war anfangs Berija, der als Innenminister auch den Staatssicherheitsdienst übernahm. Als er versuchte, die Alleinherrschaft zu erobern, bekräftigten Linke und Rechte vorübergehend ihr Bündnis, um ihn gemeinsam zurückzuschlagen, was im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953 in Ostberlin auch geschah.

Als neuer Regierungschef verkündete Malenkov gleich nach Stalins Tod den sog. „Neuen Kurs“. Die Ankaufpreise für die Agrarprodukte wurden erhöht, die Steuerschulden des Kolchos niedergeschlagen, die künftigen Steuersätze halbiert. Außerdem beschloß die Regierung den künftigen Vorrang der Leichtindustrie vor der Schwerindustrie - im Gegensatz zum soeben (1952) verabschiedeten Fünfjahrplan.

Mithilfe ihrer Mehrheit im ZK, das nach Stalins Tod wieder regelmäßig zusammentrat, konnten die „Linken“ jedoch gleichzeitig die „Neulandaktion“ zur Erschließung ausgedehnter Bodenflächen in Sibirien und vor allem Asien (Kasachstan) durchsetzen. In den 30er Jahren war die vorangegangene Generation in den Sozialismus aufgebrochen.

In den 50er Jahren brach jetzt eine neue Generation in den Kommunismus auf, indem Hunderttausende von Angehörigen der Jugend voll Enthusiasmus in die Steppen Kasachstans zogen, um dort gigantische Staatsfarmen (Sowchosen) als Stützpunkte der kommunistischen Zukunft zu errichten. Sie sollten auf einen Schlag sowohl das Getreideproblem lösen als auch die Abhängigkeit vom Kolchos (auf dem „Altland“) beseitigen. Und so wie 25 Jahre zuvor die gleichzeitige Industrialisierung und Kollektivierung gegen den Rat der Fachleute und den Widerstand der „Rechten“ durchgeführt worden war, so schien jetzt die Neulandaktion gegen dieselben Bedenkenträger den Durchbruch zum Kommunismus einzuleiten. In Asien entstand ein neues Getreidezentrum, dessen Ernten binnen weniger Jahre die der Ukraine überflügeln und die Ernährungsfrage ein für allemal zu lösen schienen.

Auf Basis dieser Erfolge konnte der „linke“ Parteiflügel die Rechten in den kommenden Jahren schrittweise zurückdrängen, bis Chruschtschow 1958 die Regierung übernahm.

Seine erste Maßnahme als Regierungsvorsitzender war die Auflösung der MTS-Stationen und der Verkauf ihres Inventars an die Kolchosen. Sie erhielten damit die maschinellen Produktionsmittel. Vom friedlichen Weg

zum Sozialismus abgesehen, war das der Hauptgrund, weshalb alle „linken“ Kritiker - der Referent eingeschlossen - Chruschtschow als „Rechten“ betrachteten. Bei näherer Untersuchung stellt sich der Hintergrund dieses Schritts jedoch völlig anders dar.

Eine gescheiterte Kommunismuspolitik

In den 30er Jahren waren die damals bereits vorhandenen Sowchosen wegen Unwirtschaftlichkeit aufgelöst und gegen den Widerstand der Linken in Kolchosen umgewandelt worden. Mit der Auflösung der MTS-Stationen erhielten die Kolchosen jetzt erneut die Möglichkeit, zum Sowchos zu werden. Das lag im Interesse insbesondere der „armen“, unproduktiven Genossenschaften. Ihre Mitglieder bekamen als Staatsarbeiter einen festen Lohn einschließlich der Altersrente, brauchten sich nicht zu verschulden, um das MTS-Inventar zu kaufen, und durften außerdem ihr privates Nutzland (in kleinerem Umfang) behalten. Nach 2 Jahren war mehr als $\frac{1}{4}$ der Kolchosen verstaatlicht. Den Rest wollte Chruschtschow durch das Staatsmonopol an Produktion und Handel mit Agrarmaschinerie in die Knie zwingen, indem die Gerätepreise für die Kolchosen erhöht und bevorzugt die Staatsfarmen beliefert wurden. Mit über 2 Mrd. Rubel Schulden saß die verbliebene Mehrzahl der Kolchosen 1961 auch scheinbar in der Schuldenfalle.

Außerdem ging Chruschtschow gegen die private Hoflandproduktion vor. Die Viehhaltung, das Herzstück der Parzellenwirtschaft, wurde eingeschränkt oder verboten. Es schien nur eine Frage der Zeit, bis die Genossenschaftsbauern verschwunden waren.

Gleichzeitig wurde in der Industrie das Zwangsregime der Arbeit abgeschafft, die Stachanow-Bewegung eingestellt und Prämien nicht mehr individuell, sondern als Gruppenprämien vergeben.

Die Einkommen wurden durch Anhebung der unteren und mittleren Lohngruppen egalisiert, so daß die Lohnunterschiede auf ein Verhältnis von höchstens 1 : 2 zurückgingen. Was als Vorschein des Kommunismus daherkam, bedeutete in Wirklichkeit, daß die alte bäuerliche durch eine neue proletarische Gleichmacherei ersetzt wurde, lange bevor die Entwicklung des Arbeitsvermögens das erlaubt hätte. Mit dem faktischen Ende des Leistungslohns schloß auch der Anreiz ein, die eigene Arbeitskraft zu qualifizieren.

Als 1958 der Erfolg des Sputnik die Überlegenheit des Sozialismus auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik zu beweisen schien, wurde die Erstellung eines neuen Parteiprogramms für die Etappe des Aufbaus des Kommunismus beschlossen. 1961 vom 22. PT verabschiedet, verkündete es, daß in 10 Jahren die USA eingeholt und in 20 Jahren der Kommunismus erreicht sei. Es verstand sich als Programm des Sieges im „ökonomischen Wettbewerb der Systeme“ und bildete den Hintergrund für die Strategie des friedlichen Wegs zum Sozialismus.

Im selben Jahr 1961 fand jedoch ein agrarpolitischer Umbruch statt, der den Anfang vom Ende der „Linken“ bedeutete. Rechnete man sämtliche Kosten zusammen, so waren die neuen Sowchosen erheblich unproduktiver als die weiter-

bestehenden Genossenschaften. Sie wurden zu Kostgängern des Staats. Auf der anderen Seite waren die bessergestellten Kolchosen nicht so schnell bereit, ihre selbständige Stellung aufzugeben. Sie verfügten entweder über genug Ersparnisse oder nahmen höhere Schulden auf oder stellten den Kauf neuer Agrarmaschinerie zurück - mit der Folge, daß bis zur Hälfte weniger Landwirtschaftsgeräte wie Mähdrescher, LKWs etc. hergestellt wurden. Das praktische Ergebnis des Vorgehens der Linken war also eine Produktionskrise in der Industrie, die zugleich einen Rückgang der Produktivkraftentwicklung in der Landwirtschaft bedeutete.

Die Belastungen des Staatshaushalts wurden in kürzester Zeit so groß, daß sich noch vor dem 22. Parteitag eine neue Mehrheit in der Parteispitze gegen die Fortsetzung dieser Agrarpolitik bildete. Während so der allgemeine Teil des neuen Programms den bevorstehenden Triumph des Kommunismus verkündete, nannte der Agrarteil den Kolchos noch vordem Sowchos und bezeichnete ihn als unveräußerlichen Teil der sozialistischen Ordnung. Damit war die „linke“ Politik dem Wesen der Sache nach bereits 1961 an der Agrarfrage gescheitert, obwohl Chruschtschow noch drei Jahre im Amt blieb.

1963 kam es im Land zu einer Mißernte, wozu u.a. die Erosionsschäden beitrugen, die die überhastete Neulandgewinnung verursacht hatte. Zum erstenmal in ihrer Geschichte mußte die UdSSR große Mengen Getreide einführen, um eine Hungersnot zu verhindern. Chruschtschow versuchte noch, neue Gelder für die Landwirtschaft auf Kosten von Armee und Schwerindustrie freizumachen, fand dafür jedoch keinen Rückhalt mehr. Im Oktober 1964 wurde er zum Rücktritt gezwungen; an seine Stelle traten Breschnew als Partei- und Kossygin als Regierungsvorsitzender.

Die Agrarpolitik der neuen „Rechten“

Die neuen „Rechten“ nahmen einen grundlegenden Kurswechsel in der Agrarpolitik vor. Die Verstaatlichungspolitik gegenüber den Kolchosen wurde beendet und die staatlichen Investitionen von der Industrie in die Landwirtschaft umgelenkt. In den nächsten drei Planjahrfünfteln wurden ca. 370 Mrd. Rubel für die Landwirtschaft aufgewendet, mehr als das Vierfache des Betrags aus dem vorherigen Zeitraum. Die Steuerschulden des Kolchos wurden erlassen, später neu auflaufende Schulden ebenfalls. Die Arbeitstagsnorm wurde abgeschafft, ein vom Staat garantierter Mindestlohn und eine staatliche Rente für alle Genossenschaftsmitglieder eingeführt. Die staatlichen Aufkaufpreise für die Agrarprodukte wurden mehrfach erhöht, die private Hoflandproduktion umfassend gefördert und ihr Schutz sogar in die Verfassung aufgenommen. 1966 wurde der Kolchosbauernschaft erlaubt, sich landesweit zusammenzuschließen. Sie konnte ihre Stärke ab jetzt in organisierter Form zur Geltung bringen konnten - wovor Stalin immer gewarnt hatte.

Die neue Agrarpolitik realisierte die für die Gesellschaft schlechteste aller denkbaren Alternativen. Die Bauern behielten ihre Stellung als selbständige Produzenten, jetzt sogar verknüpft mit dem Besitz eigener Produktionsmittel, ohne den Gesetzen der Warenproduktion unterworfen zu

werden. Für Selbständige waren es ideale Verhältnisse: der Staat garantierte den Absatz ihrer Produkte, gewährte ihnen eine umfassende Versorgung- und schützte sie vor den Wirkungen des Wertgesetzes.

Gleichzeitig wurden umfangreiche Bodenverbesserungsarbeiten durchgeführt und die Herstellung von Düngemitteln vervielfacht. Die Pro-Ha-Erträge stiegen auch an, hielten aber dauerhaft nicht Schritt mit dem Wachstum der Bevölkerung und ihrer Bedürfnisse. Nach (sowjetischen) Zahlen kam die bäuerliche Produktivität nicht über 20-25% des nordamerikanischen Niveaus hinaus. Die Folge waren weiter wachsende Getreideimporte aus den kapitalistischen Ländern.

Währenddessen blieben alle Versuche, in der Industrie durch ökonomische Reformen unter der Parole der „materiellen Interessiertheit“ wieder zu einer Leistungslohnpolitik überzugehen, im Sande stecken. Gegen die Beschäftigten und die Mehrheiten in der Partei waren sie offenkundig nicht durchzusetzen.

Am Beispiel der Lebensmittel, wo ihre Interessen unmittelbar aufeinandertrafen, zeigt sich das Verhältnis zwischen Arbeitern und Bauern klassisch. Von der Chruschtschow-Zeit abgesehen, stiegen die staatlichen Ankaufpreise für Agrarerzeugnisse seit Stalins Tod kontinuierlich an. Währenddessen blieben die Endverkaufspreise in den staatlichen Lebensmittel laden unverändert. Auf diese Weise öffnete sich eine Schere, die immer weiter auseinanderklaffte. Bereits 1966 kostete Rindfleisch, das im Laden für 100 Rubel verkauft wurde, den Staat mehr als 150 Rubel. Bei Brot und Getreide fand dieselbe Entwicklung statt, und die Unterschiede wurden nach weiteren Erhöhungen der Ankaufpreise immer größer. Allen war die Irrationalität dieses Zustands bekannt, aber niemand konnte ihn ändern. Eine Senkung der Ankaufpreise hätte einen Aufstand der Bauernschaft hervorgerufen und eine Erhöhung der Verkaufspreise einen Aufstand der Arbeiterschaft; das machte Polen 1970 und 1976 vor. Die Staatsmacht war im Verhältnis zu beiden Klassen hilflos, sie stand Proletariat und Bauernschaft ebenso willfährig wie ohnmächtig gegenüber.

1981 mußte die Lösung des Getreideproblems erneut zur Hauptaufgabe der Wirtschaftspläne für das kommende Jahrzehnt erklärt werden, und 1985 wurde Gorbatschow aus diesem Grunde Parteivorsitzender. Die marktwirtschaftlichen Reformen, zu denen er durch den sich beschleunigenden Niedergang genötigt wurde, begleiteten den Zerfall der Sowjetunion.

Fehlerhafte Erklärungen

Alle Theorien vom „Revisionismus“ oder „modernen Revisionismus“, die den Niedergang der Sowjetunion durch die Warenproduktion, den Kapitalismus oder eine „bürgerliche Konterrevolution“ erklären wollen, gehen in die Irre. Bürgerliche Produktionsverhältnisse konnten sich unter den sowjetischen Bedingungen nicht entfalten. Die Arbeitskraft wurde zu keinem Zeitpunkt eine Ware, und selbst die einfache Warenproduktion auf dem Land war gehemmt, weil die staatliche Agrarpolitik darin bestand, die Bauern vor den Wirkungen des Wertgesetzes zu schützen. Die bestehenden Produktionsverhältnisse wurden zersetzt, ohne

daß sich neue herausbildeten. Der Niedergang erklärt sich vielmehr aus dem besonderen Charakter von Proletariat und Bauernschaft sowie aus ihrem Verhältnis zueinander, das sich im Gefolge der Schlüsselkrise der 50er Jahre herausbildete.

Stalin verfolgte die Interessen der Gesamtbewegung, jenseits der Tagesinteressen der Massen. Er konnte sich mit seiner Politik innerhalb des Proletariats nur auf eine fortgeschrittene Minderheit stützen. Darum war das von ihm geführte Parteizentrum isoliert und konnte die „Entstalinisierung“ nach seinem Tod so reibungslos erfolgen.

Chruschtschow dagegen verfocht die spontanen Interessen der unentwickelten Masse des Proletariats und betrieb von diesem Boden aus das Bündnis mit dem „armen“ Teil der Kolchosbauernschaft, um diese zu spalten.

Die Politik der „Linken“ lief unter Mißachtung der objektiven Bedingungen auf einen *Verteilungskommunismus* hinaus, der nicht auf entfaltenen gesellschaftlichen Produktivkräften beruhte, sondern im Gegenteil die Voraussetzungen für ihre Fortentwicklung beseitigte. Als Chruschtschow abdankte, hatte auch der Staat seine Selbständigkeit eingebüßt. Damit war die Fortführung der „Revolution von oben“ abgeschnitten und die einzige Chance, den Aufbau des Sozialismus voranzutreiben, vertan. Ohne es zu wollen, war die Stellung der Bauernschaft unangreifbar und die Agrarfrage unlösbar geworden. Dort wo der Vorstoß zum Kommunismus jenseits der ideologischen Bekenntnisse und der Gleichmacherei real stattfand, nämlich bei der Neulandaktion, stützte er sich nicht auf die Arbeiterklasse, sondern auf die Jugend. Und mit deren Aufbruch scheiterte auch der historisch erste Anlauf zum Sozialismus, wenngleich es noch Jahrzehnte bis zum Ende der Sowjetunion dauerte.

(Eine ausführliche Darstellung der Schlüsselkrise der 50er Jahre erscheint demnächst)

Wir dokumentieren im folgenden eine schriftliche Antwort Peter Urbans auf das vorstehende Referat Heiner Karuscheits

Peter Urban:

Antwort auf die Ausführungen Heiner Karuscheits

"Die Intelligenz stellte eine unselbständige Zwischenschicht dar und wird hier nicht behandelt." Mit diesem dünnen Satz umschifft Karuscheit einen bedeutenden Teil der zu behandelnden Probleme. Es bleibt nur das Verhältnis von Arbeiterklasse und Bauernschaft.

Es war bereits keine adäquate Behandlung der Klassenstruktur der sowjetischen Gesellschaft, wenn die sowjetischen Theoretiker (darunter auch Stalin) die Klassenanalyse auf "Arbeiterklasse, Bauernschaft und Intelligenz" reduzierten, denn mit dem Begriff "Sowjetintelligenz" war auch das gesamte leitende Personal in Partei, Staat und Wirtschaft erfaßt, Schichten also, die **jeweils eine ganz spezifische Stellung zu den Produktionsmitteln hatten**. Die komplexe und widerspruchsvolle klassenmäßige Stellung dieser Schichten wäre zu untersuchen:

- 1.) um herauszuarbeiten, wie sich diese Stellung nach und nach hätte verändern müssen, um zum Kommunismus voranzuschreiten, inwieweit es sich um der alten Gesellschaft entnommene Arbeitsteilungen handelte und wie diese im Prozeß des Absterbens aller Klassenunterschiede nach und nach hätten verändert und aufgehoben werden müssen;
- 2.) um herauszuarbeiten, wie sich - indem vorgenannter Prozeß scheiterte - aus diesen Schichten eine neue Ausbeuterklasse entwickeln konnte, die die Arbeiterklasse von der Macht verdrängte.

Diese Analyse ist unmöglich, wenn all diese Menschen zusammen mit anderen, die spezielle wissenschaftliche Fertigkeiten erlernt haben, undifferenziert unter die Kategorie "Intelligenz" gefaßt werden, womit dann im übrigen auch unterstellt wird, daß diese "Intelligenz" ohnehin keine andere Wahl gehabt habe, als der herrschenden Klasse, dem Proletariat, zu dienen. Ganz in diesem Sinne unterstellt Karuscheit ohne jegliche Analyse, es habe sich um eine "unselbständige Zwischenschicht" gehandelt, zum einen also offenbar um eine einheitliche Schicht zum andern um eine solche, die unter keinen Umständen eine selbständige Rolle habe spielen können, also bis zum Untergang der Sowjetunion tatsächlich auch keine gespielt habe. Damit ist dann glücklich vorausgesetzt, was Karuscheit beweisen müßte, daß nämlich alles nur um die Bestimmung des Verhältnisses von Proletariat und Bauernschaft gehe. Die Unterschiede von Leitenden und Ausführenden sind durch die schlechte Abstraktion "Intelligenz" verwischt und auf den Unterschied von Kopf- und Handarbeit reduziert (was in Wirklichkeit bei weitem nicht dasselbe ist, aber noch nicht einmal der letztere Unterschied wird von Karuscheit untersucht), die Hierarchien innerhalb des staatli-

chen Leitungsapparats wie auch die Stellung der Betriebsleiter sind glücklich dem Blick entzogen.

Karuscheit bleibt dann nur noch die Aufgabe zu konstruieren, wie die Kämpfe innerhalb der Parteiführung den Gegensatz von Arbeiterklasse und Bauernschaft widerspiegeln. Diese Konstruktion ist für ihn ein Leichtes, da er sich um solche Tatsachen, die ihm nicht passen, wenig kümmert bzw. da, wo er es tut, sie zurechtbiegt. Chruschtschows Liquidierung der staatlichen Maschinen- und Traktorenstationen war in Wirklichkeit "linksradikal", da er damit - man höre und staune! - die Kolchosen wirtschaftlich ruinieren und die Voraussetzung für die Verstaatlichung der Landwirtschaft schaffen wollte, was aber den objektiven Gegebenheiten nicht entsprochen habe. Daß die staatlichen Maschinen und Traktoren großteils zu Schrottpreisen an die Kolchosen verhökert wurden, die Kolchosen sich also zu Lasten des Staates zunächst einmal enorm bereichern konnten, kümmert Karuscheit nicht und bedarf für ihn nicht der Erwähnung.

Was ist beispielsweise mit der Tatsache, daß bereits 1953 das sowjetische Handelsministerium in ein Ministerium für Innen- und eines für Außenhandel aufgeteilt wurde, um zum Ausdruck zu bringen, daß der Warenzirkulation künftig größere Bedeutung zukommen sollte? Spricht das dafür, daß der "Heißsporn" Chruschtschow den Übergang zum Kommunismus gar nicht abwarten konnte? Karuscheit mag einwenden, das sei das Wirken des Rechten Malenkow gewesen. Wie kam es aber dann, daß Chruschtschows engster Parteigänger Mikojan eben das neue Ministerium für Innenhandel übernahm? Tat er das etwa, um den Innenhandel möglichst schnell zu ruinieren, damit man infolge des Niedergangs der Warenzirkulation schnell zum unmittelbaren Produktentausch und damit zum Kommunismus gelangen konnte?

Wie kommt es, daß Mikojan den Import von Nahrungsmitteln und Konsumgütern aus dem Ausland vorschlug, was eine Schwächung der Wirtschaftsplanung und eine höhere Abhängigkeit von den Kräften des kapitalistischen Weltmarktes bedeutete? Deutet dies auf den brennenden Wunsch hin, schleunigst zum Kommunismus zu gelangen?

Wie kommt es, daß Chruschtschow im Frühjahr 1954 - unter Berufung auf real vorhandene Mängel - einem Abbau des Zentralismus das Wort redete, was ohne gleichzeitige Stärkung der Stellung der Arbeiterklasse bei der Leitung der Produktion die Stellung der Betriebsleiter stärken mußte? Hätte ein Ultralinker nicht eher dazu geneigt, die zentralistischen Strukturen weiter zu stärken? Und Chruschtschows Annäherung an Tito in dieser Periode, die wohl weniger auf persönlicher Sympathie beruhte, als auf der Sympathie für die sogenannte Selbstverwaltung: war das ultralinks? Welche Interessen vertrat Chruschtschow bei alledem? Entsprangen diese Handlungen aus dem an sich berechtigten Wunsch, die Interessen des Proletariats gegenüber der Bauernschaft zu vertreten, wobei Chruschtschow leider die realen Kräfteverhältnisse nicht berücksichtigte?

Nach Karuscheits Logik müßte es so sein, doch die Absurdität einer solchen Annahme liegt auf der Hand.

Karuscheit zufolge verfocht Chruschtschow "die spontanen Interessen der unentwickelten Masse des Proletariats". Ließ er sich deshalb 13 neue luxuriöse Wohnbauten hinstellen, darunter auf der Krim einen Palast, für dessen Befestigung am Meeresufer allein 8 Millionen Rubel ausgegeben wurden? Wurde deshalb unter seiner Ägide ein Regime errichtet, über dessen Spitzen man spottete, sie würden bereits im Kommunismus leben: jeder nach seinen Bedürfnissen? Etablierten sich deshalb unter Chruschtschow Verhältnisse, unter denen führende "Kommunisten" alles machen konnten, was sie wollten, ohne zur Rechenschaft gezogen zu werden? Doch Karuscheit interessiert das alles nicht, da das nichts mit der Bauernschaft zu tun hat.

"Stalin", so Karuscheit, "verfolgte die Interessen der Gesamtbewegung, jenseits der Tagesinteressen der Massen. "Mit Verlaub: Stalin war Marxist-Leninist, und als solcher war er bestrebt, die Tagesinteressen der werktätigen Massen mit den langfristigen Interessen der Gesamtbewegung zu verbinden. Strebt man eine solche Verbindung nicht an, so muß man zwangsläufig scheitern, weil Interessen einer Gesamtbewegung jenseits jeglicher Tagesinteressen eine blutleere Abstraktion sind, die keinerlei materielle Kraft darstellt. Laut Karuscheit habe sich Stalin aber immerhin auf "eine fortgeschrittene Minderheit" gestützt. Er sagt leider nicht, wie die Verbindung zwischen deren Interessen und dem "Interesse der Gesamtbewegung" aussah: Waren die Tagesinteressen dieser fortgeschrittenen Minderheit ohne weiteres identisch mit dem Interesse der Gesamtbewegung, oder war diese Minderheit so "fortgeschritten", daß ihre Glieder keine Subjekte mehr waren und keine eigenen Tagesinteressen hatten, sondern nur noch "die Geschichte vollstrecken" wollten?

Zu solchen Absurditäten gelangt man, wenn man außer acht läßt, daß eine kommunistische Entwicklung innerhalb einer sozialistischen Gesellschaft nur erfolgen kann, wenn Subjekte aufgrund ihrer realen Interessen entsprechend in Aktion treten. Im Gegensatz zu Karuscheit wußte Stalin das. So wies Stalin in den Ökonomischen Problemen auf die Notwendigkeit hin, "ein kulturelles Wachstum der Gesellschaft zu erreichen, das allen Mitgliedern der Gesellschaft eine allseitige Entwicklung ihrer körperlichen und geistigen Fähigkeiten gewährleistet, damit die Mitglieder der Gesellschaft die Möglichkeit erhalten, ausreichende Bildung zu erwerben, um aktiv an der gesellschaftlichen Entwicklung mitzuwirken (...)." Er trat also für eine Umgestaltung der Verhältnisse ein, die gewährleisten sollte, daß alle die Möglichkeit hatten, an der Leitung mitzuwirken. Nach Interessenvertretung für eine kleine Minderheit sieht das nicht aus.

Und Stalin war sich auch darüber im klaren, daß ganz handfeste materielle Veränderungen Minimalvoraussetzung für eine solche Entwicklung waren: "Dazu ist es vor allem notwendig, den Arbeitstag mindestens bis auf sechs und später bis auf fünf Stunden zu verkürzen. Das ist notwendig, damit die Mitglieder der Gesellschaft genügend freie Zeit erhalten, um eine allseitige Bildung zu erwerben. Dazu ist es ferner notwendig, den allgemeinen obligatorischen polytechnischen Unterricht einzuführen, damit die Mitglieder der Gesellschaft die Möglichkeit erhalten, ihren Beruf frei zu wählen, und nicht Zeit ihres Lebens an irgendeinen Beruf

gefesselt sind. Dazu ist es weiter notwendig, die Wohnungsverhältnisse grundlegend zu verbessern und den Reallohn der Arbeiter und Angestellten mindestens um das Doppelte, wenn nicht mehr, zu erhöhen, sowohl durch direkte Erhöhung des Geldlohnes als auch besonders durch eine weitere systematische Senkung der Preise für Massenbedarfsgüter." (SW 15, S. 359 f.)

Interessenvertretung für eine kleine Minderheit? Jenseits der Tagesinteressen der Massen?

Konstruiert man ein abstraktes Gesamtinteresse, das mit materiell gegebenen Interessen nichts mehr zu tun hat, so ist es naheliegend, eine Kraft außerhalb der Gesellschaft zu suchen, die die gesellschaftliche Entwicklung vorantreiben soll. Diese Kraft ist bei Karuscheit der Staat. Karuscheit bedauert, daß der sowjetische Staat diese ihm eigentlich zukommende Rolle ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr gespielt habe: "Die Staatsmacht war im Verhältnis zu beiden Klassen hilflos, sie stand Proletariat und Bauernschaft ebenso willfährig wie ohnmächtig gegenüber."

Der Staat hätte Karuscheit zufolge eine gegenüber den beiden einzigen relevanten Klassenkräften (andere kennt Karuscheit ja nicht) eigenständige Rolle spielen müssen. Die real vorhandenen Klassenkräfte erscheinen bei Karuscheit als dumpfe, beharrende, die Entwicklung bremsende Kräfte, und der Staat hätte ihnen seinen Willen aufzwingen und die Geschichte vorantreiben sollen. Die ganze Misere liegt für Karuscheit darin, daß der Staat dies nicht tat.

Und warum tat er es nicht? Im Vorfeld des Seminars hatte Karuscheit uns einen Vorabdruck seiner neuen Arbeit "Über das Scheitern des Kommunismus in der Sowjetunion" zugeschickt, in der es heißt: "Als Chruschtschow abdankte, war der Staat in die Gesellschaft zurückgeholt." Zuvor war der Staat nach Karuscheit offenbar eine über die Gesellschaft erhabene Macht, die die Gesellschaft von außen vorantreiben konnte. Diesen Charakter büßte sie mit Chruschtschows Sturz ein, und schuld daran sind nach Karuscheit Chruschtschows linksradikale Fehler, die bewirkten, daß Chruschtschow von dieser über der Gesellschaft schwebenden Macht einen nicht sachgemäßen Gebrauch machte.

Zurück zu Hegel? Der Staat als Wirklichkeit der sittlichen Idee?

Nachstehend dokumentieren wir in Auszügen zwei Redebeiträge Peter Urbans auf dem Seminar.

Aus einem Redebeitrag von Peter Urban:

Zum Verhältnis von Wertgesetz und Gesetz der Ökonomie der Zeit

Das Wertgesetz ist das Gesetz der Warenproduktion. Warenproduktion ist gesellschaftliche Produktion, da der Produzent nicht für eigene Bedürfnisse produziert, aber nicht unmittelbar gesellschaftliche Produktion, sondern Privatarbeit. Erst später, erst auf dem Markt stellt sich heraus, ob die Gesellschaft die Produktion anerkennt. Dies ist dann der Fall, wenn der Produzent im Austausch einen Wert erhält, der der Arbeitszeit entspricht, die er auf seine Produktion verwandt hat.

Das Wertgesetz bewirkt, daß dauerhaft keine Produkte hergestellt werden, nach denen keine zahlungsfähige Nachfrage besteht. Das Wertgesetz bewirkt ferner, daß dauerhaft keine Arbeit verrichtet wird, deren Produktivität geringer ist als im gesellschaftlichen Mittel. Das hat natürlich positive Aspekte. Aber wie geschieht das? Es geschieht vermittelt durch Ruinierung von Produzenten, mittels Vernichtung von Produktions- und Konsumtionsmitteln. Das Wertgesetz wirkt hinter dem Rücken der Produzenten und mittels fürchterlicher Krisen und Katastrophen. Gerade heute wirkt das Wertgesetz oftmals so, daß zuerst riesige Kapazitäten aufgebaut werden, die dann vernichtet werden.

Im Kommunismus und - wenn auch noch mit Einschränkungen, erst bis zu einem gewissen Maße - im Sozialismus ist das Wertgesetz durch das Gesetz der Ökonomie der Zeit ersetzt. Wie wirkt das Gesetz der Ökonomie der Zeit?

Die Gesellschaft hat Interesse daran, daß keine Arbeitskraft vergeudet wird. Daher vergleicht die Gesellschaft die einzelbetrieblich für ein bestimmtes Produkt aufgewandte Arbeitszeit mit der im gesellschaftlichen Mittel aufgewandten Arbeitszeit. Man weiß zum Beispiel, daß im gesellschaftlichen Mittel soundsoviel Arbeitsstunden erforderlich sind, um soundsoviel Tonnen Weizen zu produzieren. Man stellt dann fest, wieviel Arbeitsstunden in einem bestimmten Einzelbetrieb erforderlich sind. Hier tut die Gesellschaft bewußt das, was bei Wirkungsweise des Wertgesetzes spontan, elementar geschieht. Bei Wirkungsweise des Wertgesetzes besteht die Folge darin, daß die weniger produktive Produktion ohne Wenn und Aber liquidiert wird. Die bewußt agierende Gesellschaft aber verfährt anders. Sie wird zunächst ermitteln, woran die geringere Produktivität liegt. Im Kommunismus ist das möglich, weil keinerlei klassenmäßige Interessen mehr darauf gerichtet sind, diese Ursachen zu vertuschen. Die Ursachen für niedrigere Produktivität können z.B. darin liegen, daß rückständigere Produk-

tionstechniken angewandt werden als im gesellschaftlichen Mittel. Die Konsequenz wird dann darin liegen, diese Techniken durch fortgeschrittenere zu ersetzen. Die Ursache kann aber z.B. auch in schlechteren natürlichen Produktionsbedingungen liegen. Bleiben wir beim Beispiel Weizen, so kann die Ursache z.B. in schlechterem Boden liegen. Die Gesellschaft hat dann bei Wirkung des Gesetzes der Ökonomie der Zeit die bewußte Wahl. Sie kann sich entscheiden, diese Produktion an dieser Stelle einzustellen. Oder sie kann sich entscheiden, die Produktion fortzuführen und die niedrigere Produktivität in Kauf zu nehmen, weil nur so die von der Gesellschaft gewünschte Menge des betreffenden Produkts hergestellt werden kann. Die Gesellschaft kann sich sogar entscheiden, in anderen Betrieben die Techniken des weniger produktiven Betriebs anzuwenden und damit die Produktivität zu senken, z.B. deshalb, weil diese Techniken für die Produzenten angenehmer sind oder weil natürliche Ressourcen geschont werden, weil z.B. der Boden damit dauerhaft geschont wird. Dies ist dann nur möglich, weil das Wertgesetz nicht mehr wirkt, weil es durch die Wirkung des Gesetzes der Ökonomie der Zeit ersetzt ist.

In der Stalinschen Sowjetunion arbeiteten die Betriebe der Schwerindustrie oftmals mit Verlust, wurden also von der Gesellschaft subventioniert. Doch der gesamtgesellschaftliche Nutzen dieser Betriebe wog schwerer als diese Verluste. Die Subventionierung dieser Betriebe war eine bewußte Durchbrechung des Wertgesetzes.

Der Sozialismus kennt bereits eine höhere Rentabilität als die kurzfristige Rentabilität des Einzelbetriebes. Im gesamtgesellschaftlichen Maßstab waren diese mit Verlusten arbeitenden Betriebe rentabel. Natürlich können Betriebe nicht uferlos subventioniert werden. Es ist klar, daß die Gesellschaft Schaden nimmt, wenn zu viele Betriebe mit Verlust arbeiten.

Im Sozialismus bestehen noch Sonderinteressen, die dem gesellschaftlichen Interesse entgegengesetzt sind. Es bestehen noch klassenmäßige Interessen, die darauf gerichtet sind, die Ursachen niedrigerer Produktivität zu vertuschen, z.B. unnötige Verluste eines Einzelbetriebs als im gesellschaftlichen Interesse liegend darzustellen. Aus diesem Grund kann das Gesetz der Ökonomie der Zeit noch nicht ohne Einschränkungen wirken. Aus diesem Grunde kann auf das Wertgesetz noch nicht vollständig verzichtet werden.

Stalin leistete in Bezug auf die Wirkung des Wertgesetzes theoretische Pionierarbeit, doch ich glaube nicht, daß er die Frage abschließend geklärt hat. Das Wertgesetz wirkt nicht nur deshalb, weil es neben dem staatlichen noch einen genossenschaftlichen Sektor gibt, es muß auch innerhalb des staatlichen Sektors wirken. Nehmen wir z.B. folgende Erscheinung: Betriebe stellen Produkte her, die unverkäuflich sind, weil sie dem Geschmack der Produzenten nicht entsprechen; die staatliche Handelsorganisation kauft diese Produkte, die dann als Ladenhüter in den Regalen liegen; die Staatsbank deckt mit Krediten die Verluste der Handelsorganisation. Dies ist eine Pervertierung der wirtschaftlichen Rechnungsführung. Es müßte doch so sein, daß der mangelnde Gebrauchswert vom Verbraucher über die Handelsorganisation zum herstellenden Betrieb durchgestellt

wird, daß der Herstellerbetrieb den mangelnden Gebrauchswert als Tauschwertkategorie zu spüren bekommt, daß er also weniger Geld erhält. Das setzt einen Mechanismus von Ware-Geld-Beziehungen und eine gewisse Entscheidungsfreiheit des Betriebs über die Produktion - natürlich innerhalb der vom Plan gezogenen Grenzen - voraus. Damit gäbe es dann einen begrenzten Bereich, innerhalb dessen das Wertgesetz durchaus regulierend auf die Produktion wirkt, denn der Herstellerbetrieb wird durch Tauschwertkategorien veranlaßt, seine Produktion zu verändern.

Freilich sind dies nur taktische Mittel, um innerhalb der noch bestehenden Klassengesellschaft der Verschwendung gesellschaftlicher Mittel Grenzen zu setzen. Die strategische Konzeption muß darauf gerichtet sein, daß alle Produzentinnen und Produzenten bewußt im gesellschaftlichen Interesse agieren, daß die Interessen der Individuen und Kollektive mit dem gesamtgesellschaftlichen Interesse weitgehend zusammenfallen, daß es jedenfalls keine auf klassenmäßigen Unterschieden beruhende Diskrepanz zwischen diesen Interessen gibt, daß die Produzentinnen und Produzenten als kollektive Eigentümerinnen agieren.

Eigentümergefühl entsteht aber nur durch Eigentümerstellung, entsteht dadurch, daß immer mehr Produzentinnen und Produzenten unmittelbar in die gesellschaftlichen Planungs- und Leitungsprozesse einbezogen werden.

Im entwickelten Kommunismus wird es nicht mehr notwendig sein, den Herstellerbetrieb derartige Mängel in Tauschwertkategorien fühlen zu lassen, denn dann gibt es andere und bessere Mittel, derartige Mängel abzustellen. Die Vorstellung, Betrieben in solchen Fällen Investitionsmittel zu entziehen (was ja auch die Gesellschaft schädigt), wird dann als barbarisches Mittel aus grauer Vorzeit angesehen werden. In der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus aber kann auf solche Mittel noch nicht völlig verzichtet werden.

Aus einem Redebeitrag von Peter Urban:

Zur Frage des eigentlich kommunistischen Keims innerhalb der sozialistischen Gesellschaft

Der Übergang zum Kommunismus ist der Übergang zu einer Gesellschaftsordnung, in der die Menschen erstmals in der Geschichte nicht von blindwirkenden Gesetzen beherrscht werden, sondern die objektiven Gesetze bewußt anwenden, um ihre subjektiven Zwecke zu verfolgen. Ein gesellschaftlicher Zustand, in dem einige "große Männer" nicht mehr blindwirkenden Gesetzen unterliegen, während die Masse der Bevölkerung nach wie vor von Umständen beherrscht wird, auf die sie selbst keinen Einfluß nehmen können, ein solcher gesellschaftlicher Zustand ist dauerhaft nicht möglich.

Die zentralstaatliche Verwaltung der bedeutendsten Produktionsmittel ist daher nicht für sich genommen fortschrittlich. Wollte man das für sich genommen bereits als Keim des Kommunismus ansehen, dann wäre auch die asiatische Produktionsweise Keim des Kommunismus. In der asiatischen Produktionsweise war nämlich aufgrund natürlicher Bedingungen Landwirtschaft nur auf der Grundlage großangelegter Bewässerungsanlagen möglich, die nur vom Staat betrieben werden konnten. Sie wurden von einer hierarchisch gegliederten Beamtenschaft verwaltet. Freilich entsprach dies dem Charakter der Produktivkräfte und war daher in sich stabil. Bei den heutigen hochentwickelten Produktivkräften ist die zentralstaatliche Verwaltung ohne Beteiligung der Produzenten an der Planung und Leitung nur noch reaktionär, reaktionärer als die bürgerliche Ordnung. Die zentralstaatliche Verwaltung der Produktionsmittel enthält nur dann den Keim des Kommunismus, wenn sie als Mittel genutzt wird, um immer mehr Arbeiterinnen und Arbeiter in die Planung und Leitung hineinzuziehen.

Dies ist ein Prozeß innerhalb der sozialistischen Gesellschaft. Es hängt von der jeweiligen Situation ab, in welchem Ausmaß dabei Fortschritte gemacht werden können. In einer bestimmten Situation verlangte Lenin diktatorische Vollmachten der Betriebsleiter. Solche Situationen kann es immer mal geben. Strategisch müssen kommunistische Verhältnisse angestrebt werden, doch es ist nichts gewonnen, wenn man Experimente macht, bei denen Wirtschaft und Gesellschaft zusammenbrechen. Andererseits müssen Kommunistinnen und Kommunisten bestrebt sein, immer alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um überkommene Arbeitsteilungen der alten Gesellschaft so weit wie möglich zu untergraben. Der ideale kommunistische Leiter, die ideale kommunistische Leiterin leitet also - soweit erforderlich - durchaus auch in schroffen und administrativen Formen, arbeitet aber andererseits stets darauf hin, seine bzw. ihre

eigenen Entscheidungskompetenzen zu untergraben, indem andere in die leitenden Funktionen einbezogen werden. Das Ziel ist der Kommunismus, in dem es keine Unterschiede zwischen Führern und Geführten gibt, in dem es keine Berufspolitiker mehr gibt, in dem es zwar noch zentrale und dezentrale Funktionen gibt, aber niemand sein Leben lang zentrale Funktionen wahrnimmt und die Gesellschaft jedem in gleicher Weise die Möglichkeit gibt, auf gesellschaftliche Entscheidungen Einfluß zu nehmen.

Das erfordert einen langwierigen Übergang, innerhalb dessen gerade die leitenden Personen erheblichen Zerreißproben ausgesetzt sind. Denn es ist gar nicht so leicht, einerseits die Entscheidungskompetenzen in erforderlichem Maße auszuüben, sie andererseits strategisch zu untergraben. Man kann sich dabei leicht in die eigene Tasche lügen, man selbst könne es ja immer noch am besten und könne deshalb keine anderen ranlassen. Das mag häufig sogar stimmen, denn andere hatten vielfach noch gar nicht die Gelegenheit, entsprechende Erfahrungen zu sammeln. Die Menschen bilden ihre Fähigkeiten in der Praxis heraus, verändern sich in der Praxis, und das können sie nicht, wenn sie keine Gelegenheit dazu erhalten, weil die erfahrenen Kader darauf pochen, sie könnten die betreffenden Tätigkeiten am besten verrichten (was zum gegebenen Zustand sogar stimmen mag, weil andere noch nicht die Chance hatten, es zu lernen!), und so ihre Entscheidungskompetenzen verewigen. Geschieht dies im gesamtgesellschaftlichen Maßstab flächendeckend, so ist die kommunistische Bewegung zur Aufhebung aller Klassenunterschiede beseitigt, und mit seinem kommunistischen Keim ist dann auch der Sozialismus beseitigt, denn Sozialismus ist die Übergangsgesellschaft zum Kommunismus.

Das bürgerliche Privateigentum, die Gesetze der Warenproduktion und Kapitalverwertung sind dann zwar noch nicht wiederhergestellt, doch die Produktion ist dann nicht mehr im sozialistischen Sinne gesellschaftliche Produktion. Denn allein die staatliche Form ist - wie schon gesagt - noch keine Vergesellschaftung. Sie ist nur dann Beginn der Vergesellschaftung, wenn sie als Mittel dazu dient, die warenproduzierenden Verhältnisse zu zerschlagen, um immer mehr Produzenten in die gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

In den revisionistischen Ländern aber benutzten die Herrschenden die Macht, um die Arbeiterklasse von den Entscheidungsprozessen fernzuhalten, um alle Entscheidungskompetenzen für immer in ihren Händen bzw. in den Händen ihrer Nachfolger zu monopolisieren. Doch ein solches hierarchisches Kommando über die Gesellschaft entspricht nicht den entwickelten Produktivkräften, so daß diese Gesellschaftsordnung weggefegt wurde. Die Herrschenden einer solchen Ordnung mögen sich eine Zeitlang einbilden, sie selbst würden nicht mehr von blindwirkenden Gesetzen beherrscht, faktisch werden auch sie aber immer mehr zum Spielball der Verhältnisse.

Die subjektive Kraft, die eine solche Entwicklung verhindern und den Weg zum Kommunismus bahnen kann, ist im Sozialismus vor allem die Arbeiterklasse. Doch auch hier geht die Entwicklung nicht spontan, auch hier braucht die Arbeiterklasse dazu ihre Vorhutpartei. Doch diese Vorhutpartei steht nicht

außerhalb des Ensembles der Verhältnisse, auch sie ist den positiven und negativen Wirkungen dieses Ensembles unterworfen.

Bereits im Kapitalismus zeigen sich in der kommunistischen Partei im Mikrokosmos die unterschiedlichen sozialökonomischen Triebkräfte einer sozialistischen Gesellschaft.

Liberalismus und Bürokratismus sind altbekannte Begriffe der kommunistischen Bewegung, doch hier finden wir die sozialökonomischen Wurzeln der betreffenden Erscheinungen. Jedes Individuum einer warenproduzierenden Gesellschaft ist gezwungen, sich um seinen eigenen Kram zu kümmern, und so entstehen starke individuelle Interessen, die auch innerhalb einer kommunistischen Partei nicht kraft kommunistischen Bewußtseins unter den Tisch fallen - man lebt schließlich nicht im Kommunismus. Sie dürfen aber nicht so stark in Erscheinung treten, daß sie die Interessen der Gesamtbewegung des Proletariats durchkreuzen. Das kommunistische Bewußtsein jedoch ist für sich genommen noch nicht stark genug, um das zu verhindern, es bedarf dazu der Krücken gewisser formaler Normen, auch einer gewissen formalen Disziplin. Wird die formale Disziplin aber zu stark, so kommt es zu Bürokratismus, beispielsweise dazu, daß Leitungen durch zu viele formale Beschlüsse, durch zu starkes administratives Eingreifen die Initiative und Selbsttätigkeit der Basis ersticken. Wird aber im blinden Vertrauen auf diese Selbsttätigkeit zu wenig von administrativen Mitteln Gebrauch gemacht, so kommt es zum Liberalismus.

Indem Maße wie jeweils möglich, muß alles getan werden, um kommunistische Selbsttätigkeit und kommunistisches Bewußtsein der Kollektive und Mitglieder zur Entfaltung kommen zu lassen.

Dazu müssen die Arbeitsteilungen der alten Gesellschaft - die man bis zu einem gewissen Grad freilich noch braucht - so weit wie möglich eingeschränkt werden. Dies betrifft nicht nur Arbeitsteilungen zwischen leitenden und ausführenden Funktionen, sondern auch spezielle Tätigkeiten, die eben nach Möglichkeit nicht immer und immer wieder allein von den gleichen Spezialisten verrichtet werden sollen.

Dr. Kurt Gossweiler schickte uns das Manuskript eines Referats, das er auf der "Inhaltskonferenz der Linken", zweite Veranstaltung am 24./25.1.1998 in Köln gehalten hat, mit der Erlaubnis, es ganz oder auszugsweise zu veröffentlichen. Wir dokumentieren im folgenden den Teil, in dem er sich mit den im Buch "Wann und warum der Sozialismus in der Sowjetunion scheiterte" vertretenen Auffassungen auseinandersetzt.

Wer die gesamte Rede des Genossen Gossweiler erhalten will, kann das Manuskript zu einem Unkostenbeitrag von DM 6,- für Kopie und Versendung bestellen bei: Literaturvertrieb, Zeitungsverlag RM, Postfach 1942,61289 Bad Homburg v.d.H.

Dr. Kurt Gossweiler:

**Auszug aus "Der Revisionismus - der
'Weichmacher' des Imperialismus in dessen
Kampf gegen den Sozialismus" - Referat auf
der zweiten Veranstaltung der
"Inhaltskonferenz der Linken", Köln, 24./
25.1.1998 (...)**

Anders gehen die Genossen der KPD - Gruppe "Roter Morgen" an diese Frage heran. Den Auffassungen der Partei der Arbeit Albaniens folgend, die nach ihrer Ansicht als einzige Partei von Anfang an einen konsequenten Kampf gegen den Revisionismus in der kommunistischen Bewegung geführt hat, hat die Sowjetunion und haben die europäischen sozialistischen Staaten - außer Albanien -1956 durch den und im Gefolge des XX. Parteitages der KPdSU aufgehört, sozialistische Staaten zu sein.

In ihrem Buch: "Wann und warum der Sozialismus in der Sowjetunion scheiterte" sagen sie, auch das Scheitern des Sozialismus in der Sowjetunion sei das Ergebnis des Klassenkampfes. Soweit, so gut. Fragwürdig jedoch sind die weiteren Ausführungen. In der Sowjetunion sei eine neue Ausbeuterklasse herangewachsen, und die habe nach Stalins Tod mit dem XX. Parteitag die Macht an sich gerissen und eine neue Ausbeutergesellschaft errichtet. Diese neue Ausbeuterklasse setze sich aus zwei konkurrierenden Gruppierungen zusammen - zum einen die der Staats- und Parteibürokratie, zum anderen die der Betriebsdirektoren. Die Entstehung dieser Klasse im Schoße der sozialistischen Gesellschaft ergebe sich aus dem Charakter des Sozialismus als einer Übergangsgesellschaft, die noch mit Muttermalen der alten kapitalistischen Gesellschaft behaftet sei, z.B. mit der Arbeitsteilung in leitende und ausführende Funktionen. Der sowjetischen Arbeiterklasse und ihrer Partei habe eine Theorie gefehlt, welche die in

den sozialistischen Produktionsverhältnissen selbst wurzelnden klassenmäßigen Unterschiede wissenschaftlich analysiert.

Daher erkläre sich auch die irrige Auffassung Stalins, daß es in der Sowjetunion keine überlebten Klassen gebe, die einen Widerstand organisieren könnten. (Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, SW 15, S. 342)

Der Hinweis auf eine noch ausstehende gründliche Analyse der Widersprüche in der sozialistischen Gesellschaft - sowohl der untergegangenen als auch der bestehenden - ist berechtigt und nützlich.

Insgesamt aber krankt der Erklärungsversuch der Genossen vom "Roten Morgen" daran, daß an seinem Beginn das vorgefaßte Schema von der mit dem XX. Parteitag erfolgten Ablösung des Sozialismus durch eine Ausbeutergesellschaft steht, ein Schema, in das die Tatsachen gepreßt werden, soweit sie dazu taugen, während alles, was nicht passend gemacht werden kann, nicht vorkommt.

Die Schwierigkeiten, in die sie offenkundig selbst mit diesem ihrem Schema geraten sind, werden am deutlichsten in ihrer Feststellung, daß ab 1956 in der Sowjetunion eine Ausbeutergesellschaft bestehe, daß dies aber keine kapitalistische Gesellschaft sei; sie kommen nämlich nicht daran vorbei, daß der Gesellschaft in der Sowjetunion auch nach 1956 alle Wesensmerkmale einer kapitalistischen Gesellschaft fehlen. Da aber diese Gesellschaft auch keine Feudal- oder eine Sklavenhaltergesellschaft war, muß es sich um einen ganz neuartigen Typ der Ausbeutergesellschaft handeln, dessen Spezifik jedoch die Genossen des "Roten Morgen" nicht zu beschreiben vermögen.

Die andere Schwierigkeit, in die sie geraten, ergibt sich daraus, daß vor unseren Augen sich 1989/90 eine wirkliche Konterrevolution und eine tatsächliche Wiederherstellung der Ausbeutergesellschaft in der Sowjetunion und in den europäischen sozialistischen Ländern vollzogen hat mit all den Merkmalen und Umstürzen, die nun einmal untrennbar mit der Liquidierung einer sozialistischen und der Wiederkehr der Ausbeutergesellschaft verbunden sind. Und das führt natürlich zu der Frage: Wenn das, was wir 1989/90 erlebt haben, schon 1956 vor sich gegangen sein soll - warum hat dann damals alles das gefehlt, was jetzt diesen Umsturz auszeichnet, und warum ist dann überhaupt eine zweite Konterrevolution und Restauration nötig gewesen?

Unser Ausgangspunkt war die Frage, weshalb der Revisionismus in der Sowjetunion und den europäischen sozialistischen Staaten - Albanien ausgenommen - siegen konnte.

Wir sahen, daß die Antwort der Genossen vom "Roten Morgen" in eine Sackgasse führt. Die Genossen der DKP wiederum stellen nicht einmal diese Frage, weil sie ausdrücklich leugnen, daß der Revisionismus in der KPdSU über den Marxismus-Leninismus gesiegt habe.

(...)

Anmerkung des Verlags Roter Morgen:

In der Folge legt Dr. Gossweiler seine Auffassung über die Gründe des Sieges des Revisionismus dar. Wenngleich er auch innere Faktoren in Rechnung stellt, sieht er das Wesen dieser Gründe in der Einwirkung des Imperialismus auf die sozialistischen Länder, wie schon der Titel des Referats besagt, in welchem der Revisionismus als der "Weichmacher" des Imperialismus bezeichnet wird. (Vgl. hierzu auch "Leserbrief von Dr. Kurt Gossweiler vom 10.6.96", dokumentiert in "Wann und warum der Sozialismus in der Sowjetunion scheiterte", S. 188 ff.)

Peter Urban:

Antwort auf den Beitrag des Genossen Gossweiler

Zunächst zur Klarstellung: Wir haben in unserem Buch keineswegs die Auffassung vertreten, aufgrund der Ereignisse auf dem 20. Parteitag habe der Revisionismus und damit eine neue Ausbeuterklasse die Macht ergriffen. Wir haben vielmehr geschrieben: "Der 20. Parteitag war kein Machtwechsel; der Machtwechsel war bereits unmittelbar nach dem Tode Stalins erfolgt. Der 20. Parteitag war lediglich die Deklaration der Sieger, der neuen Klasse, die die Macht ergriffen hatte." (S. 128)

Genosse Gossweiler vertritt die Auffassung, wir seien mit unserer These vom Sieg des Revisionismus unter Chruschtschow gegenüber der DKP - die dies leugnet - im Recht, doch der Sieg des Revisionismus habe noch nicht zur Zerstörung des Sozialismus geführt; dieser sei erst 1989/90 zerstört worden. Genosse Gossweiler kommt damit zu der eigenartigen Konstruktion eines Sozialismus ohne Diktatur des Proletariats und ohne Führung durch eine marxistisch-leninistische Partei, zu einer Konstruktion, die eigentlich auch für ihn unannehmbar sein müßte. Wir haben bereits in unserer Antwort auf einen Brief des Genossen Gossweiler, die in unserem Sowjetunion-Buch auf S. 191 ff. abgedruckt ist, hierzu Stellung genommen und wollen das nicht wiederholen.

Genosse Gossweiler ist seinerseits der Auffassung, wir würden uns mit unserer Position in zwei unlösbare Schwierigkeiten verstricken:

Die erste Schwierigkeit beziehe sich darauf, daß wir die sowjetische Gesellschaft unter Herrschaft der Revisionisten als Ausbeutergesellschaft bezeichnen, die aber weder eine Sklavenhaltergesellschaft noch feudal noch kapitalistisch ist. Die Spezifik dieser Gesellschaft können wir aber sehr wohl beschreiben:

Sklavenhaltergesellschaft, Feudalgesellschaft und Kapitalismus sind sozialökonomische Formationen. Das bedeutet, daß sich innerhalb dieser Gesellschaftsformationen alle Glieder des Ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse gegenseitig stützen und reproduzieren (was natürlich Widersprüche nicht ausschließt, aber diese Widersprüche verhindern keineswegs eine gewisse Stabilität dieser Gesellschaftsordnungen und ihre Existenz für eine lange geschichtliche Periode).

Auch der Kommunismus ist eine sozialökonomische Formation, der Sozialismus aber ist es nicht, sondern er ist die Übergangsgesellschaft vom Kapitalismus zum Kommunismus. Er enthält Elemente sowohl der alten Gesellschaft als auch des sich entwickelnden Kommunismus, die miteinander im Kampf stehen, aber in der Erscheinung oftmals in komplexer Weise miteinander verwoben sind. Er ist nicht in dem Sinne stabil, daß er auf unbestimmte Zeit als Sozialismus existieren könnte, sondern er muß sich früher oder später nach der einen oder anderen Seite entwickeln. (Diese Kurzlebigkeit ist natürlich an historischen

Maßstäben zu messen; gemessen am Lebensalter der Menschen kann das immer noch relativ lange sein.)

Der Machtverlust des Proletariats beseitigt die kommunistische Perspektive, führt aber nicht sofort dazu, daß die kapitalistische Gesellschaft restauriert wird. Warum nicht? Weil der Sozialismus die warenproduzierenden Verhältnisse von Grund auf zerschlagen und sachliche Abhängigkeiten zunächst durch persönliche ersetzt hat. Letzteres ändert sich mit dem **Machtantritt der Revisionisten und dem Machtverlust des Proletariats** nicht sofort, da die nun herrschende Klasse ein Interesse an der Erhaltung **persönlicher Abhängigkeitsverhältnisse** hat. Doch **diese Ausbeutergesellschaft** ist ebenfalls keine sozialökonomische Formation, **sondern eine Übergangsgesellschaft**, und zwar die Übergangsgesellschaft zum Kapitalismus:

Eine Ausbeutergesellschaft auf dem gegebenen Stand der Produktivkräfte ist auf Dauer mit persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen als vorherrschendem sozialökonomischen Element unvereinbar. Sie setzt sachliche Abhängigkeitsverhältnisse voraus, also die Rückkehr zu Ware und Kapital. (Vgl. zu alledem das theoretische Organ der KPD "Weg der Partei" 1 -2/92, insbesondere S. 30 - 41. Vgl. auch den RM-Artikel zu Bahros Tod, abgedruckt in diesem Buch S. 136ff.)

In welcher Hinsicht ist die nun entstandene Gesellschaft eine Ausbeutergesellschaft?

Insoweit, als das von den Werktätigen geschaffene Produkt nun nicht von der Gesellschaft angeeignet wird, sondern eine neue Klasse darüber verfügt. (Vgl. zu diesem Punkt auch die Antwort auf die Ausführungen des Genossen Steigerwald.)

Damit ist auch die von Genossen Gossweiler benannte zweite Schwierigkeit gelöst: Der 1989 beginnende Umsturz läßt sich von unserer Position aus sehr leicht erklären, nämlich als Restauration des Kapitalismus. (Wenngleich diese Restauration auf gewisse Schwierigkeiten stößt: Der Fäulnisprozeß des Kapitalismus ist weltweit bereits derart vorangeschritten, daß er mit dem eroberten neuen Wirtschaftsgebiet zu großen Teilen gar nichts anfangen kann: Vielfach kann der Kapitalismus seinen "Sieg" nicht anders nutzen als zur Ruinierung vorhandener Produktivkräfte. Doch diese Frage betrifft nicht mehr die theoretische Analyse des Sozialismus und Revisionismus.)

Nachstehend dokumentieren wir einen Brief von Stefan Engel, Vorsitzender der MLPD, in dem dieser begründete, warum er an dem Seminar nicht teilnahm, sowie eine Antwort Peter Urbans. Beide Dokumente wurden bereits im Roten Morgen abgedruckt.

Brief von Stefan Engel, Vorsitzender der MLPD, an den Verlag Roter Morgen

Gelsenkirchen, den 20. Januar 1997

Ich komme wegen verschiedener dringender Aufgaben erst jetzt dazu, Euch auf die Einladung vom 18.12.1996 zu Eurem Seminar zum Buch „Wann und warum der Sozialismus in der Sowjetunion scheiterte“ zu antworten. Ein solches Seminar muß sich unserer Meinung nach daran messen lassen, ob es einen Beitrag für einen neuen Aufschwung im Kampf für den Sozialismus leistet. Nach Prüfung Eurer Einladung bin ich zu dem Schluß gekommen, daß Euer Seminar dem nicht dienlich ist, sondern dem sogar entgegensteht. Wir werden deshalb nicht daran teilnehmen.

Ich möchte dies kurz begründen:

Erstens führt schon die Fragestellung in die Irre. **Der Sozialismus ist nicht „gescheitert“** - weder in der Sowjetunion noch anderswo auf der Welt. Wer das behauptet, liefert nur den Ideologen des modernen Antikommunismus Munition. Es ist eine ganz andere Frage, Lehren zuziehen aus seiner Niederlage. Wir sind darauf ausführlich im 1995 erschienenen Buch „Der Kampf um die Denkweise in der Arbeiterbewegung“ eingegangen und sind auch mit der internationalen marxistisch-leninistischen und Arbeiterbewegung in einem ständigen Diskussionsprozeß, um weitere Schlüsse zu ziehen. Das ist dringend notwendig - wer aber von einem „Scheitern des Sozialismus“ ausgeht, dem ist ein solcher Weg von vornherein verbaut.

Wir sind **zweitens** der Auffassung, daß über diese Fragen hier und heute vordringlich eine Massendiskussion stattfinden muß, was wir mit mehreren Veranstaltungsreihen mit mehreren hundert Teilnehmern in den letzten drei Jahren organisiert haben. Euer Seminar ist allerdings von vornherein **abstrakte Theoriendebatte** angelegt, die den Vertretern der verschiedensten Spielarten des modernen Revisionismus, Neorevisionismus, Linksreformismus und Trotzismus eine Bühne bildet.

Drittens haben wir begründete Zweifel an der Ernsthaftigkeit Eurer Einladung zur gleichberechtigten Diskussion. **Die KPD/Roter Morgen veröffentlicht seit längerem im Roten Morgen ständig öffentliche und liquidatorische Angriffe auf die MLPD.** Sie verleumdet auch mich als Partei Vorsitzenden persönlich und ich habe bereits in der Roten Fahne 42/96 erklärt, daß wir bis zur Rücknahme dieser

Angriffe und einer öffentlichen Entschuldigung zu keiner Zusammenarbeit mit der Roter-Morgen-Gruppe bereit sind. Das ist bis heute nicht geschehen!

Viertens ist die **Entwicklung in der Sowjetunion von der grundsätzlichen Seite her längst keine offene Frage mehr**. Wir haben sie bereits 1971 in der Schrift „Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion“ grundlegend untersucht und diese Untersuchung beständig weiterentwickelt. Es fällt in diesem Zusammenhang auf, daß diese marxistisch-leninistische Analyse in Eurer Neuerscheinung mit keinem Wort Erwähnung findet, wohingegen zahlreiche bürgerliche Ideologen zu Kronzeugen Eurer Analyse werden und Liquidatoren ausführlich Spielraum erhalten. Zugleich richtet sich die ganze Schrift im Kern gegen die marxistisch-leninistische Analyse der Restauration des Kapitalismus und die Lehre von der Denkweise. Wir halten dieses Vorgehen für keine saubere und wissenschaftliche Methode. Wir werden gegen diese neuerliche Schrift des Roten Morgen öffentlich Stellung nehmen und betrachten sie nicht als Gegenstand für eine sachliche Debatte.

Fünftens stellt das Buch den Versuch dar, eine **neorevisionistische Antwort** für die Entwicklung in der Sowjetunion zu finden und drückt sich vor einer ehrlichen Selbstkritik der bisherigen Standpunkte der Roter-Morgen-Gruppe. Schon Euer Anspruch der „Ausarbeitung der Theorie der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus“ (S. 180) ist anmaßend und bedeutet eine Revision des Marxismus-Leninismus.

Schon Marx, Engels, Lenin und Stalin haben das in den entscheidenden Grundzügen getan und Mao Tsetung hat das weiterentwickelt. Die Behauptung, es gebe keine marxistisch-leninistische Theorie vom Übergang des Sozialismus zum Kommunismus, soll nur den Spielraum für verschiedene antimarxistische Thesen bilden.

Zunächst revidiert Ihr die unter Marxisten-Leninisten unstrittige Tatsache der Machtergreifung einer neuen Bourgeoisie auf dem XX. Parteitag der KPDSU: „Der 20. Parteitag war kein Machtwechsel; der Machtwechsel war bereits unmittelbar nach dem Tode Stalins erfolgt.“ heißt es auf S. 128 Eures Buches.

Damit wird nicht nur der scharfe Kampf zwischen proletarischer und kleinbürgerlicher Linie nach dem Tode Stalins geleugnet und Revolutionäre wie Malenkow und Molotow mit Chruschtschow in einen Topf geworfen. Vor allem soll damit vom qualitativen Sprung in der Entwicklung der kleinbürgerlichen Bürokratie zur Bourgeoisie neuen Typs abgelenkt werden, die ihre allseitige Diktatur über die gesamte Gesellschaft errichtete und den Kapitalismus restaurierte.

Ihr behauptet nämlich „Die revisionistische Gesellschaftsordnung war kein Kapitalismus, sondern eine Übergangsgesellschaft zum Kapitalismus.“(S. 179) und schreibt weiter, dort habe eine „neue Ausbeuterklasse“ geherrscht, die weder kapitalistisch noch imperialistisch war. In der Form grenzt Ihr Euch dabei noch von der trotzkistischen These, die Sowjetunion sei ein „Bürokratenstaat“

gewesen, ab, geht aber inhaltlich bereits auf diese Linie über. Eine Klassenherrschaft ohne sozialistischen oder kapitalistischen Klasseninhalt ist eine kleinbürgerliche Illusion und dient praktisch der Rechtfertigung des bürokratischen Kapitalismus und seiner imperialistischen Machenschaften im Kampf um die Weltherrschaft.

Statt schöpferische Schlüsse für Aufbau und Erhalt des Sozialismus zu ziehen, propagiert das Buch einen metaphysischen Objektivismus. So behauptet Ihr „Die Verhältnisse begrenzen die Erkenntnismöglichkeiten“ (S. 38) und rechtfertigt so die Fehler Stalins.

Sicher, Stalin war ein Klassiker des Marxismus-Leninismus und Stalin konnte nicht alle weiteren Entwicklungen vorhersehen. Er hätte aber angesichts des Übernehmens des Bürokratismus, der kleinbürgerlichen Prägung Rußlands und auf Grund verschiedenster Hinweise Lenins sehr wohl einen entschiedenen ideologischen Kampf gegen den Bürokratismus führen müssen, statt einseitig administrativ mit dem selbst verbürokratisierten Staatsapparat vorzugehen. Willi Dickhut hat in dem Buch „Sozialismus am Ende?“ die Kritik der MLPD an Stalin so zusammengefaßt: „Der notwendige ideologisch-politische Kampf gegen die Träger der kleinbürgerlichen Denkweise wurde vernachlässigt. Das war der erste Hauptfehler der KPDSU unter Führung Stalins... Der Verzicht auf die Mobilisierung der breiten Volksmassen gegen die entarteten Vertreter der Bürokratie war der zweite Hauptfehler Stalins.“ (S. 22)

Stalin hingegen zum „Gefangenen seiner Verhältnisse“ zu machen ist unkritisch und mechanisch.

Insgesamt drängt sich mir der Eindruck auf, daß der ganze Sinn und Zweck Eurer Darstellung der Entwicklung der Sowjetunion sehr viel näherliegende Gründe hat. Statt die ausschlaggebende Rolle der Denkweise im Aufbau des Sozialismus, im Klassenkampf und Parteaufbau anzuerkennen und Eure Arbeit selbstkritisch zu untersuchen, wird als Antwort auf die Lehre von der Denkweise ein metaphysisch-objektivistisches Weltbild präsentiert.

Revolutionäre Grüße!
Stefan Engel

Für das Autorenkollektiv, welches das Sowjetunion-Buch erstellt hat, antwortete Peter Urban auf den Brief von Stefan Engel:

Lieber Genosse Engel,

wir werden der Reihe nach auf die von Dir angesprochenen Punkte eingehen. Zur Information der Leserinnen und Leser des Roten Morgen weisen wir darauf hin, daß die Rote Fahne Nr. 7/97 vom 14.2.1997 einen Artikel zu unserem Buch gebracht hat, dessen Inhalt dem Brief des Genossen Engel entspricht. Aus Platzgründen kann der Rote Morgen diesen Artikel nicht abdrucken. Wir verweisen Interessentinnen auf die Möglichkeit, die betreffende Rote Fahne beim Verlag Rote Fahne zu bestellen. Ergänzend werden wir - soweit erforderlich - im folgenden auch auf diesen Artikel eingehen.

Zum ersten Punkt:

Der Titel unseres Buches lautet: „Wann und warum der Sozialismus in der Sowjetunion scheiterte.“ Der Sozialismus scheiterte in dem Sinne, daß er als Gesellschaftsordnung dort untergegangen ist, derzeit nicht mehr existiert. Dies ist ja wohl unbestreitbar. Du, Genosse Engel, konstruierst daraus, wir würden behaupten, der Sozialismus sei endgültig gescheitert. (Einen anderen Sinn kann Deine Polemik gegen den Titel unseres Buches nicht haben.)

Doch bereits die beiden ersten Sätze in der Vorbemerkung unseres Buches lauten: „Der Sozialismus ist endgültig gescheitert“- das ist die Schlußfolgerung, die die öffentliche Meinung aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion, der DDR und der mit ihnen verbundenen Länder gezogen hat. Wir sehen das anders. "(Seite 7, Hervorhebung von P.U.) Ein Hauptzweck des Buches besteht, wie dann weiter ausgeführt wird, gerade darin, das Vorurteil der öffentlichen Meinung, wonach der Sozialismus endgültig gescheitert sei, zu widerlegen.

Es ist natürlich eine gleichermaßen billige wie bequeme Methode, jemand anderem gerade das Gegenteil dessen zu unterstellen, was er wirklich gesagt hat, um das dann zu „widerlegen“. Der Sache freilich dient eine solche Methode nicht. Sie zeigt allein die Schwäche derjenigen, die sich dieser Methode bedienen.

Zum zweiten Punkt:

Ob das Seminar eine abstrakte Theoriedebatte sein wird, wird sich zeigen. Wir sind unsererseits davon überzeugt, daß die betreffenden Fragen höchst praktische Bedeutung für den Klassenkampf haben, und wir werden dementsprechend argumentieren.

Du, Genosse Engel, behauptest, der Verlag Roter Morgen biete verschiedenen Vertretern des Revisionismus und Trotzismus eine Bühne. Der Rote-Fahne-Arti-

kel behauptet darüber hinaus, die KPD betreibe „prinzipienlose Versöhnung und Vereinigungsmacherei“. Wer unser Buch liest, kann sich leicht davon überzeugen, daß dort eine prinzipielle und unversöhnliche Trennungslinie zum Revisionismus und Trotzismus gezogen wird. Das bedeutet allerdings nicht, daß wir die Diskussion mit Menschen ablehnen, die falsche Positionen beziehen. Menschen können sich ändern.

Freilich ist davon auszugehen, daß auf dem Seminar auch revisionistische und trotzkistische Auffassungen geäußert werden. Wenn dies geschieht und wenn diese Auffassungen dann widerlegt werden, kann dies dem Klassenkampf nur nützen.

Die MLPD sieht das anders. Die Rote Fahne erregt sich beispielsweise darüber, daß in dem Sowjetunion-Buch „seitenweise bürgerliche Antikommunisten, Revisionisten und Trotzisten“ zitiert werden. Wir sind allerdings der Meinung, daß wir uns in der Vergangenheit viel zu wenig mit bürgerlichen und revisionistischen Auffassungen auseinandergesetzt haben und daß es ein Vorzug des Buches ist, daß dem dort breiter Raum gewidmet wird. Warum?

„Die menschliche Erkenntnis ist nicht (resp. beschreibt nicht) eine gerade Linie, sondern eine Kurve, die sich einer Reihe von Kreisen, einer Spirale unendlich nähert, jedes Bruchstück, Teilchen, Stückchen dieser Kurve kann verwandelt (einseitig verwandelt) werden in eine selbständige, ganze, gerade Linie, die (wenn man vor lauter Bäumen den Wald nicht sieht) dann in den Sumpf, zum Pfaffentum führt (wo sie durch das Klasseninteresse der herrschenden Klassen verankert wird). Geradlinigkeit und Einseitigkeit, Erstarrung und Verknöcherung, Subjektivismus und subjektive Blindheit, voila die erkenntnistheoretischen Wurzeln des Idealismus. Und das Pfaffentum (= philosophischer Idealismus) besitzt natürlich erkenntnistheoretische Wurzeln, ist nicht ohne Boden, es ist zwar unstreitig eine taube Blüte, aber eine taube Blüte, die wächst am lebendigen Baum der lebendigen, fruchtbaren, wahren, machtvollen, allgewaltigen, objektiven, absoluten menschlichen Erkenntnis.“ (Lenin, Zur Frage der Dialektik, LW 38, S. 344, Hervorhebungen von Lenin)

Dies trifft selbstverständlich nicht nur auf das Pfaffentum, sondern auf alle falschen Anschauungen und Theorien zu. Ein Dialektiker ist folglich verpflichtet, die Auffassungen der jeweiligen Gegner sorgsam zu analysieren, aufzudecken, wo die Verbindungen zum „lebendigen Baum der Erkenntnis“ sind, wo die Gegner recht haben, zugleich aber aufzudecken, wo das Denken der Gegner, statt der Spiralbewegung zu folgen, zur starren, geraden Linie wird, wo das Körnchen Wahrheit in Unsinn verwandelt wird und welches Klasseninteresse diese Verwandlung bewirkt. Ein solches Verfahren hat noch einen weiteren unschätzbaren Vorteil: „Die Dialektik zwingt die (offenen und versteckten) Gegner des Marxismus, die Lücken aufzudecken, die die Analyse seitens der Marxisten aufweist; diese Lücken in der Analyse seitens der Marxisten-Leninisten rechnen sie dann dem Marxismus-Leninismus zu, behaupten, dieser sei als Methode

zur Erkenntnis der Welt untauglich. Sind die Marxisten auf der Höhe der Zeit, so drehen sie den Spieß um: Sie nutzen diesen Umstand, untersuchen die Theorien der Gegner daraufhin, wo diese Fehler und Lücken in der eigenen Analyse aufdecken, und bemühen sich dann, die Fehler zu beseitigen, die Lücken zu schließen. All das, was die Gegner an richtiger Analyse zu bieten haben, muß in die eigene Theorie aufgenommen und verarbeitet werden; auf dieser Grundlage kann dann der 'Rest', der ideologische Inhalt der Schlüsse der Gegner, wirklich überzeugend aufgedeckt werden, d.h. er kann inhaltlich als Apologie (Rechtfertigungsideologie) des Imperialismus und Revisionismus entlarvt werden, nicht durch formales Aufkleben von Etiketten." (Sowjetunion-Buch S. 201)

Wie gesagt: Dialektiker müssen so vorgehen. Doch eine solche dialektische Denkweise ist offenkundig nicht Deine Sache, Genossen Engel, und nicht die Sache der MLPD. Dann solltet Ihr allerdings höchst vorsichtig sein, anderen „Metaphysik“ vorzuhalten...

Zum dritten Punkt:

Uns ist unverständlich, wie man an der Möglichkeit einer gleichberechtigten Diskussion zweifeln kann, wenn alle Podiumsredner in gleicherweise zu Wort kommen. Da Du, Genosse Engel, nicht mitteilst, wodurch Du Dich persönlich beleidigt fühlst, können wir auf diesen Punkt leider nicht eingehen.

Zum vierten Punkt:

Wenn wir auf die 1971 erstmals erschienene Arbeit des Genossen Dickhut „Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion“ nicht ausdrücklich eingegangen sind, dann aus einem guten Grund: Die in dieser Arbeit entwickelten Auffassungen wurden seinerzeit von der KPD im wesentlichen geteilt. Insbesondere waren auch wir der Meinung, daß die Sowjetunion Chruschtschows und Breshnews kapitalistisch war. Heute halten wir das für falsch.

Daher lag es nahe, uns diesbezüglich in erster Linie mit unseren eigenen falschen Auffassungen der Vergangenheit auseinanderzusetzen, (vgl. insbesondere S. 162 ff. des Buches) Indem wir aber gezeigt haben, daß und warum die Sowjetunion Chruschtschows und Breshnews nicht kapitalistisch war, haben wir der Sache nach auch die diesbezügliche Argumentation im Buch des Genossen Dickhut widerlegt. Wenn die MLPD der Auffassung ist, daß die Sowjetunion aber doch kapitalistisch war, hätte sie in der Sache antworten müssen, hätte sie auf unsere Argumentation eingehen und diese widerlegen müssen. Das hat sie noch nicht einmal versucht.

Du, Genosse Engel, hältst es offenbar auch für völlig normal, zu schimpfen statt zu argumentieren: Die MLPD betrachte unser Buch „nicht als Gegenstand für eine sachliche Debatte“. Freilich, wenn man keine Argumente hat, ist man zu einer sachlichen Debatte nicht in der Lage. Und dieselben Leute bringen es fertig, uns in der Roten Fahne „Argumentationsnotstand“ zu unterstellen!

Soll Genosse Engel, soll die Rote Fahne doch erklären, wie es Kapital ohne ökonomische Konkurrenz geben kann! Wir haben in unserem Buch zwingend gezeigt, daß ein solcher Kapitalbegriff mit dem Marxschen unvereinbar ist. Auch hierzu **buchstäblich kein Versuch der MLPD, zu argumentieren!**

Stattdessen wird uns unterstellt, wir wollten den Revisionismus beschönigen. Tatsache ist, daß in unserem Buch gesagt wird: „Die revisionistischen Regimes sind also nicht kapitalistisch, doch sie sind gegenüber dem Kapitalismus auch nicht fortschrittlich. Sie sind in gewisser Hinsicht noch parasitärer als der Kapitalismus, hemmen die Produktivkräfte noch mehr als die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, und das ist auch der Grund, warum sie in den meisten Ländern untergegangen sind und in den noch verbliebenen keine Perspektive haben. Doch der Sieg des Kapitalismus führte keineswegs zu einer Befreiung der Produktivkräfte in den ehemals revisionistischen Ländern, sondern das Tempo der Fäulnis hat durch den vorübergehenden Sieg des Kapitalismus noch zugenommen. Der Kapitalismus selbst ist auf dem absteigenden Ast, der Verfaulungsprozeß der revisionistischen Länder hatte den der kapitalistischen lediglich ein wenig überholt.“ (S. 179 f.) Das mag ja nun richtig sein oder falsch, aber nach Beschönigung des Revisionismus sieht das wohl kaum aus.

Um aber doch zu „beweisen“, daß wir die imperialistische Sowjetunion beschönigen wollen, fälscht die Rote Fahne unsere Position ein weiteres Mal: Wir würden „die Kennzeichnung ‚imperialistisch‘ dabei allerdings lediglich auf verschiedene Seiten von deren (der sowjetischen, P.U.) Außenpolitik“ beziehen.

Glaubt man also der Roten Fahne, so hätten wir im Stile Kautskys einen Imperialismus-Begriff entwickelt, der sich auf die Kritik dieser oder jener imperialistischen Politik beschränkt und die tiefen und unlösbaren sozialökonomischen Widersprüche, die dem sowjetischen Imperialismus zugrundelagen, vertuscht. Allein, man darf der Roten Fahne nicht glauben.

Im Sowjetunion-Buch heißt es nämlich: „Sicherlich basierten die imperialistischen Bestrebungen der Sowjetunion nicht auf Überproduktion; wie schon gesagt, bestand chronischer Geldüberhang, also Unterproduktion. Vielmehr mußten andere Länder insbesondere auch deshalb ausgeplündert werden, um das Unterangebot an Konsumgütern im eigenen Lande zu mildern. **Dieser Imperialismus resultierte aus dem spezifischen Parasitismus der revisionistischen Gesellschaftsordnung, auf deren grundlegendem Widerspruch: der Leitung der Wirtschaft durch staatliche bürokratische Apparate, der Herrschaft von Personen über Personen (im Unterschied zur sachlichen Gewalt der Warenproduktion), die zu den modernen, entwickelten Produktivkräften nicht paßt.**“ (S. 177, Hervorhebung v. P.U.) Dies mag nun richtig oder falsch sein, und wenn die MLPD es für falsch hält, soll sie dagegen argumentieren. Das aber, was sie uns unterstellt, ist es ganz gewiß nicht: ein

rein politischer Imperialismus-Begriff, der sich an der Kritik der sozialökonomischen Basis des betreffenden Imperialismus vorbeimogelt.

Man sieht: Die Rote Fahne wendet die Ankündigung des Genossen Engel, unser Buch „nicht als Gegenstand für eine sachliche Debatte“ zu betrachten, durchaus schöpferisch an.

Zum fünften Punkt:

„Anmaßend“ ist es nach Deiner Auffassung, Genossen Engel, wenn man die Theorie der Übergangsgesellschaft auf die Höhe der Zeit heben will. Das ist Dein Problem. Für Dialektiker stellt sich stets die Aufgabe, die theoretischen Auffassungen auf die Höhe der Zeit zu heben, denn eine ein für allemal abgeschlossene Erkenntnis kann es für Dialektiker nicht geben. Auch hier aber bedienst Du, Genosse Engel, Dich lieber der Metaphysik. Du empörst Dich: „So behauptet Ihr 'Die Verhältnisse begrenzen die Erkenntnismöglichkeiten'." Diese „Behauptung“ (!) unsererseits ist freilich eine Selbstverständlichkeit. Für Dich, Genosse Engel, mag es Erkenntnismöglichkeiten geben, die von materiellen Verhältnissen nicht begrenzt sind, doch dann schwebst Du bereits in einer anderen Welt. In der profanen Welt sind die Erkenntnismöglichkeiten immer von den Verhältnissen begrenzt.

Um ein Mißverständnis zu korrigieren: Wenn wir von Übergangsgesellschaft sprechen, dann meinen wir nicht den Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus, wie Du schreibst, Genosse Engel, sondern den Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus.

Der Sozialismus selbst ist die Übergangsgesellschaft! Er stellt keine eigenständige sozialökonomische Formation dar! Das werden wir an dieser Stelle nicht belegen. Den Nachweis dafür kannst Du, Genosse Engel, bei Marx, Engels, Lenin und Stalin finden, auf die Du ja Bezug genommen hast. Diese allerdings konnten die Theorie der Übergangsgesellschaft nicht auf die Höhe der heutigen Zeit heben, da sie eben nicht heute leben. Ausdrücklich lehnte Marx es ab „Rezepte (...) für die Garküche der Zukunft zu verschreiben“. (MEW 23, S. 25)

Nebenbei: Auch der Revisionismus ist eine Übergangsgesellschaft und somit keine eigenständige sozialökonomische Formation. Er allerdings ist eine Übergangsgesellschaft zum Kapitalismus, während der Sozialismus sich sowohl nach vorne, zum Kommunismus hin, bewegen kann als auch zurück, zum Kapitalismus. Damit wäre dann auch das „Geheimnis“ aufgedeckt, warum es auf der Grundlage moderner, entwickelter Produktivkräfte eine Ausbeuterordnung geben kann, die nicht kapitalistisch ist: Sie ist eben nicht stabil, ist keine sozialökonomische Formation, sondern ein Gesellschaftszustand, der innerhalb einer relativ kurzen Zeit gesetzmäßig im Kapitalismus münden muß, wenn die Arbeiterklasse nicht in einer erneuten Revolution die Macht ergreift. Wie kommt es überhaupt zu diesem Zustand? Die Verstaatlichung der Produktionsmittel im

Zuge der sozialistischen Revolution war ein Rohentwurf des Neuen, die Vergesellschaftung auf niederer Stufe, war erforderlich, um - auf der Grundlage eines noch schwachen kommunistischen Keims - die Verhältnisse der Warenproduktion grundlegend zu zerschlagen. Ist der kommunistische Keim liquidiert, so bleibt die Verstaatlichung der wesentlichen Produktionsmittel gleichwohl noch eine gewisse Zeit bestehen, jedoch mit verändertem Klasseninhalt. Dieser Vorgang und dieser Klasseninhalt wird in unserem Buch ausführlich analysiert, was Du, Genosse Engel, allerdings nicht zur Kenntnis nehmen willst, um uns ideologische Nähe zum Trotzismus unterstellen zu können. Tatsache aber ist, daß wir auf Seite 194 f. des Buches ausdrücklich dagegen polemisieren, dass „der Begriff des Bürokratismus (...) von den Trotzisten jedes Klasseninhalts beraubt" wird.

Freilich ist es nicht möglich, die betreffenden Fragen richtig zu analysieren, wenn man nicht „anmaßend" genug ist, sich der Aufgabe zu stellen, die Theorie der Übergangsgesellschaft den geschichtlichen Erfahrungen entsprechend weiterzuentwickeln.

Wir wollen einen, allerdings einen recht bedeutenden Punkt anführen, aus dem allein sich bereits ergibt, daß die Theorie der Übergangsgesellschaft heute nicht auf der Höhe der Zeit ist. Das System der sogenannten wirtschaftlichen Rechnungsführung wurde 1921 mit dem Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik eingerichtet und bei der Beendigung der NÖP beibehalten. Die diesbezüglichen Produktionsverhältnisse wurden bis heute von den Marxisten-Leninisten nicht theoretisch erforscht, meistens noch nicht einmal zur Kenntnis genommen. Die Fakten aber sind eindeutig, sie werden z.B. im Lehrbuch der politischen Ökonomie (Moskau 1954) unmißverständlich mitgeteilt, allerdings ebenfalls ohne den Versuch einer theoretischen Analyse: Da fließt reales Geld, wenn ein staatlicher Betrieb an einen anderen liefert, da gibt es Verträge zwischen staatlichen Betrieben, die auf dem Prinzip der materiellen Haftung des Einzelbetriebs beruhen. Da bleibt ein Teil des betrieblichen Gewinns beim Betrieb und kann von diesem - innerhalb gewisser Grenzen - nach eigenem Gutdünken verwandt werden, und zwar - innerhalb gewisser Grenzen - auch für Investitionen. Es gibt also noch bedeutende Reste von Ware-Geld-Beziehungen auch innerhalb des staatlichen Sektors, und es gibt eine relative ökonomische Eigenständigkeit des Einzelbetriebs. Diese Tatsachen werden meistens noch nicht einmal zur Kenntnis genommen. Genosse Dickhut z.B. behauptete in seinem Buch, der betriebliche Gewinn sei vor Chruschtschow „bloße Rechnungsgröße" gewesen. (Ausgabe 1974, S. 86 und 96)

Das haben wir früher auch behauptet, doch das ist offenkundig falsch, stimmt offenkundig mit den Tatsachen nicht überein. Wenn der kapitalistische Charakter der Sowjetunion damit „bewiesen" werden soll, daß der einzelbetriebliche Gewinn reale ökonomische Bedeutung hatte, dann wäre die Sowjetunion stets kapitalistisch gewesen.

Wenn Du, Genosse Engel, meinst, bezüglich der Theorie der Übergangsgesellschaft sei bei Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung alles gesagt, was heute nötig ist, dann bist Du bereits bei der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ mit Deinem Latein am Ende.

Marx sah zwar das bürgerliche Recht hinsichtlich der Verteilung genial voraus, nicht aber Ware-Geld-Beziehungen bezüglich der Produktion. Das ist nicht verwunderlich, denn Marx pflegte sich an den Tatsachen zu orientieren, und bezüglich der Übergangsgesellschaft gab es - abgesehen von der Pariser Kommune, die nur sehr kurz bestand - damals noch keine Tatsachen. Lenin stellte sich als Übergangsform vor, daß „die gesamte Gesellschaft (...) ein Büro und eine Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn sein“ werde. (LW 25, S. 488) Die Geschichte aber ist anders verlaufen. Stalin untersuchte zwar in seinen Ökonomischen Problemen des Sozialismus in der UdSSR den Wirkungsbereich des Wertgesetzes, nahm aber die innerhalb des staatlichen Sektors noch gegebenen Ware-Geld-Beziehungen faktisch nicht zur Kenntnis. Mao Tse-tung wiederum dürfte hier kein theoretisches Problem gesehen haben, da sein „Sozialismus“ ausdrücklich eine „lichte Zukunft“ für die Bourgeoisie vorsah (vgl. z.B. Peking Rundschau 52/77, S. 11), was freilich mit dem Marxismus-Leninismus völlig unvereinbar ist.

Was also tun mit der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“? Soll man weiter so tun, als hätte es derartiges nie gegeben? Aber Tatsachen sind ein hartnäckig Ding, und wenn die Geschichte beim Versuch des Übergangs zum Kommunismus derartiges hervorgebracht hat, wird es wohl Gründe dafür geben. Zwar haben auch einige andere diese Ware-Geld-Beziehungen bemerkt, daraus aber - soweit wir es sehen können - ausschließlich den Schluß gezogen, die Sowjetunion sei eben zu keinem Zeitpunkt sozialistisch gewesen.

Unsere Arbeit beinhaltet den unseres Wissens bislang einzigen Versuch einer Analyse des sozialökonomischen Inhalts der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“, der gleichzeitig daran festhält, daß die Sowjetunion Stalins sozialistisch war.

Ganz knapp gesagt geht das Buch davon aus, daß der Sozialismus zur Leitung der Wirtschaft zwei Krücken nutzen muß, die der alten Gesellschaft entlehnt sind: Ware-Geld-Beziehungen und Staatlichkeit (hierarchische Über- und Unterordnungsverhältnisse). Das kommunistische Element der sozialistischen Gesellschaft aber ist die gesamtgesellschaftliche Initiative der revolutionären Arbeiterklasse, die ihrerseits dem Charakter der Produktivkräfte entspringt. Dieses kommunistische Element ist in unterschiedlichen Situationen unterschiedlich stark. Solange der Kommunismus nicht erreicht ist, reicht es allein für sich genommen zur Steuerung der Wirtschaft noch nicht aus.

Die Waren-Krücke, die Ware-Geld-Beziehungen sind notwendig, um der von der Staatlichkeit ausgehenden Fäulnis entgegenzuwirken, doch die Waren-Krücke bringt ihrerseits Fäulnis hervor. Im günstigsten Fall kann man die negativen Wirkungen der beiden Krücken gegen-

einander ausbalancieren, im ungünstigsten Fall multiplizieren sich diese negativen Wirkungen. **Der strategisch entscheidende Faktor für das Voranschreiten in kommunistischer Richtung besteht stets darin, „die Arbeiterklasse als herrschende Klasse in allen Poren des Wirtschaftslebens zu befestigen“.** Doch wie soll die Arbeiterklasse Eigentümerbewußtsein entwickeln, das Bewußtsein nämlich, kollektiver Eigentümer der Produktionsmittel zu sein? **Hauptsächlich nicht dadurch, daß man der Arbeiterklasse propagandistisch vermittelt, sie sei Eigentümer und solle folglich so handeln, sondern hauptsächlich dadurch, daß man die Produktionsverhältnisse so revolutioniert, daß die Arbeiterklasse in immer stärkerem Maße realer Eigentümer wird.**

Du, Genosse Engel, magst das falsch finden. Unterstellen wir mal, es sei tatsächlich falsch. Damit wäre aber noch nicht geklärt, warum die Geschichte in der sozialistischen Sowjetunion Ware-Geld-Beziehungen innerhalb des staatlichen Sektors hervorgebracht hat.

Die MLPD behauptet, sie habe die geschichtlichen Lehren gezogen. Soll sie das doch beweisen, indem sie in Abgrenzung zu unseren Ausführungen erklärt, welche sozialökonomischen Triebkräfte die Verhältnisse der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ hervorbrachten, warum die betreffenden Produktionsverhältnisse notwendig waren, welche positiven und welche negativen Wirkungen sie in Bezug auf das kommunistische Ziel hatten. Wir sind auf die Beantwortung dieser Fragen durch die MLPD gespannt.

Beantwortet man diese Fragen nicht wissenschaftlich, so leistet man unter anderem demjenigen Modetrend Vorschub, der eine „sozialistische Marktwirtschaft“ als Allheilmittel anbietet (vgl. z.B. die Sozialismus-Thesen der DKP). Will man dem mit Argumenten entgegentreten, dann muß man beispielsweise Klarheit darüber haben, warum es in der sozialistischen Sowjetunion Ware-Geld-Beziehungen gab, die keine Marktwirtschaft waren, und wie derartige Ware-Geld-Beziehungen eingeschränkt werden müssen, damit es sich nicht um Marktwirtschaft handelt. Man kann es natürlich auch anders machen. Man kann nach wie vor das Dogma herunterleiern, in der Stalinschen Sowjetunion sei der betriebliche Gewinn „bloße Rechnungsgröße“ gewesen. Man läuft dann allerdings Gefahr, auf Leute zu treffen, die die Tatsachen kennen und die monotonen Vorbeter des falschen Dogmas schlichtweg - auslachen.

Vor einer solchen Gefahr hast Du, Genosse Engel, natürlich keine Angst. Was die Tatsachen sind, das bestimmst Du. Auf solcher Grundlage kann man freilich mit sich selbst unumschränkt zufrieden sein und den Schlaf des Gerechten schlafen, den nichts erschüttern kann.

Um einen versöhnlichen Abschluß zu finden, sei in diesem Zusammenhang noch auf eine an sich unbedeutende Kuriosität verwiesen. Du, Genosse Engel, wirfst uns vor, wir würden „Revolutionäre wie Malenkow“ verleumden. Seit 1993 liegt allerdings das Protokoll des ZK-Plenums der KPdSU vor, das im Juli

1953 stattfand, also vier Monate nach Stalins Tod. Malenkow griff bereits damals Stalin an, weil dieser die Ware-Geld-Beziehungen weiter hatte einschränken wollte. Malenkow forderte stattdessen den „Übergang zum Warenaustausch“, erklärte die „allseitige Entfaltung des Warenaustausches“ zur „für viele Jahre bedeutendsten Aufgabe“.

Damit propagierte Malenkow vier Monate nach Stalins Tod tatsächlich den Übergang zum Kapitalismus. Wir haben dies im Sowjetunion-Buch dokumentiert, und wir haben auch gezeigt, warum Malenkow damit nicht durchkam. Doch all dies ficht Dich, Genosse Engel, nicht an. Seit fast 30 Jahren betrachten die MLPD bzw. ihre Vorläuferorganisationen Malenkow als einen Revolutionär, der sich gegen Chruschtschow stellte, und das soll jetzt alles anders sein? Das kann nicht anders sein! Was kümmern Dich, Genosse Engel, schon Tatsachen!?

Was Tatsachen sind, das bestimmst Du, und Du hast nun mal die richtige Denkweise.

Wir halten es allerdings für unwahrscheinlich, daß sich die Tatsachen danach richten werden, was Deine Denkweise für richtig erachtet. Wir gehen von der Existenz einer objektiven Welt aus, die unabhängig von der Denkweise existiert. Wir müssen daher auch Deine Anschuldigung zurückweisen, wir würden eine „Tatsache“ „revidieren“(!). („Zunächst revidiert Ihr die unter Marxisten-Leninisten unstrittige Tatsache“...)

Weder wir noch sonst irgendwer ist in der Lage, Tatsachen zu revidieren. Jedenfalls nicht in der profanen Welt. Vielleicht kannst Du es in den Sphären, in denen Du schwebst, in denen die Erkenntnismöglichkeiten nämlich durch die materiellen Verhältnisse nicht begrenzt werden...

Aber wir kennen Deine Antwort ja schon: Wir haben nun mal ein "metaphysisch-objektivistisches Weltbild", wie Du ohne jeglichen Versuch eines Nachweises dekretiert hast. Wir können darüber nur schmunzeln. Der Objektivismus ist ein wesentliches Merkmal der Verfälschung der marxistischen Philosophie durch den modernen Revisionismus. Wer aber hat das aufgedeckt? Die MLPD gewiß nicht. Unseres Wissens ist dies erstmalig in den Heften 6/7/8 und 10/11 der Reihe Die Welt begreifen und verändern zusammenhängend aufgedeckt worden, die im Verlag Roter Morgen, dem Parteiverlag der KPD, erscheint.

Mit revolutionären Grüßen

Peter Urban

Nachstehend dokumentieren wir einen Artikel aus Roter Morgen 1/98, der sich mit dem gesellschaftlichen Charakter der DDR befaßt.

Zum Tode Rudolf Bahros:

War die DDR ein "säkularisierter Gottesstaat"?

Im Dezember 1997 starb Rudolf Bahro.

Lohnt es sich überhaupt, zum Tode Rudolf Bahros etwas zu schreiben? Man könnte sagen, es lohne sich nicht, denn Leute wie ihn habe es schließlich massenhaft gegeben. Schema: Fanatischer Anhänger des revisionistischen Regimes in der DDR wandelt sich zum Befürworter der bürgerlichen Ordnung im Westen, bewahrt sich aber seinen missionarischen Eifer, indem er letztere "verbessern" will. Warum also ist Bahro überhaupt interessant?

Zum einen vielleicht deshalb, weil er das oben skizzierte Schema in besonders markanten Formen durchlief. Sein 1977 in der BRD veröffentlichtes Buch "Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus" führte zu seiner Verhaftung und schließlich zur Verurteilung zu acht Jahren Haft. 1979 wurde er amnestiert und ging in den Westen. Er gehörte zu den Gründern der grünen Partei, wandte sich "dem Transzendentalen" zu, also dem Gespensterglauben moderner Spielart, und wurde Jünger des Sektengurus Bhagwan. Hatte er einst seine psychische Stütze bei einer Partei gesucht, die dem Menschen angeblich "alles gegeben" hat, unter anderem "Sonne und Wind", wie es in einem Lied hieß, in dem die SED sich feierte, so lebte er nun - von dieser Partei enttäuscht - sein religiöses Gemüt offener aus. Das hinderte ihn nicht an dem Versuch, Gysi nach dem Zusammenbruch der DDR dazu zu überreden, eine "neue kommunistische Partei" zu begründen. Das wäre wohl eine hübsche Partei geworden! Freilich scheiterte er bei diesem Versuch, denn Gysi und seinesgleichen suchen ihr Reich durchaus in dieser Welt, und da herrscht allein die Religion des Marktes und des Profits.

Doch der wichtigere Grund, warum Bahro interessant ist, ist folgender:

Bahros Buch "Die Alternative" ist zwar ein Sammelsurium krauser und unausgegorener Gedanken, die keiner marxistischen Kritik standhalten, doch es enthält einige Termini, die bestimmte Erscheinungen an der Oberfläche der damaligen DDR-Gesellschaft durchaus treffend beschreiben: "Subalternität" (also Über- und Unterordnungsverhältnisse im Rahmen hierarchischer Strukturen), "Inquisition", "säkularisierter Gottesstaat" (säkularisiert: verweltlicht). Erschien diese Gesellschaft etwa nicht in der Form einer alles erfassenden Hierarchie, in der

Weisungen von ganz oben bis ganz unten "durchgestellt" wurden, wie es im Jargon hieß? War die Stasi etwa keine Inquisition, die versuchte, jeglichen Widerstand mit geheimpolizeilichen Mitteln auszuspitzen und zu brechen? Und wurde dies alles etwa nicht durch eine quasi-religiöse (sich als marxistisch leninistisch ausgebende) Ideologie abgesegnet, deren Priester vorgaben, im Besitze der alleinseligmachenden Wahrheit zu sein, die jedem einzelnen Akt der Staatsgewalt die Weihe höherer geschichtlicher Zwecke verlieh? Zweifellos.

Und Bahro sprach aus, daß hier **Interessen am Wirken** waren. Das schlug ein wie eine Bombe, denn genau das wurde von der Staatsreligion entschieden geleugnet. Ihr zufolge war die ganze Gesellschaft - von einigen "Konterrevolutionären" und "geistig Verwirrten" abgesehen - daran interessiert, den objektiven Gang der Geschichte zu vollstrecken. So vertuschte die Staatsreligion die verschiedenen - teils identischen, teil gegeneinanderwirkenden - Interessen der verschiedenen Glieder des hierarchischen Apparats, der die Macht ausübte.

Damit war allerdings weder der bestehende Gesellschaftszustand wirklich begriffen, noch war erklärt, wie es zu diesem Zustand gekommen war, und Bahro versuchte auch gar nicht, das zu erklären. Er sagte statt dessen, "der Begriff des Apparats" (nämlich des Machtapparats der Herrschenden) sei "exakt genug für strategische Zwecke", und damit war jeder weiteren Analyse der Weg versperrt.

Das Kapital war beseitigt, doch eine Herrschaft (und zwar nicht die der Arbeiterklasse!) war vorhanden - damit hatte Bahro recht. Doch er erklärte diese Herrschaft zum "allgemeinen Wesen aller Klassenherrschaft" und erklärte sie damit eben nicht, denn die Wahrheit ist immer konkret. Ein allgemeines Wesen, welches getrennt und unabhängig von konkreten Dingen existiert, gibt es in dieser Welt nicht und muß tatsächlich im Geisterreich des "Transzendentalen" gesucht werden.

Doch seien wir selbstkritisch: Auch wir begriffen damals das Wesen der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR nicht. Wir erklärten die DDR für kapitalistisch, was mit der Wirklichkeit nichts zu tun hatte. Erst später begriffen wir, was in der Sowjetunion und anderen Ländern wirklich geschehen war. Grob schematisch skizziert handelt es sich um folgendes:

Die Arbeiterklasse benötigt die sozialistische Verstaatlichung, um die warenproduzierenden Verhältnisse von Grund auf zu zerschlagen. Doch damit ist erst ein roher Entwurf des Kommunismus geschaffen. Diese ersten Maßnahmen der siegreichen Arbeiterklasse erscheinen "ökonomisch unzureichend und unhaltbar", treiben aber "im Lauf der Bewegung (nämlich im Lauf des Übergangs zum Kommunismus, RM) über sich selbst hinaus (...)". (Marx/Engels, Manifest der kommunistischen Partei, MEW 4 S. 481)

Dieser Übergang ist **historisch gesehen** ein Augenblick: "Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt - die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft - ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat." (Engels, Anh-Dühring, MEW 20 S. 262)

Dieser historische "Augenblick" macht aber für die Individuen, die ihn durchlaufen, eine längere Periode aus, in wel-

cher der Staat einerseits Geburtshelfer des Neuen ist, der Gesellschaft frei assoziierter (verbundener) Produzenten, die Entwicklung des Neuen aber zugleich hemmt, weil sich auf der Grundlage der Staatlichkeit, der hierarchischen Apparate, zugleich **besondere** Interessen herausbilden, die sich aber als allgemeine tarnen müssen. Im Sozialismus nutzt die Arbeiterklasse ihren Staat, ist zugleich aber gezwungen, sich mit klassenfremden Interessen herumzuschlagen, die sich aufgrund dieser Staatlichkeit entwickeln. Ist die Bewegung zur klassenlosen und staatsfreien Gesellschaft aber gestoppt, so wird die Bewegung dieser Sonderinteressen zur bestimmenden Bewegungsform von Gesellschaft und Staat. Die Führer der Wirtschaft und des politischen Machtapparats bilden - bei all den fortbestehenden Widersprüchen untereinander - ein gemeinsames, gegen die Arbeiterklasse gerichtetes Klasseninteresse heraus. Doch die bürgerliche, die warenproduzierende Ordnung wird zunächst nicht wiederhergestellt.

Es ist also ein sozialökonomisches Element in Erscheinung getreten, das bereits geschichtlich überwunden geglaubt war: Persönliche statt sachlicher Herrschaftsverhältnisse. Das warenproduzierende "Individuum besitzt die gesellschaftliche Macht unter der Form einer Sache. Raubt der Sache diese gesellschaftliche Macht, und ihr müßt sie Personen über die Personen geben." (Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 42 S. 91)

Die Errichtung persönlicher Machtstrukturen ist zur grundlegenden Zerschlagung der warenproduzierenden Ordnung erforderlich, ist eine Krücke der alten Gesellschaft, die die Arbeiterklasse nutzen muß. **Sie ist aber alles andere als Selbstzweck.** Die Geschichte hat die Entwicklungsstufe persönlicher Abhängigkeiten nicht durch die Stufe sachlicher Abhängigkeiten abgelöst, um danach die erstere wiederherzustellen, sondern der Übergang zu einer dritten, höheren steht geschichtlich an:

"Freie Individualität, gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen und die Unterordnung ihrer gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Produktivität als ihres gesellschaftlichen Vermögens, ist die dritte Stufe." (ebenda) Persönliche Abhängigkeitsverhältnisse haben nur als vorübergehend erforderliche Krücke, die den Übergang zu dieser dritten Stufe ermöglichen soll, einen fortschrittlichen Inhalt.

Geht die Orientierung auf den Kommunismus indessen verloren, so werden diese persönlichen Machtverhältnisse noch reaktionärer als die bürgerliche Ordnung selbst, denn beim gegebenen Entwicklungsstand der Produktivkräfte ist persönliche statt sachlicher Macht als eigenständige sozialökonomische Formation nicht mehr möglich. Die herrschenden Revisionisten waren daher in wachsendem Maße zum Ausbau von Ware-Geld-Kategorien gezwungen, doch es half alles nichts: Entweder hätte die Arbeiterklasse in einer erneuten Revolution die Macht wieder ergreifen und die Orientierung auf den Kommunismus wiederherstellen müssen, oder die bestehende Ordnung mußte dem Kapitalismus weichen. Da ersteres nicht geschah, trat letzteres ein.

Bahro witterte also ganz richtig, daß die persönlichen Herrschaftsstrukturen keine Perspektive hatten. Er witterte ganz richtig, daß es sich in gewisser Weise

um vorbürgerliche Herrschaftsformen handelte. Diese Herrschaftsformen hatten in der Erscheinung tatsächlich gewisse Ähnlichkeiten mit dem Feudalismus, und die ideologischen Verkleidungen, zu denen die Herrschenden gezwungen waren, ließen das Regime tatsächlich als säkularisierten Gottesstaat erscheinen.

Doch es war kein Feudalismus, und da Bahro nicht von den Interessen der Arbeiterklasse ausging, konnte er die Mängel seiner Auffassungen nicht beseitigen. Seine praktische Konsequenz hieß vielmehr: Beseitigung der persönlichen Herrschaftsverhältnisse durch Wiederherstellung der sachlichen, also des Marktes, aber bitte ohne Ausbeutung und Entfremdung. Alternativer Landbau auf Genossenschaftsbasis - darin versuchte er sich nun. Doch Ausbeutung und Entfremdung können ohne Beseitigung des Marktes nicht verschwinden. Den Widerspruch, der in der Wirklichkeit nicht aufzulösen war, suchte Bahro nun "transzendental" aufzulösen, mittels der Religion.

Einst Funktionär einer Partei, die "immer recht" hatte, weil sie angeblich die Geschichte vollstreckte, suchte er auch jetzt etwas Höheres als das der bürgerlichen Gesellschaft eigene egoistische Streben des Individuums nach borniertem persönlichem Vorteil. Er fand dieses "Höhere" bei Bhagwan. Der Kritiker des "säkularisierten Gottesstaates" landete beim nicht-säkularisierten Gottesstaat einer religiösen Sekte.

Im folgenden dokumentieren wir einen Artikel aus dem Roten Morgen 2/98, der sich im Zusammenhang mit einem aktuellen Thema mit dem Wirken des Wertgesetzes befaßt.

Wie das Wertgesetz wirkt:

In Westdeutschland jährlich weit mehr als 250 Millionen Mark Schaden durch Chemie auf dem Acker

Der Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft führt nach einer Untersuchung des Bonner Landwirtschaftsministeriums zu erheblichen Folgeschäden. Die an der Universität Hannover in sechsjähriger Arbeit angefertigte Studie stellt fest: Allein auf dem Gebiet der alten Bundesländer werden pro Jahr rund 30.000 Tonnen Pestizide versprüht; dadurch entstehen der Gesellschaft Schäden in Höhe von mindestens 252 bis 312 Millionen Mark. (FR 26.1.)

Der größte Negativposten betrifft der Studie zufolge mit 128 bis 186 Millionen Mark die Kontrolle und Aufbereitung von pestizidbelastetem Trinkwasser. Hinzu kommen Kosten unter anderem durch akute Gesundheitsschäden, zum Beispiel Vergiftungen (23 Millionen Mark), den Rückgang der Artenvielfalt durch Herbizideinsatz (zehn Millionen Mark) oder Giftschäden an Honigbienen (zwei bis vier Millionen Mark). Ausdrücklich weisen die Wissenschaftler darauf hin, daß wichtige Negativbereiche wegen derzeit noch mangelhafter Datenlage noch nicht eingerechnet sind, darunter die Kosten für chronische Gesundheitsschäden und "langfristige Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit der landwirtschaftlichen Produktion und den Boden". Dies könne die Summe noch deutlich erhöhen.

In der Tat: Offenbar hat die Studie beispielsweise nur schwerste Gesundheitsschädigungen berücksichtigt, bei denen unstreitig ist, also selbst von den Chemiemonopolen nicht bestritten werden kann, daß sie auf Pestizide zurückzuführen sind. Die tatsächlichen Schäden liegen mit Sicherheit weit höher. Und die Schäden für kommende Generationen durch nachhaltige Ruinierung der Böden können gar nicht ermessen werden.

Wohlgermerkt: Der Umstand, daß sich Menschen mit Krankheiten quälen müssen, daß viele früher sterben usw., all dies geht von vornherein nicht als Schaden in die betreffenden Berechnungen ein. Hier geht nur ein, was sich in Mark und Pfennig ausdrücken läßt. Krankheiten erscheinen bei dieser Betrachtung

tungsweise nur insoweit als Schaden, als dadurch z.B. Behandlungskosten entstehen. Die Schäden, die dadurch entstehen, daß Arbeitskraft infolge von Krankheit brach liegt, könnten zwar in Mark und Pfennig ausgedrückt werden, werden aber von dieser Studie vermutlich ebenfalls nicht berücksichtigt. Auch aus diesem Grunde dürften die Schäden bedeutend höher sein als in der Studie angenommen. Selbst bei dieser Betrachtungsweise also, in welcher der Mensch als solcher nichts zählt, soweit seine Betätigung sich nicht in Mark und Pfennig ausdrückt, selbst bei dieser Betrachtungsweise ist der Einsatz von Pestiziden unwirtschaftlich.

Und dennoch ist dagegen kein Kraut gewachsen. Warum? Weil in der bürgerlichen Gesellschaft nicht die gesamtgesellschaftliche Rentabilität zählt, sondern die kurzfristige Rentabilität einzelner Privater, seien diese Private auch riesige Monopolgesellschaften. Der Private versucht, den höchstmöglichen Vorteil zu erzielen und sich privat anzueignen, die damit verbundenen Nachteile und Kosten aber der Gesellschaft aufzubürden, sie zu "externalisieren". Die Agrarmonopole senken ihre Produktionskosten und erhöhen ihre Profite, indem durch den Einsatz von Pestiziden Ernteverluste verringert werden und weniger Arbeitskraft aufgewandt werden muß. Die Chemiemonopole verdienen am Verkauf der Pestizide. Was kümmert es die Agrar- und Chemiemonopole, wenn Millionen Menschen krank werden? Den Chemiemonopolen nutzt das sogar ganz direkt. Nicht nur, daß sie die Medikamente nicht bezahlen müssen. Sie verdienen erneut, weil sie die Medikamente verkaufen und Profit daraus schlagen.

Dies kann nicht anders sein in einer Gesellschaft, in der das Wertgesetz der hauptsächliche Regulator der Produktion ist. Der Profit erscheint als die Differenz zwischen dem Verkaufspreis und den einzelbetrieblich verausgabten Kosten; Folgekosten, die außerhalb des Betriebs entstehen, die zwar die Gesellschaft, nicht aber den privaten Produzenten belasten, gehen in die Kalkulation der Privaten nicht ein und können dort auch keine Rolle spielen. So groß die Schäden auch sind, wie viele Menschen sich auch quälen und früher sterben - die Logik des Wertgesetzes zwingt den privaten Produzenten, all dem keinerlei Bedeutung zuzumessen, denn all dies spielt für seine private Kosten-Nutzen-Rechnung keine Rolle. Er würde seinem eigenen Interesse zuwiderhandeln und letztlich unter dem Druck der Konkurrenz zugrunde gehen, würde er diese Dinge berücksichtigen.

Die Logik der Studie ist wie gesagt keine Logik, die sich am Menschen selbst orientiert.

Auch sie orientiert sich am Wert, doch ihre Kosten-Nutzen-Rechnung ist gesamtgesellschaftlich und sprengt daher die Grenzen des Wertgesetzes. Die Autoren der Studie empfehlen, den Einsatz von Pestiziden zu "überdenken", eine "gezielte Abgabe" auf besonders belastende Pflanzenschutzmittel zu erheben, um damit den Einsatz herunterzudrücken. Angesichts der Untersuchungsergebnisse höchst bescheidene Vorschläge, doch die Autoren ahnten wohl, gegen welche mächtigen Interessen ihre Studie sich richtet. Und trotz dieser Zu-

rückhaltung mußte offenbar bereits die bloße Veröffentlichung der Studie erkämpft werden: Nach Informationen der Frankfurter Rundschau verzögerte sie sich deshalb, weil "ihre Ergebnisse intern heftig umstritten waren". Mit anderen Worten: Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, weil es den Interessen mächtiger Monopole zuwiderläuft.

Zwar ist es grundsätzlich möglich, juristische Gesetze zu erlassen, die in einzelnen Punkten das Wertgesetz durchbrechen. Die Herstellung bestimmter Produkte kann schlichtweg verboten werden, und es ist auch durchaus sinnvoll und notwendig, diesbezügliche Forderungen aufzustellen und dafür zu kämpfen. Doch in einer warenproduzierenden und am Profit orientierten Gesellschaftsordnung werden da immer nur sehr bescheidene Teilerfolge möglich sein, die durch das Wirken des Wertgesetzes, durch die Interessen der Privaten und insbesondere der Monopole immer wieder in Gefahr geraten werden. Eine gesetzliche Grundlage für das Verbot von Pestiziden besteht im übrigen bereits. So wies einer der Mitautoren der Untersuchung auf das geltende Pflanzenschutzmittelgesetz hin, wonach Gefahren abzuwenden sind, die "durch Anwendung von Pflanzenschutzmitteln ... insbesondere für die Gesundheit von Mensch und Tier und für den Naturhaushalt entstehen können."

Doch Rechtsnormen sind ein Nichts, wenn keine Kraft da ist, die ihre Durchsetzung erzwingt. Diese Kraft kann nur von der Arbeiterklasse und allen fortschrittlichen Menschen aufgebracht werden, und es bedarf einer beträchtlichen Kraftanstrengung, um diesbezüglich auch nur bescheidene Erfolge zu erzielen.

Dies wird erst dann anders sein, wenn die Verhältnisse der warenproduzierenden Gesellschaft von Grund auf zerschlagen sind, wenn das Wertgesetz nicht mehr der hauptsächlichste Regulator der Produktion ist.

Erst die politische Macht der Arbeiterklasse bietet die Möglichkeit, die Produktion in hohem Maße an den gesellschaftlichen Interessen zu orientieren. Da der Sozialismus erst die Übergangsgesellschaft zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft ist, wird es allerdings auch im Sozialismus noch Sonderinteressen geben, die dem gesellschaftlichen Interesse zuwiderlaufen, doch die politische Macht der Arbeiterklasse und die ökonomischen Gesetze des Sozialismus ermöglichen es, dem Wirken dieser Sonderinteressen enge Grenzen zu setzen. So wird es bereits im Sozialismus möglich sein, flächendeckend eine Produktion zu verhindern, die dem gesellschaftlichen Interesse derart kraß zuwiderläuft.

